

Nr. 26, Juni 1996

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Wir wissen, daß hinter der undurchdringlichen Wolke unserer Ignoranz und den Ungewißheiten im einzelnen die historischen Kräfte weiterwirken, die dieses Jahrhundert geformt haben.

Wir leben in einer Welt, die gekapert, umgewälzt und entwurzelt wurde vom gigantischen ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Prozeß der Kapitalismusedwicklung, der die vergangenen zwei oder drei Jahrhunderte beherrscht hat. Wir wissen oder nehmen vernünftigerweise wenigstens an, daß dies nicht ad infinitum so weitergehen kann. Die Zukunft kann keine Fortsetzung der Vergangenheit sein. Es gibt nicht nur äußere, sondern gleichsam innere Anzeichen dafür, daß wir am Punkt einer historischen Krise angelangt sind. Die Kräfte, die die technisch-wissenschaftliche Wirtschaft freigesetzt hat, sind inzwischen stark genug, um die Umwelt, also die materielle Grundlage allen menschlichen Lebens, zerstören zu können. Und die Strukturen der menschlichen Gesellschaft selbst, eingeschlossen sogar einige soziale Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, sind im Begriffe, durch die Erosion dessen, was wir von der menschlichen Vergangenheit geerbt haben, zerstört zu werden. Unsere Welt riskiert sowohl eine Explosion als auch eine Implosion. Sie muß sich ändern."

Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 719/20

ISSN 0940-0648

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 26, Juni 1996

Wendl - **DGB-Programm/Becker - Linke in Frankreich**

Asozialer Kapitalismus: Huffschmid - **Arbeit im Zerfall: USA/Höhme - Konjunktur im Abschwung/Steffen - Sozialstaat in der Reich-tumsfalle/Scherer - Standort gegen Standort**

Klassen und Klassentheorie (III):

Kremer - **Klassentheorie und Umbaukonzept/Herkommer - "underclass"/Deppe - Auf- und Abstieg der "neuen Mittelklasse"/Böke - Klassenkampf, Kampf um Anerkennung/Brenner - Klassentheorie und DKP**

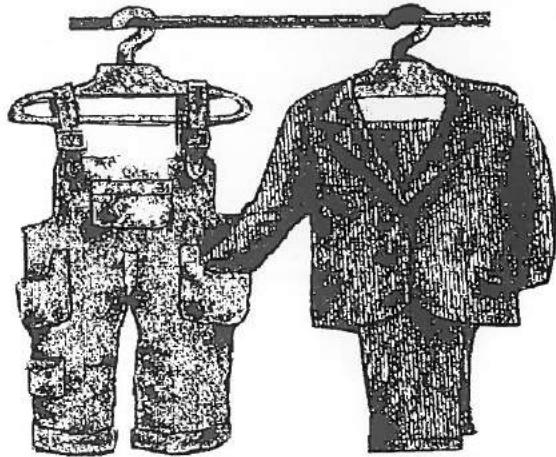
Und: Seidel-Höppner - **Weitling/Bleiber - Nation/Boris - Mexiko und NAFTA/Koo - "Asiatischer Kapitalismus"?/Jung - PROKLA 100/Metscher - Faust/Stehr - Linke Alternative**

Berichte - Zuschriften - Rezensionen

Asozialer Kapitalismus

Einzelpreis 18,-DM

Bündnis für Arbeit?



Ist in dieser Gesellschaft die laufende Entsolidarisierung umzukehren? Oder ist selbst die Bündnis-Idee nur das übliche Geschwätz, dem keinerlei Taten folgen?

Diesen Fragen gehen die Autoren (Otto König [IGM], Gisbert Schlemmer [GHK], Nikolaus Schmidt [IGM], Heinz Bierbaum [IGM], Klaus Peter Kisker, Horst Schmitthener [IGM], Michael Wendl, [ÖTV], Joachim Bischoff, Detlef Hensche [IG Medien]) des vom FORUM GEWERKSCHAFTEN herausgegebenen Sozialismus extra nach.
37 Seiten, DM 5,-

Sozialismus

Sozialismus erscheint monatlich

(Einzelpreis DM 9,50; Jahresabonnement DM 95,-):

- 28 bis 44 Seiten Aktuelles, Hintergrundanalysen, Alternativen der Linken im In- & Ausland.
- 12 bis 18 Seiten Positionsbestimmungen & Kommentare der Gewerkschaftslinken im FORUM GEWERKSCHAFTEN.
- 24 Seiten Supplement zu grundsätzlichen theoretischen Problemen (zuletzt: "Klassen in Westeuropa").
- 2 x jährlich "Wirtschafts- und Sozialreport"-Fakten & Graphiken zuletzt "Lohnnebenkosten")

Austesten? Probeheft anfordern!

Redaktion Sozialismus,
Klaus-Groth-Str. 33e
20535 Hamburg,
Telefon & Fax 040/250 10 11

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
7. Jahrgang
Heft 26 (Juni 1996)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,
Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

Michael Wendl

8 Idealisierung der Marktwirtschaft?

Zur Bewertung des Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatzprogramm

Johannes M. Becker

13 "Une première à gauche"

Asozialer Kapitalismus

Jörg Huffs Schmid

17 Arbeit im Zerfall - Stimmungen und Tatsachen aus den USA

Hans-Joachim Höhme

29 Abgeschwächte Konjunktur in Deutschland

Johannes Steffen

41 Sozialstaat in der Reichtumsfalle

Peter Scherer

53 Standort gegen Standort

Weltwirtschaft als Weltkrieg?

Klassen und Klassentheorie heute (III)

Uwe Kremer

60 Klassen im Umbau

Überlegungen zur politischen Aktualität von Klassentheorie und Klassenpolitik

Sebastian Herkommer

76 Das Konzept der "underclass" - brauchbar für Klassenanalysen oder ideologieverdächtig?

Frank Deppe

88 Auf- und Abstieg der "neuen Mittelklasse"

Henning Böke

101 Klassenkampf und Kampf um Anerkennung

Anmerkungen zu einem sozialphilosophischen Paradigma

Hans-Peter Brenner

112 Marxistisch-leninistische Klassentheorie. Ihre Rezeption und Anwendung durch die DKP

Zwischen Abschied und Wiederentdeckung des Proletariats

Waltraud Seidel-Höppner

126 Wilhelm Weitling zum Dilemma sozialistischer "Versuche inmitten der herrschenden feindlichen Verhältnisse"

Helmut Bleiber

134 Anmerkungen zum Problem des Nationalen

Heinz Jung

144 Was bleibt vom "undogmatischen Marxismus"?

Revue zur "Ortsbestimmung" bei PROKLA

Thomas Metscher

154 Postideologisches Mittelgebirge - zu Albrecht Schönes Faust-Edition

Dieter Boris

170 Mexiko und das "Nordamerikanische Freihandelsabkommen" (NAFTA)

Choon-Kweon Koo

180 "Asiatischer" Kapitalismus?

Ein Versuch, einen unmöglichen Begriff zu erklären

Linke Politikansätze in Deutschland (IV)

Heinz Stehr

190 Für eine linke Alternative

Berichte

Heinz Schäfer

197 DGB-Programm erst auf dem Bundeskongreß 1998 verabschieden

Zweite Tagung linker Gewerkschafter am 20. April 1996 in Frankfurt/M.

Werner Ruhoff

202 "Crossover"

Kongreß der Zeitschriften Andere Zeiten, spw und Utopie kreativ am 3./4. Februar in Berlin

Werner Müller

206 Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946

Diskussion, Kritik, Zuschriften

Erich Hahn

210 Das Evolutionäre ist das Problem!

215 Buchbesprechungen, Annotationen

- Lexikon weißer westlicher Philosophinnen II (Sabine Kebir)
 Krise und Gewalt (Arnold Schölzel)
 Globaler Kapitalismus (Jonas Dörge-Weidemann)
 Betriebliches Klassenkonzept als Strukturtheorie (Heinz Jung)
 Grüne Anlagen, Ethik und Rendite (Wilfried Nahrstaedt)
 Raum und Ökonomie in Stadt und Land (Bernd Hüttner)
 Gender & Environment (Bernd Hüttner)
 Manifest-Studien (Walter Schmidt)
 Eine Biographie, die hält, was sie verspricht (Günter Judick)
 Reichskonferenz der KPD - März 1946 (Fritz Krause)
 Vorgeschichte des 1. Weltkrieges (Klaus-Jürgen Hügel)
 Wer ist wer unter den "Who's who"? (Harald Wessel)
 Rußlands Gesichter (Heinz Jung)

4 Impressum**209 Vorschau****256 Autorinnen und Autoren**

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne, kdf

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.4.1996

Dieser Z-Ausgabe ist eine Eigenbeilage (Register 1990-1995) beigelegt.

Editorial

Mit den Sparbeschlüssen der Bundesregierung ist die soziale Konfrontation in den letzten Monaten spürbar härter geworden. Der weitere Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und der sich jetzt abzeichnende Abschwung der Konjunktur sind der Hintergrund, vor dem Unternehmerverbände und Regierung offenkundig abtesten, wie weit und wie rasch sie die Deregulierung der Arbeitsmärkte, den Abbau sozialer Rechte und die Neustrukturierung der sozialen Beziehungen (siehe z.B. die Diskussion um die Flächentarifverträge) vorantreiben können. Mit Blick auf die Gewerkschaften fragte die FAZ höhnisch am Vorabend des 1. Mai "Wie lange kämpfen sie noch?" Dieser Prozeß bekommt jetzt eine rasche Dynamik, bei der freilich noch nicht klar ist, welche Kräfte und Gegenkräfte er freisetzt. Denn unübersehbar ist auch, daß mit der - auch verbal - zunehmenden Aggressivität der Henkel & Co. gegenüber Arbeitslosen, "Krankfeiernenden" und zu gut verdienenden Beschäftigten am "Standort Deutschland" auch jene Gewerkschaftsvorsitzenden, die meinen, daß "Anpassen oder Untergehen" die einzige Alternative darstelle, wieder von dem sprechen müssen, worum es geht: "Kapitalismus pur". Das vorliegende Heft ist (in Abänderung unserer ursprünglichen Ankündigung in Z 25) diesem Themenkomplex gewidmet und steht unter dem Schwerpunktthema "Asozialer Kapitalismus".

Vorangestellt haben wir zwei Kommentare zu aktuellen Diskussionen auf der Linken - hierzulande und links des Rheins. Michael Wendt gibt eine kritische Bewertung des nunmehr vorliegenden DGB-Programmwerfungs und seiner weitgehend apologetischen Haltung zur kapitalistischen Marktwirtschaft. In den gleichen Kontext gehört der Bericht über das Frankfurter Treffen der Gewerkschaftslinken, auf dem dieses Dokument zurecht als Ausdruck der Krise der Gewerkschaften bezeichnet wurde (185ff.). Es gehört freilich zur Dialektik der sozialen Konfrontation, daß mit dem zunehmenden Druck des Klassenkampfes von oben Gegenbewegungen ausgelöst werden, die Spielraum für eine kritische Diskussion auch im Gewerkschaftsbereich schaffen können. Insofern ist die Auseinandersetzung um den Programmwurf des DGB noch keineswegs abgeschlossen.

Bemerkenswert, wenn auch hierzulande in der Tagespresse fast nur vom "Handelsblatt" registriert, ist die "Premiere" der Linken in Frankreich. Nach den letztjährigen Herbststreiks zeichnet sich ein Neuanfang der Diskussion um eine Formation der politischen Linken - Sozialisten, Kommunisten, Trotzisten, Grüne - gegen den Austeritätskurs der Regierung ab, deren Resonanz in Frankreich als nicht schlecht beurteilt wird. Eine ähnliche Tendenz auf anderer Ebene hatte sich bereits im Zusammenhang mit der Pariser Tagung von "Actuel Marx" gezeigt, über die wir in Z 24 (S. 134 ff.) berichteten. Die jüngsten politischen Nachrichten deuten insofern auf eine Stabilisierung linker und demokratischer Tendenzen in wichtigen Nachbarländern hin, worauf auch der (wenn auch knappe) Wahlsieg von "L'Ulivo" in Italien über Berlusconi's Kapital- und Medien-Allianz verweist.

Bemerkenswert auch, daß sich dabei die sozialistisch-kommunistische Linke in beiden Ländern stabilisiert und als gestaltender Faktor erwiesen hat. Der Zusammenhang zwischen materiellen Klasseninteressen und sozialem Selbstbehauptungswillen der Lohnabhängigen und ihrer politischen Artikulation bleibt also, wie vermittelt auch immer, virulent. Wie sich die Entwicklung in Rußland bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen gestaltet, bleibt abzuwarten. Aus objektiven (Notwendigkeit des Staatssektors) wie subjektiven Gründen hat seit 1994 die kapitalistische Restauration an Tempo verloren. Die Versprechungen, daß die "sozialen Härten" dieses Restaurationsprozesses nur Übergangserscheinungen seien, verlieren damit zunehmend an Zugkraft. Trotz der massiven Wahlinterventionen der G7 zugunsten Jelzins ist hier der Kommunist Sjuganow zur (parlamentarischen) Alternative aufgerückt, eine Entwicklung, die noch vor kurzem für unmöglich gehalten wurde.

Zum Hauptthema des Heftes. Im Vergleich Bundesrepublik - USA erweisen sich der Abbau der Sozialfunktion des Staates und die Absenkung der Lohn- und Sozialeinkommen als gemeinsame Züge der Deregulierungsstrategie. Jörg Huffschmid zeigt, daß das vielgepriesene "Beschäftigungswunder" in den USA im wesentlichen eine Ausweitung prekärer und minderbezahlter Beschäftigungsfelder ist, mit der Konsequenz einer großangelegten Umverteilung der Einkommen zugunsten der Reichen und Kapitalisten. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung folgt, wie Hans-Joachim Höhne in seiner Konjunkturanalyse hervorhebt, diesem Muster und trägt damit zur Beschleunigung des konjunkturellen Abschwungs bei. Johannes Steffen gibt eine Übersicht zum Kanon angekündigter sozialpolitischer Eingriffe, die Billiglöhne erzwingen und die Arbeitslosigkeit als soziales Druckmittel wirksam machen sollen. Die Konsensformeln, mit denen die Gesellschaft weichgeknetet wird, um diesen Sozialabbau zu akzeptieren, sind, so Peter Scherer, die "Standort-" und "Globalisierungs-"Argumente. Die hegemoniale Absicherung des Deregulierungskurses hängt dabei ganz wesentlich davon ab, wie weit sich diese Raster in Sozialdemokratie und Gewerkschaften durchsetzen oder auf Gegenwehr stoßen. Das verweist zurück auf die aktuelle gewerkschaftliche Programmdiskussion.

In einer Reihe von Beiträgen, die in diesem Heft unter der Rubrik "Klassen und Klassentheorie heute (III)" zum Abdruck kommen, werden die hier skizzierten Probleme aufgenommen. Uwe Kremer betont die besondere Bedeutung der sozialökonomischen Ebene für die Analyse von Klassenbeziehungen. Er hält eine Umgruppierung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik für möglich. Entscheidend sei die Formierung eines "Blocks für den ökologisch-sozialen Umbau" gegen den "Standort-Block". Sebastian Herkommer diskutiert kritisch das Konzept der "underclass", mit dem die sozial marginalisierten Gruppen gefaßt werden. Frank Deppe untersucht "Auf- und Abstieg" der "neuen Mittelklasse", also der lohnabhängigen Mittelschichten. Die sozialen Absteiger aus diesen Schichten sind heute zwischen Eliten und "underclass" eingeklemmt und massivem sozia-

len Druck ausgesetzt. Ihre "Angst vor dem Absturz" ist eine der treibenden Kräfte, die zur Festigung konservativer Hegemonie beiträgt, ein Prozeß der sich auch in den beschäftigten Gruppen der Lohnarbeiterschaft reproduziert, die auf Standortsicherung setzen. Henning Böke setzt die Diskussion um Begriff und Inhalt von Klassenkampf fort (vgl. J. Kergoat in Z 24, S. 19ff.) und untersucht, wie Kampf um materielle Interessen und Kampf um "Anerkennung", also um Würde, Identität und Selbstbehauptungswillen sozialer Gruppen, in sozialen Bewegungen sich durchdringen. Peter Brenner gibt eine Übersicht zu klassentheoretischen "essentials" aus Sicht der DKP.

Wir werden die Klassendiskussion auch in Z 27 fortführen. Beiträge von W. Burkhardt, K.H. Roth, G. Branstner, H. Jung, W. Seppmann u.a. sind angekündigt. Am 5. Oktober stehen die bisherigen Beiträge wie durch sie aufgeworfene Fragen bei einer Veranstaltung von IMSF/Z in Frankfurt/M. (Haus der Jugend) zur Debatte (sh. Ankündigung in diesem Heft). Die Palette der "weiteren Beiträge" enthält in dieser Ausgabe von Z Aufsätze zu Wilhelm Weitlings kritischer Beurteilung eigener (früh-)sozialistischer Versuche (W. Seidel-Höppner) und zur Diskussion um die nationale Frage (H. Bleiber). Mit Mexiko und der NAFTA beschäftigt sich D. Boris; das Konzept des "asiatischen Kapitalismus" wird in einem Beitrag von C.-K. Koo kritisch beleuchtet. H. Jung verfolgt die theoretische Entwicklung der Zeitschrift "PROKLA". Die neue "Faust"-Edition des konservativen Literaturwissenschaftlers Schöne befragt Th. Metscher auf ihre subtilen ideologischen Gehalte.

Unter "Linke Politikansätze" stellt in diesem Heft der DKP-Vorsitzende H. Stehr die Vorstellungen seiner Partei für eine linke Alternative vor. Unter "Berichte" geht es um die DGB-Programmdiskussion, um die Tagung "Crossover" in Berlin und um eine Diskussion zu den Volksentscheiden 1946 über die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum in Sachsen und Hessen und entsprechende Auseinandersetzungen im Ruhrgebiet. Dazu sei summarisch auf Diskussionszuschriften und Rezensionen verwiesen.

Das angekündigte Register zu den ersten sechs Jahrgängen von Z liegt diesem Heft bei. Das Register kann auch gesondert zum Preis von DM 10,- DM (inkl. Versandkosten) bezogen werden. Es weist aus, was - Redaktion und AutorInnen von Z - seit dem ersten, im März 1990 erschienenen Heft zu bieten hatten und haben, wo die Schwerpunkte der Zeitschrift liegen, ihre Stärken und Schwächen. Der Zweck des Registers wäre erfüllt, wenn er die zurückliegenden Jahrgänge für interessierte Leser erschließt und zugleich Anregungen für neue Beiträge alter und neuer AutorInnen gibt. Und, natürlich, das Register kann auch als Anregung dazu dienen, alte Hefte zu bestellen und neue Abos aufzugeben.

Michael Wendl

Idealisierung der Marktwirtschaft?

Zur Bewertung des Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatzprogramm

1. Das zur Zeit noch geltende Grundsatzprogramm des DGB wurde 1981 beschlossen - in der Endphase der damaligen sozialliberalen Koalition und unter anderen, in der Rückschau sehr viel weniger dramatischen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg am Ende des vierten Konjunkturzyklus¹ wieder über die Millionengrenze, die Arbeitslosenquote stieg von 3,6 % (1980) auf 5,1 % (1981), der tiefe rezessive Einbruch 1982/83, als die Massenarbeitslosigkeit auf über 2,5 Mio emporschnellte, war noch nicht abzusehen. Trotz dieser im Vergleich zu heute relativ günstigeren ökonomischen Rahmenbedingungen enthält das Programm von 1981 noch eine antikapitalistische Perspektive - die Forderungen nach gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung, Investitionslenkung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, und stand damit in der Kontinuität der Programmatik der deutschen Gewerkschaften.

Es kann überhaupt nicht bestritten werden, daß sich für die Handlungsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung sowohl die objektiven Rahmenbedingungen als auch die subjektiven Faktoren seit 1981 erheblich verändert haben, einerseits durch Strukturveränderungen in der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie und daraus resultierend in der Organisation der gesellschaftlichen (Lohn-)Arbeit, andererseits durch Veränderungen in den Klassenstrukturen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften, zum dritten durch die Aufhebung des "Systemgegensatzes" und die rasche Zerstörung der Gesellschaften des "sowjetischen Typs". Dabei ist für die DGB-Gewerkschaften die Verabschiedung eines Grundsatzprogramms für die gewerkschaftliche Praxis von geringer Bedeutung - auch das noch geltende DGB-Grundsatzprogramm ist in den Gewerkschaften weitgehend unbekannt geblieben - viel wichtiger dagegen ist die politische und kontroverse Debatte einmal um die Analyse der entscheidenden ökonomischen und sozialen Veränderungen und Entwicklungstrends, zum zweiten um die daraus folgenden gewerkschaftlichen Strategien und Handlungskonzepte.

2. Wird heute - ein halbes Jahr - vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß eine Zwischenbilanz gezogen, so muß festgestellt werden, daß diese

¹ Je nach dem, wie der Konjunkturzyklus definiert wird, als 4-5-jähriger kurzer Zyklus oder als 7-9-jähriger Doppelzyklus, kommt es zu einer unterschiedlichen Abgrenzung. Meiner Auffassung nach ist die Fassung als langer Zyklus insgesamt plausibler. Der erste Nachkriegszyklus dauert dann von 1950-59, der zweite von 1960-67, der dritte von 1968-74, der vierte von 1975-82, der fünfte von 1983-93.

Debatte in den Gewerkschaften nicht stattgefunden hat. Die insgesamt mehr als vierjährigen Diskussionen über die Eckpunkte eines neuen Programms waren ausschließlich als außerhalb der innergewerkschaftlichen Gremien stattfindende Expertenveranstaltungen organisiert.² Erst im Sommer 1995, als sozusagen der Rohentwurf eines neuen Grundsatzprogramms, die "Leitbilder", für die innergewerkschaftliche Diskussion zur Verfügung stand, kam es zu einer ganz überwiegend ablehnenden bzw. sehr kritischen Resonanz, die darin gipfelte, den geplanten DGB-Kongreß abzusagen³, weil eine ausreichend breite Diskussion des erst im März 1996 im DGB-Bundesvorstand verabschiedeten Programmentwurfs bis zum Antragsschluß Anfang Juli 1996 nicht möglich sei. Ob hinter dieser Diskrepanz, einerseits einer relativ langen Vorbereitung in abgeschlossenen Zirkeln und Diskussionsforen, andererseits einer äußerst knappen Zeit für die Entwicklung von Änderungen oder gar Alternativen, Absicht oder bloß Unfähigkeit zu demokratischem Verfahren steht, kann hier nicht beantwortet werden. Eine so weit gehende Erosion und Korrektur überlieferter gewerkschaftlicher Grundsätze, wie sie im Programmentwurf geschieht, wird durch eine solche Vorgehensweise spürbar erleichtert. Die Absicht einer weitgehenden Revision traditioneller gewerkschaftlicher Grundsätze wird von den Initiatoren auch nicht bestritten, eher im Gegenteil. Stolz schmückt der DGB seine Publikationen mit folgendem Zitat aus einem Kommentar der ZEIT vom 6.8.1993: "Die Debatte im DGB mutet geradezu revolutionär an. (...) Keine andere Gruppierung in der Bundesrepublik schickt sich gegenwärtig an, soviel alten Krempel über Bord zu werfen, traditionelles Apparateverhalten so vorbehaltlos zu überprüfen."

Diese Kennzeichnung wäre berechtigt, wenn in dem vorliegenden Programmentwurf die strukturellen Veränderungen und dramatischen Umbrüche in den ökonomischen und sozialen Prozessen analysiert und in eine angemessene Gewerkschaftsstrategie umgesetzt würden. Das aber ist in dem vorliegenden Text gerade nicht der Fall. Voller Herablassung hat der FAZ-Redakteur Rainer Hank den Entwurf als "gemäßigten Dreßlerismus" verspottet.⁴

3. Ein gewerkschaftliches Grundsatzprogramm müßte sich mit folgenden gesellschaftlichen Entwicklungstrends auseinandersetzen:

² Die Dokumentation der Diskussionsforen in den Gewerkschaftlichen Monatsheften (GMH) ändert nichts am völlig abgehobenen Charakter dieser Veranstaltungen. Die GMH werden in den Gewerkschaften selbst kaum zur Kenntnis genommen. Die Berichterstattung in der DGB-Zeitschrift "Quelle" (die einen erheblich breiteren Leserkreis hat) führte zu einem eindeutig kritischen Leserbriefecho.

³ So die Position der IG Medien und des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg. Siehe auch: M. Fichter u. a., in: FR v. 15.4.96, "Ein Grundsatzprogramm mal Null bleibt aber Null".

⁴ R. Hank, Der Zauberer - Bündnis für Arbeit statt Programmdebatte in: GMH 1/96.

- Der moderne Kapitalismus in den entwickelten Industriegesellschaften ist einerseits dadurch gekennzeichnet, daß im realwirtschaftlichen Sektor die Expansionsdynamik deutlich nachgelassen hat. Seit der Krise 1973 - 75 zeichnet sich ein verändertes Akkumulationsregime mit niedrigeren Wachstumsraten und tieferen zyklischen Abschwüngen ab, die Arbeitslosigkeit steigt mit jedem Konjunkturzyklus. Andauernde und hohe Sockelarbeitslosigkeit und das Entstehen einer modernen "Unterklasse" wird zum Gütezeichen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Zugleich hat sich der geldwirtschaftliche Sektor erheblich ausgedehnt, einer stagnierenden bzw. langsam wachsenden Realkapitalakkumulation entspricht eine prosperierende Geldkapitalakkumulation, deren Verwertungsansprüche die Realkapitalakkumulation einengen und belasten. Verschärft wird dieses Mißverhältnis durch die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte, die eine politische Steuerung - wenn sie überhaupt gewollt wäre - faktisch blockieren bzw. die Nationalstaaten zu einer rücksichtslosen Standortkonkurrenz um die günstigsten Anlagebedingungen für international mobiles Kapital zwingen. Globalisierung ist in dieser Perspektive die Folge und nicht die Ursache eines stockenden Akkumulationsprozesses.

- Bereits Anfang der achtziger Jahre zeigen sich (im inneren Zusammenhang mit dem Bruch in der kapitalistischen Akkumulationsdynamik) die ersten Anzeichen für erhebliche Umbrüche in der Organisation der kapitalistischen Lohnarbeit: "Lean production", "Postfordismus" oder "Abschied vom Taylorismus" sind die bekanntesten Schlagworte sowohl in der sozialwissenschaftlichen oder gewerkschaftlichen Debatte, wie auch in der aktuellen Managementliteratur. Dabei beziehen sich diese Veränderungen nicht nur auf die Organisation der Lohnarbeit in den Betrieben und Unternehmen, wie in einer engen industriesoziologischen Sichtweise oft unterstellt wird, sondern das gesamte Verhältnis von Ökonomie, Staat und sozialen Verhältnissen modifiziert sich in diesem Prozeß und muß politisch neu reguliert werden. In der Modesozologie der 80er Jahre wurden die damit verbundenen sozialen Strukturveränderungen vorschnell als Auflösung traditioneller Klassenverhältnisse und als unaufhaltsamer Prozeß der Individualisierung interpretiert.⁵ Überhaupt überwiegen heute noch die optimistischen Interpretationen der daraus resultierenden Folgen für die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten. Einer genauen empirischen Überprüfung hält dieser naive Modernisierungsoptimismus nicht stand.⁶

- Die Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit haben sich seit der kurzen Episode 1960 - 73 nachhaltig zugunsten der Kapitaleinkommen entwickelt und damit schrittweise die Finanzbasis eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus erodieren lassen. Sowohl auf der Ebene der primä-

⁵ Siehe U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986.

⁶ Siehe: N. Altmann/M. Deiß, Arbeit in der vernetzten Produktion in: D. Schulte (Hrsg.), Zukunft der Arbeit, Köln 1996.

ren Einkommensverteilung wie auf der Ebene der politischen Umverteilung durch Staat und Sozialversicherung sind die Gewerkschaften schrittweise in die Defensive geraten und gerade dabei, traditionelle Positionen in der Tarifpolitik (z. B. die Forderung nach einer Umverteilungskomponente, aber auch das Wissen um die negativen Beschäftigungsfolgen von Lohnverzicht) aufzugeben. Aber auch diese Umverteilung in den relativen Einkommenspositionen hat nicht zu einer Beschleunigung der Realkapitalakkumulation oder gar zu einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit geführt, eher im Gegenteil.

4. In der Debatte um das neue DGB-Grundsatzprogramm werden diese Entwicklungstrends in einer sehr oberflächlichen und zugleich ideologisch verzerrten Sichtweise wahrgenommen: Weil auf die Analyse ökonomischer Prozesse und Strukturveränderungen völlig verzichtet wird, werden die veränderten Verwertungsbedingungen der Realkapitalakkumulation - als Resultat der Überakkumulation von Kapital - als Ausdruck einer nationalen Wettbewerbsschwäche interpretiert. In einer solchen Sichtweise "plädieren die Gewerkschaften für einen Wettbewerb, der sich auf die Qualifikation und Kreativität" der Beschäftigten stützt, um einen Wettlauf durch "niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen" abzuwehren (S. 14). Klar wird dabei ausgesprochen, daß der "Kampf um Vollbeschäftigung" nur im "weltweiten Standortwettbewerb" gewonnen werden kann. In diesem Zusammenhang unterstützen die Gewerkschaften das ordnungspolitische Modell der Marktwirtschaft nachdrücklich: "Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen" (S. 18). Die Bereitschaft, im internationalen Kampf um den besten Standort mitzumachen, erinnert geradezu an Unterwerfungserklärungen.

"Wir wollen an der Modernisierung von Produktion und Dienstleistungen aktiv mitarbeiten. Wer - wie die Gewerkschaften - Veränderungen aufgeschlossen (!) registriert, wird sich ihnen gegenüber nicht abschotten, sondern sich an der Gestaltung beteiligen und mitbestimmen." (S. 18)

Die ideologische Fixierung auf die Marktwirtschaft als beste aller Wirtschaftswelten führt zu geradezu peinlichen Formulierungen. "Sie (die soziale Marktwirtschaft, M.W.) hat weder Massenarbeitslosigkeit, noch Ressourcenverschwendung verhindert; (...) sie hat soziale Gerechtigkeit nicht hergestellt." (S. 18) So wird eine eindeutige Kausalität sprachlich verneint: Massenarbeitslosigkeit, Ressourcenverschwendung und soziale Ungleichheiten erscheinen als überhistorische und ungesellschaftliche Faktoren, denen gegenüber sogar die soziale Marktwirtschaft ihre Begrenztheit erfährt. Das angestrebte Ziel, "einzelbetriebliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft besser in Einklang zu bringen", basiert auf der heroischen Annahme, daß es "bei divergierenden Interessen und Machtkonstellationen" zu einer Durchsetzung "gesellschaftlicher Vernunft" kommen würde.

5. Angesichts des real ablaufenden Prozesses von verschärftem Sozialabbau durch die Bundesregierung und steigender Aggressivität der Unternehmerverbände, die aktuell zu einer Bedrohung der Flächentarifverträge und zur Gefährdung der Tarifautonomie geführt haben, sind solche Formulierungen Ausdruck von völliger Wirklichkeitsferne oder furchtsamer Anbiederei: Hinter diesem Appell an die Dialog- und Konsensbereitschaft der gesellschaftlichen Gruppen und die darin vermutete immanente gesellschaftliche Vernunft steht auch ein theoretisches Modell: die Diskurstheorie von J. Habermas, auf die in anderen Beiträgen zur gewerkschaftlichen Reformdiskussion, die in direktem Kontext zum Programmwurf stehen, direkt Bezug genommen wird.⁷ In den 'Leitbildern' zum DGB-Programm war diese "zivilgesellschaftliche Substanz" der Programmthesen noch deutlicher zu lesen. Hinter diesem Anspruch, mit dem die (sozialwissenschaftlich ausgebildeten) Autoren der Programmthesen an die grundlegende Revision der traditionellen DGB-Programmatik herangegangen sind, stand die Utopie von einem nach dem Untergang des "realen Sozialismus" zivilgesellschaftlich "gebändigten" Kapitalismus, in dem der Übergang zu einer postfordistischen Betriebsweise mit dem mündigen "Bürger" im Betrieb auch die Demokratie im Betrieb wieder auf die Tagesordnung setzt.⁸ Solche naiven und durch die tatsächliche Entwicklung auch empirisch widerlegten Hoffnungen haben allerdings eine wichtige Funktion: Sie werden zur ideologischen Legitimation für einen neuen nationalen Wirtschaftspakt der Unternehmen mit den potentiellen Modernisierungsgewinnern unter den abhängig Beschäftigten. Innerhalb der Gewerkschaften selbst ist eine solche exportorientierte Modernisierungsstrategie und die darin eingeschlossene Anpassungspolitik der Gewerkschaften nicht mehrheitsfähig. Wenn der vorliegende Programmwurf ohne qualitative Korrekturen beschlossen wird, so wird es im wesentlichen daran liegen, daß innergewerkschaftlich der DGB rapide an politischer Bedeutung und Bindungskraft verloren hat, ein DGB-Grundsatzprogramm daher nur noch für eine kleine Minorität unter den aktiven Mitgliedern Bedeutung hat.

⁷ Siehe Matthies, Mückenberger u. a., Arbeit 2000, Reinbek 1994; zur Kritik: M. Wendl, Schöne neue Arbeit, in: Sozialismus 2/96.

⁸ Matthies/Mückenberger u. a., a.a.O.; W. Müller-Jentsch, Industrielle Demokratie - von der repräsentativen Mitbestimmung zur direkten Partizipation in: GMH 6 '94.

Johannes M. Becker

"Une première à gauche"

"Eine Premiere auf der Linken" titelte "l'Humanité", die Tageszeitung der Französischen Kommunistischen Partei (PCF), am Tag nach dem Treffen der Parteichefs sechs wichtiger linker und grüner Parteien Frankreichs im Pariser Forum National de Bercy. Vor 10 000 Zuhörerinnen und Zuhörern hatten sich dort am 2. April auf Initiative der PCF in einem "Nationalen Forum für eine andere Zukunft" Robert Hue von den Kommunisten, Lionel Jospin, Vorsitzender und vor Jahresfrist recht knapp unterlegener Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei (PS), Jean-Pierre Chevènement, Vorsitzender der "Bürgerbewegung" (Mouvement des Citoyens), Dominique Voynet, Vorsitzende von Frankreichs Grünen (Verts), der Vorsitzende des sozialdemokratischen Mouvement des Radicaux de Gauche (MRG) Jean-Michel Baylet und Alain Krivine, der Chef der trotzkistischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LRC) zu einer Standortbestimmung der französischen Linken getroffen. Einzig Arlette Laguiller, die Vorsitzende des ebenfalls trotzkistischen Lutte Ouvrière, die bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen immerhin 5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wurde vermißt. Das Treffen in Bercy schloß eine Serie von themenspezifischen Veranstaltungen ab, die, ebenfalls von der PCF organisiert, ab Ende 1995 stattgefunden hatten.

Frankreich steckt in einer Krise. Eine hartnäckige Baisse in der Wirtschaft und steigende Massenarbeitslosigkeit sollen hier als Stichworte genügen. Die Sozialdemagogie Jacques Chiracs aus dem Präsidentschaftswahlkampf des Frühjahrs 1995 hat rasch der sozialökonomischen Realität Platz machen müssen - die Steuern und Sozialabgaben wurden erhöht, die Massenarbeitslosigkeit wuchs - allen Versprechungen zum Trotz - weiter an. Einige Berufszweige konnten sich in den Dezemberstreiks gerade noch einmal des schamlosen Griffs der konservativen Austeritätspolitik erwehren.

Die Regierung Chirac/Juppé verfügt aufgrund des Mehrheitswahlrechts seit den Parlamentswahlen aus dem Jahre 1993 über eine komfortable Vier-Fünftel-Mehrheit in der Assemblée Nationale. Um die Popularität von Staats- und Regierungschef ist es allerdings schlecht bestellt: Bei den Parlamentsnachwahlen der vergangenen Monate mußte die politische Rechte ausnahmslos (und zum Teil schwere) Niederlagen einstecken. Auf der Linken wird vereinzelt schon mit einer virtuellen Mehrheit spekuliert - bei den für 1998 anstehenden Parlamentswahlen hätte die Linke heute in der Tat glänzende Gewinnchancen.

Es gibt also Gründe genug für die Parteien und Bewegungen der Linken, die jeweiligen Standortbestimmungen auszutauschen und zu eruieren, wo

es Berührungspunkte einer gemeinsamen Politik gibt und wo politische Differenzen. Eine weitere Nachricht mag das Bercy-Treffen noch beflügelt haben: Laut einer SOFRES-Umfrage vom März 1996 erklärten sich (laut *Le Monde* vom 3.4.96) immerhin 28 Prozent der französischen Bevölkerung "vollkommen" oder "mehr oder weniger" mit den Thesen der neofaschistischen Nationalen Front (FN) und ihres Führers Jean-Marie LePen einverstanden - eine Steigerung um 9 Prozent gegenüber Januar 1994. LePens Wählerpotential hatte sich zuletzt auf bereits äußerst beunruhigende 15 Prozent gesteigert.

A propos "Première": In der Tat ist das Bemühen um Verständigung innerhalb der gesamten französischen Linken in der V. Republik (1958 ff.) in dieser Form neu. Zwar hat es 1972 das epochale "Programme Commun" von PCF und PS unter Einschluß des MRG gegeben: Hier waren für den Fall der Regierungsübernahme der Linken (im politischen Kampf zunächst gegen Pompidou, ab 1974 gegen Giscard) weitreichende Verstaatlichungen, eine aktive, arbeitnehmerorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine Neugestaltung der Außenbeziehungen Frankreichs und nicht zuletzt die nukleare Abrüstung (!) vorgesehen.¹ Das "Programme Commun" scheiterte dann bei den Neuverhandlungen 1977/78 vor allem an den Rückzugstendenzen der Sozialisten. Nach Mitterrands überraschendem Wahlsieg 1981 trat die Kommunistische Partei dann trotz der zutage getretenen großen Divergenzen und trotz einer erdrückenden Übermacht der PS nach den Wahlen von 1981 in die gemeinsame Regierung ein. Und sie wurde so im französischen Massenbewußtsein mitverantwortlich für die Politik der Austerität à la Mitterrand, die bereits kurz nach der Regierungsübernahme verfolgt wurde. Seit 1984 herrscht auf nationaler Ebene gleichsam Funkstille zwischen PS und PCF. Und nun eröffnet die Linke eine Diskussion auf breiterer Ebene. Neben PCF und PS sowie deren Anhänger MRG sind heute erstmals die Trotzisten involviert, es sind zum zweiten die Grünen angesprochen; deren Wählerpotential liegt zwischen 5 und 10 Prozent. Auch die "Dissidenten" von PS (Chevènement) und die diversen "Rénovateurs"- und "Réconstructeurs"-Kreise in und um die PCF herum sind nicht ausgeschlossen aus dem beginnenden Dialog.

Zurück zum Treffen des 2. April. Alle RednerInnen bezogen sich auf die überraschenden und harten Streiks vom Dezember 1995: Diese seien eine Dokumentation des Willens der Menschen zur politischen Kooperation der Linken und gleichsam ein Auftrag gewesen, den Kampf gegen die totale Liberalisierung, gegen den Anstieg von Armut und Not, gegen den Ausverkauf des nationalen Reichtums durch die Verstaatlichungen der Regierung Juppé etc. zu beginnen. Darüber hinaus gab es durchaus unterschiedliche Akzentsetzung: KP-Chef Hue sprach als Parteiführer und Bürgermeister, der das soziale Desaster an der Basis registrierte. "Diese

¹ Vgl. hierzu ausführlich das Bändchen "Das französische Experiment" (hrsg. von J.M. Becker unter Mitarbeit von F. Deppe und L. Peter), Bonn (Dietz-Nachf.) 1985.

Gesellschaft ist blockiert. Sie krankt am Geld, das zum Geld geht und das alles verdirbt." Die Finanzmärkte seien nicht an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger interessiert. Die Erwartungen seien mehr und mehr auf die Linke gerichtet. Jedoch äußere sich zur gleichen Zeit die Befürchtung, daß die Linke die "gleichen Rezepte nutzen werde, die (nach 1981, JMB) zum Mißerfolg geführt haben". In seinen weiteren Ausführungen sprach Hue das belastete Verhältnis zwischen PS und PCF der letzten Jahre an: "Wir müssen den Mut haben, etwas Neues zu schaffen. Wir wollen die Logik der Zwietracht (*désunion*) ersetzen durch den Aufbau einer neuen Politik mit der Partizipation und der aktiven Intervention der Bürger."

Jean-Pierre Chevènement ging explizit auf die o.a. SOFRES-Umfrage mit den hohen Sympathie-Werten für die FN ein. Er bilanzierte, daß LePen 1983, also am Beginn von 14 Jahren Mitterrand, nur 1 Prozent der Wählerstimmen gewonnen habe. Die soziale Misere habe den Neofaschisten dann die krisenbetroffenen Menschen in die Arme getrieben. "Wir müssen ein neues, an den Interessen der Menschen orientiertes Europa schaffen und dazu die demokratische Initiative (*intervention publique*) zu neuem Leben erwecken." Alain Krivine formulierte klar sowohl gegen die bisherige Ausschluß-Politik von PS und PCF wie auch gegen die Austeritäts-Politik der verschiedenen Mitterrand-Kabinette: "Wir wollen keine Vereinigte Linke, wie wir sie bislang kennen, haben." Die Dezember-Streiks haben den großen Willen der Bevölkerung gezeigt, eine umfassende linke Bewegung für den Kampf gegen Chirac zu begründen. Gelingen dies nicht, sei der Weg für LePen frei.

Lionel Jospin, mit Spannung erwarteter PS-Chef, bezeichnete sich eingangs als einen Politiker, der schon immer Sympathien für eine Koordinierung linker Kräfte gehabt habe. Er wisse, daß "die Linke vielschichtig ist. Niemand darf in ihr versuchen, eine Hegemonie auszuüben." Jospin konstatierte nach 14 Jahren sozialdemokratischer Präsidentschaft, dazu 10 Jahren sozialdemokratischer Regierungstätigkeit unter Mitterrand, "das Zurückweichen (*le recul*) des sozialdemokratischen Modells hinter der liberalen Welle. Aber andererseits können, wollen auch die Kommunisten nicht mehr die historische stalinistische Tragödie leugnen. Sie sind verpflichtet, sich nach den Gründen zu fragen für das Scheitern der immensen Hoffnungen, die sich aus der November-Revolution von 1917 ergeben haben." Auch Jospin betonte die historische Einmaligkeit des Treffens der gesamten Linken in Bercy, um fortzufahren: "Wir dürfen unsere Differenzen nicht verbergen, um glaubhaft zu sein, dürfen nicht Illusionen säen, um dann Enttäuschungen zu ernten."

Ein erster Schritt in Richtung der Koordinierung eines politischen Kampfes gegen die herrschende Rechtsregierung ist getan. Jetzt steht die Aufgabe an, die unterschiedlichen Positionen in einzelnen Politikfeldern auszuloten, um zu überlegen, ob sich daraus eine Art Wahlplattform für

die Parlamentswahlen von 1998 ergeben kann. Die schwerwiegendsten Differenzen dürften sich ergeben in den Bereichen Sicherheitspolitik - hier sind die Kommunisten mittlerweile wieder auf einen Abrüstungskurs rückgeschwenkt - und europäische Einigung - hier mahnen Kommunisten wie die Grünen wie auch die Bewegung Chevènement zu Demokratisierung und vor der Gefahr der Dominierung durch deutsche Interessen (Bundesbank). Auch in den Bereichen Immigration und Wirtschaftsstrategie dürfte es zu zähen Verhandlungen kommen. Inwieweit die Grünen sich zu einer Akzentuierung eines ökologischen Umbaus durchringen, ist derzeit unklar.

Würde dann ein linkes Parlament gewählt, hätte Staatspräsident Chirac, bis zum Jahre 2002 gewählt, in Kohabitation mit einer linken Regierung zu arbeiten. Anders als bei den beiden Vorgänger-Kohabitationen wäre bei einer Linksregierung jedoch, daß diese sich auf eine aktivierbare Massenbasis stützen können. Dies zeigen nicht zuletzt die 10 000 meist kommunistischen Teilnehmer der Runde von Bercy. Setzt man auf diese Karte einer Massenverankerung einer Kohabitationsregierung unter Chirac, muß man allerdings die zahlreichen Appelle zur Demokratisierung der Politik der Linken wirklich ernstnehmen.

Frankreich kann mit diesen Aussichten in den kommenden Monaten und Jahren durchaus wieder zu einem dynamischen politischen Faktor der europäischen Politik werden.

Jörg Huffschnid

Arbeit im Zerfall - Stimmungen und Tatsachen aus den USA

1. Stimmung I: Die Angst der Börse vor mehr Arbeitsplätzen

Am 8. März dieses Jahres gab das US-Arbeitsministerium bekannt, daß die Zahl der Arbeitsplätze in der amerikanischen Wirtschaft im Vormonat um gut 700 000 zugenommen habe, mehr als jemals zuvor in einem Monat seit September 1983.

Die Information versetzte die Börse in Hektik: Der Dow Jones-Index der wichtigsten an der New Yorker Börse gehandelten Aktien verlor innerhalb einer Stunde 171 Punkte und lag am Ende des Börsentages um drei Prozent niedriger als am Vortag. Einen derartigen Verfall der Aktienkurse hatte es seit 1991 nicht mehr gegeben. Der Wertpapiermarkt erlebte seinen stärksten Einbruch seit dem großen Börsenkrach von 1987. (New York Times v. 9.3.1996, S. 1 und 35)

Als die Geschäftsleitung des amerikanischen Telefonkonzerns AT&T Ende vergangenen Jahres ankündigte, das Unternehmen werde in drei unabhängige Firmen zerlegt und bei dieser Gelegenheit ca. 30 000 Arbeitsplätze streichen, war die Begeisterung der Börse groß, und der Aktienkurs des Unternehmens schoß in die Höhe. Das Gleiche wiederholte sich, als die Firma im März dieses Jahres nachlegte und bekanntgab, statt 30 000 würden wohl eher 40 000 Jobs auf der Strecke bleiben. Auch andere Firmen sind schon für die bloße Ankündigung von Stellenstreichungen mit Kursgewinnen belohnt worden. (Vgl. NYT v. 3.3.1996, S. 28)

Die Erklärung hierfür liegt auf der Hand: Vernichtung von Arbeitsplätzen bedeutet Einsparung von Personalkosten, was gut für die Gewinne und damit auch für die Dividende und die Aktionäre ist. Also nimmt die Nachfrage nach Aktien der Jobkiller-Unternehmen zu, die Kurse steigen.

Die Börsenpanik bei positiven Nachrichten über die Entwicklung des Arbeitsmarktes insgesamt - und damit ja auch der profitbringenden Produktion - leuchtet demgegenüber nicht so ohne weiteres ein. Ihre Erklärung liegt in Vermutungen über die gewinnschädigenden Folgen eines entspannteren Arbeitsmarktes: Wenn die Beschäftigung steigt, besteht die Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit unter das "natürliche" Niveau sinkt, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Steigende Preise entwerten aber die Gelderträge aus Aktien und Wertpapieren. Man kann zwar davon ausgehen, daß die Zentralbank das nicht zulassen und drohenden Preissteigerungen energisch entgegenzutreten wird. Ihre Maßnahmen bestehen allerdings in der Regel darin, daß die Zinsen heraufgesetzt werden. Hierüber freut sich der Neuanleger, nicht aber der Altbesitzer und Kursspekulant:

Denn höhere Zinsen entwerten die bestehenden (zu niedrigeren Zinsen gekauften) Wertpapiere und führen zu Kursverlusten am Wertpapiermarkt, die dann oft auf den Aktienmarkt übergreifen. Die Furcht vor einer unkontrollierbaren Baisse veranlaßt Aktionäre und Wertpapierhalter zu vorsorglichen Verkäufen, und wenn diese ein bestimmtes Ausmaß erreichen, führt das dann tatsächlich zu Kursverlust. Daher die Freude der Börsianer an der Arbeitslosigkeit und die Furcht vor ihrem Ende.

Im März hatte sich die Lage nach wenigen Tagen allerdings wieder beruhigt. Offensichtlich hatte sich die Meinung durchgesetzt, daß das Jobwunder doch nicht so dramatisch sei.

2. Tatsache I: Das Jobwunder: schwacher Aufschwung - explodierende Bankgewinne

In seiner Antrittsrede im Januar 1993 hatte Präsident Clinton versprochen, daß während seiner ersten Amtszeit acht Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Dieses Versprechen ist vorzeitig übererfüllt worden: Im Februar 1996 gab es in den USA 8,4 Millionen Beschäftigte mehr als im Januar 1993. Im Jahresvergleich waren 1995 gut 8,1 Mill. mehr Menschen beschäftigt als 1992.¹

Dieser Anstieg der Beschäftigung hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen zwischen 1992 und 1995 um zwei Millionen auf 7,4 Millionen im Jahresdurchschnitt gesenkt (RP, S. 318), die Arbeitslosenquote ging von 7,4 % auf 5,6 % zurück. Zwar verschleiert diese Statistik das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit: Wie in Deutschland und anderen Ländern der EU gibt es auch in den USA die "stille Reserve" der Arbeitslosen, die arbeiten wollen, aus verschiedenen Gründen aber nicht als Arbeitslose registriert sind (Februar 1996: 5,8 Millionen Personen) und die unfreiwilligen TeilzeitarbeiterInnen, die einen Vollzeit Arbeitsplatz suchen (4,5 Millionen). Unter Berücksichtigung dieser Gruppen lag die Zahl der fehlenden Arbeitsplätze im Februar 1996 bei 17,7 Millionen, mehr als doppelt so viele wie die der offiziell registrierten 7,4 Millionen Arbeitslosen.² Dennoch: Die Richtung der Entwicklung bleibt auch dann eindeutig positiv, wenn diese Dunkelziffern berücksichtigt werden.

Der Anstieg der Beschäftigung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit sind allerdings keineswegs ein Wunder. Sie sind vielmehr auf den kräftigen und in seiner Form geradezu klassischen konjunkturellen Aufschwung zurückzuführen, der bereits 1992 begann und 1994 seinen Höhepunkt erreichte (vgl. Tabelle 1). Er ist im vergangenen Jahr abgeflacht, und es gibt Anzeichen - allerdings noch keine eindeutigen Belege - dafür, daß in diesem

Jahr ein neuer Abschwung beginnt, in dem dann auch die Beschäftigung wieder sinkt und die Arbeitslosigkeit erneut steigt. Ein besonderes Hindernis für weiteres Wachstum stellt die Entwicklung der Staatsausgaben dar: Seit dem Amtsantritt Clintons sind sie real nicht gestiegen. Dies ist eine Folge der militanten Kampagne der Republikaner zur Verminderung der Staatsschulden sowie der Unfähigkeit der Regierung, diesen Angriffen ein solides wirtschaftspolitisches Konzept entgegenzustellen. Beides belastet nicht nur das politische Klima, sondern auch die Konjunktur. Während die kapazitätsschaffenden Ausrüstungsinvestitionen weiterhin stark zugenommen haben, ist die Kapazitätsauslastung im vergangenen Jahr leicht - von 83,6 auf 82,9 % - gesunken. Wenn dies eine konjunkturelle Wende einleitet, wäre der jüngste Konjunkturaufschwung allerdings besonders schwach und kurz gewesen, und er hätte - aller Regierungspropaganda zum Trotz - sehr viel weniger Arbeitsplätze geschaffen als der vorhergehende: Der lange Zyklus von 1982 bis 1990 hatte einen Zuwachs an Arbeitsplätzen in Höhe von 18,5 Millionen gebracht (RP, S. 318).

Tabelle 1: Entwicklung der US Wirtschaft von 1985 bis 1995

(reale Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr)

Jahr	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt	4,0	6,8	3,7	3,0	2,9	3,8	3,4	1,3	-1,0	2,7	2,2	3,5	2,1
privater Konsum	5,2	5,2	4,7	4,0	3,1	3,9	2,3	1,7	-0,6	2,8	2,8	3,0	2,4
Investitionen* Ausrüstungs- investitionen	-1,7	17,3	6,2	-3,5	-1,1	4,4	4,0	-0,6	6,4	1,9	6,4	9,8	9,9
Wohnungsbau	4,6	19,2	5,5	1,0	0,3	6,4	5,0	-1,5	-4,1	6,2	10,0	13,2	10,7
Export	41,1	14,6	1,4	12,0	0,2	-2,0	-3,7	-9,3	-12,3	16,6	7,6	10,8	-2,4
Import	-2,6	8,3	2,7	7,4	11,1	15,9	11,7	8,5	6,3	6,6	3,3	8,3	8,3
Staatsausgaben	12,6	24,3	6,5	8,4	6,1	3,9	3,9	3,9	-0,7	7,5	9,9	12,0	7,9
	2,8	3,1	6,1	5,1	2,7	1,3	2,8	3,0	0,6	0,5	-0,3	0,0	0,0

* außer Wohnungsbau

Quelle RP, S. 287, Survey of Current Business, March 1996

Die Entwicklung in den USA unterscheidet sich allerdings von der in Europa insofern, als sich der langfristige Trend zur Herausbildung einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit in den 90er Jahren nicht fortgesetzt hat: Während in der EU in der Krise 1993 die Arbeitslosenquote mit 10,5 % höher war als in der Krise 1983 (9,9 %), lag sie in den USA an ihrem bisherigen Höhepunkt in den 90er Jahren (1992) mit 7,4 % um 2,3 Prozentpunkte oder fast ein Viertel unter ihrem Höchstwert Anfang der 80er Jahre. Noch deutlicher werden die Unterschiede in einem schematischen Vergleich von Durchschnittsn. Sie liegen in der EG in den ersten fünf Jah-

¹ Economic Report of the President, 1996, Washington 1996, im folgenden RP, S. 316.

² Vgl. Bureau of Labor Statistics, The Employment Situation: February 1996, Washington, Table A, A-9, A-3; vgl. auch: National Coalition for Jobs for All, Uncommon Sense, No. 8, December 1995, S. 2.

ren der 90er Jahre doppelt so hoch wie in den 70er Jahren (und etwas höher als in den 80ern). In den USA dagegen ist der Sockel in den 90er Jahren nicht höher als in den 70ern und etwas niedriger als in den 80ern. Während er in den 70er Jahren noch um etwa 50 % höher war als der in der EG, liegt er jetzt um ein Drittel darunter.

Tabelle 2: Durchschnittliche Arbeitslosenrate, 1960 - 1995 (Angaben in %)

	EG12	Japan	USA
1960-1970	2,2	1,2	4,7
1971-1980	4,2	1,8	6,4
1981-1990	9,6	2,5	7,1
1991-1995	10,0	2,5	6,5

Quelle: European Economy Nr. 59, 1995, S. 205; RP, S. 317

Bei Licht besehen ist das amerikanische Jobwunder also erstens kein Wunder, sondern normale Folge des Konjunkturaufschwungs, der zweitens vergleichsweise schwach geblieben ist. Das einzige, was sich seit Mitte der 80er Jahre außerordentlich dynamisch entwickelt hat, sind die Unternehmensgewinne (vgl. Tabelle 3). Sie haben sich zwischen 1985 und 1994 mehr als verdoppelt und sind insgesamt von der Rezession zu Anfang dieses Jahrzehnts kaum beeinträchtigt worden. Die Gesamtzahl verdeckt allerdings den sehr großen Unterschied in der Gewinnentwicklung zwischen den nichtfinanziellen Sektoren und besonders der Industrie auf der einen und den Finanzdienstleistungen (ohne Zentralbanksystem) auf der anderen Seite:

Tabelle 3: Entwicklung der Unternehmensprofite 1980 - 1994 (Mrd. \$)

	1985	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1994/85
Gesamtwirtschaft	231	331	358	378	399	458	514	2,23
Nichtfinanzielle Sektoren	168	220	224	222	250	297	359	2,14
dar. Industrie	82	109	112	93	96	110	143	1,74
Anteil an Gesamtwirtschaft %	35,5	32,9	31,2	24,6	24,1	24,0	27,8	0,78
Finanzdienstleistung (o. FED)	13	33	47	67	66	75	77	5,92
Anteil an Gesamtwirtschaft %	5,6	10,0	13,1	17,7	17,5	16,3	15,0	2,68
Finanzd. in % d. Industrie	15,8	30,4	42,0	72,0	72,6	67,9	54,0	3,42

Quelle: RP, S. 380f.

Die Industriegewinne haben sich von 1985 bis 1994 um 75 % erhöht, also nicht einmal verdoppelt.

Sie sind in der Krise 1991 um 17 % gesunken und haben sich danach nur langsam erholt. Demgegenüber sind die Gewinne der Banken und anderer Finanzinstitute in der gesamten Zeit auf das Sechsfache gewachsen, im Rezessionsjahr 1991 nahmen sie um 42,5 % zu. Der Anteil des Finanzsektors an allen Unternehmensgewinnen hat sich von 5,6 auf 15,0 % fast verdreifacht. Die Gewinne aus Finanzgeschäften waren 1994 bereits mehr als halb so hoch wie die aus industrieller Produktion.

3. Stimmung II: Angst der Menschen um den Arbeitsplatz - Zersetzung der Arbeit

In der gleichen Woche, in der die günstigen Arbeitsmarktdaten veröffentlicht wurden, brachte die New York Times jeden Tag einen großen Aufmacher auf der ersten Seite sowie mindestens zwei, meistens drei ganze Seiten zum Thema "The Downsizing of America", das Abspecken Amerikas: Berichte über Personen und Gruppen, die Opfer der Entlassungswelle geworden waren, Statistiken und Erhebungen, die belegen, daß es sich nicht um Sonderfälle handelte. Die Gesamtserie zeichnet das Bild eines tief erschütterten Selbstbewußtseins einer Bevölkerung, in der Verunsicherung und Angst um den Arbeitsplatz herrschen, Arbeitslosigkeit Familien zerstört, den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden auflöst und traditionelle Loyalitäten zwischen den Menschen und ihren Unternehmen bricht. Obgleich der Präsident in seiner State of the Union-Rede verkündet hatte, der Wirtschaft gehe es so gut wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr, herrscht in den USA "die schlimmste Arbeitsplatzunsicherheit seit der großen Depression".

Nach den Auswertungen der Zeitung sind seit 1979 gut 43 Mill. Arbeitsplätze vernichtet, und 70 Millionen neu geschaffen worden. 1995 gab es 27 Millionen mehr Jobs als 1979. Diese positive Zahlenbilanz hat jedoch nichts Tröstliches. Sie verdeckt die Dramatik der sozialen Veränderung, die in den Berichten der New York Times und vieler anderer Publikationen zum Ausdruck kommt. Diese Veränderung ist durch die Erfahrung von Arbeitslosigkeit vermittelt worden. Fast drei Viertel aller Haushalte in den USA sind seit 1980 mit Arbeitslosigkeit in enge Berührung gekommen. In einem Drittel aller Haushalte hat ein Familienmitglied einen Arbeitsplatz verloren, und bei weiteren 40 % war es ein Freund, ein Verwandter oder Nachbar. Für 10 % aller Erwachsenen hatte Arbeitslosigkeit zu einer größeren Krise in ihrem Leben geführt. (NYT v. 3.3.1996, S. 1)

Besonders irritierend erscheint es den Menschen, daß die Unternehmen nicht nur in Rezessionen, sondern neuerdings auch in Jahren die Belegschaften vermindern, in denen es ihnen gut geht. Massenentlassungen sind nicht mehr in erster Linie die Folge des Zusammenbruchs von Unternehmen, sondern sie sind Teil der Unternehmensstrategie. Hinter dieser steht der Druck der Börse, die die Geschäftsleitungen zwingt, kurzfristig Profite auszuweisen, um den Aktienwert hochzuhalten. Massenentlassungen sind

selbstverständliche Begleiterscheinungen von Unternehmensfusionen geworden. Ein großer Prozentsatz der Arbeitsplatzverluste geht ferner auf "outsourcing" zurück, die Vergabe von Arbeit an andere Unternehmen, die in der Regel allerdings in den USA liegen. Das "downsizing" betrifft auch anders als früher - nicht mehr in erster Linie ungelernete und schwarze Arbeiter, sondern zunehmend, in den letzten Jahren sogar überproportional - weiße, gut ausgebildete Facharbeiter, technische und kaufmännische Angestellte, gut bis sehr gut verdienende Angestellte bis hinein ins mittlere Management. Sie wären nie auf die Idee gekommen, einmal auf der Straße zu stehen und sind fassungslos. Allerdings verringert sich der Abstand zu den unteren Schichten nicht, da diese weiter nach unten gedrückt werden.

Letztlich finden die meisten Entlassenen wieder einen Job, aber es ist ein ganz anderer als der, den sie hatten, für den sie ausgebildet waren und gut bezahlt wurden. "Es handelt sich nicht um anhaltende Arbeitslosigkeit wie in der Großen Depression. Es geht vielmehr um eine schleichende Neudefinition von Beschäftigung. ... Der entscheidende Punkt ist die Art der Ersatzarbeit. Während vor 25 Jahren, die große Mehrheit der Menschen, die entlassen wurden, neue Arbeitsplätze fanden, die genauso gut bezahlt wurden wie die alten, zeigen die Zahlen des Arbeitsministeriums, daß gegenwärtig nur 35 % der Entlassenen neue Arbeit finden, die gleich gut oder besser bezahlt wird." (NYT v. 3.3.1996, S. 1/26) Die neuen Jobs sind meist in kleinen Unternehmen, oft denjenigen, an die die großen per outsourcing ihre Aufträge vergeben. Dieselben Personen produzieren dann die gleichen Dinge für die gleiche Firma zu einem Bruchteil des früheren Lohnes und ganz ohne betriebliche Sozialleistungen. Vielfach finden sie auch nur Teilzeitarbeitsplätze. Outsourcing erweist sich damit nicht nur als ein betriebswirtschaftliches Instrument zur *Verlagerung* von Lohnkosten nach außen, es ist auch der Hebel zur *Lohnsenkung auf breiter Front*. Für die Betroffenen bedeutet das drastische finanzielle Einbußen, sozialen Abstieg und Erschütterung des Selbstwertgefühls. Viele haben zwei, manche drei Jobs, arbeiten tagsüber und in der Nacht, um den Verlust des früheren Einkommens wenigstens teilweise wettzumachen. Familien werden durch Nachtschichten, Abwesenheit in der Woche und lange Pendelzeiten strapaziert.

Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz nicht verloren haben, sind auch nicht viel besser dran. Sie strampeln sich ab, um neuen Anforderungen zu genügen: Sie arbeiten härter und länger, für weniger Geld ohne Kündigungsschutz und betriebliche Sozialleistungen; sie schrauben ihre Ansprüche herunter. Sie haben ihren Arbeitsplatz behalten, aber ihr Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber ist nachhaltig zerstört. Identifikationen mit "ihrer" Firma verschwinden mit dem Vertrauen in die Loyalität der Geschäftsleitungen.

Es gibt in den USA heute acht Millionen mehr Arbeitsplätze als 1992 und 27 Millionen mehr als 1979. Die neuen Arbeitsplätze haben jedoch nicht mehr den gleichen Gehalt wie die früheren, und sie haben den Charakter

der Jobs, die geblieben sind, ebenfalls verändert. Der hohe soziale Wert der traditionellen Erwerbsarbeit besteht - auch unter den Bedingungen des Kapitalismus - darin, daß sie ein zum Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen und soziale Sicherheit bei Krankheit, Alter oder sonstigen Risiken ermöglicht, nicht automatisch, aber als Resultat gesellschaftlicher Kämpfe. Erwerbsarbeit ist insofern die Grundlage für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben im Rahmen einer Solidargemeinschaft. Die Entwicklung in den USA läuft darauf hinaus, diese wesentliche soziale Substanz der Arbeit zu zerstören.

4. Tatsachen II: Mehr Arbeit für weniger Geld - the working poor

Die Tendenz zur deutlichen Verschlechterung der Lebensverhältnisse derer, die noch oder wieder Arbeit haben, schlägt sich auch, wenn auch unzureichend, in den offiziellen Statistiken nieder (vgl. Tabelle 4). Die geringfügige Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft von durchschnittlich 35,6 auf 34,5 Stunden ist vor allem auf die Zunahme der weitgehend unfreiwilligen Teilzeitarbeit zurückzuführen. In der Industrie, wo nach wie vor meistens Vollzeitarbeit herrscht, hat die wöchentliche Arbeitszeit dagegen in den letzten Jahren nicht ab-, sondern zugenommen. Hierdurch wurde der Rückgang der realen Stundenlöhne um sechs Prozent etwas gebremst. Dennoch: Ein Industriearbeiter arbeitete im Jahre 1995 im Durchschnitt über anderthalb Stunden mehr in der Woche und sein Wochenlohn war anderthalb Prozent weniger wert als 15 Jahre früher.

In den 80er Jahren war der Rückgang der Reallöhne durch den Anstieg der Familieneinkommen verdeckt worden. Der Grund hierfür lag in der stärkeren Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Ihre Erwerbsquote stieg von 42,6 % (1970) auf 51,2 % (1980) und 57,5 % (1990). Die Zahl der Familien mit nur einem Verdienst ging von 14,8 Millionen 1980 auf 12,2 Millionen 1990 zurück; die der Familien, in denen Mann und Frau verdienen, nahm von 13,0 auf 16,0 Millionen zu.³ Das schlug sich auch in den Familieneinkommen nieder: Ihr mittlerer Wert stieg von 36 912 \$ im Jahre 1980 um rund 2000 \$ oder 8,0 % auf 39 869 \$ - was allerdings für ein Jahrzehnt auch nicht eben viel ist.

Dieser Ausgleichsmechanismus wirkt in den 90er Jahren kaum noch. Im Jahre 1994 lag die weibliche Erwerbsquote mit 58,9 % nur geringfügig über dem Niveau von 1990 und die Zahl der Familien, in denen Mann und Frau verdienen, hatte nur noch wenig zugenommen. Daher schlugen sich die sinkenden individuellen Einkommen in den 90er Jahren auch in einem Rückgang der Familieneinkommen nieder. Das mittlere Familieneinkom-

³ Vgl. Statistical Abstract of the United States, Washington 1995, im folgenden SA, S. 434.

men war 1993 bereits wieder um 2900 \$ oder 7,3 % auf 36 959 \$ gefallen und lag damit wieder auf dem gleichen Niveau wie vor 15 Jahren.

Tab. 4: Arbeitszeit, reale Stunden- und Wochenlöhne 1980, 1990 und 1995

	1980	1990	1995	1995/90	1995/80
				%	%
A. Gesamtwirtschaft					
durchschn. Wochenarbeitszeit (St.)	35,3	34,5	34,5	0	-2,3
durchschn. realer Stundenlohn (\$)	7,78	7,52	7,42	-1,4	-4,6
durchschn. realer Wochenlohn (\$)	275	259	256	-1,4	-7,0
B: Industrie					
durchschn. Wochenarbeitszeit (St.)	39,7	40,8	41,5	+1,7	+ 4,5
durchschn. realer Stundenlohn (\$)	8,49	8,14	8,01	-1,6	-5,7
durchschn. realer Wochenlohn (\$)	337	332	332	0,0	-1,5

Quelle: RP, S. 330, 343; SA, S. 431; eigene Berechnungen

In den USA gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Er wurde 1938 eingeführt und betrug damals 25 Cent pro Stunde. Heute liegt er bei 4,25 \$ und wird von 3,7 Millionen ArbeiterInnen bezogen, das sind fünf Prozent aller Beschäftigten, die stundenweise bezahlt werden. Der Mindestlohn hat nicht nur nicht zur Verbesserung der Lage der unteren Lohngruppen beigetragen, er ist im Gegenteil sogar zum Schrittmacher für die drastische Zunahme der Armut geworden. Das liegt einfach daran, daß er nicht jährlich um den Preisanstieg korrigiert wird, sondern nur in großen Abständen und sehr unzureichend angehoben wird. Die letzten beiden Erhöhungen fanden 1990 (3,80 \$) und 1991 (4,25 \$) statt, zwischen 1981 und 1990 hat es überhaupt keine Anpassungen gegeben. Das hat dazu geführt, daß die Kaufkraft des Mindestlohnes in den letzten 20 Jahren um 27,7 % gesunken ist. Sie liegt 1996 um 11 % niedriger als 1991, dem Jahr der letzten Erhöhung (vgl. NYT vom 19.4.1996, S. A20). 1980 entsprach der Minimum-Lohn noch knapp der Hälfte (44 %) eines Durchschnittslohns, 1994 waren es nur noch gut ein Drittel (35 %). (SA, S. 436) Ein Arbeiter, der 1979 das ganze Jahr über beschäftigt war und den Mindestlohn bezog, konnte von diesem Einkommen eine Drei-Personen-Familie unterhalten. 1994 lag das Einkommen einer solchen Familie um 2 500 \$ unter der offiziellen Armutsgrenze.⁵

⁴ Vgl. SA, S. 474; vgl. auch Lawrence Mishel, Working America, in: Todd Schafer, Jeff Faux, eds., Reclaiming Prosperity. A Blueprint für Progressive Economic Reform, Washington D.C. 1996, Economic Policy Institute, S. 93.

⁵ Vgl. William Spriggs, John Schmitt, The Minimum Wage. Blocking the Low-Wage Path, in: Todd Schafer, Jeff Faux, a.a.O., S. 165.

5. Tatsachen III: Neue Ungleichheit und steigende Armut

Neben dem Rückgang der Einkommen insgesamt fällt ihre zunehmend ungleiche Verteilung zugunsten der obersten Schichten besonders auf. Die neue Ungleichheit ist zum Gegenstand der politischen Diskussion und zur Irritation in einer Gesellschaft geworden, die sich selbst jahrzehntlang als weitgehend egalitär verstanden hatte. Die Tatsachen sind unbestreitbar. Die drastische Einkommenspolarisierung wird besonders deutlich, wenn die Familieneinkommen nach ihrer jeweiligen Höhe in fünf Gruppen (Quintile) geteilt und dann hinsichtlich ihrer Entwicklung betrachtet werden (vgl. Tabelle 5). In den 14 Jahren zwischen 1966 und 1979, dem "egalitären" Zeitalter, haben sich die Einkommen für alle Gruppen kräftig verbessert. In den darauffolgenden 14 Jahren sind sie dagegen in den drei unteren Gruppen absolut zurückgegangen; in den beiden oberen Quintilen sind sie weniger gestiegen als in der Periode davor. Nur die obersten fünf Prozent konnten unvermindert hohe Zuwächse kassieren.

Tabelle 5: Entwicklung der realen Familieneinkommen nach Einkommensgruppen

Zeitraum	unterstes Fünftel	2. Fünftel	3. Fünftel	4. Fünftel	oberstes Fünftel	oberste 5 %
1966-1979	20	19	25	29	30	28
1979-1993	-15	-8	-3	5	18	29

Quelle: RP, S. 23

Als Folge dieser Polarisierung bei der Einkommensentwicklung hat die Zahl der Personen und Familien, die unter die offizielle Armutsgrenze fallen, seit Ende der 70er Jahre erneut stark zugenommen - nachdem sie in den 60ern bis Ende der 70er Jahre ebenso drastisch abgenommen hatte (vgl. Tabelle 6).⁶

Heute lebt mehr als ein Siebtel der Bevölkerung der USA in Armut. Dabei ist der Anteil der schwarzen Bevölkerung mehr als doppelt so hoch und hat sich mit rund einem Drittel seit mehr als 20 Jahren nicht verändert. Die Bevölkerungsgruppe, bei der die Armut seit Beginn der 80er Jahre dramatisch zugenommen hat, sind die Menschen mit lateinamerikanischer Herkunft: Ihr Armutsanteil lag 1978 noch bei einem guten Fünftel und ist mittlerweile auf fast ein Drittel gewachsen. Aber auch die Weißen sind insbesondere in den letzten Jahren stark betroffen: die Zahl der armen Weißen hat zwischen 1990 und 1993 um 3,9 Millionen Personen zuge-

⁶ Diese Einkommensschwelle, unterhalb derer Personen oder Haushalte amtlich als arm gelten, lag 1993 für eine Einzelperson bei 7 363 \$, für einen Zweipersonen-Haushalt bei 9 414 \$ und für einen Vierperson-Haushalt bei 14 763 \$ - vgl. SA, S. 481.

nommen, stärker als die der Schwarzen (0,9 Millionen) und Hispanics (2,1 Millionen) zusammen.

Tabelle 6: Entwicklung der Armut

Jahr/ Bevölkerungsgruppe	1960	1970	1978	1990	1993
	Millionen Personen				
Gesamtzahl	39,9	25,4	25,0	33,6	39,3
Weißer	28,3	17,5	16,3	22,3	26,2
Schwarze		7,5	7,6	9,8	10,9
Hispanics			2,6	6,0	8,1
	Anteile an der Gesamtgruppe in %				
Insgesamt	22,2	12,6	11,4	13,5	15,1
Weißer	17,8	9,9	8,7	10,7	12,2
Schwarze		33,5	30,6	31,9	33,1
Hispanics			22,4	26,2	30,6

Quelle: Statistical Abstract of the USA 1995, a.a.O., S. 480

Der Zunahme von Ausgrenzung, Ungleichheit und Armut steht eine enorme Konzentration von Einkommen und eine noch größere Konzentration von Vermögen gegenüber: Im Jahre 1949 besaß das reichste Prozent der amerikanischen Familien 30 % des amerikanischen Vermögens; dieser Anteil stieg bis 1965 auf 37 % und ging dann - vor allem als Folge der Great Society-Politik von Johnson - auf 22 % im Jahre 1979 zurück. Innerhalb des folgenden Jahrzehnts nahm er drastisch auf 39 % (1989) zu, und 1992 lag er bei 42 %, hatte sich also in nur 13 Jahren fast verdoppelt.⁷

6. Stimmung III: Die Angst der PolitikerInnen vor Alternativen

Die politische Klasse bereitet sich im Frühjahr 1996 auf den Wahlkampf vor. Republikaner wie Demokraten stehen vor der Schwierigkeit, angesichts der harten sozialen Tatsachen und der weitgehenden Verunsicherung bei den Menschen überzeugende Konzepte zu formulieren.

Die Republikaner, seit November 1994 Mehrheitspartei in beiden Häusern des Kongresses, haben sich mit ihrer bisherigen Strategie verkalkuliert und suchen hektisch nach einer neuen. Sie hatten im vergangenen Jahr unter dem Titel "Vertrag mit Amerika" den bislang massivsten Angriff auf das ohnehin sehr bescheidene - Sozialsystem gestartet und die Streichung oder radikale Kürzung Dutzender Programme vorgeschlagen: von der Schulpeisung über die Unterstützung Behinderter bis zu den Kernstücken des

⁷ Vgl. Edward N. Wolf, How the Pie is Sliced. America's Growing Concentration of Wealth, in: The American Prospect, Summer 1995, S. 59.

Systems, der Alters- und Gesundheitsfürsorge. Ihr wichtigstes machtpolitisches Instrument war dabei der Bundeshaushalt gewesen. Mit dem Hinweis auf die höchste politische Priorität für das Land, das Staatsdefizit zu vermindern, den Haushalt auszugleichen und überhaupt die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Rolle des Staates radikal zu verringern, haben sie die Parlamentsberatungen blockiert und die Verabschiedung eines ordentlichen Haushaltes für das laufende Haushaltsjahr verhindert, das am 1.10.1995 begonnen hat. Dies hatte am Jahresende dazu geführt, daß die Regierung zweimal ihren Betrieb einstellen und die Bundesbehörden schließen mußte, weil sie die Gehälter der Beschäftigten nicht bezahlen konnte. Ihre Sparrhetorik hat die republikanische Parlamentsmehrheit allerdings nicht daran gehindert, in einem Sonderverfahren zunächst den Militärhaushalt zu verabschieden - und mit rund zehn Milliarden Dollar mehr auszustatten, als die Regierung überhaupt beantragt hatte.

Diese Blockade- und Konfrontationspolitik ist jedoch nicht auf die erhoffte Zustimmung bei der Bevölkerung gestoßen. Insbesondere die erzwungene Schließung der Bundesbehörden ist in der Öffentlichkeit als unnötige Radikalität kritisiert worden. Die Ignoranz und Arroganz republikanischer Spitzenfiguren gegenüber der sozialen Realität und den Ängsten der Menschen um Arbeitsplatz und Einkommen hat zu erheblichen Sympathieverlusten geführt. Sie hat zugleich rechtsradikalen Republikanern wie Pat Buchanan Zulauf gebracht, der diese Ängste sehr genau erkannt hat und im republikanischen Vorwahlkampf zunächst für seine ausländerfeindlichen und fundamentalistischen Parolen instrumentalisieren konnte. Er wird sich allerdings nicht durchsetzen können, weil seine extrem protektionistische Position in scharfem Gegensatz zu dem Teil des amerikanischen Kapitals steht, der von den offenen Grenzen gegenüber Mexiko profitiert. Im Frühjahr 1996 befinden sich die Republikaner daher in einer Situation der Schwäche, Uneinigkeit und Konzeptionslosigkeit.

Dies wäre die Gelegenheit für die (Partei der) Demokraten, mit einer klaren wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption in die Offensive zu gehen. Dies war im Wahlkampf 1992 der Fall gewesen: Damals war der marktradikalen Hilflosigkeit der Regierung Bush ein Programm entgegengesetzt worden, in dem staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Industrie- und Strukturpolitik, die Ausweitung des Systems der sozialen Sicherheit und insbesondere die Reform des Gesundheitswesens zentrale Elemente waren, indem ein kurzfristiges Maßnahmenbündel zur Stabilisierung der Beschäftigung und ein mittelfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm vorgeschlagen und eine Umverteilung der Einkommen von oben nach unten in Aussicht gestellt wurden. Dieses Programm hatte damals die Mehrheit der WählerInnen überzeugt und den demokratischen Kandidaten an die Regierung gebracht.

Nichts von dieser Aufbruchstimmung ist in diesem Jahr geblieben. Die Regierung stellt den (vergleichsweise) schwachen Aufschwung und die acht Millionen neuen Arbeitsplätze natürlich als Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik

hin, ist im übrigen aber weitgehend auf die wirtschaftspolitische Grundlinie der Reaktion eingeschwenkt. Die Reform des Gesundheitssystems - 1993 als Jahrhundertwerk und Kernstück demokratischer Reformpolitik gefeiert - ist erwartungsgemäß auf republikanischen Widerstand gestoßen und wird nicht weiterverfolgt.⁸ Der Widerspruch zwischen ökonomischer und sozialer Reformkonzeption auf der einen und der auch 1993 schon geäußerten hohen Priorität des Schuldenabbaus auf der anderen Seite ist mittlerweile zugunsten letzterer gelöst: Dem Haushaltsausgleich wird alles andere untergeordnet. Die Regierung plant ebenfalls einschneidende Kürzungen im Sozialsystem, etwas anders als die Republikaner, in einigen Punkten nicht ganz so extrem. Auch ihre Linie ist jedoch eine energische Beendigung des "something for nothing" des propagandistischen Gegenstücks zu dem, was in Deutschland als "soziale Hängematte" diffamiert wird.

Andere politische Parteien mit Aussicht auf Wahrnehmbarkeit sind nicht in Sicht, Gegenwehr und Druck von unten bleiben Ausnahmen. Es gibt allerdings einige Hinweise, daß bei den Gewerkschaften etwas in Bewegung kommt.⁹ Die neue Führung der amerikanischen Dachgewerkschaft AFL-CIO hat einen härteren Kurs zur Verteidigung von Arbeitsplätzen, Löhnen und Arbeitsbedingungen angekündigt. In New York haben im Februar Tausende von GebäudeinstandhaltungsarbeiterInnen gegen die beabsichtigte Kürzung des Einstiegslohns um 48 % mehrere Wochen lang gestreikt und einen Teilerfolg erzielt: Die Einstiegsgehälter werden nur um 20 % gesenkt. Deutlich erfolgreicher war der Streik von gut 3000 Automobilarbeitern in zwei Bremsenfabriken bei General Motors, durch den nach wenigen Tagen fast die gesamte Autoproduktion des Konzerns lahmgelegt wurde. Die Arbeitsniederlegung richtete sich gegen die geplante Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den billigeren Fremdbezug von Einzelteilen bei einem deutschen Unternehmen (Outsourcing). Nach gut 14 Tagen Streik und erheblichen Produktionsverlusten verzichtete die Geschäftsleitung auf dieses Vorhaben und willigte sogar ein, neue Leute einzustellen - ohne allerdings auf ihre Outsourcing-Option grundsätzlich zu verzichten.

Derartige Einzelfälle können Mut machen und zeigen, daß Gegenwehr nicht unmöglich ist. Sie sollten allerdings nicht zu der Illusion verleiten, daß es bereits eine soziale Bewegung gibt, die dem weiteren Verfall der Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Menschen in den USA entschlossen und mit Aussicht auf Erfolg entgegentritt. Dies ist nicht der Fall, und die Formierung einer solchen Bewegung wird wahrscheinlich sehr viel Zeit brauchen.

⁸ Vgl. Paul Starr, What happened to Health Care Reform? in: The American Prospect, Nr. 20, Winter 1995, S. 20-31.

⁹ Vgl. Richard Bensinger, Labor Wants to Spread its Wings, in: Challenge, January/February 1996, S. 21-25.

Jans-Joachim Höhme

Abgeschwächte Konjunktur in Deutschland

Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Konnte zu Beginn des vorigen Jahres noch festgestellt werden, daß sich die weltwirtschaftliche Grundsituation gegenüber den vorausgegangenen Jahren deutlich verbessert hatte, so bietet sich heute ein weniger günstiges Bild.

In den westlichen Industrieländern, die mit einem Anteil von etwa 73 Prozent des Welt-Sozialprodukts nach wie vor den entscheidenden Einfluß auf die Weltwirtschaft ausüben, verlief die ökonomische Entwicklung seit Anfang 1995 schwächer als im Jahr zuvor. Waren im Konjunkturjahr 1994 das Bruttoinlandsprodukt aller entwickelten kapitalistischen Länder um reichlich 3 Prozent und deren Industrieproduktion um rund 5 Prozent gewachsen, so war 1995 nur noch eine Zunahme des Sozialprodukts um gut 2 Prozent und der industriellen Produktion um rund 3 Prozent zu verzeichnen. Etwas verbessert hat sich die Lage der ehemals sozialistischen Länder Ost- und Mitteleuropas. Allerdings wird in diesen Ländern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung immer noch von den negativen Wirkungen geprägt, die im Gefolge der Transformationskrise auftreten.

Tabelle 1: Wachstum der Weltwirtschaft 1991 - 1995 in v. H.

	1991	1992	1993	1994	1995
Weltwirtschaft insgesamt	1,3	2,0	2,5	3,6	3,0
Entwickelte Marktwirtschaften	0,8	1,5	1,1	3,1	2,0
Übergangsökonomien	-11,6	-15,2	-9,1	-9,5	-2,0
Entwicklungsländer	4,9	5,9	6,1	6,2	6,0
Welthandel	7,2	4,7	3,9	8,7	8,0

Berechnet nach: IMF, World Economic Outlook, Oktober 1995; OECD, Main Economic Indicators, lfd. Für 1995 zum Teil Schätzungen auf der Grundlage dieser Quellen.

Die in sich sehr differenzierte Staatengruppe der Entwicklungsländer hatte 1995 insgesamt eine nahezu gleich hohe Zunahme des Bruttonationalprodukts (fast 6 Prozent) wie in den beiden Jahren zuvor zu verzeichnen und erreichte damit im vergangenen Jahr ein mehr als doppelt so starkes Wirtschaftswachstum wie die Industrieländer. Dazu trug aber nahezu allein die weiterhin kräftige wirtschaftliche Expansion in vielen asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern bei. Der Welthandel bleibt auch 1995/96 Hauptstütze des Wirtschaftswachstums. Seine Zunahme hat 1995 rund 8 Prozent betragen. Damit setzte sich die seit Beginn der 90er Jahre festzu-

stellende Tendenz fort, daß der gesamte internationale Austausch von Waren und Dienstleistungen mindestens doppelt stark zunimmt wie das weltweite Sozialprodukt.¹

2. Abschwächung des Konjunkturaufschwungs in Deutschland

Wie in den meisten Ländern Westeuropas ist auch in der deutschen Wirtschaft der zyklische Aufschwung, der zum Jahresbeginn 1994 erst richtig eingesetzt hatte, bereits im Verlaufe des vergangenen Jahres nach kurzer Dauer ins Stocken geraten. Das gesamte deutsche Bruttoinlandsprodukt nahm 1995 real um 1,9 Prozent zu, wobei nur die Ausfuhr überproportional wuchs, während der öffentliche Verbrauch etwa im gleichen Maße wie die Gesamtwirtschaft zunahm.

Tabelle 2: Ausgewählte aktuelle Wirtschaftsdaten Deutschlands

- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent -

	1993	1994	1995	1.Hj.	2.Hj.	Jan./Feb.
			1995	1995		1995
Bruttoinlandsprodukt	-1,2	2,9	1,9	2,2	1,5	
Privater Verbrauch	0,5	0,9	1,3	1,3	0,9	
Staatsverbrauch	-0,5	1,2	2,0	1,4	2,4	
Anlageinvestitionen	-5,6	4,3	1,8	3,3	-0,7	
Ausrüstungen	-14,1	-1,2	1,5	4,6	-0,8	
Bauten	0,9	7,8	1,9	2,6	-0,6	
Ausfuhr (Waren u. Dienstl.)	-4,7	7,5	3,7	4,1	3,3	
Industrieproduktion	-6,5	4,5	0,3	2,3	-1,6	-2,5
Auftragseingänge d.verarbeitd.Industrie	-7,5	9,0	-0,4	2,9	-3,5	-2,2
Verbraucherpreise	3,2	2,7	1,8	1,9	1,7	1,6
Arbeitslose (1000 Pers.)	3.419	3.698	3.612	3.586	3.808	4.215

Berechnet nach: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatl. lfd.; Statistisches Bundesamt, Konjunktur aktuell, monatl. lfd.; DIW-Wochenbericht, Berlin, 7/1996.

Die Schwäche der Binnenkonjunktur findet vor allem darin ihren Niederschlag, daß sowohl die Anlageinvestitionen, vor allem die Bauten, als auch der private Konsum im vergangenen Jahr noch geringere Zuwachsraten zu verzeichnen hatten als die Gesamtproduktion. Die Produktion der

¹ Ich begnüge mich hier mit diesem allgemeinen Hinweis. Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird in einem gesonderten Beitrag in Z 27 behandelt.

erarbeitenden Industrie nahm 1995 noch um 1 Prozent zu. Die gesamte jährliche Industrieproduktion einschließlich des in die Krise geratenen Baugewerbes stagnierte allerdings mit einer Zuwachsrate von nur 0,2 Prozent faktisch.

In diesen zusammengefaßten gesamtdeutschen Jahresdaten spiegeln sich jedoch der Ablauf der konjunkturellen Entwicklung seit Anfang 1995 wie auch weiterhin bestehende Unterschiede zwischen dem west- und ostdeutschen Wirtschaftsgeschehen nicht genügend wider. So ist in Westdeutschland das Sozialprodukt seit dem Frühjahr 1995 von Vierteljahr zu Vierteljahr so gut wie nicht mehr gewachsen und hat zuletzt sogar etwas abgenommen; in Ostdeutschland hat sich in dieser Zeit das Wachstumstempo spürbar verringert. Im letzten Quartal 1995 lag das westdeutsche Bruttosozialprodukt um ganze 0,7 Prozent, das ostdeutsche um 4,7 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresstand. Damit hat sich in der ostdeutschen Wirtschaft, die während der vorausgegangenen zyklischen Krise infolge ihres strukturellen Nachholbedarfs nach der Transformationskrise noch mit sehr hohen Raten weiter gewachsen war, der Aufholprozeß merklich verlangsamt.

Abbruch eines schwachen Aufschwungs in Westdeutschland

Die in meiner vorjährigen Konjunktüreinschätzung geäußerte Skepsis hinsichtlich der Tragfähigkeit der auf zu schwachen Füßen stehenden zyklischen Aufwärtstendenzen² ist inzwischen durch die Realität bestätigt worden. Als zentraler Faktor für die konjunkturelle Entwicklung haben sich auch in diesem Zyklus die Ausrüstungsinvestitionen erwiesen. Sie wuchsen schwächer als die Bauinvestitionen und waren auf dem bisherigen Gipfel der Aufwärtsbewegung um 6,5 Prozent höher als auf der Talsohle der jüngsten Krise, lagen damit aber noch um 15 Prozent unter dem Vorkrisenstand³. Nachdem sie jedoch im 2. Quartal bereits nahezu stagniert hatten, gingen sie im 2. Halbjahr 1995 zurück und lagen im letzten Quartal sogar unter dem Vorjahresniveau. Auch die Sonderkonjunktur der Bauinvestitionen ist in Westdeutschland ausgelaufen. Diese waren 1993 von der Krise nur relativ milde betroffen, hatten danach einen kräftigeren Auftrieb als die Ausrüstungsinvestitionen gehabt, sind aber inzwischen schon seit Jahresbeginn 1995 von einer deutlichen Abschwächung erfaßt. Sie findet insbesondere in der bereits seit Jahresbeginn 1995 rückläufigen Produktion des westdeutschen Bauhauptgewerbes ihren Niederschlag, deren Jahresniveau um rund 6,5 Prozent niedriger war als 1994. Da der Wohnungsbau,

² Siehe hierzu die vorjährige Konjunktüreinschätzung in: Z 21, März 1995, S. 118ff.

³ Da seit 1994 für die Verwendungsbereiche der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Statistischen Bundesamt nur noch Gesamtdaten für Deutschland veröffentlicht werden, mußten diese hier auch für die Skizzierung der westdeutschen Konjunktur verwendet werden.

der allein mehr als die Hälfte aller Bauinvestitionen ausmacht, besonders stark von gesetzlichen Regelungen beeinflusst wird, hatten das Auslaufen des Schuldzinsabzugs für Neubauwohnungen zum Jahreswechsel 1994/95 wie auch Diskussionen um die Neuregelung der steuerlichen Förderung im Jahre 1994 zwar zu Vorzieheffekten geführt, danach allerdings 1995 zu einer entsprechend rückläufiger Nachfrage im westdeutschen Baugewerbe beigetragen. Gleichzeitig hatten auch im Wirtschaftsbau die Leerstände bei Büro- und Verwaltungsgebäuden und der Zinsanstieg im Jahre 1994 die Renditeerwartungen der Investoren beeinträchtigt. Und schließlich hatte die verschlechterte Finanzlage der Kommunen auch bei den öffentlichen Investitionen im vergangenen Jahr zu einem Rückgang geführt.

Der geringe Schwung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung spiegelt sich auch in der Entwicklung der westdeutschen Industrieproduktion wider, die vom Tiefpunkt der letzten Rezession bis zum bisherigen Höhepunkt des Aufschwungs (im letzten Vierteljahr 1994) zwar um knapp 4 Prozent anwuchs⁴, damit aber immer noch um 5,5 Prozent unter dem Niveau der Krise bereits einmal erreichten Niveau lag. Sichtbar sind die derzeitigen Abschwächungstendenzen insbesondere in der verarbeitenden Industrie, wo seit der Jahresmitte 1995 sowohl die Auftragseingänge als auch die Produktion und die Kapazitätsauslastung zurückgingen. Im letzten Quartal war das Volumen der Auftragseingänge um fast 8 Prozent und die Produktion um mehr als 4 Prozent geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Insgesamt hat sich die westdeutsche Industriekonjunktur bisher einschneidender abgeschwächt als die der anderen EU-Länder. Besonders ausgeprägt war dabei der Rückgang in der chemischen Industrie sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung, wo das Produktionsniveau im 4. Quartal 1995 um 9 bzw. um 7,5 Prozent unter dem Vorjahresstand lag. Die elektrotechnische und Datenverarbeitungsindustrie stagnierte während des Vorjahres, die Autoindustrie war nach einem Rückgang im 4. Quartal im weiteren Jahresverlauf gleichfalls durch stagnierenden Produktionszahlen gekennzeichnet. Die einzige unter den großen Industriebranchen, in der die Produktion Ende 1995 deutlich höher war als im letzten Monat des Vorjahres (um 4,5 v.H.), war der Maschinenbau. Zugleich sind zeitweilig überdeckte Strukturkrisen einiger Branchen, wie des Schiffbaus und der Luft- und Raumfahrttechnik, durch die Abschwächung wieder stärker zutage getreten. Leicht zurückgegangen ist seit Mitte vorigen Jahres auch die Auslastung der Produktionskapazitäten in der westdeutschen verarbeitenden Industrie. Der Auslastungsgrad war allerdings mit 84 Prozent (saisonbereinigt) im Dezember 1995 immer noch relativ hoch und übertraf den Durchschnittswert des Zeitraums von 1975 bis 1995 um 11 Prozentpunkte⁵.

⁴ Nach Vierteljahresdaten berechnet.

⁵ Ifo-Schnelldienst, München, Nr. 9/96 vom 26.3.1996, S. 3ff.

Diese überwiegend ungünstigen Wirtschaftsdaten können jedoch nicht als eindeutige Signale einer bevorstehenden neuen Rezession gewertet werden. Ein Blick auf vergleichbare Phasen früherer Konjunkturzyklen Deutschlands und auch anderer Länder zeigt vielmehr, daß temporäre Abschwächungen nach einem ersten Anfangsaufschwung nicht ungewöhnlich sind. Legt man die Kapazitätsauslastung der Industrie als Maßstab an, dann sind sie sogar eher die Regel.

Bislang ist die skizzierte jüngste Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft somit noch nicht als Beginn einer neuen zyklischen Krise, sondern als temporäre Unterbrechung einer auf relativ schwachen Füßen stehenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu bewerten. Maßgeblich ausgelöst bzw. verstärkt wurde diese Abschwächung vor allem durch folgende Faktoren:

Der im Laufe des Jahres 1994 durch die Geldpolitik der USA ausgelöste Anstieg der langfristigen Zinssätze in Westeuropa traf die deutsche Wirtschaft zu Beginn ihrer Aufschwungsphase und schwächte hier wie auch in den wichtigsten europäischen Abnehmerländern die Investitionstätigkeit frühzeitig. Der mittlerweile wieder erfolgte Zinsrückgang kam zu spät und reicht offenkundig für eine neuerliche Verstärkung der Investitionskonjunktur nicht aus.

Der Aufwertungsschub der DM im März 1995 bei fast gleichzeitiger Abwertung einiger anderer europäischer Währungen schränkte die Möglichkeiten für den Export ein, in ähnlich starkem Maße wie zuvor als Konjunkturstütze zu fungieren.

Die anhaltende Diskussion um den "Umbau" des Sozialstaates hat viele Konsumenten, teilweise aber selbst Unternehmer, verunsichert und während der zweiten Jahreshälfte 1995 vor allem einer weiteren Zunahme des privaten Verbrauchs entgegengewirkt.

Perspektiven der Konjunktur

Wie sind angesichts der skizzierten Entwicklungstendenzen die Aussichten für eine Wiederbelebung der konjunkturellen Auftriebskräfte einzuschätzen? Geht man von den jetzt für die letzten Monate 1995 und teilweise für den Beginn dieses Jahres vorliegenden Frühindikatoren aus, dann dürfte sich im Frühjahr nichts an der derzeitigen Konjunkturschwäche ändern. Darauf deutet vor allem die Auftragsentwicklung in der westdeutschen Industrie hin. So ging das Volumen der Auftragseingänge für das gesamte verarbeitende Gewerbe im letzten Vierteljahr 1995 sehr nachhaltig um rund 4 Prozent gegenüber dem Vorquartal zurück. Dabei war die Minusrate bei den Inlandsaufträgen mehr als doppelt so hoch wie bei den Auslandsaufträgen. Der Rückgang setzte sich bei den Inlandsaufträgen auch in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres fort, während die Auslandsnachfrage stagnierte. Damit scheinen sich Ergebnisse des jüngsten Ifo-Konjunkturtests zu bestätigen, bei dem die Unternehmen sich eher zu-

versichtlich hinsichtlich ihrer Exporterwartungen äußerten und für 1996 keinen Einbruch des Auslandsgeschäfts signalisierten. Allerdings ist angesichts der in den meisten europäischen Abnehmerländern vorerst anhaltenden Konjunkturschwäche auch nicht zu erwarten, daß von der Ausfuhr während des ersten Halbjahres spürbare Ausgleichswirkungen für die schwache Inlandsnachfrage ausgehen werden. Im weiteren Jahresverlauf könnte der Export dann jedoch etwas an Gewicht gewinnen und unter Umständen zu dem noch am schnellsten wachsenden Nachfragesektor werden. Begünstigend könnte sich dabei auswirken, daß die Höherbewertung der DM gegenüber anderen wichtigen Währungen, insbesondere gegenüber der Lira, inzwischen spürbar zurückgegangen ist. Andererseits können aber auch in den EU-Ländern zur Durchsetzung der Maastricht-Kriterien⁶ forcierte Anstrengungen zur Konsolidierung ihrer Haushalte konjunkturdämpfend und damit nachteilig für das deutsche Exportgeschäft wirken.

Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Belebung stützen sich, trotz rückläufiger Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit, in erster Linie auf die mögliche Entwicklung des privaten Verbrauchs. Dabei wird in den eher optimistischen Einschätzungen auf die Entlastungen verwiesen, die den privaten Haushalten 1996 durch die steuerliche Freistellung des Existenzminimums, den Wegfall des Kohlepfennigs und durch Verbesserungen beim Familienleistungsausgleich zugute kommen und für den persönlichen Konsum verwendet werden können. Bei der Bewertung dieser Maßnahmen dürfen jedoch gegenläufige Faktoren nicht unterschätzt werden. So errechnete das DIW, daß von den auf etwa 20 Milliarden DM geschätzten Entlastungen, die das Jahressteuergesetz 1996 den privaten Haushalten bringen soll, nahezu die Hälfte durch die gleichzeitigen zusätzlichen Belastungen wieder absorbiert werden, die infolge der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge entstehen. Unter Berücksichtigung niedrigerer Tarifabschlüsse und geringerer Rentensteigerungen als im vergangenen Jahr kommt das DIW zu dem Ergebnis, daß die verfügbaren Einkommen 1996 real um etwa 2 Prozent ansteigen werden. In gleicher Größenordnung wird mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs gerechnet, falls sich die Sparneigung auf dem am Jahresende 1995 erreichten niedrigen Niveau hält.⁷ Angesichts der wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Unsicherheit ist jedoch eher zu vermuten, daß die privaten Haushalte den Zuwachs ihrer verfügbaren Einkommen nicht voll konsumieren, sondern einen beträchtlichen Teil davon zur Sicherheit zurücklegen. Ein Zuwachs des privaten Konsums in einer Größenordnung um 1 Prozent erscheint deshalb für 1996 realistisch. Beim öffentlichen Verbrauch, der 1995 trotz der Haushaltsprobleme noch um 2 Prozent zugenommen hatte, ist in diesem Jahr angesichts

⁶ Vgl. Gretchen Binus u.a., Internationalisierung - Finanzkapital - Maastricht II. Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen, Frankfurt/M. 1996.
⁷ DIW-Wochenbericht, Berlin, Nr. 1-2/96 vom 11.1.1996, S. 13ff.

der angekündigten verstärkten Einsparungsbemühungen bestenfalls mit einem erheblich verminderten Zuwachs zu rechnen.

Auch von den Investitionen sind in diesem Jahr keine ausreichenden Impulse für eine sich selbst tragende Wiederbelebung der Konjunktur zu erhoffen. Die Bauinvestitionen dürften aufgrund der westdeutschen Baukrise 1996 insgesamt in einer Größenordnung zwischen 1,5 und 2,5 Prozent zurückgehen. Für die Ausrüstungsinvestitionen sind die Schätzungen nicht ganz so pessimistisch. Von einer eventuellen Verbesserung der Exportsituation in der zweiten Jahreshälfte könnten dabei auch Impulse ausgehen, die zumindest eine weitere Abnahme dieser Investitionen im Jahresdurchschnitt verhindern und zu einem geringen Wachstum führen. Eine durchgreifende Investitionsbelebung wird es deshalb in diesem Jahr kaum geben.

Im Gesamtbild dieser Konjunktur-Indikatoren gibt es somit keine Anzeichen dafür, daß die westdeutsche Wirtschaft unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen die Antriebskräfte für eine sich selbst tragenden Wiederbelebung des Aufschwungs entwickelt. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß der gesamtwirtschaftliche Entwicklungspfad sich 1996 zwischen Stagnation und Minimalwachstum bewegen wird. Die Jahresrate des Bruttoinlandsprodukts dürfte dabei allenfalls eine Größe um 0,5 Prozent herum erreichen. Die deutsche Wirtschaft ist in dieser Situation jedoch sehr anfällig, vor allem gegenüber Verschlechterungen auf den internationalen Märkten oder weiteren wirtschaftspolitischen Fehlleistungen. Überhaupt spielt beim Herauskommen aus der gegenwärtigen konjunkturellen Gratwanderung die Wirtschaftspolitik, und zwar hierzulande wie im EU-Maßstab, eine entscheidende Rolle. Zur baldigen Überwindung der Abschwächung bedarf es konjunkturstimulierender Maßnahmen. Wird dagegen der überwiegend kontraproduktiv wirkende Kurs noch weiter verschärft, dann droht das Abgleiten aus einer noch temporären Konjunkturausgangslage in eine Krise.

Verlangsamter Aufholprozeß in Ostdeutschland

In der ostdeutschen Wirtschaft, die seit 1992 von dem niedrigen Niveau aus, auf das sie infolge des strukturellen Kahlschlages beim Übergang zur Marktwirtschaft zurückgefallen war, relativ unbeeinflusst von zyklischen Schwankungen wieder mit hohen Raten gewachsen ist, mehrten sich inzwischen die Anzeichen dafür, daß die Abhängigkeit von der internationalen und ganz besonders von der westdeutschen Konjunkturentwicklung stärker geworden ist.

Die Investitionskonjunktur in den neuen Bundesländern setzte sich im vergangenen Jahr noch fort, zeigte aber erste Abschwächungszeichen. So sind die gesamten Anlageinvestitionen 1995 um rund 10 Prozent gestiegen, prognostiziert waren aber 15 Prozent. Besonders nachhaltig wirkt sich dabei gegenwärtig aus, daß die Bauwirtschaft, von der 1993 und 1994 die Haupt-

impulse für das ostdeutsche Wirtschaftswachstum kamen, bereits seit Anfang vorigen Jahres an Dynamik verloren hat. War die Produktion des ostdeutschen Bauhauptgewerbes 1994 noch um rund 26 Prozent expandiert, so nahm sie 1995 insgesamt nur noch um 2 Prozent zu. Sie lag dabei im 2. Halbjahr schon unter dem Vorjahresstand. Allerdings ist die Abschwächung hier später und bislang auch weniger gravierend erfolgt als in der westdeutschen Bauwirtschaft; insbesondere die Auftragseingänge sind bei weitem nicht so tief eingebrochen. Eine Verschlechterung der Auftragslage zeichnet sich vor allem im Wohnungsneubau sowie auch bei öffentlichen Bauvorhaben ab. Dagegen wird im Ausbaugewerbe noch mit einem anhaltenden Wachstum gerechnet. Aufgrund ihrer schwachen Eigenkapitalausstattung sind die in Ostdeutschland ansässigen Baufirmen besonders empfindlich von dieser Abschwächung betroffen. Die Zahl der Konkurse nimmt deshalb hier schneller zu als in der in einer wesentlich tieferen Krise steckenden westdeutschen Baubranche. Da das Baugewerbe insbesondere der Wohnungsbau mit seiner Vorlieferindustrie, für die Gesamtentwicklung der durch die Vereinigungskrise stark deindustrialisierten ostdeutschen Wirtschaft ein weitaus größeres Gewicht besitzt als dies in Westdeutschland der Fall ist, gehen von der aktuellen Schwächung der Bauwirtschaft erhebliche Wachstumshemmungen aus.

In der verarbeitenden Industrie ist die Situation noch deutlich günstiger. Die ostdeutsche Produktion war hier im vergangenen Jahr insgesamt um 11 Prozent gewachsen. Eine leichte Abschwächung, die in erster Linie die von der Baukonjunktur besonders abhängige Vorleistungsgüterproduktion betraf, zeichnete sich während der zweiten Jahreshälfte ab. Allerdings hatten die Auftragseingänge in den anderen Industriebereichen auch an der Jahreswende noch hohe Zuwachsraten zu verzeichnen.

Von dem hohen Wachstumstempo der letzten Jahre gingen jedoch nur schwache Impulse auf die Beschäftigungssituation aus, denn erst 1994 kam der Rückgang der gesamten Erwerbstätigenzahl zum Stillstand, in der Industrie setzte er sich auch danach weiter fort. Die Zahl der Arbeitslosen war erstmals vom Frühjahr 1994 an etwas gesunken. Seit dem Herbst 1995 nimmt sie jedoch wieder zu und hat im Februar dieses Jahres mit 1 310 000 offiziell registrierten Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 18,6 Prozent einen neuen Höchststand erreicht.

In fast allen Einschätzungen und Befragungen wird für dieses und das nächste Jahr mit einer weiteren Verlangsamung des ostdeutschen Wachstumstempos gerechnet. Der in dieser Hinsicht eher optimistische BDI rechnet schon bei den gegenwärtigen Zuwachsraten damit, daß die Niveauangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland noch 12 Jahre dauert. Angesichts der zu erwartenden Wachstumsverlangsamung dürfte sich

der ostdeutsche Aufholprozeß wohl noch wesentlich länger hinziehen; das DIW sieht sogar die Gefahr eines Aufschubs um Jahrzehnte⁸.

Bei der Einschätzung der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß das hohe Wachstum der Produktion und der Investitionen nur vor dem Hintergrund des strukturellen Kahlschlages beim Übergang zur Marktwirtschaft zu verstehen ist, der 1990/91 u.a. das Sozialprodukt halbierte und die Industrieproduktion sogar um zwei Drittel reduzierte. Im Ergebnis dieser radikalen Umstrukturierung gehen die hohen derzeitigen Zuwachsraten eben von einem Industriepotential aus, das nur noch rund 5 Prozent der gesamtdeutschen industriellen Produktion ausmacht. Währungsunion und Vereinigung haben zwar die ehemalige DDR-Wirtschaft 1990 mit einem Aufwertungsschock ohnegleichen der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt und danach mittels der Treuhandgesellschaft die Eigentumsverhältnisse innerhalb kurzer Zeit durchkapitalisiert. Dadurch wurden zugleich auch eventuelle ostdeutsche Konkurrenten der auf den neu hinzugewonnenen Markt flutenden westdeutschen Unternehmen ausgeschaltet. Diese brachiale Art der ökonomischen Landnahme machte von Beginn an hohe Transferleistungen von West nach Ost erforderlich, die ihrerseits wie ein staatliches Nachfrageprogramm dafür sorgten, daß auf dem neuen Absatzmarkt schnell die nötige Kaufkraft vorhanden war, die dann zum großen Teil von Ost nach West zurückströmte. Den dortigen Unternehmen bescherte sie einen Vereinigungsboom, der den Ausbruch der eigentlich zu diesem Zeitpunkt fälligen gewesenen zyklischen Krise um etwa zwei Jahre hinausschob. Zugleich war diese radikale Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse und Strukturen jedoch mit gravierenden Verlusten an wirtschaftlicher, vor allem industrieller Substanz und Produktivkräften verbunden, die dazu geführt haben, daß die ostdeutsche Wirtschaft auch heute noch zu wenig Eigendynamik entwickeln kann und in erheblichem Maße westdeutscher Transferleistungen bedarf. Ein weiteres Andauern der konjunkturellen Abschwächung in Westdeutschland und Westeuropa sowie im Umfang und der Wirkung nachlassende Transferleistungen können deshalb den sich zur Zeit verlangsamen den Aufholprozeß sehr schnell ganz abbrechen lassen.

3. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verschärft Konjunkturabschwächung

Angesichts der konjunkturellen Gratwanderung in Westdeutschland und der sich zugleich abzeichnenden Verlangsamung des Aufholprozesses in Ostdeutschland hängt für die nächste Phase der ökonomischen und sozialen Entwicklung sehr viel von der Gestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik ab. Als zusätzliches Alarmsignal sollte dabei die dramatische Zunahme der offiziellen Arbeitslosenzahlen wirken, die im Februar mit insge-

⁸ Berliner Zeitung, 25.3.1996.

samt 4,27 Millionen, davon 2,96 Millionen in den alten und 1,31 Millionen in den neuen Bundesländern, einen Nachkriegsrekord erreichte. Gleichzeitig waren weitere 1,5 Millionen Menschen, die sonst ebenfalls ohne Arbeit wären, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht. Außerdem stieg auch die Zahl der Kurzarbeiter auf über 400 000 an. Die Reaktionen der Politik beschränkten sich bislang weitgehend auf Diskussionsrunden im nationalen wie internationalen Rahmen, auf denen "Bündnisse" beschworen wurden, die substantiell wenig Neues brachten und überwiegend auf dem seit Jahren verfolgten angebotsorientierten Kurs aufbauten. Von den bisher diskutierten oder bereits verhandelten Varianten des "Bündnisses für Arbeit" ist nach den bisherigen Reaktionen der Unternehmerseite ohnehin zu befürchten, daß sie einseitig dieser Seite nutzen, weil einerseits die den Arbeitern und Angestellten auferlegten Verzichte auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zwar mit Sicherheit erfolgen, andererseits aber die als Äquivalent in Aussicht gestellten zusätzlichen Arbeitsplätze größtenteils nicht entstehen werden.

Im Grunde dienen die meisten dieser vermeintlichen Bündnisprojekte den Unternehmern als eine im Outfit gemilderte Mogelpackung aus ihrer breit angelegten Offensive zur Untergrabung des Tarifsystems und anderer in den Jahrzehnten zuvor erkämpfter sozialer und Arbeiterrechte sowie nicht zuletzt zu einer noch stärker die Schwachen benachteiligenden Umverteilungskorrektur der öffentlichen Finanzen. Die praktische Verfolgung dieser seit Jahren eingeschlagenen Strategie hat in dem Maße an Radikalität gewonnen, in dem die Positionen der Gewerkschaften mit der wachsenden Arbeitsplatzunsicherheit schwächer geworden sind. Die offizielle Bundespolitik distanziert sich zwar dann und wann von zu weit vorpreschenden Meinungsäußerungen einzelner Kapitalvertreter, in ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Grundorientierung folgt sie ihnen aber. Dabei ist natürlich keine Variante staatlicher Wirtschaftspolitik in der Lage, die der gegenwärtigen Beschäftigungsmisere wie auch dem zyklischen Auf und Ab des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zugrunde liegenden Grundkonflikte des Profitsystems zu beseitigen. Ihre Maßnahmen können aber in der gegenwärtigen Konjunktursituation durchaus entscheidenden Einfluß darauf ausüben, in welcher Richtung es in diesem und im nächsten Jahr weiter geht. Sie können maßgeblich darauf einwirken, ob sich Stagnations- und Rückgangstendenzen weiter durchsetzen oder ob über Beiträge des Staates zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie über eine zinsverbilligende Geldpolitik günstigere Voraussetzungen für eine Revitalisierung des Aufschwungs hergestellt werden.

Die Bundesregierung setzt auf eine Fortsetzung bzw. weitere Verschärfung ihres Kurses, die Angebots- sprich Profitbedingungen auf dem Wege der Entlastung der Unternehmen von Steuern und Lohnkosten zu verbessern und den stark defizitären Staatshaushalt durch Sparpakete und gegebenenfalls auch Erhöhungen von Verbrauchssteuern zu konsolidieren. Zugleich verhält sich die Bundesbank so, als ginge zur Zeit von einer dro-

hende Inflation und nicht von einem weiteren Konjunkturrückgang die Hauptgefahr für die deutsche Wirtschaft aus und lehnt Signale für weitere Zinssenkungen ab.

Schlechte Angebotsbedingungen können jedoch nicht die Wurzel der aktuellen deutschen Konjunkturschwäche sein. Die Kapitalrendite, wie sie der Sachverständigenrat ausweist, ist 1994 nach der Krise schnell wieder angestiegen und erreichte ein Niveau wie zu Beginn der 70er Jahre. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind nach der Krise in den Jahren 1994 und 1995 um 11 und 9 Prozent gestiegen; dadurch erhöhte sich ihr Anteil am Volkseinkommen allein in diesen zwei Jahren von 25,8 auf 28,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahmen die Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit dagegen nur mit Jahresraten von gut 2 bzw. 3 Prozent zu; ihr Anteil am Volkseinkommen verringerte sich dementsprechend um 2,7 Prozentpunkte⁹. Auch die Steuerbelastung der Unternehmereinkommen ist keineswegs gewachsen. Hatte der Anteil der Gewinnsteuern an den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu Beginn der 80er Jahre noch 37 Prozent ausgemacht, so war er bis 1995 durch mannigfaltige steuerpolitische Zugeständnisse bis auf rund ein Viertel gesenkt worden. Auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hat diese enorme Verschiebung der Verteilungsrelationen jedoch bisher keinen durchgreifenden Einfluß ausgeübt.

Auch das Argument, die hohen Belastungen und damit verbundenen Standortnachteile hätten die Exportpositionen der deutschen Unternehmen erheblich beeinträchtigt, findet in den aktuellen Wirtschaftsdaten bislang keine hinreichende Bestätigung. Zweifellos sind die internationalen Konkurrenzbedingungen für den deutschen Außenhandel komplizierter geworden. Dennoch erwies sich der Warenexport 1994 mit einer realen Wachstumsrate von 9,2 Prozent als mit Abstand wichtigste Triebkraft des Aufschwungs. Auch im Abschwächungsjahr 1995 nahm er mit 3,8 Prozent noch deutlich stärker zu als alle anderen Nachfragefaktoren des Bruttosozialprodukts. Gegenwärtig dienen die Formel von der deutschen Standortschwäche und der zum gängigen Unternehmerschlagwort degenerierte Begriff "Globalisierung" offensichtlich vor allem als Knüppel in der Auseinandersetzung mit Gewerkschaften und politischen Gegnern. Dabei läuft die makabre Logik der Argumentation offenbar darauf hinaus, daß statt Unternehmen und Kapital bald nur noch Arbeiter und Angestellte mit Abgaben und Steuern belastet werden dürfen, weil sie nicht abwandern können.

Eine Wirtschaftspolitik, die einseitig darauf baut, daß die Unternehmen krisenhafte Entwicklungen aus eigener Kraft bewältigen und auch ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern können, wenn nur möglichst weitgehende Lohnzurückhaltung geübt und das Sozialsystems durchlöchert

⁹ Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 1/96 v. Januar 1996, S. 9.

wird und den Unternehmern weitere Steuerzugeständnisse gemacht werden, wird zwar mit Sicherheit die Profiterwartungen erhöhen, bietet nach allen Erfahrungen aber keinerlei Gewähr dafür, daß die Gewinne für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Die Unternehmen werden nämlich mit großer Wahrscheinlichkeit auch dann in einer Phase konjunktureller Abschwächung und Unsicherheit in erster Linie ihre Rationalisierungsbemühungen verstärken, ihre Fixkosten zu senken versuchen und sich nicht zuletzt durch die Entlassung von Beschäftigten "schlanker" machen. Für das einzelne Unternehmen ist das ein der Logik des Profitsystems völlig angemessenes Verhalten. Volkswirtschaftlich geht dieses Verhalten jedoch nicht auf, sondern wird zusammen mit der vor allem über massive Sparmaßnahmen angesteuerten Konsolidierung des Haushalts zur Reduzierung der Nachfrage, insbesondere der Massenkaufkraft, führen. Eine weitere Beschneidung der ohnehin nur geringfügig wachsenden privaten und öffentlichen konsumtiven Nachfrage wird aber zwangsläufig zur Stagnation oder sogar zum weiteren Abgleiten der deutschen Wirtschaft in eine Rezession führen. Staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Unternehmerstrategie sind somit auf dem besten Wege, die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik nach Kräften zu verschlechtern.

ak analyse & kritik

Zeitung für Linke

In ak Nr. 390 Berichte, Analysen & Kommentare u.a. zu:
Italien nach dem "Sieg der Linken", Israels Stellvertreterkrieg
im Libanon, Sozialismus und Antisemitismus, Rolf Gössner über
die Hamburger Polizei, Anmerkungen zur SED-Gründung vor
50 Jahren, u.v.a. mehr

Kostenloses Probeexemplar (Kennwort: Z.) bestellen bei :

analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,

Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175

e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

ak erscheint vierwöchentlich und ist linken Buchläden und Zeitungskiosken
erhältlich. Jahresabo DM 90,-, Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten. (ISSN-Nr. 0945-1153)

Johannes Steffen

'Sozialstaat in der Reichtumsfalle

1. Sozialpolitik als Instrument gesellschaftlichen Umbaus

Finanzierungsfragen dominieren seit Jahren die bundesdeutsche Sozialstaatsdebatte. Meldungen über steigende Neuverschuldung der staatlichen Haushalte, über "Rentenlöcher" oder drohende Beitragssteigerungen etwa zur Alters- und Krankenversicherung sowie die gerade für die Arbeitnehmerschaft insgesamt zunehmende Abgabenbelastung sind vermeintlicher Beleg dafür, daß "wir" über unsere Verhältnisse leben.¹ Dabei hat die Tarnvokabel vom Umbau des Sozialstaats mittlerweile längst ihre Unschuld verloren; es geht einzig und alleine um den Abbau sozialer Sicherung. Mit dem Wegfall der Systemauseinandersetzungen hat auch der bundesdeutsche Sozialstaat in seiner bisherigen Form ausgedient. Die Funktion des Sozialstaats wird inzwischen nach anderen Maßstäben gemessen. Auch durch die Reduktion auf einen im Trend immer kleineren Kreis der Lohnabhängigen wird der sozialstaatliche Klassenkompromiß der Nachkriegsära seit Jahren zunehmend infrage gestellt.

Mit dem weitgehenden Wegfall ihrer ökonomischen und machtmäßigen Basis (Vollbeschäftigung) hat keynesianische Sozialstaatspolitik als Regulator des Verteilungskonflikts an Funktionalität eingebüßt. Für den weltmarktfixierten Standortfundamentalismus ist der Sozialstaat alter Prägung weitgehend entbehrlich geworden. Mehr noch: Er erweist sich in bestimmten Teilbereichen zunehmend als Hindernis bei der Durchsetzung neuer Betriebs- und Politikweisen, deren oberstes Gebot "Kostensenkung" lautet.² Dies bedeutet allerdings nicht, daß Sozialpolitik damit per se obsolet würde. Vielmehr wird sie, mit für bundesdeutsche Verhältnisse bislang unbekannter Vehemenz, zum Umbau der Gesellschaft entsprechend der angebotsorientierten Standortlogik instrumentalisiert. Die 1993 einsetzende neue Etappe des Sozialabbaus weist den Weg hin zu einer Sozialpolitik, die ihr geändertes Zielspektrum, die Durchökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien, in weiten Teilen explizit auch und gerade unter Marginalisierung oder völligem Ausschluß sozialer Sicherung zu erreichen sucht. Der Abbau von Elementen des Solidarausgleichs, die Stärkung des Äquivalenzprinzips zwi-

¹ Zu den Facetten der Sozialstaatskritik vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '95, Stärkung des Sozialstaats - Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau, Köln 1995, S. 115ff.

² Vgl. in diesem Zusammenhang Urban, H.-J., *Deregulierter Standort-Kapitalismus? Krise und Erneuerung des Sozialstaates*, in: Schmitthener, H. (Hrsg.), *Der "schlanke" Staat. Zukunft des Sozialstaates - Sozialstaat der Zukunft*, Hamburg 1995, S. 9ff.

schen Beitrag auf der einen und Leistung auf der anderen Seite, die Privatisierung - im Sinne von Individualisierung wie auch im Sinne von Vermarktung - sozialer Risiken und ihrer Kosten sowie der Ausbau administrativ-disziplinarischer Instrumente wie etwa Sperrzeitverlängerung, Zutunbarkeitsverschärfung oder völliger Leistungsentzug sind markante Kennzeichen der Sozialpolitik seit Beginn der 80er Jahre.

Damit wird die gesellschaftlich stabilisierende Funktion, die dem regulierenden Sozialstaat bis in die späten 70er Jahre hinein zukam, nicht nur Stück für Stück zurückgedrängt, sondern gleichzeitig ersetzt durch staatliche Deregulierungspolitik, die die disziplinierende, sozialen Frieden und Ruhe an der Verteilungsfront erpressende Funktion von Massenarbeitslosigkeit noch zusätzlich verschärft. Der in diesem Zusammenhang gerne bemühte Verweis auf die Gefährdung des "Standortfaktors sozialer Frieden" durch Sozialabbau ist vor solchem Hintergrund denn auch eher Ausdruck von Hilflosigkeit. Er unterschlägt nämlich in geradezu entwaffnender Naivität, "daß sozialer Frieden unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit fürs Kapital einfach billiger zu haben ist, daß sozialer Frieden bei jederzeitiger Austauschbarkeit der Ware Arbeitskraft durch Sozialabbau jedenfalls ökonomisch nicht in Gefahr gerät, sondern im Gegenteil materiell erpreßt werden kann"³.

2. Wachsender privater Reichtum erodiert Sozialstaatsfinanzen

Die im Rahmen der gängigen Sozialstaatskritik gebetsmühlenartig vorgebrachte Behauptung, der Standort Deutschland liefe Gefahr, an einem "überbordenden" Sozialsystem zugrunde zu gehen, ist hanebüchener Unsinn. Gesamtwirtschaftlich finden sich nämlich für die These von der Überforderung der ökonomischen Basis durch den Sozialstaat keinerlei empirische Belege.

In der Abgrenzung des sogenannten Sozialbudgets⁴ belief sich die Summe sämtlicher Sozialleistungen 1994 auf den zweifellos beeindruckenden Betrag von 1,106 Billionen DM oder 13.590 DM pro Einwohner. Zu den Sozialleistungen zählt das Sozialbudget sämtliche sozialen Einkommens-transfers, Sach- und Dienstleistungen sowie (steuerliche) Vergünstigungen der Gebietskörperschaften, der Sozialversicherung sowie der Unternehmen und Betriebe. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), entsprach dies einer gesamtdeutschen Sozialleistungsquote von 33,3 vH. Damit liegt die Quote unterhalb jenes Niveaus, das sie in den alten Bundesländern unter weitaus günstigeren Rahmenbedingungen (geringere Zahl an Arbeitslosen, an Sozialhilfeemp-

³ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 120.

⁴ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Sozialbudget 1994, Revidierte Ergebnisse (Tabellenauszug), Stand: Juli 1995.

fängern, an Renten usw.) bereits Mitte der 70er (33,9 vH) bzw. Anfang der 80er Jahre (33,5 vH) erreicht hatte.

In den alten Ländern ist die Sozialleistungsquote über die 80er Jahre im Trend sogar kontinuierlich gesunken - von 1981 bis 1990 um vier Prozentpunkte. 1991 erreichte sie mit 29,0 vH den niedrigsten Stand seit 1973, dem letzten Jahr annähernder Vollbeschäftigung. Hauptsächlich aufgrund der seither um mehr als 50 Prozent gestiegenen Zahl der jahresdurchschnittlich registrierten Arbeitslosen - von 1,689 Mio. (1991) auf 2,556 Mio. (1994) Personen - nahm die Quote in den vergangenen Jahren wieder zu, auf zuletzt 30,2 vH (1994).

In ihrer Höhe maßgeblich beeinflusst wird die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote derzeit durch die Teilquote-Ost; in den neuen Bundesländern betrug die Sozialleistungsquote 1994 60,0 vH (1992: 67,9 vH). Dies ist das beeindruckende Ergebnis der ökonomisch verfehlten Politik im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, deren Folge wirtschaftlicher Zusammenbruch und hohe Unterbeschäftigung in den neuen Ländern sind und die enorme Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland erforderlich macht. Vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, daß die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote trotz der "Jahrhundertaufgabe deutsche Einheit" bislang immer noch unter ihrem bisherigen Höchstwert von 1975 (33,9 vH) liegt.

Dieser nationalstaatliche Befund wird auch durch einen Vergleich innerhalb der Europäischen Union (EU) keineswegs relativiert; im Gegenteil: In der (von der Abgrenzung des Sozialbudgets leicht abweichenden) europäischen Statistik der sog. laufenden Sozialschutzausgaben lag Westdeutschland 1992 mit einer Sozialleistungsquote von 27,3 vH des BIP fast genau im Durchschnitt der seinerzeit zwölf EU-Mitgliedsstaaten (27,1 vH).⁵ Mit Ausnahme von Belgien (- 0,2 vH) ist die Sozialleistungsquote seit 1980 nur in Westdeutschland (- 1,4 vH) gesunken; im Durchschnitt der EU nahm sie dagegen um 2,7 Prozentpunkte zu. Auch hier findet sich also kein Beleg für eine abnehmende Konkurrenzfähigkeit aufgrund eines vermeintlich überhand nehmenden deutschen Sozialstaates.

Was für die Sozialleistungsquote insgesamt gilt, trifft auch für einzelne Zweige der Sozialversicherung zu. So ist etwa der Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, der für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten oder auch für die gesetzliche Krankenversicherung verausgabt wurde, seit Mitte der 70er Jahre erstaunlich stabil geblieben. Dennoch liegt derzeit der Beitragssatz zur Rentenversicherung um 1,2 Punkte und der zur Krankenversicherung sogar um vier Punkte höher als 1974. Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu erklären?

⁵ Vgl. Rosenberg, P., Enge Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Sozialstaates, in: WSI-Mitteilungen 6/1995, S. 361.

Die gesetzliche Krankenversicherung wird gänzlich und die gesetzliche Rentenversicherung zu etwa 80 Prozent über proportionale Beiträge auf den Bruttolohn bis zur Höhe der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze finanziert. Mit dem Einbruch im Beschäftigungssystem Mitte der 70er Jahre, mit der Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit und deren drastischem Anstieg Anfang der 80er und nochmals Anfang der 90er Jahre auf inzwischen über vier Mio. registrierte Personen erodiert die Basis der über Beiträge finanzierten Sozialversicherung in zunehmendem Maße. Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, die Bruttolohnquote, ist seit Anfang der 80er Jahre bis heute in den alten Bundesländern drastisch gesunken: Von 76,9 vH (1982) auf 70,1 vH im Jahre 1994. Schaltet man den gleichzeitig gestiegenen Anteil der abhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen aus, indem die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 rechnerisch konstant gehalten wird, so springt die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Verteilungsposition der Arbeitnehmer noch deutlicher ins Auge: Die bereinigte Bruttolohnquote sackte von 72,5 vH (1982) auf 65,6 vH in 1994 ab und liegt damit in den 90er Jahren deutlich niedriger als in den beiden vorhergehenden Dekaden. Spiegelbildlich hierzu ist umgekehrt der Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen entsprechend gestiegen. Kurzum: Wäre die Lohnquote stabil geblieben, so hätten bei als gegeben unterstellter Ausgabenentwicklung die Beitragssätze zur Renten- und Krankenversicherung nicht erhöht werden brauchen - u.U. wäre sogar eine Senkung möglich gewesen.⁶

Die Finanzierung des Sozialbudgets erfolgt hauptsächlich über Sozialbeiträge sowie über Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln. Die Finanzierungsstruktur hat sich über die letzten Jahrzehnte deutlich verschoben. Beliefen sich die staatlichen Zuweisungen 1960 noch auf 40,1 vH, so waren es 1994 nur noch 31,2 vH; da auch die sonstigen Einnahmen zurückgingen, stieg der über Sozialbeiträge finanzierte Anteil von 52,7 vH (1960) auf zuletzt 65,2 vH (1994). Dieser Rückzug des Staates aus der Finanzierung sozialer Sicherung schlägt sich vor allem bei den Versichertenbeiträgen nieder, deren Finanzierungsanteil von 19,8 vH (1960) auf 29,6 vH (1994) stieg. Der Anteil der Arbeitgeberbeiträge (tatsächliche sowie unterstellte Beiträge, etwa für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall) nahm demgegenüber nur sehr verhalten zu (von 32,9 vH 1960 auf 35,5 vH 1994).

Hier ist es nun geboten, einen weiteren, allzu gerne vernachlässigten, Sachverhalt in Erinnerung zu rufen. Die "Umverteilungsmaschine" Sozialstaat, deren steigende Abgabenbelastungen der herrschenden Doktrin zufolge ökonomisch nicht mehr verkraftbar seien und über steigende Lohnnebenkosten den "Standort" gefährdeten, gehört zu jenem Ensemble virtu-

⁶ Deutlich macht diese Zusammenhänge für die "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen seit nunmehr fast 20 Jahren immer wieder Hagen Kühn; zuletzt: ders., 'Zwanzig Jahre 'Kostenexplosion'. Anmerkungen zur Makroökonomie einer Gesundheitsreform, in: Jahrbuch für Kritische Medizin 24, Hamburg 1995, S. 145ff.

eller Realitäten aus den marktradikalen Ideologie-Fabriken, die wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit - und damit auch die Bruttolohnquote - setzt sich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zufolge zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern, den tatsächlichen Sozialbeiträgen der Arbeitgeber sowie den unterstellten Arbeitgeberbeiträgen (z.B. für die Entgeltfortzahlung, die betriebliche Altersversorgung und sonstige Direktleistungen der Arbeitgeber auf tariflicher oder freiwilliger Basis). Damit sind sämtliche pekuniären Lohn(neben)kosten des Kapitals in dieser Größe enthalten. Die Kosten für den Sozialstaat und allen voran für das beitragsfinanzierte Sozialversicherungssystem wurden und werden demnach zum übergroßen Teil aus einer im Trend sinkenden Lohnquote aufgebracht. Alles in allem entbehrt also die gegen die "Sozialstaatslasten" gerichtete Standort-Larmoyanz der Herrschenden in Politik, Wirtschaft und Medien jeglicher harter gesamtwirtschaftlicher Fakten, zumal auch die Steueraufkommensstruktur - und damit die noch verbleibende Finanzierung des Sozialbudgets über Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln - nicht gerade als besonders belastend für Kapital- und Vermögenseinkünfte gelten kann. Finanzierungsfragen der Sozialpolitik sind und bleiben Verteilungsfragen. "Die unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen einzige Möglichkeit, die Unternehmen stärker an der Finanzierung öffentlicher Dienste und sozialer Aufgaben zu beteiligen, liegt in der Durchsetzung höherer Lohnsteigerungen und darüber vermittelt höherer Sozialbeiträge."⁷

Vor diesem Hintergrund beinhaltet das in der Kanzlerrunde vom 23. Januar 1996 gemeinsam von Kabinett, Arbeit und Kapital anvisierte Ziel, den Gesamtsozialversicherungsbeitrag bis zum Jahre 2000 wieder auf unter 40 vH zu senken, nicht nur einen dramatischen Abbau sozialer Leistungen im Umfang von jährlich etwa 30 Mrd. DM⁸; das Vorhaben ist ceteris paribus

⁷ Wendl, M., Teilen teilt - Kritik eines "modernen" Konzepts gewerkschaftlicher Interessenvertretung, in: Z 11, September 1992, S. 66.

⁸ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung v. 24.1.1996, Nr. 33/96 ("Bündnis für Arbeit und Standortsicherung"), S. 4. - Unverständlich ist in diesem Zusammenhang die Bewertung seitens des DGB: "Die leidige Debatte um die Lohnnebenkosten ist endlich auf die wahren Probleme zurückgeführt: nämlich auf die gesetzlichen Lohnnebenkosten, sprich die Beiträge zu den klassischen Sozialversicherungen. Hier wird immer nur über die dadurch bedingte Kostenbelastung für die Betriebe lamentiert. Ich sage aber ganz deutlich: Auch für die Beschäftigten ist die Belastungsgrenze erreicht. Das hat fünftens zur Folge, daß wir die Reform des Sozialstaates in Angriff nehmen müssen, um seine Kernaufgaben und Kernfunktionen zu sichern. Die zentralen Stichworte dabei sind Effizienz im Sinne der Konzentration auf diejenigen, die der Unterstützung am meisten bedürfen, und soziale Gerechtigkeit." Statement des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, Bundespressekonferenz, 24. Januar 1996, S. 2. (Hervorhebungen J.St.) - Der Betrag von jährlich rd. 30 Mrd. DM Leistungskürzungen ergibt sich daraus, daß der Gesamtsozialversicherungsbeitrag im kommenden Jahr infolge der absehbaren Beitragssatzerhöhungen für die Kranken- und Rentenversicherung auf rd. 42 vH steigen wird und gleichzeitig eine Umfinanzierung über eine höhere gesamtwirtschaftliche Steuerquote politisch bislang ausgeschlossen wird. Ein Beitragsspunkt entspricht ca. 15 Mrd. DM. Die vor wenigen Wochen bekannt gewordenen Pläne zur "Reform" der Ar-

auch gleichbedeutend mit einer nochmaligen Senkung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote und damit der weiteren Verschlechterung der Verteilungsposition der Arbeitnehmerschaft! Nun ist es aber gerade die seit den 80er Jahren zunehmend disparitäre Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung⁹, die (steuer-)politische Umverteilung von unten nach oben, die Gleichzeitigkeit steigender öffentlicher Armut und wachsenden privaten Reichtums, die inzwischen ganz offensichtlich nicht nur ökonomisch dysfunktional wirken, sondern auch maßgeblich zur Erosion des umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystems beitragen. Gewinne und hohe Einkommen, die weder investiert noch konsumiert werden, müssen abgeschöpft und einer gesellschaftlich sinnvollen Verwendung, nicht zuletzt der Hebung des Beschäftigungsniveaus, zugeführt werden. Denn nicht die "sozialen Lasten" hemmen die gesellschaftliche Wohlfahrtssteigerung, sondern die soziale Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung gefährdet in wachsendem Maße die sozialstaatliche Entwicklung und unterwirft die sozialen Sicherungssysteme politisch zunehmend den Wirkungsmechanismen von Markt und Macht.

3. Arbeitslosigkeit soll nicht sinken, sondern wirken

Sobald aber einzelwirtschaftliche Rationalität zum hegemonialen Kriterium für gesellschaftspolitische Vernunft wird, entzieht sie der Forderung nach Reproduktionssicherung mittels Sozialpolitik in weiten Bereichen die argumentative, weil sozialökonomische Basis. Im durchökonomisierten Blickwinkel kann Sozialstaatspolitik letztlich nichts anderes sein als Luxus oder caritatives Almosen. Wo Massenarbeitslosigkeit die Akquisitionsbedingungen des Kapitals auf den Arbeitsmärkten der vielköpfigen Austauschbarkeit wegen enorm vergünstigt, da erscheint der Sozialstaat als ausschließlicher Kostenfaktor. Auch deshalb kann die Kapitaleite trotz galoppierender "Bündnis-Inflation" keinerlei ökonomisches Interesse an der Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit haben. Wer versaut sich schon gerne selbst ohne größere Not die Preise? - Ob dem Kapital gesellschaftlich, also politisch etwa im Zusammenhang mit dem "Bündnis für Arbeit", ein Interesse am Abbau der Massenarbeitslosigkeit aufgezwungen werden kann, ist gegenwärtig noch völlig offen. Weder Arbeitgeber noch Bundesregierung lassen bislang Bewegung in diese Richtung erkennen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Während der künftige Gesamtmetall-Chef Werner Stumpfe unter politischer Geiselnahme von über vier Mio. registrierten Arbeitslosen mit der Äußerung: "Wenn es nicht anders geht, werden wir

beitslosen- und Rentenversicherung summieren sich bereits auf den Betrag von etwa 30 Mrd. DM.

⁹ Vgl. dazu Schäfer, C., Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen, in: WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 605ff.

eben ein bißchen weniger sozialen Frieden haben"¹⁰, keinen Zweifel an den Verteilungsansprüchen des Kapitals läßt, hält auch die Bundesregierung weiter ohne Abstriche an ihren Demontageplänen fest. Alleine entlang der Deregulierungs-Phalanx seit 1993¹¹, den in den ersten Monaten dieses Jahres parlamentarisch verhandelten¹² und aktuell geplanten¹³ Maßnahmen wird deutlich, daß es der Bonner Anti-Krisen-Politik schon längst nicht mehr vorrangig ums Sparen und Konsolidieren öffentlicher Haushalte oder gar um die Reduzierung von Arbeitslosigkeit geht. Massenarbeitslosigkeit soll nicht sinken, sondern bezahlbar gehalten werden und vor allen Dingen soll sie wirken!

Einer der Kernbereiche marktradikalen Umbaus konzentriert sich daher seit geraumer Zeit auf die Stärkung des vermeintlich überall abhanden gekommenen Arbeitsanreizes. Im Auge hat man dabei Empfänger und Empfängerinnen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld. Deren Leistungsansprüche sollen weiter radikal zusammengestrichen werden. Graf Lambsdorff nämlich hat beobachtet: "Je besser die Leistungen für Arbeitslose sind, desto höher ist die Langzeitarbeitslosigkeit."¹⁴

Bei Massenarbeitslosigkeit kommt der Höhe der Unterstützungssätze mehr denn je eine Art "Mindestlohn"-Funktion zu, um die negativen Auswirkungen der millionenfachen Reservearmee auf die Arbeitsbedingungen wenigstens leidlich abzufedern. Da nun jeder, der dem Lohnarbeitszwang unterliegt, ein objektives Interesse haben müßte an solch einer sozialstaatlichen Schwelle, unter die das Lohnniveau (zumindest theoretisch) nicht sinken kann, wird dieser Sachverhalt von interessierter Seite flugs demagogisch verdreht in die Frage, ob Arbeit sich denn überhaupt noch lohne. Als ob die Löhne dadurch stiegen, daß beispielsweise die Sozialhilfe sinkt, wird die Aufmerksamkeit auf ein angeblich zu hohes Sozialhilfeniveau gelenkt, anstatt der Frage nachzugehen, warum in bestimmten Fällen der Lohn nicht mehr zum Leben reicht.

¹⁰ Zitiert nach Mundorf, H., Reform der Arbeitgeberverbände. Eine Kernspaltung, in: Handelsblatt vom 21.3.1996.

¹¹ Zu nennen sind vor allem die 10. AFG-Novelle (1993), das Gesundheitsstrukturgesetz (GSG, 1993), das Asylbewerberleistungsgesetz (1993), das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG, 1993), das Erste und Zweite Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms (SKWPG, 1994), das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz (1994) sowie der Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung bei der neuen Pflegeversicherung (1995).

¹² Das Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz, die Ausweitung des Asylbewerberleistungsgesetzes auf weitere Personengruppen, die "Reform" der Sozialhilfe und die dritte Stufe der sogenannten Gesundheitsreform.

¹³ Der sog. "Frührenten-Kompromiß" der Kanzlerrunde vom 12. Februar mit vorzeitiger Einführung versicherungstechnischer Abschläge beim Arbeitslosen-Altersruhegeld mit 60 Jahren, die General-"Reform" des AFG und die jüngsten Bonner Rentenpläne, mit denen die Rentenversicherung u.a. auf der Ausgabenseite vom Arbeitsmarktgeschehen abgekoppelt werden soll.

¹⁴ Zitiert nach: Der Spiegel vom 22.1.1996, S. 92.

Einer Gesellschaft, die sich zunehmend in Arm und Reich polarisiert, droht auf Dauer eine soziale und politische Zerreißprobe - es sei denn, daß es gelingt, den Frontverlauf sozialer Verteilungskonflikte umzudefinieren und dort zu verorten, wo er für die Aufrechterhaltung des status quo der ökonomischen Machtverhältnisse nicht nur ungefährlich, sondern geradezu förderlich ist: Im unteren Einkommens- und Statusbereich, zwischen Empfängern von (Niedrig-)Lohn, Lohnersatz und Sozialhilfe. Eine Arbeitnehmerschaft, deren Reallöhne wegen steigender Abgaben (Steuern und Beiträge) weiter sinken, ist höchst anfällig für die zutiefst demagogische Kampagne, wonach sich Arbeit wegen angeblich zu hoher Sozialleistungen nicht mehr lohne. Große Teile der beschäftigten Bevölkerung, so offenbar das Kalkül, könnten bei einer öffentlich entsprechend gefhrten Kampagne gegen ein vorgeblich zu hohes Untersttzungsniveau bei Arbeitslosigkeit zu Totengrbern ihrer eigenen Interessen gemacht werden. Denn allen Erfahrungen nach eignen sich gerade diejenigen am besten zum Treten nach unten, die am dichtesten über einem stehen.

Nie zuvor in der bundesdeutschen Geschichte waren damit die Voraussetzungen so gut, um Tarife zu senken, Billiglöhne durchzusetzen und Pflichtarbeit zu etablieren, wie das gegenwärtig der Fall ist (vgl. hierzu die Übersicht im Anhang an diesen Beitrag). Wer sich beispielsweise künftig als arbeitsloser Sozialhilfeempfänger auf eine Niedriglohnttigkeit einläßt, der kann dafür vom Sozialhilfeträger mit einem auf sechs Monate befristeten und degressiv gestaffelten Zuschuß belohnt werden. Damit werden auch Billiglöhne auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorübergehend akzeptabel. Wer eine solche Arbeitsaufnahme ablehnt, müßte mit einer Regelsatzkrzung um 25% rechnen. Wer sich andererseits darauf einläßt, der kann diesen Job auch nach Ablauf der Zuschudauer nicht ohne weiteres wieder aufgeben. Denn löst er sein Beschäftigungsverhältnis ohne wichtigen Grund - und niedrige Entlohnung alleine ist kein wichtiger Grund - wird ihm die Unterstützung gekürzt.

Vergleichbares gilt hinsichtlich der Arbeitnehmerhilfe im Rahmen der Sozialhilfe in Höhe von arbeitstäglich bis zu 25 Mark für Ernteeinsätze und vergleichbare Saisonbeschäftigungen. Für eine bessere Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist das Instrument völlig ungeeignet. Be-zweckt wird ausschließlich die Erhöhung der Bereitschaft zur Annahme von Billiglhnen. Im Weigerungsfall greifen auch hier die erwähnten Sanktionen. Empfängern von Arbeitslosenhilfe war bislang eine Beschäftigung, deren Nettoentgelt den Alhi-Betrag unterschritt, nicht zumutbar. Die Aufstockung durch die auch hier eingeführte Arbeitnehmerhilfe macht derartige Billiglöhne jetzt zumutbarkeitsgerecht und sperrzeitfhig. Und wer zweimal eine Sperrzeit erhält, dem wird die Unterstützung bekanntermaßen endgültig gestrichen.

Weil Saisonarbeiten nur für eine begrenzte Zeit im Jahr in Frage kommen, setzt die Bonner Koalition parallel dazuverstrkt auf Gemeinschafts- oder

pflichtarbeiten. Neben der Sozial- oder Arbeitslosenhilfe gibt es dafür lediglich eine Mehraufwandsentschädigung. Diese sogenannten Arbeitsgelegenheiten begründen nämlich kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und selbstverständlich findet auch kein Tarifvertrag Anwendung. Daß die aus der Sozialhilfe bekannten Gemeinschaftsarbeiten im Jahre 1994 - bislang auf freiwilliger Basis - auch ins AFG eingeführt wurden, ist nur konsequent. Zum einen ist dies ein erster Schritt, um die Arbeitslosenhilfe künftig nicht nur von der Pflicht zur Arbeit, sondern von der Pflichtarbeit abhängig zu machen - so, wie es vor Inkrafttreten des AFG im Jahre 1969 durchaus rechtens, aber kaum Praxis war. Zum anderen können Gemeinschaftsarbeiten vor dem Hintergrund immer knapper werdender Haushaltsmittel künftig sehr schnell als arbeitsmarktpolitische "Alternative" zu - inzwischen ebenfalls untertariflich entlohn-ten - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen plazi-ert werden. So wird der Sturm-lauf gegen die Verbindlichkeit von Tarifverträgen sozial- und arbeitsmarktpolitisch flankiert.

Die in Aussicht stehende General-"Reform" des AFG wird den Druck, Arbeit zu jedem noch so niedrigen Lohn anzunehmen, über die Verschärfung der heutigen Zumutbarkeitskriterien weiter erhöhen. In den ersten drei Monaten wären Blms Plänen zufolge 20%, in den folgenden drei Monaten 30% Lohnverlust zumutbar. Wer's dann immer noch nicht schafft hat, muß unter Androhung einer 12-wöchigen Sperrzeit oder gar des völligen Leistungsentzugs jede Arbeit annehmen, die netto mehr bringt als das Arbeitslosengeld.

All diesen bei weitem nicht vllstndig aufgelisteten Maßnahmen ist eines gemeinsam: Der finanzielle und rechtliche Druck auf die Arbeitslosen - und darüber vermittelt auch auf die (noch) Beschäftigten - soll derart verstärkt werden, daß sie aus rein materiellen Gründen, des schlichten Überlebens willen, gezwungen sind, jede noch so gering entlohnte Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anzunehmen bzw. beizubehalten.

Deshalb betrifft die Auseinandersetzung um die Kürzung von Unterstützungsleistungen, um Pflichtarbeit, um Billiglöhne oder die Tarifierung öffentlich geförderter Beschäftigung eben längst nicht mehr ausschließlich die arbeitslosen, sondern auch und gerade die beschäftigten Arbeitnehmer. Denn die Angriffe seitens der Arbeitgeberverbände und der marktradikalen Politik auf die Lohn- und Gehaltsstrukturen und das Entgeltniveau werden auf diese Weise staatlich flankiert. Damit aber wird auch die "Meßlatte" für die von Bonn unter dem Kampfbegriff "Lohnabstand" beabsichtigte weitere Einkommensdifferenzierung u.a. bei Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung - nämlich tarifizierte Normalarbeit - selbst zur Dispositionsmasse.

So werden die verteilungspolitisch negativen Wirkungen von Massenarbeitslosigkeit durch Sozialstaatspolitik der neuen Art gezielt verstärkt. ber einen derart erzwungenen Niedriglohnsektor (Domestikenkono-

mie) ließe sich der Grad der Unterbeschäftigung - auf dem Papier - durchaus reduzieren, ohne daß dessen verteilungspolitisch positiven Effekte fürs Kapital verloren gingen. Unter diesem Blickwinkel können sich selbst die Arbeitgeber mit der von der Kanzlerrunde am 23. Januar verabredeten Halbierung der Massenarbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 anfreunden. Und so ließe sich auf mittlere Sicht möglicherweise auch die Sozialleistungsquote merklich senken - allerdings mit dem paradoxen Ergebnis, daß die Finanzierungsprobleme des derart "entschlackten" Sozialstaats infolge der damit gleichzeitig wachsenden Verteilungsdisparitäten weiter bestehen blieben oder gar stiegen. - Nicht die neuerdings gerne bemühte "Armut's"¹⁵, sondern die Reichtumsfalle ist das derzeit gravierendste Problem des Sozialstaats.

Wie Billiglöhne gesetzlich erzwungen werden

1. Senkung von Unterstützungsleistungen

1993: Deckelung der Regelsatzanpassung der Sozialhilfe auf Sätze unterhalb der Preissteigerungsrate in den Jahren 1993 bis 1995.

1994: Nochmalige Kürzung der Regelsatzanpassung in den Jahren 1994 und 1995 gegenüber den Vorgaben von 1993.

1996: Fortschreibung der Regelsatzdeckelung in den Jahren 1996 bis 1998 (*).

1996: Einführung einer neuen, das Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe nicht mehr garantierenden Regelsatzformel ab 1999 (*).

1993 und 1996: Verschärfung des sogenannten Lohnabstandsgebots der Sozialhilfe. Ab 1999 müssen die Regelsätze so bemessen werden, daß bei einem fünfköpfigen (Modell-) Haushalt die Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt mindestens 15 Prozent unterhalb des Nettoeinkommens aus unteren Lohn- und Gehaltsgruppen liegt. Absolute Regelsatzkürzungen im Jahre 1999 sind damit nicht ausgeschlossen (*).

1994: Kürzung der (Lohnersatz-) Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (BA): Arbeitslosen- (Alg) und Kurzarbeitergeld (Kug) von 68%/63% (mit/ohne Kind) auf 67%/60%, Arbeitslosenhilfe (Alhi) von 58%/56% auf 57%/53% und Unterhaltsgeld (Uhg) von 73%/65% auf 67%/60% des vormaligen Nettoarbeitsentgelts.

1994: Kürzung der Bezugsdauer für die sogenannte originäre Alhi auf ein Jahr.

¹⁵ So etwa, stellvertretend für viele andere, Scharpf, F. W., Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1993, S. 433 ff.

1996: Abschaffung der originären Alhi (*).

1996: Jährliche Senkung des Bemessungsentgelts bei der verbleibenden Anschluß-Alhi um 3% (Marktwert-Taxierung von Langzeitarbeitslosen).

1996/97: Kürzung der maximalen Alg-Bezugsdauer für 42-jährige und ältere, langjährig versicherte Arbeitslose (**).

2. Untertarifliche Bezahlung in öffentlich geförderter Beschäftigung, Billiglöhne und Pflichtarbeit

1993: Von Sozialhilfeempfängern kann die Beschaffung des Lebensunterhalts künftig nicht mehr nur durch Arbeit, sondern (insbesondere bei jüngeren Personen) auch durch Gemeinschafts-/Pflichtarbeit verlangt werden. Wer sich weigert, Gemeinschafts-/Pflichtarbeiten anzunehmen, hat keinen (Rechts-) Anspruch mehr auf Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU).

1994: Grundsätzlich sind nunmehr alle HLU-Empfänger, die keine Arbeit finden, zur Annahme von Gemeinschafts-/Pflichtarbeiten gezwungen.

1996: Bei Aufnahme einer Billiglohtätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt können Arbeitslose einen auf 6 Monate begrenzten und degressiv gestaffelten Lohnzuschuß vom Sozialhilfeträger erhalten (*).

1996: Bei Aufnahme einer Saisonbeschäftigung (Ernteeinsätze) kann Arbeitslosen zur Aufstockung des Billiglohns vom Sozialhilfeträger ein Zuschuß von bis zu 25 DM arbeitstäglich gezahlt werden (sog. Arbeitnehmerhilfe) (*).

1993: Tariflohnsenkung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sowie bei Maßnahmen der "produktiven Arbeitsförderung" (Paragraph 249 h AFG) in den neuen Ländern auf 90% vergleichbarer ungeförderter Beschäftigung.

1994: Die Tariflohnsenkung auf 90% bei ABM und "produktiver Arbeitsförderung", die von da an auch in den alten Ländern genutzt werden kann (Paragraph 242 s AFG), wird bundesweit ausgedehnt.

1994: De facto bewirkt dies - ohne daß hierfür gesetzliche Änderungen erforderlich wären - eine entsprechende Tariflohnsenkung bei Arbeitsverhältnissen im Rahmen der "Hilfe zur Arbeit" (HzA) des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG).

1994: Für Alhi-Empfänger werden Gemeinschaftsarbeiten (analog zur Sozialhilfe) ins AFG eingeführt - bislang auf freiwilliger Basis.

1996: Einführung einer der Sozialhilfe analogen sog. Arbeitnehmerhilfe für Alhi-Empfänger ins AFG. Damit werden Billiglöhne bei Saisonbeschäftigungen (Ernteeinsätze) zumutbarkeitsgerecht und sperrzeitfähig gemacht.

1996/97: Weitere Tariflohnsenkung bei ABM und "produktiver Arbeitsförderung" von 90% auf 80% vergleichbarer ungeförderter Tätigkeiten,

sofern sich Gewerkschaften für den geförderten Personenkreis nicht auf separate Billigtarife einlassen (**).

3. Verschärfung disziplinarischer Instrumente

1993: Statt kann soll die HLU künftig auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche für jeweils bis zu 12 Wochen eingeschränkt werden, wenn das Arbeitsamt (AA) eine Sperrzeit verhängt hat oder (bei Sozialhilfeempfängern, die keine Lohnersatzleistungen seitens der BA erhalten) verhängt haben würde.

1996: Wer sich weigert, "normale" Arbeit, Gemeinschafts-/Pflichtarbeiten, bezuschußte Billiglohtätigkeiten oder Saisonbeschäftigungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anzunehmen, dem muß die Hilfe künftig in einem ersten Schritt um 25% des maßgeblichen Regelsatzes gekürzt werden (*).

1994: Bis Ende 1995 verhängte Sperrzeiten des AA werden auch für diejenigen Arbeitslosen von 8 auf 12 Wochen verlängert, die ihre Arbeitslosigkeit nicht - wie es heißt - vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben.

1994: Bis Ende des Jahres 2000 verhängte Sperrzeiten betragen von da an grundsätzlich 12 Wochen.

1996/97: Geplant ist eine drastische Verschärfung der AFG-Zumutbarkeitsregelung. Die heutigen fünf Qualifikationsstufen werden ersatzlos gestrichen; damit entfällt der bisherige (begrenzte) Berufsschutz für Arbeitslose völlig. Im 1. bis 3. (4. bis 6.) Monat der Arbeitslosigkeit soll jede Arbeit zumutbar sein, sofern das erzielbare Bruttoarbeitsentgelt wenigstens 80% (70%) des Alg-Bemessungsentgelts erreicht. Ab dem 7. Monat der Arbeitslosigkeit wäre jede Beschäftigung zumutbar, deren Nettoarbeitsentgelt mindestens den Alg-Betrag erreicht (**).

(*) Diese Vorhaben bei Sozial- und Arbeitslosenhilfe hatten bei Abschluß des Beitrags den Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat noch nicht passiert. Änderungen sind daher im weiteren Verlauf nicht ausgeschlossen.

(**) Planungen des Bundesarbeitsministeriums, zu denen bis zum Abschluß des Beitrags noch kein Gesetzentwurf vorlag.

Peter Scherer

Standort gegen Standort

Weltwirtschaft als Weltkrieg?

Seit 1989 scheint es die Zeitperspektive der Befreiung nicht mehr zu geben, sondern allein die Raumperspektive der "Ordnung", die den alten, vergeblichen Hoffnungen dadurch Tribut zollt, daß sie sich als "Neuordnung" ausgibt. Ihre angeblich nie dagewesenen Bedingungen der Globalisierung und der persistenten Unterbeschäftigung sind nun allerdings nichts Neues, sondern als Weltmarkt und Massenarbeitslosigkeit Themen der Arbeiterbewegung von Anfang an. Ist im "Kommunistischen Manifest" 1848 bereits von der kosmopolitischen Gestaltung der Produktion und Konsumtion die Rede, so formuliert das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie 1891 die Erfahrungen der nachholenden Industrialisierung in Deutschland: "Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter...". Karl Kautsky kommentiert 1892: "Schwankt die Ausdehnung der industriellen Reservearmee auf und ab mit den Schwankungen des Geschäftslebens, so zeigt sie doch im allgemeinen die Neigung, sich in aufsteigender Richtung zu bewegen. Denn die technische Umwälzung geht immer rascher vor sich, umfaßt immer weitere Gebiete; die Ausdehnung des Marktes findet dagegen immer mehr Schranken."¹ Die Kontinuität von Weltmarkt und Arbeitslosigkeit ist in Deutschland zwischen 1914 und 1989 von Erfahrungen nationaler Selbstisolation, der Blockade von außen sowie rüstungs- und kriegsbedingter Arbeitskräfteverknappung überlagert. Die Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise wurde erfolgreich als Ergebnis eines im Grunde vermeidbaren Versagens der Wirtschaftspolitik dargestellt. Erst mit der Aufhebung der nationalen Spaltung ist der Kapitalismus in Deutschland aller historischen Kostüme entkleidet worden und erweist sich nun als ein System, das in den Industrieländern "millionenfache Arbeitslosigkeit" und in den Agrarländern "Not und Elend" erzeugt, wie selbst die keineswegs radikalen Autoren des Entwurfs für ein Grundsatprogramm des DGB feststellen. Das soziale Element kann sich erst relativ spät durchsetzen und bleibt geopolitisch auf bestimmte Regionen beschränkt. Die Ausbeutung ist das primäre, vital wirkende Prinzip. Die soziale Sicherung ist ein künstliches Produkt, das ständiger Befestigung, Anpassung und Verteidigung bedarf. Die in langwierigen Prozessen abgerungenen Zugeständnisse unterliegen einem Druck, der mit der wirtschaftlichen Konjunktur steigt und fällt, insgesamt aber zur globalen

¹ Manifest, Kap. I; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1891, S. 3ff.; Karl Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Berlin 1892, zit. nach der 17. Aufl. 1922, S. 41-47.

Widerstandskraft der Arbeiterbewegung in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis steht: Schwächt sich die Widerstandskraft weltweit ab, so steigt der Druck auf die sozialen Errungenschaften bis in die innersten Zonen der kapitalistischen Welt hinein. Wächst die Widerstandskraft, so sind Zugeständnisse auch und gerade dort auf der Tagesordnung, wo die Arbeiter den offenen Kampf um die politische Macht scheuen. Die Bourgeoisie war vor 1989 bereit, für die Bollwerkfunktion der Gewerkschaften zu bezahlen. Inzwischen wird den Gewerkschaften am politischen Parkett ein nicht geringes Eintrittsgeld abverlangt. Der Blick auf die Weltkarte zeigt, was wirklich neu ist: nicht der Weltmarkt, sondern die Weltherrschaft der Bourgeoisie. Die "Globalisierung" ist keine wirtschaftliche, sondern eine politische Tatsache. Ende des Realsozialismus - Freisetzung der Konkurrenzkräfte - Verteidigung des Standorts, oder: Entideologisierung - Globalisierung - Flexibilisierung. Das ist die neue Gebetsmühle, und sie wird auf Jahre hinaus in Gebrauch bleiben: bis sich neue Übersetzungen der immer gleichen Botschaft gefunden haben. Der Verschleiß derartiger Ideologien ist enorm. Für eine kurze Zeitspanne können sie allerdings in glattem Widerspruch sowohl zur Logik als auch zu den Tatsachen existieren. So ist es absurd, im Zusammenbruch der sozialistischen Länder den Urknall einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu sehen. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Regionen für den Weltmarkt war und ist gering. Die massenhafte Vernichtung industrieller Kapazitäten, für die Ostdeutschland das Musterbild abgibt, hat das Gewicht dieser europäischen und asiatischen Räume noch weiter sinken lassen. Ebenso unsinnig wie die Überschätzung des realsozialistischen Desasters ist die Behauptung, daß der Weltmarkt sich beständig ausdehnt. Zweifellos findet eine fortgesetzte Verzahnung der Metropolen statt. Die Ballungsräume Europas, Nordamerikas und Ostasiens verflechten sich in jeder Hinsicht zu einer Art Weltkern, gleichzeitig aber findet die Marginalisierung riesiger Räume statt, die immer weiter in die Peripherie der kapitalistischen Welt hinausdriften. Das grundlegende Problem der Weltwirtschaft ist nicht - wie die Standort-Ideologen behaupten - die umfassende und beschleunigte "Globalisierung", sondern das Ausscheiden von immer mehr Menschen und immer größeren Räumen aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals. Das Volumen des Handels zwischen den "westlichen" Industrieländern betrug 1994 2.044 Mrd. Dollar. Für 688 Mrd. wurden Waren in die sog. "Entwicklungsländer" exportiert, für ganze 74 Mrd. in die "Reformländer Mittel- und Osteuropas".² 1992 wurden 81,2 Prozent des Welthandels mit einem Fünftel der Weltbevölkerung abgewickelt, 94,6 Prozent der Geschäftskredite entfielen auf dieses reichste Segment der Weltgesellschaft.³ Wenn trotzdem in monotoner Gleichschaltung der Begriffe von einer "Globalisierung" gespro-

² Die Welt 29.12.95.

³ Fritz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4. Aufl. Bonn 1995, S. 101.

chen wird, die nun mit "unglaublicher Wucht"⁴ (Edmund Stoiber) auf die Menschen in der Bundesrepublik hereinbricht, so können nachprüfbar Tatbestände des Welthandels nicht gemeint sein. "Globalisierung" - so wird dem Arbeitnehmer suggeriert - bedeutet eine umfassende Bedrohung, der nur durch Unterordnung begegnet werden kann. Die Verhältnisse sind "komplex", aber die Botschaft an die Arbeiter ist einfach: "Arbeite mehr für weniger Geld."

Vieles spricht dafür, daß die eigentliche Bedrohung nicht vom anonymen Weltmarkt ausgeht, sondern von einer sozialen Klasse, der es angesichts weitreichender Pläne angezeigt scheint, den faulen Frieden des Kalten Krieges aufzukündigen und den sozialen Kriegszustand des "heißen Friedens" auszurufen. Oder wie die "Frankfurter Rundschau" kommentiert: "Nach dem Ende des Systemwettbewerbs droht die Weltmarktwirtschaft im 'kalten Welthandelskrieg' ... auf die schiefe Ebene zu geraten. China ist überall, und Billiglöhne hocken vor jeder Haustür. ... Wer sich da als Unternehmer 'nicht unter Druck' fühlt, offenbart nur seine Krämerseele."⁵ Bei BDI-Vize Tyll Necker klingt der neue Tatendrang so: "Nicht nur die Politik und unsere gesamte Gesellschaft können sich immer weniger den Zwängen der Globalisierung entziehen ... Wettbewerb auf abgeschotteten Märkten ist wie Segeln auf einem kleinen Binnensee. Die Weltmeere erschließen uns dagegen neue Kontinente und Dimensionen."⁶ Alfred Zänker in der "Welt": "Kein anderes Land wird durch die Lage am Rand des eurasischen Raumes mit den Geschicken der Welt enger verkettet als Deutschland. Als viertgrößte Wirtschaftsmacht nach Amerika, China und Japan muß es lernen, weltweit zu denken."⁷ Dem neuen Denken folgt das neue Handeln: "Aus der alten ... Mittellage wird Deutschland nur dann erlöst werden können, wenn an seiner unmittelbaren Ostgrenze nurmehr westliche Länder liegen."⁸ Nicht nur die Geschichte, auch die Geographie wird nach den Bedürfnissen des Zeitgeistes umgeschrieben.

Einmal mehr mit dem Schicksal verkettet, "globalisiert" die deutsche Bourgeoisie ihre Ziele. Die Unkosten sind absehbar. Führungsmacht in Europa und Interventionsmacht weltweit zu sein, hat seinen Preis. Er bewegt sich in Dimensionen, die ohne ein Mindestmaß an Ideologie nicht durchzuhalten sind.

Helmut Kohl vor dem CDU-Parteitag im Februar 1994: "Das heißt doch, daß dieses Land Deutschland, unser Land, geographisch, geopolitisch in

⁴ Focus 8.1.95.

⁵ FR 10.1.96.

⁶ Lausitzer Rundschau 12.12.95.

⁷ Die Welt 11.1.96.

⁸ L. Kühnhardt, Der Osten des Westens, Europa-Archiv 9/94.

der Mitte Europas gelegen, das Land mit den meisten Grenzen, auf Ge-
deih und Verderb mit der europäischen Einigung verbunden ist.⁹

Deutschland, unser Land, Standort D, Standort Deutschland: In beachtli-
chem Widerspruch zur "Globalisierung" gewinnt die geographische Be-
zeichnung nun wieder eine halb religiöse Weihe. Man muß den Glauben
an den Standort Deutschland zurückgewinnen¹⁰, man muß sich zu ihm be-
kennen. Für die Zukunft des Standorts muß man mit Hermann Rappe sein
Fell auf den Tisch legen.¹¹ Daß man danach auch noch Haare lassen muß,
kann einem dann schon gleichgültig sein. Derlei Blüten ließen sich viele
sammeln. Die "Süddeutsche Zeitung" macht es kurz und trocken: "Wenn
die Debatte um den 'Standort Deutschland' einmal zu Ende ist, werden die
Löhne flexibler sein als heute und im Schnitt wohl auch an Kaufkraft ein-
büßt haben."¹² Das nächste Etappenziel der neuen Beweglichkeit scheinen
britische Löhne bei schwedischen Steuersätzen zu sein.

"Standort" ist als Begriff so trügerisch wie "Globalisierung": Deutschland ist
kein Ort, sondern ein Land mit einer breiten Skala von unterschiedlichen
Standorten. Im Osten ist es eher ein Reduktionsraum als ein Standort: alte
Industrieregionen wie Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sind in den
wenigen Jahren seit 1989 noch unter das Industrialisierungsniveau von
Schleswig-Holstein gesunken.¹³ Nach der Arbeitskostenlitanei der Stand-
ortkommandanten müßte die westdeutsche Industrie längst in Ost-
deutschland sein und die österreichische in Ungarn. Stattdessen hat Sie-
mens seine Telefonfabrik in Budapest von (1991) 3.600 Beschäftigten auf
600 abgebaut.¹⁴ Nicht einmal die grenznahen Räume Mitteleuropas wer-
den wirklich integriert, vielmehr greift gerade hier das Gesetz der
geopolitischen Hierarchisierung. Das Klagegedicht der "Globalisierung"
könnte mit einigem Recht in der Peripherie gesungen werden. Es zum
Leitmotiv in der Bundesrepublik zu machen wäre lächerlich, würde die
Standort-Demagogie nicht ein so breites und gläubiges Publikum finden.

"Standort Deutschland" ist nur zum Schein ein geographischer Begriff. Er
ist in Wirklichkeit das Pendant zu "Vaterland", zur "vaterländischen" oder
strammer: zur "nationalen Gesinnung". Der soziale Nationalismus Mitte
der 90er Jahre ist ein merkwürdiges Produkt. Inmitten der europäischen
Integration werden mit hohem Pathos "nationale Pakte" gefordert, wo
doch jedem klar ist, daß schon innerhalb weniger Jahre die Nation ohne
eigene Währung zugunsten des europäischen Großraumes in den Rang ei-

⁹ 20./23. Febr. 1994 (Manuskript).

¹⁰ Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, an die Adresse der Un-
ternehmer. FAZ 31.10.95.

¹¹ Bild am Sonntag 7.1.96.

¹² SZ 4.1.96.

¹³ FR 28.12.95.

¹⁴ Metall 2/96.

ner Provinz zurückgefallen sein wird. Das "Manifest" ging 1848 wie selbst-
verständlich von der Nation als Ebene des Handelns aus, obgleich diese in
Deutschland erst Jahrzehnte später gegeben war. 1996 ist der europäische
Wirtschaftsraum längst Wirklichkeit, aber das nationale Pathos hinkt um
viele Jahrzehnte der geopolitischen Realität hinterher.

Der Eifer, mit dem die Unternehmer aufgefordert werden, noch "intelli-
genter" und "innovativer" zu sein, um den "sozialen Notstand" zu beheben,
erinnert an die Hoffnung der Liberalen auf die allbefreiende Innovation
des Dampfwagens. 1846 schrieb das "Staatslexikon", die Eisenbahn werde
"die Völker erlösen von der Plage des Krieges, der Teuerung und der
Hungersnot, des Nationalhasses und der Arbeitslosigkeit..."¹⁵ Verjährt und
vergessen. Inzwischen dient der Hinweis auf neue Technologien der Nach-
richtenverbreitung in den USA dazu, das shaming punishment, d.h. die öf-
fentliche Prügelstrafe an Stelle der nun auch nicht mehr finanzierbaren
Gefängnishaft zu empfehlen.¹⁶

Es ist kein Zufall, daß zu "Globalisierung" und "Standort" der Krieg wie
selbstverständlich hinzutritt. "Standort" und "Globalisierung" sind als Teile
einer neuen Ideologie unvollständig ohne das "Friedenschaffen": nämlich
das Recht, weltweit zu intervenieren. Es ist mitunter schwer zu begreifen,
mit welcher Verbissenheit auch Gewerkschafter sich an den Bemühungen
beteiligt haben, das deutsche Militär endlich in den Stand zu versetzen,
sich an wenigstens einem der rund 40 Kriege zu beteiligen, die jährlich in
der Welt stattfinden.¹⁷ Als der DGB sich 1949 ein Programm gab, war die
geopolitische Lage Deutschlands lediglich Anlaß, gegen die Tatsache des
Eisernen Vorhangs die Bedeutung des Handels mit Ost- und Südosteuropa
zu unterstreichen.¹⁸ 1981 wurde die "an der Nahtstelle zweier Bündnissys-
teme gelegene und exponierte Bundesrepublik" auf die Entspannungspoli-
tik verpflichtet: "Den Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite
auch immer, lehnen die Gewerkschaften ab."¹⁹ In den "Thesen zur Pro-
grammdebatte" vom August 1995 weht ein anderer Wind: Der Anschluß
der ehemaligen DDR habe die "Handlungsbedingungen nach außen" wes-
entlich verändert. "Das geeinte Deutschland hat ... größere Hand-
lungschancen gewonnen." Die "Grenzlage zu Mittel- und Osteuropa" müsse
"aus geschichtlicher Perspektive" gesehen werden: eine der ganz wenigen
Stellen, an denen das Wort Geschichte in den Thesen überhaupt vor-
kommt.

¹⁵ Karl Theodor Welcker (Hrsg.), Staatslexikon: Enzyklopädie der Staatswissenschaften,
Ergänzungsband 1846.

¹⁶ International Herald Tribune 1.2.96. Der Autor dieser innovativen Idee, Dan M. Kahan,
lehrt Recht an der Universität Chicago.

¹⁷ TAZ 20.12.95 (nach Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung).

¹⁸ "Mittelpunkt ist der arbeitende Mensch": Protokoll, Gründungskongreß des DGB 1949,
Reprint Köln 1989, S. 325.

¹⁹ DGB-Grundsatzprogramm 1981, Präambel.

Die Linie ist klar: Vom Handel über die Entspannung zum "weltweiten Friedensschaffen". Peter Carstens, Stabschef der NATO in Europa, umschrieb das in der offeneren Sprache des Militärs: "Die neue geostrategische Lage weist der Bundesrepublik eine Drehscheibenfunktion in Mitteleuropa zu. Deutschland ist vom 'Frontstaat' zur logistischen Basis der NATO geworden."²⁰ Vier Jahre nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus stehen deutsche Soldaten wieder auf dem Balkan, bereit zum "Bandenkampf", und: "Niemand soll im Zweifel darüber sein, daß wir ... zurückschießen werden. Jeder, egal, wer es ist, muß wissen, daß man ungestraft keinen deutschen Soldaten angreift."²¹ Nicht Gewerkschafter, sondern Dozenten der Führungsakademie der Bundeswehr hatten noch 1994 festgestellt: "Es erscheint als wenig sinnvolle Aufgabe, erst Waffen zu exportieren, um dann deutsche Soldaten auszuschicken, um diese Waffen unter Lebensgefahr wieder einzusammeln."²² Es braucht nicht viel Phantasie, zu erraten, für wen dieses Verfahren durchaus sinnvoll ist.

"Standort" und "Globalisierung" sind nur scheinbar objektive Tatsachen: In Wirklichkeit sind es zwei verschiedene Ausdrücke für dieselbe Sache: den aggressiven Kurs des Großkapitals, das seit 1989/91 keine Rücksichten mehr zu nehmen braucht. Das zu erkennen, muß man kein Marxist sein. So schrieb die "Tageszeitung" im Januar 1996: "Der Markt ist globalisiert, er stößt an keine 'sozialistischen' Schranken mehr, und ein konkurrenzloser Kapitalismus hat keinen Mechanismus mehr zur Selbstkorrektur."²³ Ökonomische Schranken konnte der Sozialismus vor 1989 der "Globalisierung" kaum entgegensetzen, wohl aber war der von ihm ausgehende Zwang, Rücksicht zu nehmen, offenbar wirksamer als vielfach angenommen. Zur Selbstkorrektur zeigte sich der Kapitalismus höchstens dort fähig, wo sein militärisches Interesse berührt war. Alle übrigen Korrekturen wurden direkt oder indirekt von der Arbeiterbewegung durchgesetzt. Vor diesem Hintergrund gehört es zu den wirklichen Überraschungen der Zeit nach 1989, daß das Scheitern der Kommunisten die Sozialdemokraten nicht bestätigt und bestärkt, sondern ratlos gemacht hat. Ihr aktuelles Verständnis von "Standort" ist das gerade Gegenteil offensiven Denkens. In allerlei Angeboten der Kooperation ist der Begriff "Standort" gleichbedeutend mit der Regression zu immer engeren Raumeinheiten: Vom "Standort Deutschland" zum "Standort Niedersachsen" und weiter zum "Standort Delmenhorst": eine Art "Grab'-dich-ein-wo-du-stehst"-Bewegung.

Welcher soziale Mechanismus zu dieser Politik der Selbstdemontage führt, ist bisher nicht ausreichend erklärt. Tatsache ist aber, daß es vor diesem Hintergrund möglich ist, die Arbeitnehmerschaft eines der reichsten Län-

²⁰ Die Welt 17.8.95.

²¹ Heeresinspekteur Hartmut Bagger, Die Welt 20.12.95.

²² R. Hamann u.a., Deutsche Soldaten in aller Welt?, Diskurs Nr. 55, 9/1994, S. 10.

²³ TAZ 9.1.96.

der der Erde mit den Gespenstern der "Kapitalflucht" und des "Arbeitsplatzexports" in einen Zustand permanenter Angst und diffuser Verzichtsbereitschaft zu versetzen, in offenem Widerspruch zu den ökonomischen Tatsachen²⁴ und ungeachtet der im engeren Kreis gern zugestandenen Korrekturen des "Schreckbildes".²⁵

Das Recht auf Arbeit, das in Deutschland nahezu 6 Millionen Menschen und in der EU gegen 20 Millionen Menschen vorenthalten wird, ist ein politisches Recht. Es kann nicht durch wirtschaftliche Zugeständnisse verwirklicht werden, sondern nur durch die Rekonstruktion der politischen Arbeiterbewegung. Wer das solidarische Prinzip "Klasse gegen Klasse" durch die Losung "Standort gegen Standort" ersetzt, der beraubt nicht nur die Arbeitnehmer ihrer Widerstandskraft, der ebnet auch den Weg zur letzten aller "Globalisierungen": zum Weltkrieg.

²⁴ Vgl. Studie der Wirtschaftsabteilung der IG Metall (Metall Pressedienst 3.1.96).

²⁵ Zuletzt durch das HWWA-Institut (Die Welt 12.1.96).

Klassen im Umbau

Einige Überlegungen zur politischen Aktualität von Klassentheorie und Klassenpolitik*

Einleitung

Wenn heutzutage der Marxschen Klassentheorie noch eine gewisse Aktualität zugestanden wird, so verdanken wir das vor allem drei Faktoren: zum einen den offenkundig fortbestehenden und sich teilweise neu entwickelnden sozialen Ungleichheiten, zum anderen der gewachsenen Bedeutung sozial-kultureller Differenzierungen (Lebensstile) und zum dritten schließlich der neueren (wesentlich von Bourdieu beeinflussten) Habitus- und Milieuforschung, die die beiden zuvor genannten Faktoren mit theoretisch und empirisch beachtlichem Erfolg verknüpft hat. In dieser Verknüpfung erscheinen wesentliche Momente der Marxschen (und natürlich auch der Weberschen) Klassentheorie aufgehoben und für die "post-marxistische" Nachwelt bewahrt worden zu sein.

Ein gutes Beispiel lieferte vor einiger Zeit Max Koch in seiner Dissertation (Koch 1994). Er belegt die Aktualität der Klassentheorie durch den Nachweis, daß sozial-ökonomische Lagen (bzw. Klassenlagen) durchaus empirisch abgrenzbar sind, daß sie einen signifikanten Einfluß auf Lebenslagen und Lebensperspektiven von Menschen haben und daß dieser Zusammenhang, vermittelt über Herkunft, Bildung und vor allem das Einkommen, im großen und ganzen auch beständig reproduziert wird. Es handelt sich hierbei gewissermaßen um eine empirisch-soziologische Argumentation in der guten Tradition von Engels' "Lage der arbeitenden Klassen in England". Ich teile sie im wesentlichen, bin aber dennoch der Meinung, daß die wesentlichen "Botschaften" der Marxschen Klassentheorie davon nur mittelbar berührt worden sind.

Denn die Spezifik von Klassen- gegenüber Schichtenanalysen besteht - so Rainer Geißler (1992, 62) - darin, daß sie die ökonomische Begründung sozialer Kategorisierungen (vor allem im Verhältnis zu den Produktionsmitteln) mit der Analyse innewohnender Konflikt- und Machtbeziehungen verknüpft und das ganze in einer historischen Perspektive betrachtet: "Klassen werden stets historisch-dynamisch in ihrer Entwicklung gefaßt." (ebd.) Die Bedeutung der Marxschen Klassentheorie hängt demnach unauflöslich mit dem historischen Materialismus und der darin enthaltenen Behauptung zusammen, die Geschichte von Gesellschaftsformationen und ihres Auf- und Abstiegs müsse als eine Geschichte von Klassenkämpfen verstanden werden (so die berühmte Formulierung im "Kommunistischen

* Eine erste Fassung dieses Beitrags erschien in spw, H. 6/94.

ihres Auf- und Abstiegs müsse als eine Geschichte von Klassenkämpfen verstanden werden (so die berühmte Formulierung im "Kommunistischen Manifest"): Hierbei bringe die auf kapitalistischer Produktionsweise gegründete bürgerliche Formation in ihren spezifischen Klassenbeziehungen die sozialen Träger einer neuen, sozialistischen bzw. "assozierten" Produktionsweise hervor.

Insofern ist die Klassentheorie mit der Frage nach den Subjekten gesellschaftlicher bzw. emanzipatorischer Veränderungen verknüpft. Natürlich leidet der historische Materialismus gerade in dieser Hinsicht unter seiner spekulativen Überfrachtung - vor allem in Form der "historischen Mission" eines welterlösenden "revolutionären Subjektes" und "Totengräbers des Kapitalismus" namens Proletariat incl. der zu dessen Führung wiederum berufenen Partei. Aber man wird die Klassentheorie nicht durch den Rückzug auf die Sozialstrukturanalyse retten können, sondern nur durch deren Verknüpfung mit einer historisch-materialistisch begründeten Geschichtsschreibung und Strategiebildung. In der Gegenwart geht es dabei um einen historisch-materialistischen Zugang zu den aktuellen Debatten, die den Übergang vom Fordismus zu einem wie auch immer gearteten "Post-Fordismus" und die Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Projektes in Nachfolge des keynesianischen Wohlfahrtsstaates betreffen.

I. Kapitalverhältnis und Klassenlandschaft

Historisch-materialistisch käme es zunächst darauf an, gesellschaftliche Projekte und Bündnisse als Ausdruck von ökonomisch begründeten sozialen Formierungsprozessen und darin innewohnenden Antagonismen - d.h. von Klassenformierungsprozessen - zu verstehen. Dazu muß man allerdings die Geschichte von Klassenkämpfen übersetzen und - etwas weniger martialisch - als eine Geschichte von Klassenbeziehungen verstehen, als eine Geschichte darüber, wie sich aus dem sozialen Material heraus Klassen formieren und wie sie sich beständig verändern, indem sie zueinander in Beziehung treten und nur in dieser Beziehung überhaupt existieren können, und wie dabei immer wieder gesellschaftliche Blöcke und Projekte entstehen und vergehen. Wer Ansatzpunkte für diese Vorgehensweise beim alten Marx sucht, wird sie im übrigen in seinen eher historischen Arbeiten finden - an allererster Stelle im "18. Brumaire des Napoleon Bonaparte" und in seinen "Klassenkämpfen in Frankreich".

Nun schlage ich vor, die Klassenbeziehungen auf drei Ebenen zu diskutieren. Ausgangspunkt sind erstens die Beziehungen auf der Ebene der Produktionsweise, wobei hier nochmals zu unterscheiden wäre zwischen den antagonistischen Beziehungen von Grundklassen und den Beziehungen im Sinne des sog. gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Hieraus ergibt sich gewissermaßen eine Matrix für die Formierung konkreter sozialökonomischer Klassenlandschaften. Und drittens geht es um die Ebene von Milieus

und Lebensweisen, in denen sich Klassenverhältnisse ausdrücken wie auch reproduzieren.

Gegenüber Mißverständnissen (Dietzel 1995, 78) sei hier ausdrücklich hervorgehoben: Es handelt sich bei den Beziehungen dieser drei Ebenen keineswegs um einen Ableitungszusammenhang, sondern um eine Wechselbeziehung eigenständiger Kontexte. Milieus und Lebensweise zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie in starkem Maße auch nicht-klassenspezifische Aspekte und Widersprüche verarbeiten und gewissermaßen in umgekehrter Richtung in die Klassenlandschaften und die konkreten Ausprägungen des Klassenantagonismus bzw. des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters transformieren. Zentral scheint mir die Auffassung zu sein, daß die zweite Ebene zwischen den grundlegenden Klassenbeziehungen und den Lebensweisen vermittelt und insofern einen besonderen Stellenwert einnimmt.

Der Klassengegensatz in der jüngsten Geschichte

Bevor darauf Bezug genommen wird, soll aber zunächst die erste Ebene beleuchtet werden. Hier geht es um "Grundklassen", die antagonistisch definiert sind durch das politökonomische Grundverhältnis der kapitalistischen Produktionsweise und damit durch Lohnabhängigkeit auf der einen und Kapitaleigentum auf der anderen Seite. Schnell wird darauf verwiesen, daß diese Kategorisierung für die komplexe Realität viel zu grobschlächtig oder daß ihre Erklärungskraft nur noch gering sei, weil diese Ebene immer mehr an Bedeutung verloren habe gegenüber eigenständigen und keineswegs klassenbezogenen Entwicklungen auf den beiden anderen Ebenen bis hin zur Geltung sog. globaler Probleme und Gattungsfragen. Ja, früher... aber heute? Ich möchte dem entgegenhalten, daß die "Grundklassenlinien" noch nie in der Geschichte des Kapitalismus eine derartige und weltweite Bedeutung für den historischen Prozeß hatten wie gerade in den vergangenen zwanzig Jahren. Es hat nichts mit einer Geringschätzung globaler Probleme, nichts mit einer Unterbewertung von Individualisierung und neuen Lebensstilen zu tun, wenn ich feststelle, daß die Mitte der 70er Jahre deutlich werdende historische Wende in den fordistischen Metropolen einen klassenpolitischen Kern hatte - nämlich den Angriff der kapitalistischen Klassen (bzw. ihrer dominierenden Fraktionen) auf den "wuchernden" Wohlfahrtsstaat und die mit dem Wohlfahrtsstaat verbundene Stärkung der lohnabhängigen Klassen in der Verteilung von Macht und Geld.

Diesem Angriff ging im Zeitraum von der Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre der bisherige Höhepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industrieländern voraus (auf die Wechselwirkungen mit dem "sozialistischen Lager" und den Bewegungen in der sog. 3. Welt kann hier nicht eingegangen werden): Zu verzeichnen war ein Maximum an gewerkschaftlicher und parteiförmiger Organisationskraft, an

Verankerung in den Staatsapparaten und hegemonialer Ausstrahlung im Rahmen von "Reformblöcken", ein Maximum, das nicht zuletzt - auch in der BRD - auf der Ausdehnung der Lohnarbeit und der Bildung neuer lohnabhängiger Sektoren (die "Angestellten") und ihrer beginnenden Einbeziehung in eine breiter angelegte Klassen- und klassenübergreifende Reformbewegung beruhte. Noch nie zuvor hatte "Lohnabhängigkeit" eine derartig breite empirische Bedeutung gehabt - wengleich in Verbindung mit dem Anspruch eines "Reformblocks" auf Vertretung des "gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" und seiner Kompetenzen. Es handelte sich auch um einen Vormarsch entlang der "Grundklassenlinie", dem der Gegenangriff seit Beginn der 70er Jahre folgte.

Natürlich kann und darf der Klassegehalt der Geschichte nicht auf derartige Grundlinien zurechtgestutzt werden. Die zweite und dritte Ebene der Klassenformierung bilden nämlich das Terrain, über das sich derartige Grundlinien in hegemoniale Prozesse umsetzen. Aber bevor darauf Bezug genommen werden soll, möchte ich einen Faktor noch deutlicher herausstreichen: nämlich die Existenz einer kapitalistischen Klasse. Gerade bei sozialstrukturell geprägten Argumentationen wird diese eminent wichtige Tatsache allzu häufig ausgeblendet, wohl weil es sich bei dieser Klasse statistisch gesehen um eine vernachlässigenswerte Größe handelt. Allerdings: Es mag zwar sein, daß es mit der Arbeiterklasse als sozialem Faktor und ihrem "Klassenbewußtsein" nicht weit her ist. Umso realer ist allerdings die Existenz einer herrschenden kapitalistischen Klasse, die über ein sehr ausgeprägtes Klassenbewußtsein verfügt. Eine der wichtigsten Begründungen für ein klassenorientiertes Herangehen - bevor man sich über die Existenz oder Nichtexistenz einer wie auch immer gearteten "Arbeiterklasse" unterhält - ergibt sich aus dieser schlichten Tatsache.

"Gesellschaftlicher Gesamtarbeiter" und die Klassenlandschaft

Für die "zweite Ebene", auf der Klassen, Schichten und Klassenfraktionen als sozialökonomische Akteure auftreten, ist es wichtig, den kapitalistischen Produktionsprozeß in seiner Doppelung als allgemeinen Prozeß der Kapitalverwertung und als konkreten Arbeitsprozeß zur Herstellung bestimmter Güter zu verstehen. In die konkrete Klassenlandschaft geht nicht nur der Klassenantagonismus ein, sondern auch der sog. gesellschaftliche Gesamtarbeiter - also die Kombination der schöpferisch-produktiven Produktionsfunktionen, seien sie nun bei der Industriearbeiterschaft, der technischen Intelligenz, bei öffentlichen Transportdienstleistern oder auch dem privaten Management angelagert. Diese Kombination, die auch die verschiedenen Branchen und Fachzweige berücksichtigt, befindet sich in einem beständigen Umbruch, der in den gesamtwirtschaftlichen Regulationsweisen und den betrieblichen Produktionstypen reflektiert wird. Man mag die Differenzierungen und Segmentierungen als sozialen Fraktionie-

rungsprozeß innerhalb einer Grundklasse oder auch als Prozeß der Bildung mehrerer sozialer Klassen auf der Basis bzw. im Rahmen der Grundklassen begreifen, so daß man in der Mehrzahl von lohnabhängigen Klassen sprechen müßte: Welche Aussagen man dazu trifft, hängt von ihrer Erklärungskraft im Prozeß der Klassenformierung selbst ab.

M.E. wäre es sehr sinn- und verdienstvoll, wenn man nach dem Muster der sozialen Milieu-Kartographie à la Bourdieu - der Kartographie der "dritten Ebene" sozialer Strukturierung - eine ihr unterliegende Klassen-Kartographie entwickelt würde, die sich anhand der Matrix aus vertikaler und horizontaler Stellung im/zum Produktionsprozeß ergäbe: Eine Klassenlandschaft mit Kernbereichen und Peripherien, Schnittmengen und sozialen Grenzen, wohlbekannten Gebieten und regelrechten sozialen terrae incognitae. Es würde sich dann buchstäblich vor unseren Augen noch deutlicher zeigen, daß das Feld der sozialen Formierung - beginnend mit den Orten der Arbeit, v.a. den Betrieben - schon ein Feld der Hegemonieentwicklung ist, die keineswegs irgendwo jenseits der "Ökonomie" angesiedelt ist, sondern schon dort ihre Wirksamkeit entfaltet. Der Betrieb ist gewissermaßen ein Mikrokosmos hegemonialer Beziehungen, die sich in der Klassenformierung niederschlagen - eine Sichtweise, die den Bruch mit simplifizierenden Basis-Überbau- und "Stockwerke"-Schemata einschließt.

Die Klassen und ihre Beziehungen selbst werden durch ökonomische Kulturen bis hin zu "Unternehmenskulturen" geprägt, was an den signifikanten Unterschieden zwischen den verschiedenen Ausprägungen kapitalistischer Produktionsweise, etwa zwischen den drei großen industriellen Zentren, deutlich wird. Es lassen sich innerhalb verschiedener Länder wiederum nochmals unterschiedliche Unternehmenskulturen ausmachen, wobei in der Regel die "Kernbereiche" der Klassenlandschaft hegemoniale Wirkungen haben - man denke z.B. an die handwerklich geprägte Unternehmenskultur und ihre Übersetzung in die Facharbeiterstruktur des Maschinenbaus, überhaupt an die Rolle der spezifisch deutschen technisch-wissenschaftlichen Kernstruktur aus Facharbeitern, Technikern und Ingenieuren, auch an die Bedeutung des Montankomplexes für die industriellen Beziehungen und an die großindustriell-korporatistische Massenarbeiterkultur der Automobilindustrie.

In die Klassenlandschaft als "mittlere" Ebene gehen aber nicht nur die grundlegenden Klassenbeziehungen auf der Ebene der Produktionsweise ein, sondern auch Elemente, Aspekte und Widersprüche der alltäglichen sozial-kulturellen Reproduktions- und Lebensweise einschließlich darin enthaltener Tradierungen und Umbrüche. Dies gilt ganz offenkundig für die geschlechtsspezifische und ethnische Strukturierung der Klassenlandschaft, für die Rückwirkungen unterschiedlicher räumlicher Lebenszusammenhänge (v.a. städtisch-ländliche Differenzierungen sowie regionale Spezifika), für die Rolle des Generationenwechsels in der Klassenformierung und die v.a. darin eingewobenen Beziehungen zwischen lebensweltli-

cher Solidarität und Individualisierung. Wenn ich mich nachfolgend vor allem auf die Zusammenhänge zwischen erster und zweiter Ebene konzentriere, dann nicht deswegen, weil ich die eigenständige Bedeutung der dritten Ebene bestreite, sondern weil ich zur Abwechslung einmal wieder die Eigenständigkeit sozialökonomischer Zusammenhänge verteidigt wissen will. Denn heute ist der faktische Reduktionismus vieler Milieu- und Lebensweise-Theoretiker das hauptsächliche Problem der Debatte (und nicht der kleine "klassenreduktionistische" Restbestand).

Klassenkämpfe - Klassenformierungen

Klassen als reale Subjekte, die sich in einer wechselseitigen Beziehung befinden, entwickeln sich sozialökonomisch gesehen in einem Koordinatenfeld, das durch den Klassenantagonismus und den "gesellschaftlichen Gesamtarbeiter" bestimmt ist. An diesem Punkt kann schon ein Aspekt betont werden, der für die spätere Argumentation wichtig sein wird - nämlich die Gestaltbarkeit der Klassenlandschaft, also nicht nur der Beziehungen vorgegebener sozialer Klassen, sondern der Klassen selbst und was sie in ihrem Kern und ihren Peripherien und Grenzen "sind", was ja wiederum nur in diesen Beziehungen definierbar ist. Die Rückwirkung von Milieus und Lebensweisen spielt hierbei im übrigen eine zentrale Rolle.

Die Fähigkeit, in der Klassenlandschaft hegemonial aufzutreten und insofern tatsächlich als Klasse zu handeln, ist aber nicht überall gleichermaßen gegeben, sondern auf der einen Seite davon abhängig, wie bestimmte soziale Gruppen im Verhältnis zur "grundlegenden Klassenlinie" positioniert sind und in welcher Hinsicht sie auf der anderen Seite mehr oder weniger zentrale Funktionen im bzw. für den Produktionsprozeß ausüben. Als Klassen treten sie in dem Maße auf, wie sie die Artikulation ihrer sozialökonomischen Interessen mit der Kompetenz zur Gestaltung der arbeitsteilig-kooperativen sozialökonomischen (im produktiven Kern: industriellen) Beziehungen verbinden und daraus schließlich gesellschaftliche Blöcke bilden (s.u.). Gerade in dieser Verbindung liegt die "Stärke" des Kapitals bzw. bestimmter Kapitalfraktionen und gerade auf diesem Feld liegen auch die Möglichkeiten einer modernen Arbeiterklasse.

Wenn ich von der Geschichte der vergangenen zwei Jahrzehnte als einer Geschichte des Kampfes entlang der Grundklassenlinien gesprochen habe, so muß man nun vor diesem Hintergrund den Übergang von fordistischen zu neo- bzw. postfordistischen sozialökonomischen Strukturen systematisch einbeziehen - also auch die Veränderungen in der Klassenlandschaft, den Zerfall traditioneller und den Aufstieg neuer hegemonialer Kernbereiche, die Ausbreitung peripherer und amorpher Strukturen in dieser Landschaft, die neuartige Verknüpfung von Teilbereichen, sozialen Gruppen und Klassenfraktionen. Die Geschichte des "Übergang vom Fordismus zum Postfordismus" beinhaltet als "Geschichte von Klassenkämpfen" zwei

Momente - nämlich die Gegenbewegung seitens der kapitalistischen Klassen gegen den keynesianischen Wohlfahrtsstaat und den Kampf um die Gestaltung der Klassenlandschaft, die darin enthaltenen Produktionsbeziehungen und die ökonomische Kultur.

II. Ein Block für den ökologisch-solidarischen Umbau

Bis hier läßt sich durchaus eine geschichtsbildende Rolle von Klassen und Klassenauseinandersetzungen bis in die Zukunft hinein unterstellen. Aber selbst mit dieser Feststellung würde man den anspruchsvollen Kriterien der Klassentheorie noch nicht vollständig gerecht, geht es doch auch um die Frage einer historischen Dynamik, die über die gegenwärtig vorherrschenden Verhältnisse hinausweist - und dies in einem progressiv-emanzipatorischen, sozialistischen Sinne. Man könnte auch zur Schlußfolgerung kommen, daß es mit den Klassen schon die dargestellte Bewandnis habe, das Problem aber darin liege, daß das emanzipatorische Potential nicht in der Welt der Klassen und der ökonomisch-sozial begründeten Macht- und Konfliktstrukturen (einige sagen: der "Systemwelt"), sondern jenseits davon (einige sagen: im "lebensweltlichen" Bereich), zu verorten sei.

Subjektfragen - Projektfragen

Hiermit sind wir bei der Subjektfrage angelangt: Wo befinden sich mögliche oder tatsächliche Akteure der Emanzipation und gesellschaftlichen Veränderung? Und wie sind sie verfaßt? Methodisch läßt sich die Suche nach den Subjekten nicht von den Projekten trennen, auf die sich diese Subjekte beziehen. Diese Identifizierung von Subjekt und Projekt war im Prinzip auch bei den klassischen marxistischen Definitionen vorhanden. Arbeiterklasse (Subjekt) und Sozialismus (Projekt) wurden durch wechselseitige Bezugnahme definiert. Die Arbeiterklasse ist erst richtig Klasse (bzw. "Klasse"), wenn sie für den Sozialismus auftritt, wie auch der richtige Sozialismus nur derjenige sein kann, für den die Arbeiterklasse sorgt. Die wechselseitigen Begründungen von Subjekt und Projekt verselbständigten sich schließlich im Zirkelschluß zu lehrbuchartigen a priori Vorstellungen von dem, was "Sozialismus" und "Arbeiterklasse" zu bedeuten hätten.

Wir stehen vor der Frage, inwieweit sich eine Formierung von emanzipatorischen Subjekten in Beziehung zu progressiven Projekten auf Klassenbasis und mit Klassenperspektive heute noch vorstellen läßt. Man müßte sowohl nach dem Projekt wie auch nach dem Subjekt fragen, um durch die Herstellung wechselseitiger Beziehungen der Beantwortung näher zu kommen - gedanklich wie auch in den realen gesellschaftlichen Prozessen. Fangen wir mit dem Projekt an, so erscheint es mir unmöglich, schon wieder auf eine bestimmte Vorstellung von Sozialismus zu setzen. Wenn überhaupt

kann es "nur" um Elemente bzw. "Vorprojekte" gehen, aus denen heraus sich das historische Projekt des Sozialismus neu entwickeln ließe. Genauso kann auch "nur" die Subjekt- bzw. Klassenfrage auf der Ebene dieser Elemente bzw. "Vorprojekte" erörtert werden und nicht auf der Basis irgendwelcher vorgegebener "historischer Missionen". Als Ausgangspunkt der folgenden Kette von Überlegungen möchte ich daher jenes Projekt setzen, das heute allgemein als sozial-ökologischer oder ökologisch-solidarischer Umbau umschrieben wird.

M.E. umfaßt dieses Vorhaben in seiner sozialökonomischen Substanz im wesentlichen zwei Elemente. Zum einen handelt es sich um das Projekt einer grundlegenden Umgestaltung der industriell geprägten Ökonomie, also um den industriellen Umbau, der sich auf Felder wie die Energie-, die Stoff-, die Verkehrs-, aber auch die Kommunikationswirtschaft bezieht, wie auch auf die Ausgestaltung der post- und neo-fordistischen Produktionsweise in den Betrieben, Unternehmen und Branchen. Zum anderen geht es um die zukünftige Ausgestaltung des Sektors sozialer bzw. personenorientierter Dienstleistungen und dabei möglicherweise auch um das Projekt eines "dritten" bzw. neuen gemeinwirtschaftlich geprägten Sektors - als Alternative zu Sozialstaatsabbau und privatwirtschaftlichem Zugriff.

Neben anderen Aspekten - z.B. lebensweltlichen wie der Veränderung von Konsumgewohnheiten etc. - handelt es sich hierbei um ein Unterfangen, das die Mobilisierung und gleichzeitige Rekombination von Arbeit impliziert. Es geht also erstens um den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter und die darin enthaltenen Kompetenzen (im doppelten Sinne von Fähigkeiten und von Zuständigkeiten), um eine Verknüpfung und Neuordnung von Klassen, Klassenfraktionen und Schichten bei der gemeinsamen Bewältigung der Umbauanforderungen - eine Neuordnung, die auch wissenschaftliche und kulturelle Funktionen umfaßt. Es taucht dann aber zweitens die Frage auf, ob bzw. inwieweit diese Mobilisierung und Rekombination von Kompetenzen der Kapitalverwertungslogik unterliegt bzw. in Kapitalregie erfolgt oder der Logik gesellschaftlicher Entwicklungsbedürfnisse bzw. in gemeinschaftlicher Regie. Letzteres würde implizieren, daß der Umbau mit einer Re-Aktualisierung der industriellen Demokratie (bzw. der Wirtschaftsdemokratie) und des Genossenschaftsgedankens bis hin zur der Perspektive einer "assozierten Produktionsweise" (Marxens Bezeichnung für die Produktionsweise des Sozialismus) einhergehen würde. Es handelt sich hierbei um eine hegemoniale Frage, die sich auf der Ebene des Gesamtarbeiters stellt. Diese Frage läßt sich nicht alleine über den Appell an die gemeinsamen Interessen als Lohnabhängige beantworten. Entscheidend ist hier der Appell an die Kompetenzen als Werk tätige und das Bedürfnis, diese Kompetenzen in Eigen- bzw. gemeinschaftlicher Regie für den Umbau und seine Projekte zum Einsatz zu bringen.

Standortblock vs. Umbaublock

Zur Zeit erleben wir aber die Versuche, auf der Ebene des Gesamtarbeiters einen exportorientierten Standortblock in kapitalistischer Regie zu bilden, der neben der Fraktionierung sozialer Interessen unter den Lohnabhängigen auch und gerade an diesen Kompetenzen ansetzt - in Form verstärkter Mitarbeiterbeteiligung bei Produktentwicklung, Arbeitsorganisation, Qualitätssicherung usw. usf. auf der einen und der spezifischen Formierung produktionsbezogener Dienstleistungssektoren auf der anderen Seite. Wenn man nun das Umbauprojekt und die Veränderung der Klassenlandschaft in einen Zusammenhang bringen will, muß man eine strategische Position definieren, die alternativ zum Standortblock steht. Worum es mir geht, ist die langfristige Formierung eines Umbaublocks bzw. eines entsprechenden Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur. Es handelt sich hierbei um eine Konstellation, die in der Ökonomie, in den Unternehmen und Betrieben verankert sein muß. Vorausgesetzt ist dabei die Existenz von Kernbereichen der Klassenlandschaft, von Zentren einer modernen Arbeiterklasse, wo die Interessen als Lohnabhängige zusammen mit den Kompetenzen als Werk tätige artikuliert werden können.

Zur Klärung der Option will ich an dieser Stelle zwei Abgrenzungen gegenüber herkömmlichen sozialen Formierungskonzeptionen vornehmen. Zum einen gegenüber dem "antimonopolistischen Bündnis", von dem es durchaus differenzierte und den Klassenverhältnissen angemessene Varianten gegeben hat. Allerdings baute die Gesamtanlage als "Anti"-Bündnis darauf auf, daß es objektiv gegensätzliche Interessen zwischen dem Monopolkapital und den antimonopolistischen Klassen und Schichten gebe. Und hier liegen zwei der entscheidenden Schwachstellen. Die eine betrifft die Objektivität sog. antimonopolistischer Interessen, die man schon getrost in Abrede stellen darf. Der zweite und m.E. noch wesentlichere betrifft die Rolle von Kompetenzen als - neben Interessen - zweitem Ausgangspunkt für emanzipatorisches und veränderndes Handeln. Das Projekt des Umbaus und der Rekombination der Arbeit erfordert eine Konstellation, die sich nicht nur auf soziale Interessen stützt, sondern auch und gerade auf produktive - incl. wissenschaftlicher und kultureller - Kompetenzen der Akteure.

Auf der anderen Seite erfordert das Projekt auch mehr, als es viele Varianten des "Bündnisses von alten und neuen sozialen Bewegungen" suggerierten. Denn im Kern beruhten diese Bündnisvorstellungen auf einer Addition von "alten" und "neuen" Problemstellungen - meistens sogar mit einem Vorrang für die "Lebenswelt" als Hort der Emanzipation gegenüber der Welt der Klassen als Hort eines rückständigen industriellen Korporatismus. Diese Vorstellung, die bei manchen grünen Vorstellungen zum "New Deal" weiterhin eine Rolle zu spielen scheint, ist in den Auseinandersetzungen um die "Standortfrage" insoweit chancenlos, als sie

die ökonomisch-sozialen Formierungen als Basis gesellschaftlicher Blockbildungen und Projekte unterschätzt.

Der Block für einen ökologisch-solidarischen Umbau muß aber aufgrund der Anforderungen des Umbaus selbst als produktiver Block gedacht werden, der in den Strukturen der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und damit auch in den Klassenstrukturen verankert ist - aber eben nicht allein unter dem Gesichtspunkt von sozialen bzw. Klasseninteressen, die dort auszufeuchten sind, sondern auch unter dem Aspekt der Kompetenzen, über die spezifische sozialökonomische Gruppen und Klassenfraktionen verfügen und die für den Umbau eingesetzt werden müssen. Es gibt hierbei keine a priori gesetzten Subjekte bzw. Protagonisten des Umbaus bzw. einer "anderen Logik". Trotzdem oder gerade deshalb ist es aber erforderlich, sozial-ökonomische Bestimmungen von Teilen des Gesamtarbeiters in Beziehung zum Projekt des Umbaus zu setzen.

Klassenelemente des Umbaublocks

Zu diskutieren und zu operationalisieren wären Kernbereiche einer modernen Arbeiterklasse - also z.B. die zentrale Rolle der technisch-wissenschaftlichen Klassenfraktion und die Bedeutung der sich z.T. dramatisch verändernden großbetrieblichen industriellen Kerne. Wo befinden sich künftige produktive Zentren der neuen Ära mit hegemonialer Ausstrahlung auf andere Bereiche? Wie steht es beispielsweise um die modernen Großindustrien der Telekommunikations- und Medienwirtschaft (was übrigens schon einen weiteren Begriff von "Industrie" einschließt)? Bilden sich dort Sektoren einer modernen Arbeiterklasse, die wir dann - sicherlich transformiert - v.a. in den "neuen Arbeitnehmersmilieus" empirisch wiederfinden? Es geht auch um Veränderungen in eher als traditionell empfundenen Sektoren. Welche Rolle werden die Bauarbeiter spielen, deren Gewerkschaft sich zur IG Bau-Agrar-Umwelt transformiert hat und diesen Anspruch auch einzulösen gedenkt, was nun allerdings fast vollständig durch den Existenzkampf an den Baustellen selbst überlagert wird?

Man denke dabei aber auch an die bisherige Rolle, die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nicht nur als Interessenvertretungen sondern auch als kompetente Akteure des Sozialstaates gespielt hatten. Ein weiteres Thema wären in diesem Zusammenhang die Beziehungen in die modernen Dienstleistungsschichten - selbständige wie lohnabhängige - hinein, ihre Funktionen beim Umbau und in der entsprechenden Kombination produktiver Kräfte bis hin zur Neuformierung eines "dritten Sektors" aus öffentlich geförderten, genossenschaftlichen und privaten Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben mit sicherlich ganz spezifischen Sozialbeziehungen und Formierungsprozessen. Es handelt sich hierbei um ein wachsendes Feld hegemonialer Auseinandersetzungen im Prozeß der Klassenformierung, auf dem die progressive Seite nur in sehr fragmentierter Weise - z.T.

als gewerkschaftliche Interessenvertretung, z.T. als "alternativer" Betrieb, z.T. als "aufgeklärter" Unternehmer - vertreten ist.

Und dann müßte natürlich auch das Verhältnis zur kapitalistischen Klasse bzw. ihren Klassenfraktionen erörtert werden - unter dem Gesichtspunkt des grundlegenden Antagonismus wie auch ihrer Funktionen im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Die für den Umbau erforderliche Mobilisierung und Rekombination von produktiven Funktionen kann jedenfalls so oder so nicht von der möglichst starken Einbeziehung unternehmerischer Kompetenzen absehen - und das eben nicht nur im Bereich der Kleingewerbetreibenden, sondern des Kapitals und des Managements selbst. Damit würde einerseits natürlich eine Konfliktkonstellation in den Umbaublock bzw. das "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" eingebaut werden. Andererseits ginge es dabei um eine Transformation der unternehmerischen Funktion von einer ausschließlich kapitalistischen zu der eines gemeinschaftlichen Umbaumanagements. Diese Transformation ist gewissermaßen im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter schon angelegt und als elementarer Vorgang auch in der Realität durchaus zu beobachten. Die hegemoniale Wirkung eines Umbaublocks hängt stark davon ab, inwieweit auf die Widersprüche zwischen kapitalistischem Klasseninteresse und unternehmerischer Kompetenzentfaltung eingegangen werden kann.

III. New Deal: Klassenpolitischer Realismus

Aber welche Ansätze und Wege gibt es für eine derartige Perspektive der Klassenentwicklung und Blockbildung? Ist dies nur eine am Schreibtisch ausgedachte Vorstellung? Nun, ich habe bei meinen Ausführungen insbesondere die Situation in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor Augen - zweifellos eine klassenpolitische Defensivsituation, allerdings mit beachtlichen Elementen und Potentialen für eine ökologisch-solidarische Wende mit Verankerung in der Welt der Betriebe. Ich denke vor allen Dingen an eine wachsende Verzahnung zwischen Ökologiebewegung und gewerkschaftlich-industriellen Konversionsvorstellungen (besonders interessant im Rüstungs- und auch im Automobilsektor, siehe aber auch die damals einsetzenden Veränderungen im Baubereich und anderswo), zwischen Arbeitszeitverkürzung und Neugestaltung der Arbeit jenseits von Fordismus und Taylorismus, von globalen Problemstellungen und Fragen industrieller Demokratie. Hierbei hat gewerkschaftlicherseits v.a. die IG Metall eine bedeutsame Rolle gespielt. Programmatisch hat diese Tendenz übrigens Eingang in das Berliner Grundsatzprogramm der SPD wie auch in die damalige Umbau-Programmatik der Grünen gefunden.

Der ökonomische Einbruch Anfang der 90er Jahre mit seinen dramatischen Konsequenzen für die Klassenlandschaft auch in ihren Kernbereichen besiegelte die gewerkschaftlichen Niederlagen im Stahlsektor, bedrohte die Bastionen in der Automobilindustrie und im Maschinenbau, unterminierte die gewerkschaftliche Organisationskraft. In dieser Situation

- verstärkt noch durch die Folgen der "deutschen Einheit" - führte die politisch-ideologische "Standortoffensive" von rechts zu einem Auseinanderbrechen des ökologisch-solidarischen Umbau-Diskurses, zu einer Verknüpfung der "sozialen Problematik" mit der "Standortfrage" auf der einen und einer Zurückdrängung der Umbauproblematik auf der anderen Seite, was sich bekanntermaßen auch in der Politik der Sozialdemokratie niedergeschlagen hat. Das Kapital hat damit die Hoheit über den Klassenbildungsprozeß in einem in den 80er Jahren nicht gekannten Ausmaß erobert.

Facetten des New Deal

Wir erleben nun eine wahre Welle von Hypothesen und Vorschlägen, die hier unter dem Begriff des New Deal subsumiert werden sollen. Inhaltlich reichen die Facetten von einem "neuen Gesellschaftsvertrag" zur Festlegung "sozialer Bürgerrechte" über den "Öko-Deal" zwecks "Versöhnung von Ökonomie und Ökologie" bis hin zu "Modernisierungs- und Produktivitätspakten" und "Bündnissen für Arbeit", mit denen wirtschaftliche Standort- und soziale Beschäftigungsinteressen kompatibel gemacht werden sollen. Mittlerweile zeichnet sich immer stärker ab, daß die dritte Variante zum "harten" Kernstück des ganzen Vorhabens werden könnte. Und damit rückt dessen "Klassengehalt" in den Mittelpunkt.

Zur Zeit herrscht die Tendenz vor, die im Zuge der bürgerlichen Offensive der vergangenen 15 Jahre erreichten Terrainverschiebungen zulasten der lohnabhängigen Klassen festzuschreiben, den Gewerkschaften dabei allerdings auf dem derzeitigen Niveau eine Existenzgarantie zu geben - eine Beendigung der neoliberalen Exzesse, die allerdings mit einer neuen subalternen Funktionszuweisung für die Gewerkschaften als v.a. betrieblicher Juniorpartner der Modernisierung einhergehen dürfte. Zum anderen geht es um eine Re-Formierung der Klassenlandschaft, sei es zur Eindämmung der immer weiter voranschreitenden Zerfallsprozesse an den wachsenden Peripherien der entwickelten Industriegesellschaften, sei es zur Sicherung bzw. Schaffung der für die kapitalistische Modernisierung unentbehrlichen Beschäftigungsgruppen. Dies wäre der wahrscheinliche Klassengehalt des Deals und eines "Bündnisses für Arbeit" aus heutiger Sicht, die Basis eher für einen nationalen Standortblock als für einen Block des ökologisch-solidarischen Umbaus.

Zur "Lage des Klassenkampfes"

Kann sich die "klassenbewußte" Linke dann überhaupt auf das Terrain dieser Dealerei einlassen? "Ist es der klassenübergreifende konsensuale 'New Deal' oder ist es ein die soziale Frage bekräftigendes Konzept der Reorga-

nisation von grenzüberschreitendem (statt klassenübergreifendem) Widerstand in einer sich umbildenden und wieder konfrontativeren interkontinentalen Klassengesellschaft?" fragte kürzlich ein Autor in der grün-linken Zeitschrift "Andere Zeiten" auf der Suche nach Handlungsperspektiven und in Kritik der New-Deal-Diskussion. Schon die Frage ist absurd in einer Zeit, die durch dramatische Erosionsprozesse an der gewerkschaftlichen Basis gekennzeichnet ist: Den Betriebsräten stellt sich meistens nur noch die konkrete Perspektive, sich auf bestimmte kleine Deals einzulassen (der bei VW war der größte davon) und - wenn es gut läuft! - sich auf das Terrain von "lean production", "kontinuierlichem Verbesserungsprozeß" und "Co-Management" zu begeben.

Der klassenpolitische Ansatz ist dabei zum ersten wichtig, um eine Skepsis gegenüber dieser historischen Situation (z.B. gegenüber der positiven Überbewertung aktueller Unternehmens- und Managementstrategien, gegenüber den Lobliedern auf den solidarischen Lohnverzicht zugunsten der Arbeitsplätze, gegenüber der euphorischen Wiederentdeckung der Sozialpartnerschaft und dem sog. Co-Management) und damit auch einen Sinn für darüberhinausgehende Alternativen zu bewahren. Er ist zum zweiten aber ebenso bedeutsam gegenüber eingangs zitierten interkontinentalen Klassenkampfphantasien, die in der derzeitigen Lage das Feld der Kompromisse genau jenen überlassen, die diese Kompromißbildung mit der Abkehr vom Klassen- und Gegenmachtsgedanken überhaupt verbinden, also aus der Not eine Tugend machen wollen.

Erforderlich ist ein klassenpolitischer Realismus, der die reale Situation der Klassenseinandersetzungen und Klassenbeziehungen zur Kenntnis nimmt, der das Terrain des New Deal und des "Bündnisses für Arbeit" auch als Terrain von sozialen Interessen, von Klassegegensätzen und Klassenkompromissen begreift und der versucht, mit Hilfe des Deals Haltelinien insbesondere gegenüber den dramatischen Erosionsprozessen aufzubauen, denen die Gewerkschaften ausgesetzt sind. Zum zweiten läßt sich wohl nur auf diesem Terrain wieder ein ökonomisch-sozialer Boden für den Umbau bereiten. Wie Umbaukonzepte und ökonomisch-soziale, letztlich klassenmäßige Konstellationen zusammengehen, muß sich nicht letztendlich auf den verschiedenen Umbaufeldern zeigen.

Keimzellen des Umbaublocks

Diesen Feldern lassen sich kleinere und größere gesellschaftlich-industrielle Komplexe bzw. Blöcke zuordnen - man denke an die herrschenden Allianzen im Verkehrs- oder im Energiebereich. Es gibt dort aber auch Möglichkeiten und reale Entwicklungen, die auf alternative Konstellationen auch und gerade unter Einbeziehung von Kapitalfraktionen, von Unternehmern und Managern hinweisen: Hermann Scheer hat in seiner "Sonnenstrategie" (Scheer 1993) eindrucksvoll für den Bereich der Solar-

energie darauf hingewiesen. Beispiele ließen sich auch im Bereich der Landwirtschaft sowie der Land- und Nahrungsmitteltechnik finden oder etwa auf dem Gebiet der Holzwirtschaft. Hier wird im kleinen das "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" angedacht und angegangen, werden Kompetenzen der beteiligten Akteure mobilisiert (und nicht nur Interessen abgerufen), stehen ökonomische, soziale und kulturelle Investitionen zur Disposition und öffnen sich Horizonte für Fragen der wirtschaftlichen Demokratie.

Diese Elemente zusammenzubringen mit den aktuellen Fragen der Klassenformierung, die sich in den Betrieben und Branchen stellen, ist die konkrete Aufgabe der nächsten Jahre. Möglicherweise handelt es sich hierbei auch um Keimzellen für eine andere Richtung von Pakten und Deals und der Blockbildung. "Blöcke" bauen sich nicht nur "von oben", sondern auch "von unten" auf, also von den Orten her, an denen sich die Klassenbildung vollzieht. Dies verweist wiederum auf den Stellenwert der Betriebe als hegemoniale bzw. "mikro-politische" Räume (vgl. Zeuner 1995). So wird unter den heutigen Bedingungen die Frage des Co-Managements seitens der Betriebsräte in Betrieben und Branchen zu einem entscheidenden Aspekt der weiteren Entwicklung. Co-Management kann sowohl den Weg in den Standortblock der exportorientierten Modernisierung als auch den Einstieg in das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur bedeuten. Eine Reorganisation der Arbeiterklasse ist jedenfalls heute so oder so nur auf einem Weg vorstellbar, der die Artikulation der eigenen Interessen mit der Bereitschaft zu derartigen Deals und mit dem Anspruch des Co-Managements verbindet (vgl. m.E. ähnlich argumentierend: Peter 1996).

Umgekehrt läßt sich der Weg aus dem heutigen Umbruch der Produktionsweise heraus und durch alle Deals und Kompromisse hindurch und hin zum umfassenden ökologisch-solidarischen Umbau und zum Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur nur finden, wenn diese Suche auch von einem soliden und hegemoniefähigen Kernbestand unter den abhängig Beschäftigten in Betrieben und Branchen aktiv unterstützt und vorangetrieben wird. Der entscheidende strategische Punkt, den die ökologisch-"lebensweltliche" und die konsequent-"klassenkämpferische" Linke begreifen müssen, ist derjenige, daß der Kampf für einen ökologisch-solidarischen Umbau und das Ringen um die "Klassenlandschaft 2000" zusammengehörige Elemente sind, daß diese Kämpfe an allen Stellen unter denkbar schlechten Bedingungen geführt werden müssen und daß man diesen Bedingungen nicht mit "lebensweltlichem" oder "klassenkämpferischem" Pathos ausweichen kann.

IV. Klassenpolitik und "demokratischer Populismus"

Ich habe mich im wesentlichen auf die sozialökonomischen Beziehungen zwischen Produktionsweise und Klassenlandschaft beschränkt und von da aus klassenpolitische Bestimmungen mit Blick auf "Standort-" und

"Umbaublöcke", "New Deals" und "Co-Management" vorgenommen. An anderer Stelle habe ich darauf verwiesen, daß eine breite gesellschaftliche Bewegung für einen neuen progressiv-emanzipatorischen Vormarsch natürlich nicht hierauf reduziert werden kann und eine Konstellation sehr unterschiedlicher und breitgefächerter Subjekte voraussetzt. Allerdings wollte ich mit diesem Aufsatz darauf verweisen, daß eine derartige Bewegung dennoch nicht völlig beliebig strukturiert sein kann (wie Dietzel anscheinend meint) - genausowenig wie im übrigen der herrschende Block beliebig strukturiert ist -, sondern ihr Erfolg davon abhängig ist, daß sie in der Klassenlandschaft und den sozialökonomischen Strukturen bis hin zur Welt der Betriebe eine Verankerung gefunden hat.

Die anschließende Frage wäre nunmehr diejenige, wie der sozioökonomische Raum mit seinen betrieblichen Strukturen zusammenhängt mit den soziokulturellen Milieus und alltäglichen Lebensweisen. Wie kann sich "Klasse" also im gesamtgesellschaftlichen Raum darstellen? Oder verliert sie sich spätestens dort als aussagekräftige Größe im Gewirr der Milieus und individuellen Lebensweisen? Dies ist m.E. nicht der Fall. Allerdings muß man dabei in Rechnung stellen, daß eine hegemoniale oder die Hegemonie anstrebende Klasse gesamtgesellschaftlich in doppelter Weise auftritt: als aufbauende und eigentlich produktive Kraft sowie als populäre Kraft bzw. Repräsentantin des Volkes bzw. der Nation. Den ersten Aspekt habe ich unter den heutigen Bedingungen zu beleuchten versucht (mit der Zielhypothese des "Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur"). Was den zweiten Aspekt angeht, so müssen wir nunmehr von der Klassenlandschaft auf das populäre Terrain übergehen, dessen Topographie sicherlich in entscheidendem Maße durch Milieustrukturen geprägt wird.

Nun haben Bourdieu und auch hiesige Milieuforscher immer wieder Verknüpfungen zwischen Milieus und sozialökonomischem Status hervorgehoben. Sie dürften auch kaum umstritten sein. Die hier entscheidende Frage ist diejenige nach der Dynamik im Sinne von Klassenbeziehungen und Klassenkämpfen. Die Dezember-Bewegung in Frankreich war in dieser Hinsicht sehr lehrreich: Ausgehend von bestimmten Klassenfraktionen entwickelte sich ein "populär-demokratischer" Aufstand gegen "Maastricht" und die "Sachzwänge" der wirtschaftlichen Globalisierung. Kurz zuvor hatte Emmanuel Todd nachgezeichnet, wie sich in den französischen Umbruchprozessen soziale Klassenfraktionen und Milieus als *classes populaires* konstituieren - in Auseinandersetzung mit den Eliten der neuen Mittelklassen (gleich welcher politischen Couleur), die sich in einer *Liaison* mit den maßgeblichen Kapitalfraktionen befinden.

Ich bin der Meinung, daß dies ein prototypischer Vorgang war und daß ein Wiederaufschwung sozialer Bewegungen als Volksbewegungen in zentralem Maß den sozialen Sprengstoff, der sich in den Milieus und alltäglichen Lebensweisen immer weiter aufhäuft, zum Ausdruck bringen wird. Sie werden nur noch wenig zu tun haben mit dem Typus der "neuen sozia-

len Bewegungen" in der zweiten Hälfte der 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre. Und es ist nur zu hoffen, daß die Renaissance des "kleinen Mannes" im Kontext eines "demokratischen Populismus" und nicht auf andere Art und Weise stattfinden wird. Aber auch dies erfordert ja, den Protest mit einer Umbauperspektive zu verknüpfen und mit der Mobilisierung von produktiven Potentialen und von Kompetenzen zu verknüpfen. Erst wenn der populär-demokratische Protest, der selbst von starken Klassenimpulsen lebt, sich mit einer klassenpolitischen Infrastruktur und mit Elementen eines "Bündnisses für Arbeit, Wissenschaft und Kultur" verbindet, kann eine gesellschaftliche Alternative erneut sicht- und vor allem greifbar werden.

Zwei reale Erfahrungen stehen hier einander gegenüber: Deutschland mit dem zähen, von Branche zu Branche, Betrieb zu Betrieb stattfindenden Kampf entlang von gewerkschaftlichen Rückzugs- und Auffanglinien, flankiert von wechselnden und von Feld zu Feld unterschiedlichen Standort- und Umbauallianzen; und Frankreich mit seinem Zusammenbruch gewerkschaftlicher Infrastrukturen auf der einen und einer gleichzeitigen Zuspitzung des sozialen Konfliktes in Form einer großen Streik- und Volksbewegung auf der anderen Seite. Zwei höchst unterschiedliche Fälle real ablaufender Klassengeschichte, in deren gemeinsamer Auswertung vermutlich große Erkenntnisse für uns verborgen liegen.

Literatur

- Horst Dietzel (1996): *Klassentheorie und linke Politik heute*, in: Z 25
 Rainer Geißler (1992): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*. Opladen
 Max Koch (1994): *Was ist die Klassentheorie noch wert?* in: spw 6/94
 Lothar Peter (1996): *Vom Klassenkampf zum Co-Management*, in: Z 25
 Hermann Scheer (1993): *Sonnenstrategie - Politik ohne Alternative*. München
 Bodo Zeuner (1995): *"Probleme des Klassenkampfes" im Betrieb*, in: PROKLA 100

Das Konzept der "underclass" - brauchbar für Klassenanalysen oder ideologieverdächtig?

I

Die massive Wiederkehr von Verarmung, verursacht durch langanhaltende Arbeitslosigkeit und immer weniger aufgehoben durch sozialpolitische Maßnahmen, hat auch hierzulande die Frage aufgeworfen, ob eine neue Schicht oder Klasse von Unterprivilegierten, Marginalisierten und sozial Isolierten mit einer eigenen Identität und Mentalität entstehe. Unter dem Titel "Armut in der Wohlfahrtsgesellschaft" wird seit einigen Jahren dem Phänomen wachsende Aufmerksamkeit geschenkt, das in der überraschend langen, fast schon "immer währenden" Prosperität vergessen und verdrängt werden konnte: daß keineswegs alle in Beck's bekanntem Fahrstuhl Platz gefunden hatten, vielmehr eine "neue Armut" entstanden war und massive Formen der Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen vom Arbeitsmarkt und von ausreichender staatlicher Fürsorge zu einem mindestens ebenso charakteristischen Merkmal unserer Gesellschaft wurde wie die berühmten Tendenzen der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen, die über lange Jahre im Vordergrund der Aufmerksamkeit gestanden haben.

Die 'underclass'-Debatte nahm, wie die Entstehung von städtischen Armen-Ghettos selbst, ihren Ausgang in den USA der 1970er Jahre. Inzwischen hat sie den Atlantik überquert und zunächst in Großbritannien, in den letzten Jahren auch in anderen Ländern der Europäischen Union ein unüberhörbares Echo ausgelöst. Zur Debatte selbst gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur, darunter auch ausgezeichnete Überblicksartikel (Andersen/Larsen, Devine/Wright, Gebhardt z. B.), die hier nicht in allen Aspekten und in aller Komplexität wiederholt oder gar überboten werden können. Zwei Fragen sollen in den Mittelpunkt gerückt werden: Erstens, handelt es sich bei der Entstehung einer sogenannten ("neuen") Unterklasse um ein ausschließlich amerikanisches Phänomen, oder haben wir es mit einer allgemeinen Erscheinung zu tun, mit der alle entwickelten kapitalistischen Gesellschaften konfrontiert sind und in absehbarer Zeit zu rechnen haben? Zweitens, ist das Konzept oder der Begriff 'underclass' bzw. 'Unterklasse' überhaupt ein nützliches analytisches Instrument, mit dem Veränderungen der Sozialstruktur im modernen Kapitalismus zu beschreiben sind und eine neu entstehende soziale Kategorie als abgegrenzte Bevölkerungsgruppe innerhalb der Klassenstruktur bezeichnet werden kann?

Zur Beantwortung beider Fragen finden wir durchaus kontroverse Positionen. Nicht alle, die von einem spezifisch amerikanischen Problem sprechen, lehnen deshalb schon das Konzept der 'underclass' ab - sie halten es für brauchbar zur Charakterisierung bestimmter Erscheinungen in den USA. Und umgekehrt sind weder die Teilnehmer an der amerikanischen "underclass-debate" (Katz 1993), noch die Vertreter einer These der "Amerikanisierung" unserer Gesellschaft einig darin, inwieweit die neuen Tendenzen sozialer Ausschließung mit dem Klassenbegriff adäquat erfaßt werden.

II

Zwei Beispiele sollen herausgegriffen werden: Auf der einen Seite Dahrendorf, der wie eine Reihe anderer Sozialwissenschaftler (Andersen/Larsen, Esping-Andersen, Gans, Heisler, Wilson) von der Anwendung des Konzepts auf europäische Länder nichts hält und die Unterschiede gegenüber der amerikanischen Gesellschaft besonders hervorhebt, auf der anderen Seite der Neokonservative Murray und der Links-Alternative Kronauer, die - mit sehr verschiedener Gewichtung und politischer Absicht - Ähnlichkeiten hervorheben und die Herausbildung einer kohärenten Schicht oder "Klasse" der (kulturell bzw. sozial) Ausgegrenzten auch in den europäischen Sozialstaatsgesellschaften für gegeben ansehen oder mindestens für wahrscheinlich halten.

Für Dahrendorf (1988) stellt die "underclass" den spezifisch amerikanischen Aspekt eines generellen sozialen Problems dar, das er mit dem Paradox bezeichnet, daß moderne Gesellschaften zwar Arbeitsgesellschaften sind, in denen der Arbeitsethik und der Berufsrolle zentrale Bedeutung für die sozialen Chancen und die Lebensgestaltung der einzelnen zukommt, in denen die Arbeit aber immer knapper wird. Während in den USA aber durch Schaffung von Millionen neuer, aber schlecht bezahlter jobs sehr viele der Armen tatsächlich Arbeit haben ('working poor'), ist der Anteil der Arbeitslosen in Europa erheblich größer. Andauernde Armut ist für Dahrendorf das amerikanische Äquivalent für die andauernde Arbeitslosigkeit in Europa. Unterhalb der working poor sei nun eine sichtbare Armutsbevölkerung auszumachen, die eine Häufung von sozialen Pathologien mit Langzeitperspektive aufweise: Sie sind unqualifiziert, leben konzentriert in bestimmten Gegenden, meist in unvollständigen Familien, gehören ethnischen Minderheiten an und fallen durch abweichendes Verhalten auf. Ihr Leben vollzieht sich in einem Zirkel sich verstärkender Deprivation, sozial isoliert von der Mehrheit. Nathan folgend schätzt er den Anteil von armen Schwarzen oder Hispanos, die in amerikanischen Großstädten konzentriert in bestimmten Vierteln ("urban ghettos") leben, auf knapp neun Prozent der Stadtbevölkerung.

Vergleichbare Phänomene existierten in Europa, vielleicht mit Ausnahme Großbritanniens, nicht. "Wenn der Begriff 'underclass' irgend einen Sinn

machen soll, dann muß er eine identifizierbare Kategorie sozialer Lage und sozialen Verhaltens bezeichnen." (Dahrendorf 1988: 151) Für beides aber sieht er keine Anhaltspunkte. Sogar die Langzeitarbeitslosen seien in den europäischen Gesellschaften verstreut übers ganze Land, sie bildeten keine sichtbare Armutsbevölkerung; unfähig zu gemeinsamer Interessenvertretung und politischer Organisation seien sie zusammen mit all den anderen sozial Ausgeschlossenen, den gleichfalls "Überflüssigen und Nutzlosen", eine zersplitterte "Residualbevölkerung", "soziologisch gesprochen ein Lumpenproletariat" (Dahrendorf 1985: 478).

Das Thema sozialer Ausgrenzung steht auch bei Kronauer u. a. (1993, Kronauer 1995) im Mittelpunkt. Im Hinblick auf Deutschland werden drei Thesen vertreten: 1. Wie in den USA zeichne sich eine neue soziale Spaltung ab zwischen denen, die am Erwerbssystem teilnehmen, und den davon Ausgeschlossenen. 2. Die vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten seien zwar weniger sichtbar als in anderen Ländern, "es entsteht jedoch eine eigene 'soziale Schicht' der Dauerarbeitslosen... In ihr verbindet sich eine bestimmte objektive Lage mit spezifischen Bewußtseinsformen und Verhaltensmustern". 3. Die Gefahr bestehe, daß sich in Deutschland eine "Amerikanisierung" der Sozialpolitik durchsetzt und gesellschaftliche Spaltungen in politische überführt werden. (Kronauer 1995: 201f.)

Der entscheidende Unterschied gegenüber Auffassungen, wie sie unter anderen von Dahrendorf vertreten werden, liegt in der Rede von einem eigenen sozialstrukturellen "Segment", einer "sozialen Schicht" von Dauerarbeitslosen, die wegen der Aussichtslosigkeit ihrer Lage eine "eigenständige soziale Lebensweise" und eine spezifische Schichtmentalität (Geiger) entwickeln, die sich von der Mehrheit signifikant unterscheiden. Im Vordergrund stehe, daß sie - wie die 'underclass' der amerikanischen Städte - in dem Bewußtsein leben, "nicht mehr zur Gesellschaft zu gehören, die eine Gesellschaft der und für die Erwerbstätigen ist". (207) Alles spreche dafür, daß die neue Schicht ein organisationsfähiges gesellschaftspolitisches Konfliktpotential darstellt und ihre soziale und ökonomische Ausgrenzung wegen der rückwirkenden allgemeinen Deklassierungsangst in der Gesellschaft erhebliche Folgewirkungen haben wird. (Kronauer u. a. 1993: 236f.) Insofern sei "die Frage nach der Entstehung einer 'underclass' auch in Deutschland alles andere als nur akademisch". (Kronauer 1995: 212)

Auch Murray, der anfangs der 80er Jahre in den USA dafür gesorgt hatte, mit der (pervertierten) These einer spezifischen "Kultur der Armut" (Lewis) die staatlichen Wohlfahrtsmaßnahmen zu denunzieren und dafür verantwortlich zu machen, daß sich unter den Sozialstaatsabhängigen nichts als Verantwortungslosigkeit, Faulheit, Gewaltverbrechen, sexuelle Unmoral, Drogenmißbrauch usw. ausbreiteten und von Generation zu Generation vererbten, auch dieser Exponent eines radikalen Konservatismus ist überzeugt davon, daß sich auch in Europa eine 'underclass' entwickelt und wie ein "Krebsübel", wie eine "Plage" ausbreitet. (Murray 1984,

1990, 1994) Um die Krankheit zu überwinden, gebe es wie für die USA nur die eine Rezeptur: den (in Europa bekanntlich weiter entwickelten) Wohlfahrtsstaat deutlich zu stützen und die Familie samt den traditionellen Moral- und Wertvorstellungen von individueller Leistung usw. mit allen Mitteln neu zu beleben.

Nur in zwei Momenten besteht Übereinstimmung mit der Position, die mit Kronauer bezeichnet wurde: 1. Amerika zeigt den Ländern der europäischen Gemeinschaft ihre bereits deutlich erkennbare, mindestens wahrscheinliche Zukunft hinsichtlich der Herausbildung einer 'underclass'. 2. Die Unterklasse bzw. Schicht von dauerhaft von der Bevölkerungsmehrheit Abgekoppelten ist gekennzeichnet durch eine gemeinsame (abweichende) Mentalität, durch ein gemeinsames Verhaltenspotential. Anders als bei Dahrendorf tritt das Moment der Zersplitterung und Inhomogenität zurück. Aber damit hören die Übereinstimmungen auch schon auf. Kronauer *beschränkt* sich nicht auf die Verhaltenspotentiale der Armen und ist weit davon entfernt, einerseits den Sozialstaat und andererseits die Opfer der Ausschließung für ihre Lage verantwortlich zu machen, wie das bei den Konservativen vorherrschende Tendenz ist.

III

Um Nutzen aus dieser Debatte, der Gegenüberstellung von Befürwortern und Gegnern der Übertragbarkeit auf Europa, ziehen zu können, ist es notwendig, die Definitionen dazu genauer anzusehen, was 'underclass' heißen soll, und welche Kriterien für die Abgrenzung dieser besonderen Klasse oder Schicht herangezogen werden.

Selten wird darauf verzichtet, auf die Marxsche Charakterisierung eines "Lumpenproletariats" zu verweisen (MEW 4: 472, MEW 8: 160f., 201; Devine/Wright 1993: 79ff.; Pugliese 1995: 217), sei es für Zwecke der Analogiebildung, sei es zur Unterscheidung der neuen, "postindustriellen" Unterklasse von der des frühen Kapitalismus. Während die eher formalsoziologische Analogie darauf hinausläuft, daß es sich bei der Unterklasse (als "Lumpenproletariat" oder als Schicht der "deklassierten Elemente") stets um eine überaus heterogen zusammengesetzte "Restbevölkerung" handelt, außerhalb der Arbeiterklasse und außerhalb des Arbeitsmarktes ebenso wie außerhalb der herrschenden gesellschaftlichen Normen stehend, politisch die Unorganisierbaren (aber populistisch Verführbaren) und moralisch eher den "Abschaum" der Bevölkerung bildend (die "unwürdigen" Armen), konzentrieren sich Definitionen der 'neuen underclass' auf die konkreten Armutsphänomene der amerikanischen Städte. Zwar werden gelegentlich auch die (weißen) Armen bestimmter agrarischer oder deindustrialisierter Regionen erwähnt, aber im Mittelpunkt steht die räumliche Konzentration der vor allem schwarzen Minderheit in den Großstädten des Nordens.

Die "sogenannte underclass", sagen zusammenfassend Devine und Wright, ist das sichtbarste und am heftigsten diskutierte Segment der gegenwärtigen Armutsbevölkerung in den Vereinigten Staaten. "Der Begriff markiert verschiedene Aspekte der Armutssituation, aber in der gebräuchlichsten und schärfsten Fassung bezieht er sich auf chronische, konzentrierte, innerstädtische und Minderheiten betreffende Verarmung, die begleitet ist von extremer sozialer Isolation und einem außerordentlich hohen Anteil an sozialen Pathologien aller Art. Die 'underclass' ist nicht einfach die ärmste Schicht unter den Armen, sie ist eher jene Gruppe innerhalb der Armutsbevölkerung, die gegen eine erfolgreiche Intervention besonders resistent ist." (Devine/Wright 1993: XXI)

Auch Wilson (1987), der die bedeutendste und inzwischen schon klassische Untersuchung der "Wirklich Benachteiligten", der "Ghetto Underclass", durchgeführt hat, wies bereits auf die seit den 60er Jahren beginnende Wahrnehmung einer neuen Dimension der städtischen Krise hin, die durch den Moynihan Report von 1965 über die *Negro Family* ausgelöst worden war. Er kann sich nicht damit abfinden, daß die Liberalen den Konservativen à la Murray das Feld zunächst überlassen haben, und setzt gegen die bereits erwähnte These der Culture of Poverty die gründliche empirische Analyse der Lebensbedingungen in den schwarzen Ghettos sowie der Ursachen für die zunehmende Ausgrenzung ihrer Bevölkerung. Seine Befunde zeigen, daß die sogenannten abweichenden Verhaltensweisen, die mit einer besonderen Armutskultur gemeint sind, durchaus zu beobachten und ernstzunehmen sind (wer wüßte es nicht!) - wenn auch nicht in der verzerrten Verallgemeinerung -, aber er macht die Gründe dafür in ökonomischen, demographischen und sozialstrukturellen Veränderungen aus. Die "Kultur der Armut" sei die Antwort auf sozialstrukturelle Beschränkungen der Lebensmöglichkeiten im städtischen Ghetto, sie sei deshalb als eine Folge, nicht aber als die Ursache der Krise anzusehen.

Der theoretische Schlüsselbegriff könne deshalb auch nicht die Armutskultur sein, sondern die soziale Isolation. Diese wiederum sei anzusehen als Folge eines Zusammentreffens von Rassensegregation und Klassenenteilung. Soziale Isolation der Schwarzen in den städtischen Ghettos habe sich erst in dem Maße komplettiert, in dem ein Teil der farbigen Bevölkerung, der - als Mittelklasse, teils aber auch als qualifizierte Arbeiter - von den Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung profitieren konnte, in bessere Wohngegenden weggezogen ist. "Die am meisten Benachteiligten der Minderheit, die durch die kumulativen Wirkungen von Rassen- und Klassenunterordnung verkrüppelt und unterjocht sind, sind unter denjenigen am stärksten vertreten, die nicht über die Ressourcen verfügen, um in einem freien und offenen Markt erfolgreich mithalten zu können." (Wilson 1987: 113)

In einer späteren Präzisierung erläutert der Autor, daß Armut wie andere Aspekte der Klassenungleichheit nicht nur auf der unterschiedlichen Ver-

teilung ökonomischer und politischer Privilegien und Ressourcen beruhe, sondern auch auf dem ungleichen Zugang zur Kultur. (Wilson 1991, nach Andersen/Larsen 1995: 161)

Wilson's Bemühungen um einen umfassenden Ansatz sind in der Folge ergänzt und systematisiert worden. Am gelungensten wohl in der Arbeit von Devine und Wright, die als das Neue der städtischen Armut, von Schwarzen dominiert und in extrem verelendeten Slum-Bezirken konzentriert, die Destruktivität, Unregierbarkeit und Hoffnungslosigkeit ausgemacht haben. (1993: 81f.) Sie unterscheiden vier Dimensionen, die für die Zwecke einer Definition integriert werden müßten: 1. Die ökonomische Dimension. Hier gelte es zu unterscheiden zwischen chronischer und episodischer Armut. Die 'underclass' bestehe aus dauerhaft Armen, aber nicht alle chronisch Armen seien auch schon 'underclass people'. Die weiteren Dimensionen müßten hinzukommen. - 2. Die sozialpsychologische Dimension. Hier werden berücksichtigt die Phänomene der Entfremdung gegenüber der gesellschaftlichen Majorität, die Feindseligkeit der Ausgeschlossenen gegenüber der "Gesellschaft", die Ablehnung der geltenden Normen und Werte in den ausgegrenzten Milieus. - 3. Die Verhaltensdimension. Abweichendes, anomisches, kriminelles Verhalten werden hier aufgeführt, um Typen oder Untergruppen der 'underclass' zu unterscheiden. - 4. Die ökologische bzw. räumliche Dimension. Armutszonen weisen eine kritische "Dichte" in der Kumulation der Dimensionen 1 - 3 auf. Die Entblößung der Ghettos von familiären Subsidiaritätsstrukturen (Wilson) führt zur räumlichen Konzentration von Armut, Entfremdung, Anomie usw.

Zusammenfassend: "Wir bevorzugen eine Definition 'der' underclass als zusammengesetzt aus den Personen, die in städtischen, innerstädtischen Nachbarschaften oder Gemeinschaften leben, in denen hohe und wachsende Armut, vor allem dauerhafte Armut, ein hohes und wachsendes Maß an sozialer Isolation, Hoffnungslosigkeit und Anomie sowie an antisozialen oder dysfunktionalen Verhaltensmustern vorherrschen. Kein einzelner dieser Faktoren reicht für sich genommen aus, um eine Unterklasse zu bilden; sie müssen alle gleichzeitig vorhanden sein." (Devine/Wright 1993: 88f.)

In bezug auf die Wilson'sche Zentralkategorie für 'underclass', die soziale Isolation, differenziert Katz (1993: 455): "Bestimmte Muster der Migration, der Marginalisierung und der Ausschließung begünstigten die Isolierung der ärmsten Afro-Amerikaner in den Innenstädten. Diese Isolierung hat vier Dimensionen: eine ökonomische, eine räumliche, eine soziale und eine kulturelle."

IV

Aufgrund dieser begrifflichen Klärung kann für die Beantwortung der ersten Frage festgehalten werden: Eine Unterklasse wie in einer Reihe großer Städte Amerikas im Sinne einer ökonomisch, sozial und kulturell isolierten, in innerstädtischen Vierteln konzentrierten, rassisch oder eth-

nisch von Minderheiten dominierten sozialen Gruppierung oder Schicht der Ärmsten, Hoffnungslosesten und "Anomischsten" existiert in Europa (noch) nicht, bestenfalls scheint es Ansätze dazu zu geben in einigen Regionen Großbritanniens und wenigen französischen Städten, etwa der Pariser banlieue, wo jeweils die räumliche Konzentration von (meist farbigen) Immigranten aus ehemaligen Kolonialgebieten ähnliche Bedingungen haben entstehen lassen. (Vgl. Heisler 1991: 470ff.)

Das heißt nun nicht, daß für diese und andere Länder Europas eine vergleichbare Entwicklung ganz auszuschließen ist, wenn einerseits die ökonomische Krise und andererseits der Abbau der Sozialstaatlichkeit weitere erhebliche Fortschritte machen können. Denn als entscheidender Grund für die Unterschiede zwischen den USA und europäischen Gesellschaften wird übereinstimmend die unterschiedlich entwickelte staatliche Sozial- und Wohlfahrtspolitik angesehen. Allerdings bleibt noch immer die zweite Frage zu beantworten, ob der Begriff der 'underclass' oder ein entsprechendes Klassen- oder Schichtkonzept, wie es sich aus der bisherigen Diskussion in groben Umrissen ergeben hat, ein geeignetes theoretisches und politisch brauchbares Instrument darstellt, um diese Tendenzen der Verelendung und Ausschließung einordnen und gesellschaftlichen Lösungen zuführen zu können.

Bedenken gegen die Verwendung des Begriffs sind vielfach in der amerikanischen Debatte vorgebracht worden, fast alle sind zu verstehen als Reaktion auf die konservative Begriffsbesetzung und auf die mit dieser Hegemonie erreichten Gleichsetzung von Armut, Immoralität und Selbstverschuldung. Die Stigmatisierung der Opfer, die Assoziation mit Unwürdigkeit (gegenüber den "würdigen" Armen!), rassistische Untertöne, der mehr oder weniger offene Verweis auf die Bedrohlichkeit und das im besten Fall resignative Abschreiben eines Teils der Bevölkerung als "Müllhaufen nutzloser Leute" sind die wichtigsten Argumente, mit denen der Begriff 'underclass' entweder als destruktiv oder als pejorativ, jedenfalls als politisch unkorrekt zurückgewiesen wird. (Zur Diskussion solcher Einwände vgl. Wilson 1987: 3ff., Crompton 1993: 157ff., Katz 1993: 4, 23, Andersen/Larsen 1995: 170ff.)

Die Folgerung, die (von Wilson abgesehen, der offensiv gegen die Konservativen den Begriff zurückgewinnen möchte für die Linke, ihn allerdings für Europa für ungeeignet hält) von den meisten gezogen wird, liegt in der Empfehlung, 'underclass' nur als Metapher zu verwenden (Devine/Wright, Katz), oder den Begriff ganz zu vermeiden und nur von einer "sozialen Kategorie" der marginalisierten, ausgegrenzten Gruppen zu sprechen (Andersen/Larsen). "Wie die meisten Kritiker des Begriffs 'underclass' empfehlen wir, daß Sozialwissenschaftler das Konzept ganz vermeiden sollten, weil es überwiegend auf die Verhaltensweisen der Armen abstellt..." (Andersen und Larsen 1995: 173).

Das ist richtig. Aber selbst in dieser Hinsicht, mithilfe der Betonung von Werten, Verhalten und Bewußtsein, ist eine Abgrenzung als Klasse oder Schicht mit einer eigenen Mentalität und Identität wenig verlässlich. Im Unterschied zu Kronauer wird von Andersen und Larsen darauf abgehoben, daß "viele Studien zeigen, daß die Langzeitarbeitslosen und andere sozial ausgeschlossene Personen, im Gegensatz zu Unterstellungen in der Argumentation der Rechten, trotz ihrer sozialen Ausschließung sich orientieren an den 'mainstream'-Normen und -Werten und an ihnen festhalten." (Ebd.: 175.) Die Autoren verweisen insbesondere auf englische und niederländische Untersuchungen, über die von Alcock und von Moore berichtet wird.

Der Begriff 'underclass' hat zusammen mit seinem stigmatisierenden Effekt auch einen ideologischen. "Die Unterklasse ist die Ideologie der herrschenden Ober- und Mittelklassen." (Bagguley/Mann, zit. ebd.) Gleich, ob auf die Überflüssigkeit und Nutzlosigkeit der Ausgegrenzten abgestellt wird (Dahrendorf), oder auf ihre positive Funktion (Galbraith, Gans), in jedem Falle ist in dem "Unten" neben der Anspielung auf Gefahren, die aus der Unterwelt drohen, ein Moment von Rechtfertigung für die Privilegierten und Bessergestellten enthalten. Allerdings ist dieser Effekt an diesen Begriff nicht allein gebunden: Auch die Benennung von ausgeschlossenen sozialen Randgruppen als "Nichtintegrierte" kann interpretiert werden als Ausdruck für das "verzweifelte Bedürfnis der Mittelklassen, ihre relativ privilegierte Stellung zu rechtfertigen durch Verweis auf das Versagen der Armen..." (Bagguley/Mann). Je mehr in der aktuellen Krise von einer zunehmenden Verunsicherung der Mittelklassen und ihrer "Kultur der Zufriedenheit" (Galbraith) gesprochen werden kann, desto stärker wird dieses Bedürfnis werden.

"Überflüssig und nutzlos" mögen die "nicht oder nur unvollkommen Integrierten" im Hinblick auf einen materiellen Beitrag zum Reichtum der Gesellschaft erscheinen, eine "funktionale Unterklasse" (Galbraith) können sie dennoch sein: Wie Durkheim es für das Verbrechen und den Verbrecher versuchte zu zeigen, daß sie die herrschenden Normen durch deren Verletzung bekräftigen und die Majorität der Gesellschaftsmitglieder umso stärker an sie binden, so liegt in der Ausschließung der "Nichtleistungsfähigen" - der Armen und Obdachlosen, der Alten und Frühverrenteten, der Flüchtlinge und Asylbewerber - eine Bestätigung für diejenigen, die im Vollbesitz der Bürgerrechte sind, der zivilen und politischen wie der sozialen Bürgerrechte, und die dem bürgerlich-ökonomischen Prinzip individueller Leistung genügen können, indem sie von den Marktbeziehungen nicht ausgeschlossen sind. (Vgl. zum Verhältnis von Bürgerrechten und underclass: Heisler 1991)

V

Soweit können wir zusammenfassen: Die mit 'underclass' oder Unterklasse bezeichnete soziale Kategorie ist keinesfalls eine Klasse im klassischen Sinne, weder in dem von Marx, noch in dem von Weber entwickelten (Ritsert 1988), und fraglich ist auch, ob sie eine Schicht im Geigerschen Sinne darstellt (Geißler 1990, vgl. auch Kronauer, der ja zudem den Schichtanspruch eingegrenzt hat auf ein Segment der 'underclass', auf die Dauerarbeitslosen). Sie ist weder unmittelbar durch das Kapitalverhältnis als "abstrakte Klasse" zu bestimmen wie die Arbeiterklasse, noch kann sie sich erschöpfen in der "industriellen Reservearmee" (die ein Teil der Arbeiterklasse ist), noch ist sie eine "soziale Klasse" nach den Kriterien gemeinsamer objektiver Merkmale und einer gemeinsamen typischen Art der Lebensführung bzw. Mentalität. (Zu dieser Diskussion vgl. meinen Aufsatz in: Sozialismus, Supplement zu H. 4/1996.) Als ein neues Phänomen der entwickelten Gesellschaft des Sozialstaatskapitalismus ist sie auch kaum noch zu bezeichnen als "Lumpenproletariat", soweit dies das verfaulende Produkt einer alten, inzwischen untergegangenen Klassengesellschaft war. Das aber hatten Marx und Engels vor Augen, als sie im "Manifest der Kommunistischen Partei" schrieben: "Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft ...", das sich in einer revolutionären Situation "seiner ganzen Lebenslage nach ... bereitwillig zu reaktionären Umtrieben erkaufen lassen" wird. (MEW 4: 472)

Im theoretischen Sinne und zum Zwecke empirischer Untersuchung sollte daher tatsächlich nur von einer "sozialen Kategorie" gesprochen werden, die im allgemeinen negativ bestimmt ist als das heterogene "unterprivilegierte" Sammelsurium von dauerhaft ausgegliederten, sogenannten Rand- oder Problemgruppen - den dauerhaft Armen, den Dauer- oder Langzeitarbeitslosen, den Asylbewerbern, Obdachlosen, Drogenabhängigen, manchmal auch den Behinderten. Damit erhalten Definitionen ihre Berechtigung, wie sie von der heute vorherrschenden Schichtungs- und Ungleichheitsforschung vorgeschlagen werden: "Randgruppen sind Gruppen nur in einem sozialstatistischen, nicht im soziologischen Verständnis: der Begriff faßt Individuen mit vergleichbarer Soziallage zusammen, setzt aber nicht gemeinsames Handeln (wie die soziale Gruppe) voraus." (Schäfers 1995: 255)

Mit der Absage an die Verwendung des Unterklassenkonzepts - weil es besetzt ist von neokonservativer Antisozialstaatlichkeit, weil es stigmatisierende und ideologische Effekte hat, weil es Einheitlichkeit von gesellschaftlicher (Problem-)Lage, gemeinsame Interessen und Organisations- bzw. Handlungsfähigkeit der Ausgeschlossenen unterstellt - darf keineswegs verbunden sein, die in diesen Diskussionen thematisierten Probleme und Erkenntnisse zu verdecken oder sie nicht ernstzunehmen. Gerade wenn der Schluß naheliegt, daß das Konzept eher mit der Schichtungstheorie ("Unterschichtung") und mit der modernen Ungleichheitsforschung

("pluraldifferenzierte Wohlfahrtsgesellschaft plus Armutssegment") kompatibel ist als mit der klassischen Klassenanalyse, so kann es gar keine Frage sein, daß die Analyse der Klassenverhältnisse besser als bisher in der Lage sein muß, die in der Armuts- und Unterklassen-Debatte benannten Phänomene und Probleme in ihren theoretischen Rahmen und in entsprechende empirische Untersuchungen aufzunehmen. Auf einige wichtige Aspekte dieser Diskussion soll deshalb abschließend noch einmal hingewiesen werden.

- Neu an den Phänomenen der heutigen "Unterschichtung" bzw. Ausschließung ist die Vermittlung über den Sozialstaat. Staatliche Sozialpolitik trägt durch ihren Umfang, ihre spezifische Reichweite und Selektivität nicht nur dazu bei, Problemlagen abzumildern, sie kann offenbar auch - unintendiert - "Risiken zweiter Ordnung" (Leisering/Voges) schaffen.

- Unter diesen Bedingungen kommt dem politischen Inhalt und den Formen der Interessenwahrnehmung besondere Bedeutung zu. Will man an das Kreckelsche Modell des korporatistischen Dreiecks (Kapital, Arbeit, Staat) und das der "umkämpften Felder" sich halten (Kreckel 1990), so geht es um die Vermittlung von Analysen der Kapitalakkumulation, der asymmetrischen Machtverteilung innerhalb der industriellen Beziehungen und der Berücksichtigung und Bündelung von Konfliktpotentialen, die einerseits von jener "Asymmetrie" und andererseits von der Ausgrenzung ganzer sozialer Segmente aus den Marktbeziehungen herrühren.

- Die Möglichkeiten solcher Interessenbündelung, die Frage der Organisierbarkeit und Handlungsfähigkeit von heterogen zusammengesetzten Segmenten der ausgeschlossenen Bevölkerung, sind eng verknüpft mit der Dauer der Ausschließung. Nicht zufällig wird daher in der aktuellen Armuts- und Ungleichheitsforschung der zeitlichen Dimension, etwa der Unterscheidung von episodischer und temporärer Armut, verstärkt Rechnung getragen. (Leibfried u. a. 1995)

- Dasselbe gilt für die räumliche Dimension der Ausgrenzung, mit der die Konzentration von Armut oder ihre Zerstreung, ihre Sichtbarkeit oder Verborgenheit erfaßt wird. Ökonomische, soziale und kulturelle (oder auch institutionelle) Isolation hat immer auch einen Bezug auf den historischen gegebenen sozialen Raum und dessen Veränderung. Nationale und regionale Unterschiede, die von der ökonomischen Entwicklung selbst ausgeglichen oder noch verstärkt werden können, sind genauso wichtig wie die ungezügelte oder u. U. planvolle Umgestaltung von Städten und Stadtregionen.

- Viel zu geringe Beachtung fanden in traditionellen Klassenanalysen einerseits die ethnische Zusammensetzung, andererseits das Verhältnis der Geschlechter in den sozialen Klassen und Schichten. Hier wäre anzuschließen an die Wahrnehmung der amerikanischen Ghetto-Situation mit ihrem Zusammentreffen von Rassen- und Klassenteilung.

- Schließlich ist von erheblicher Relevanz die Berücksichtigung der symbolischen Dimension. Soziale Ausschließung findet über stigmatisierende Benennung, Aktivierung von Vorurteilen und mittels alltagsästhetischer Zeichen der Distinktion statt. Dies sind die mehr oder weniger verborgenen Mechanismen, mit denen die bessergestellten, um ihre Besserstellung aber bangenden sozialen Schichten "nach unten" sich abzuschotten versuchen. Nicht weniger bedeutsam ist aber auch die symbolische Reaktion der Ausgeschlossenen, die in einem spezifischen "Lebensstil" oder dem Insistieren auf einer eigenen "Kultur" der Armut und Ausgrenzung beruhen kann. Wilson ist zuzustimmen, daß ein derart wichtiges Terrain wie das der Kultur nicht den Konservativen überlassen werden darf.

Literatur:

- Andersen, J./Larsen, J.E. (1995): The Underclass Debate - a Spreading Disease? In: Mortensen, N. (ed.), Social Integration and Marginalisation, Frederiksberg
- Crompton, R. (1993): Class and Stratification. An Introduction to Current Debates, Cambridge
- Dahrendorf, R. (1985): Law and Order, Boulder, Col.
- Dahrendorf, R. (1988): The Modern Social Conflict, London
- Devine, J. A./Wright, J. D. (1993): The Greatest of Evils. Urban Poverty and the American Underclass. New York
- Esping-Andersen, G., Hrsg. (1993): Changing Classes, London
- Galbraith, J.K. (1992): The Culture of Contentment. Boston, New York, London
- Gans, H. (1992): Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen, in: Leibfried, S./Voges, W., Hrsg., Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32
- Gebhardt, T. (1995): Die "underclass" als neues Phänomen im US-amerikanischen Armutsdiskurs, in: Berliner Debatte/Initial, H. 1
- Geißler, R. (1990): Schichten in der postindustriellen Gesellschaft, in: Berger/Hradil (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Soziale Welt, Sonderband 7
- Heisler, B. Schmitter (1991): A Comparative Perspective on the Underclass. Questions of Urban Poverty, Race and Citizenship, in: Theory and Society 20
- Herkommer, S. (1996): Veränderungen in der Klassenstruktur Europas, Sozialismus-Supplement, H. 4
- Katz, M.B., ed. (1993): The "Underclass" Debate. Princeton, N. J.
- Kreckel, R. (1990): Klassenbegriff und Ungleichheitsforschung, in: Berger/Hradil (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7
- Kronauer, M. (1995): Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen "Underclass"? In: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.), Im Zeichen des Umbruchs, Opladen
- Kronauer, M./Vogel, B./Gerlach, F. (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt/Main und New York
- Leibfried, S./Leisering, L./Buhr, P. u.a. (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt/Main
- Leisering, L./Voges, W. (1992): Erzeugt der Wohlfahrtsstaat seine eigene Klientel? In: Leibfried/Voges, Hrsg., Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Opladen
- Marx, K./Engels, F. (1956ff.): Werke (MEW), Berlin
- Murray, C. (1984): Losing Ground. American Social Policy 1950-1980, New York
- Murray, C. (1990): The Emerging British Underclass, London

- Murray, C. (1994): Underclass: The Crisis Deepens, London
- Pugliese, E. (1995): Die Entstehung einer neuen "Underclass"? Beitrag in SOFI, Im Zeichen des Umbruchs, Opladen
- Ritsert, J. (1988): Der Kampf um das Surplusprodukt, Frankfurt und New York
- Schäfers, B. (1995): Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland, Stuttgart
- Wilson, W. J. (1987): The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy, Chicago



Die Rote Luze

neue Folge

Zeitschrift für linke Theorie und Praxis

- WIRRNIS IN DER WERTTHEORIE
- FEINDBILD ANTIFA
- FREIHEIT STATT KAPITALISMUS
- ITALIEN IN DEN SIEBZIGERN
- ÜBER SELBSTERFAHRUNG

U. V. M.

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.

Probeheft anfordern bei:

Publizistische Studiengemeinschaft

Rankestraße 31

10789 Berlin

oder e-mail: luzi@glasnost.de

Auf- und Abstieg der "neuen Mittelklasse"

I.

In den 70er Jahren entwickelten führende Soziologen der westlichen Welt (u.a. D. Bell, A. Touraine) die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft". Mit der fortschreitenden Tertiärisierung der Wirtschaft verändert sich zugleich die Sozial- und Klassenstruktur der modernen, kapitalistischen Gesellschaften. Die industrielle Arbeiterklasse verliert an Bedeutung. Damit verändert sich auch der Charakter des politischen und sozialen Konflikts. "In der programmierten Gesellschaft ist die Arbeiterklasse kein privilegierter historischer Akteur mehr ... Die neuen sozialen Konflikte ... erstrecken sich auf neue Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, aber nur deshalb, weil die Information, die Erziehung oder der Konsum enger als vorher mit dem Bereich der Produktion verknüpft sind"¹.

Hinter solchen Thesen stand zu dieser Zeit natürlich die Erfahrung der internationalen Studenten-, Jugend- und Intellektuellenbewegungen am Ende der 60er Jahre, obwohl seit Anfang der 70er Jahre auch die Marx'sche Klassenanalyse - mit der Betonung der "führenden Rolle" der Arbeiterklasse - eine erneute Blüte erlebte. Als diese im Übergang zu den 80er Jahren welkte und die "neuen sozialen Bewegungen" die politischen Arenen - in den Bereichen der Friedens- und Ökologiepolitik sowie der Gleichstellung der Geschlechter - erobert hatten, wurde der "Abschied vom Proletariat" (A. Gorz) - verbunden mit dem Abschied von der Kapitalismuskritik, der politischen Ökonomie, der Klassenanalyse sowie der Sozialismusperspektive - zum zentralen, programmatischen Bezugspunkt der "postmaterialistischen, alternativen Kräfte". Ihre Aktivistinnen und Aktivisten sowie ihre konzeptiven Ideologen wiesen den Anspruch der traditionellen Linken zurück, daß sich die Fortschrittlichkeit im politischen Denken und Handeln durch den Antikapitalismus definiere.² Die neuen sozialen Bewegungen wurden nunmehr als die Vorboten neuer Protestformen in der postindustriellen Gesellschaft begriffen. In dieser hätten neue, lohnabhängige Mittelschichten die Arbeiterklasse als den Träger fortschrittlichen Handelns ersetzt.³

¹ A. Touraine, Die postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/Main 1992, S. 21 und S. 23.

² Vgl. dazu neuerdings A. Giddens, Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics, Cambridge 1994.

³ N. Poulantzas (Klassen und Kapitalismus - heute., Westberlin 1975) schloß sich dieser Auffassung nicht an. Er bestimmte die Zunahme der Tätigkeiten im tertiären Sektor als die "Entwicklung eines 'neuen Kleinbürgertums'" (S. 255ff.). So auch B. Carter, Capitalism, Class Conflict and the New Middle Classes, London 1985; R. Miliband, Divided Societies. Class Struggle in Contemporary Capitalism, Oxford/New York 1991, bes. S. 52/53.

II.

Alle empirischen Studien dieser Zeit stimmen darin überein, daß mit der Tertiärisierung zugleich die Anzahl jener Erwerbspersonen zugenommen hat, die den lohnabhängigen Mittelschichten bzw. dem "neuen Kleinbürgertum" zuzurechnen sind.⁴ Besonders deutlich zugenommen hatte die Kategorie der "wissenschaftlich-technischen Intelligenz", also jener Lohnabhängigen mit einer Hochschulqualifikation, die sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im Bereich des Staates, des öffentlichen Dienstes, tätig sind. Darin reflektierten sich Strukturveränderungen des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" (bzw. der fordistischen Kapitalismusformation des "Golden Age"): die zunehmende Bedeutung der wissenschaftlich qualifizierten Arbeit für die Entwicklung der Produktivkräfte sowie für das Management der monopolkapitalistischen Unternehmen auf der einen - die Notwendigkeit zum Ausbau staatlicher Tätigkeit im Bereich von Wissenschaft und Bildung, aber auch zum Ausbau rationaler und effektiver Verwaltungs- und Planungsstrukturen sowie insgesamt der (auch durch die Klassenkämpfe dieser Periode verstärkte) Druck zum Ausbau der sozialstaatlichen Apparate und der Verbesserung der Infrastruktur auf der anderen Seite.

Die Verstärkung der nationalen Staatsbürokratien im Anfangsstadium der krisenhaften Erosion der Golden-Age-Konstellation war also doppelt bestimmt. Sie war eine Reaktion auf veränderte Kapitalverwertungsbedingungen (Fall der Profitraten) und auf neue Wettbewerbsstrukturen auf dem kapitalistischen Weltmarkt - und sie war eine Reaktion auf die Veränderung der globalen wie der nationalen Kräftekonstellationen der Klassen, von Kapitalismus/Imperialismus und Sozialismus (vor allem auch in der "Dritten Welt"). "Im Westen und Süden wurden die nationalen Bürokratien im allgemeinen und die neuen Schichten von Bediensteten und Klienten des Staates im besonderen zu den besten Freunden der Arbeiterklasse und zu den schlimmen Feinden des Kapitals"⁵. Die Renaissance eines "Seminar-Marxismus" und eines akademischen Antikapitalismus⁶ in dieser Zeit wäre so zumindest mit den Interessen jener Fraktionen des "neuen Kleinbürgertums" verbunden, die sich im Prozeß der Expansion und Reform der Staatsapparate relativ privilegierte Positionen erkämpften. Die "organischen Intellektuellen" der neuen "Dienstklasse" (Dahrendorf) verfügen vor allem über "kulturelles Kapital" (Bourdieu), das sie über ihre akademische Ausbildung und Tätigkeit, aber auch durch ihre soziale Herkunft (oftmals aus dem "Bildungsbürgertum") und ihren Lebensstil erworben haben und durch ihre Forschungen und Publikationen akkumulieren.

⁴ Vgl. u.a. IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD, Teil II, Frankfurt/Main 1973, S. 630ff.

⁵ J. O'Connor, 20. Jahrhundert mit beschränkter Haftung, in: Prokla 100 (1995), Nr. 3, S. 381ff., hier S. 400.

⁶ Vgl. E. Hobsbawm, Age of Extremes, London 1994, S. 445ff.

Die Verfügung über Wissen und Information ist - so Touraine - in der postindustriellen Gesellschaft zum entscheidenden Kriterium für den Klassegegensatz geworden: "Der Hauptgegensatz zwischen diesen beiden großen Klassen oder Gruppen von Klassen besteht nicht darin, daß die einen den Reichtum oder das Eigentum besitzen und die anderen nicht, sondern darin, daß die herrschenden Klassen sich aus denjenigen zusammensetzen, welche das Wissen verwalten und die Information besitzen"⁷. Damit deutet sich schon eine Machtverschiebung von den "Technokraten", von den "Technikern des praktischen Wissens" (Sartre) zu denjenigen Gruppen der Intelligenz an, die die Kritik und Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse - als Sozialwissenschaftler im weiteren, als Soziologen im engeren Sinne - zu ihrem Berufe gemacht haben.

Gegen die angebliche Macht dieser Intellektuellen polemisierten im Westen konservative "Anti-Soziologen"⁸, im realsozialistischen Osten Kritiker der verfestigten, bürokratischen Herrschaft⁹. A. Gouldner schließlich bezeichnete die Intelligenz als eine "neue Klasse". Ihre ökonomische Basis ist ihr "kulturelles Kapital". Das "historisch einzigartige moderne System 'öffentlicher Bildung', des sekundären und tertiären Bildungswesens, ist notwendige institutionelle Voraussetzung für die Massenproduktion der Neuen Klasse und ihrer Sonderkultur des kritischen Diskurses"¹⁰. Diese Kultur des kritischen Diskurses verbindet die Hauptfraktionen der Neuen Klasse: technische Intelligenz und humanistische Intellektuelle. Ihr Paradoxon sieht Gouldner darin, daß sie zugleich emanzipatorisch und elitär ist. Selbst dort, "wo sie alte Ungleichheiten zerstört, (errichtet sie) stillschweigend eine neue Hierarchie der Wissenden, der Informierten, der Reflektierten und Verständigen"¹¹.

Es waren also vor allem die postmaterialistischen Werteorientierungen, die die "organischen Intellektuellen" der Neuen Klasse mit der sozialen Basis der "neuen sozialen Bewegungen" verbanden. Nicht die klassischen Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit/Gewerkschaften, die Auseinandersetzungen um soziale und ökonomische Reformen im Kapitalismus oder gar der Kampf für eine Umwälzung der bestehenden Ordnung, sondern der Rekurs auf das "Prinzip Verantwortung" zeichnete das Selbstverständnis dieser Bewegungen aus: Verantwortung für den Frieden, den Schutz der Natur und der Umwelt, der Lebenswelten (gegen die systemi-

⁷ A. Touraine, Die postindustrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 66.

⁸ So z.B. H. Schelsky, Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1965.

⁹ Vgl. dazu u.a. G. Konrad/ I. Szelényi, Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/Main 1978; R. Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln-Frankfurt/Main 1977, S. 191ff.

¹⁰ A. W. Gouldner, Die Intelligenz als Neue Klasse, Frankfurt/M. - New York 1980, S. 53 und S. 81.

¹¹ Ebd., S. 148f.

schen Pressionen des Geldes und der politisch-bürokratischen Macht), für eine neue Kultur des Konsensus und der sozialen Sensibilität in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern und Generationen.

In der Aufschwungsphase der neuen sozialen Bewegungen - bis Anfang/Mitte der 80er Jahre - dominierten diese Themen die Kultur des "kritischen Diskurses" und überlagerten so auch das elitäre Moment, das Gouldner der Neuen Klasse zugeschrieben hatte. Dieses sollte freilich dann zum Zuge kommen, als sich - nach den Krisen und Turbulenzen der 70er Jahre - eine neue hegemoniale Konstellation in den entwickelten kapitalistischen Metropolen des Westens (aber auch innerhalb der lohnabhängigen Mittelschichten selbst) durchsetzte. Die Linksintellektuellen wurden "nach einem historischen Sieg, der ihnen (nach 68) zunächst die kulturelle Hegemonie verschaffte, ... sukzessive von der herrschenden Klasse... aufgesaugt und schließlich assimiliert ... (Sie wurden) Wächter jenes neuen gesellschaftlichen Status quo, dem sie selber alles verdanken. Damit aber wurden sie, fast unmerklich, Träger einer konservativen Wende, wenigstens so lange, bis eine neue Generation von Intellektuellen auftritt und sie in Frage stellt"¹².

III.

Die krisenhafte Erosion des "Fordismus" bzw. der Golden-Age-Formation des Nachkriegskapitalismus seit den 70er Jahren ist inzwischen vielfach beschrieben und analysiert worden.¹³ Die "einschlägigen" Gesellschaftsanalysen der etablierten Sozialwissenschaften haben den Klassenbegriff weitgehend aufgegeben ("Jenseits von Stand, Schicht und Klasse"). Moderne Gesellschaften zeichnen sich demnach durch einen Prozeß der Individualisierung von Lebenslagen und Lebenschancen sowie durch eine Pluralisierung von Lebensstilen und Milieus aus.¹⁴ Kritische Analysen - etwa im Anschluß an P. Bourdieu - verorten diese Pluralisierung immerhin in einer sich polarisierenden, vertikalen Struktur der ungleichen Verteilung von Einkommen, kulturellem Kapital, Lebenschancen und Machtpositionen. Gleichwohl wird auch hier die "Fragmentierung" als Charakteristikum der Gesellschaftsstruktur anerkannt, wobei das bloße Merkmal der Lohnabhängigkeit für die Bestimmung der sozialen Lage von Gruppen (sowie ihrer kulturellen und politischen Werteorientierungen und Verhaltensweisen) immer weniger Aussagekraft besitzt. "Zwischen den avancierten Angestellten im internationalen Management-, Kommunikations- und Servicesektor,

¹² G. Zieburg, Über das Chamäleonhafte linker Intellektueller, in: Prokla 70 (1988), Nr. 1, S. 19ff., hier S. 23/24.

¹³ Vgl. dazu u.a. H. J. Bieling/ F. Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, FEG-Studie Nr. 4, Marburg 1994; F. Deppe, Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/1995; zuletzt J. Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1995.

¹⁴ Vgl. dazu - als kritischen Überblick zum Diskussions- und Forschungsstand - S. Herkommer, Veränderungen in der Klassenstruktur Europas, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4/1996.

qualifizierten industriellen Kernbelegschaften, den Resten der traditionellen Arbeiterschaft, kleinen Selbständigen, vom Agrobusiness noch nicht ruinierten Landwirten, Jobbern, Leih- und TeilzeitarbeiterInnen und der Welt der Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen klaffen derart große Unterschiede, daß auch die traditionelle Unterscheidung von 'Arbeiterschaft' und 'alter' bzw. 'neuer Mittelklasse' kaum noch eine Bedeutung hat¹⁵.

In den 80er Jahren vollzog sich eine Auflösung jener hegemonialen Konstellation, die zugleich den Abstieg der auf Sozialreformen und gesellschaftspolitische Verantwortung orientierten Fraktionen der Neuen Klasse einleiteten. Die "neuen Eliten" sind dem Management der transnational operierenden Konzerne und Finanzinstitutionen direkt zuzurechnen bzw. aggregiert. Sie beherrschen die Finanzwelten des "Casino-Kapitalismus" ebenso wie die Medienwelten der "Informationsgesellschaft". Robert Reich hat sie - am Beispiel der USA - als "Symbolanalytiker" bezeichnet.¹⁶ Diese leben in einer Welt der abstrakten Begriffe und Symbole - von Börsennotierungen bis zu den visuellen Phantasien, die in Hollywood produziert werden. Diese Gruppen betreiben eine verdeckte "Sezessionspolitik". Sie kündigen die national-territoriale Loyalität ebenso auf wie den Konsens über den solidaritätsabhängigen Wohlfahrtsstaat. "Sie kaufen sich ihre eigene, überlegene Infrastruktur in Form von Privatflugzeugen, privaten Sicherungsfirmen, privaten Versicherungen, privaten Kliniken, privaten Erholungszentren (Stil: 'country club'), privaten Kommunikationsmedien, und, vielleicht am folgenreichsten, privaten Erziehungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Eliteuniversität"¹⁷.

Es handelt sich dabei keineswegs um eine Neuformierung der herrschenden Klasse, deren Bestimmungsmerkmale nach wie vor die Verfügung über Produktionsmittel und Direktionsmacht, über den Reichtum in der Form des Geldes sowie über ideologische und politische Staatsapparate sind. Für den Umbruch zur Formation des "globalen Kapitalismus" ist vielmehr die Umgruppierung bzw. Neustrukturierung von hegemonialen Konstellationen innerhalb des "Blocks an der Macht" (Poulantzas) wesentlich - und dieser Prozeß ist wiederum eng verbunden mit der Vorherrschaft des Finanzkapitals ("Casino-Kapitalismus"), mit der wachsenden Bedeutung der Telekommunikation und der "Informationsindustrien" ("Informationsgesellschaft"), aber auch mit der politisch-ideologischen Vorherrschaft des Neoliberalismus und der Transformation des "keynesianischen Wohlfahrtsstaates" zum "nationalen Wettbewerbsstaat"¹⁸.

¹⁵ J. Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, a.a.O., S. 126.

¹⁶ R. Reich, *The Work of Nations. Preparing Ourselves for 21st Century Capitalism*, New York 1991.

¹⁷ H. Willke, *Ironie des Staates*, Frankfurt/Main 1992, S. 365; vgl. auch C. Lasch, *Die blinde Elite*, Hamburg 1995, S. 46ff.

¹⁸ Vgl. dazu u.a. B. Jessop, *Veränderte Staatlichkeit*, in: D. Grimm (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden 1994, S. 43ff.; E. Altwater, *Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transfor-*

Die "Kultur der Zufriedenheit" (J.K. Galbraith), die von den "neuen Eliten" bzw. von der "Neuen Rechten"¹⁹ dominiert wird, kann sich auf soziale Bündnispartner stützen - zunächst vor allem auf eine relativ breite Mittelschicht, die in der Golden-Age-Periode Geldvermögen, Aktien- und Immobilienbesitz erworben hat. Die Profitinteressen des produktiven Kapitals, die auf Kostenreduzierung (Löhne, Sozialabgaben, Steuern) drängen, werden so ergänzt durch die Interessen jener Geldvermögensbesitzer, zu denen natürlich auch die Unternehmen und vor allem die transnationalen Konzerne (mit ihren riesigen Dollar- bzw. D-Mark und Yen-Konten in der ganzen Welt) gehören. Einzelstaatliche, beschäftigungspolitisch wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, nachfragewirksame Staatsinterventionen und die Sicherung bzw. der Ausbau des nationalen Wohlfahrtsstaates widersprechen diesen Interessen; denn sie könnten zu Steuererhöhungen führen und inflationären Druck erzeugen. Daß sich die Fiskalpolitik in den Metropolen auf Deregulierung (vor allem der internationalen Finanzmärkte) und auf die Inflationsbekämpfung zu Hause konzentriert, entspricht daher unmittelbar den Interessen dieser Gruppen. Die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung sind demzufolge durchaus funktional und intendiert.

Dieser Prozeß der Neuformierung und Erweiterung der sozialen Basis des "Blocks an der Macht"²⁰ ist freilich eingebettet in einen allgemeinen Prozeß der sozialen Polarisierung. Barbara Ehrenreich hat die Verschiebung des Klassenprofils der US-amerikanischen Gesellschaft in den 80er Jahren als ein "Erdbeben" bezeichnet: "Die Ränder - Armut und Reichtum - driften weiter auseinander und im Boden zwischen diesen Extremen taten sich Risse und Spalten auf, als wäre die Spannung zu groß geworden. Ganze Berufsgruppen und Subpopulationen - Farmer, Metallarbeiter, ledige Mütter - rutschen langsam in die Tiefe, während andere - kleine Angestellte und auch manche Akademiker samt Familie - sich abstrampeln, um nicht auch ins Rutschen zu geraten. Angesichts dieser unübersichtlichen Lage scheint, abgesehen von den wirklich Reichen, nur eine Gruppe eine klare Erfolgsstrategie zu haben; zu dieser Strategie gehört der Verrat

mation des souveränen Nationalstaates in den nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla 97, 24. Jg. (1994), S. 517ff.; J. Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, a.a.O.

¹⁹ Vgl. dazu A. Giddens, *Beyond Left and Right*, a.a.O., S. 37ff.

²⁰ "Früher stellten die wirtschaftlich und sozial Privilegierten nur eine kleine Minderheit - eine dominierende Handvoll Menschen an den Schalthebeln der Macht. Heute bilden sie die politisch relevante Mehrheit, wenn auch nicht auf die Gesamtzahl der Bevölkerung bezogen, aber eben auf die Gesamtzahl jener, die überhaupt noch zur Wahl gehen und damit Einfluß auf das politische Geschehen nehmen. Es ist daher nötig, sich mit dieser Gruppe, die an der Wahlurne ihre Saturiertheit verteidigt, näher zu beschäftigen. Wir werden sie die zufriedene Mehrheit, die zufriedene Wählermehrheit nennen und ihr Selbstverständnis die Kultur der Zufriedenheit". J.K. Galbraith, *Die Herrschaft der Bankrotteure*, Hamburg 1992, S. 26.

an traditionellen Wertvorstellungen der Mittelklasse und eine bedingungslose Hingabe an Profitdenken und Konsumlust²¹.

Diese Polarisierung geht einher mit der Herausbildung einer "underclass"²² von Langzeitarbeitslosen und von sozialen Gruppen, die dauerhaft aus dem formellen, d.h. kapitalistischen Arbeitsmarktssystem ausgegrenzt werden - zugleich eine "Reservearmee" des "Subproletariats", die für die neuen "bad jobs" - ohne tarifvertraglichen sowie arbeits- und sozialrechtlichen Schutz²³ - als "Dienstbotenklasse" der neuen Eliten zur Verfügung stehen und zugleich eine Waffe im Dienste des Kapitals zur Zerschlagung der "Normalarbeitsverhältnisse" der einheimischen Arbeiterklasse bilden. Hierin hat auch der Einfluß des neuen Rassismus in der Arbeiterklasse - der sich gegen "die Ausländer" richtet - seine Wurzeln. Die Politisierung der sozialen Frage von rechts, die heute fast überall in Europa und in den USA (Pat Buchanan) politische Erfolge zeitigt, konzentriert sich gerade auf diesen Widerspruch!

Zwischen den "neuen Eliten" und der "underclass" sind die Klassenfraktionen der "Absteiger" aus den lohnabhängigen Mittelschichten ebenso wie aus der Industriearbeiterschaft gleichsam eingeklemmt. Mit den erfolgreichen Angriffen des Neoliberalismus auf den "Etatismus" - materiell gestützt durch die steil ansteigende Staatsverschuldung in den 80er Jahren - sind auch die Staatstätigkeiten drastisch abgewertet worden - vor allem aber diejenigen Gruppen der "Neuen Klasse", die in den 70er Jahren - als humanistische und sozialwissenschaftliche Intellektuelle - die "Kultur der kritischen Diskurse" im Bereich des öffentlichen Dienstes monopolisiert zu haben schienen. Das Bündnis dieser Gruppen (die politisch überwiegend links bzw. progressiv orientiert waren) mit der Industriearbeiterschaft (deren politische Repräsentanz Parteien der Linken, vor allem aber die Gewerkschaften waren, die in den 70er Jahren einen enormen Machtzuwachs erfahren hatten²⁴) erodierte schon früh mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und dem massiven Abbau industrieller Arbeitsplätze, der sich bis in die Gegenwart fortgesetzt hat. Es waren gerade diese sozialstrukturellen und politischen Prozesse, die dem Sieg des Neoliberalismus bzw. der

²¹ B. Ehrenreich, Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992, S. 194/5.

²² "Underclass" nennen Soziologen jenes Bündel marginalisierter Gruppen, die von der übrigen Gesellschaft weitgehend segmentiert sind. Diejenigen, die ihre soziale Lage nicht mehr aus eigener Kraft ändern können, sind aus dem Zusammenhang staatsbürgerlicher Solidarität weitgehend herausgefallen. Sie verfügen über kein Drohpotential - sowenig wie die ehemals Dritte Welt gegenüber der Ersten". J. Habermas, Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt/Main 1995, S. 186.

²³ Auch hier handelt es sich nicht nur um einen sozialen und ökonomischen Prozeß, sondern um die Konsequenz politischer (und das heißt auch klassenpolitischer) Entscheidungen und Auseinandersetzungen: Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Tarifsyste sowie die extrem schwache Position der Gewerkschaften vor allem in den neuen Dienstleistungssektoren.

²⁴ Vgl. dazu u.a. F. Deppe, Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften in der europäischen Union, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/1996, bes. S. 3ff.

"Neuen Rechten" in den kapitalistischen Metropolen vorausgingen bzw. diesem zugrundelagen.²⁵

Wie nun reagieren diese Gruppen auf die "Angst vor dem Absturz" (B. Ehrenreich)? Nach wie vor verfügen sie - soweit sie als Staatsbedienstete, Professoren oder als Facharbeiter in relativ gesicherten Beschäftigungsverhältnissen tätig sind - über relative Privilegien und gehören damit keineswegs unmittelbar zu den "Verlierern" des Umbruchs.²⁶ Ihre soziale Position kann jedoch nur abgesichert werden, wenn sie für die neue Herrschaftskonstellation "anschlußfähig" werden, wenn sie auf die "Kultur der kritischen Diskurse" verzichten und sich statt dessen als Träger einer neuen "Kultur des Konsensus" profilieren.

Dieser Strategiewechsel - als Überlebensstrategie - zeigt sich vor allem bei denjenigen Gewerkschaften, die die relativ privilegierten, "aristokratischen" Oberschichten der Arbeiterklasse in "Normalarbeitsverhältnissen" repräsentieren. Sie suchen Anschluß an die Koalitionen der "Gewinner". Sie wollen - gleichsam als Juniorpartner im "Wettkampf der Besessenen" (P. Krugman), d.h. der Standortkonkurrenz - in den neoliberalen, transnationalen Herrschaftsblock integriert werden. Der Makro-Korporatismus des fordistischen Klassenkompromisses wird zugunsten eines Mikro-Korporatismus, d.h. einer Intensivierung der sozialpartnerschaftlichen Kooperation auf der betrieblichen Ebene mit dem Ziel der Behauptung des Unternehmens in der Weltmarktkonkurrenz, aufgegeben. Innerhalb der gewerkschaftlichen Machtstruktur vollzieht sich infolgedessen eine weitere Verlagerung von der gesellschaftspolitisch-strategischen Führungsfunktion der gewerkschaftlichen Organisation (und ihrer Funktionäre) zu den Betriebsräten ("Betriebsrätegewerkschaft"). Die politische Bedeutung dieser Veränderung besteht vor allem darin, daß nunmehr auch der linke Flügel der

²⁵ "Die gegenwärtigen Veränderungen in der Klassenstruktur der Vereinigten Staaten führen uns, manchmal in übersteigerter Form, die Veränderungen vor Augen, die überall in der industrialisierten Welt stattfinden. Die obersten Einkommensschichten, 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, kontrollieren nun die Hälfte des gesamten Reichtums des Landes. Nur sie konnten in den letzten 20 Jahren einen Nettozuwachs des Familieneinkommens verbuchen. Die Mittelschicht ... sank von 65 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1970 auf 58 Prozent ... im Jahre 1985. Diese statistischen Zahlen vermitteln nur einen bruchstückhaften, unvollständigen Eindruck von den folgenschweren Veränderungen, die sich innerhalb dieser bemerkenswert kurzen Zeitspanne vollzogen haben. Der stetige Anstieg der Arbeitslosenzahlen, die nun auch Menschen höherqualifizierter Berufe umfassen, ist aufschlußreicher, ebenso wie das Zunehmen der Teilzeitarbeit. Die Zahl der Teilzeit-Jobs hat sich seit 1980 verdoppelt und beläuft sich nun auf ein Viertel der verfügbaren Arbeitsplätze. Zweifellos bietet diese massive Zunahme der Teilzeitbeschäftigung die Erklärung dafür, daß die Zahl der Beschäftigten mit gesicherter Altersversorgung, die zwischen 1950 und 1980 von 22 auf 45 Prozent anstieg, 1986 auf 42,5% abgesunken war. Sie erklärt auch den Rückgang in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und das stetige Abnehmen des gewerkschaftlichen Einflusses. Zusammengenommen spiegeln diese Entwicklungen wiederum den Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie und den Übergang zu einer Wirtschaft, die zunehmend auf Informationen und Dienstleistungen basiert". C. Lasch, Die blinde Elite, a.a.O., S. 42/43.

²⁶ Allerdings vollziehen sich in den Familien - über die oftmals gebrochenen sozialen Karriereverläufe der Kinder - Prozesse des "Abstiegs".

Gewerkschaften (der stets die sozialpartnerschaftliche Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften des rechten Flügel kritisiert hatte und seine Kampf- und Mobilisierungsfähigkeit zusammen mit Perspektiven der Veränderung der Machtverhältnisse als politische Orientierung vertreten hatte) vor der "neuen Sozialpartnerschaft" kapituliert.

IV.

Joschka Fischer: "Ich rate dringend dazu, das Konsensmodell in der Bundesrepublik als ein hohes Gut der demokratischen Linken und der Sozialstaatlichkeit zu verteidigen". *Blätter:* "Der Linken?" *Joschka Fischer:* "Der Linken".²⁷

Die "Kultur des Konsensus" ist außerordentlich facettenreich. Ihre breiteste Wirkung erzielt sie über die Wirkung der Werbung und der heutigen Konsum-, Freizeit- und Sportwelten, die das "positive Denken" ("Think Positive!") als Voraussetzung für Erfolg (stets in Geld zu rechnen), Prestige und Schönheit propagieren. Wer zu den Gewinnern zählen will, der muß Erfolg haben. Die "Angst vor dem Absturz" blockiert geradezu die öffentliche Reflexion über Niederlagen und Krisen. Am Wahlabend bezeichnen sich - in zwangshafter Attitüde - Sprecher aller etablierten Parteien als zufriedene Gewinner. Der DGB-Vorsitzende Schulte kommentiert die gewerkschaftliche Verzichtspolitik in der Bundeskanzlerunde mit dem Satz, daß alle Beteiligten am "Bündnis für Arbeit" zum "Erfolg *verurteilt*" seien, um sodann die neue Konsensstrategie der Gewerkschaften mit der Losung "Anpassen oder untergehen" auf den Begriff zu bringen.²⁸

In den Diskursen der einstmaligen linken (oder linksradikalen) Intellektuellen geht die Hypostasierung des Konsensmodells zunächst einmal mit der Verdrängung bzw. der De-Thematisierung der Diskurse (und Forschungen) über soziale Ungleichheit, Klassenverhältnisse und Klassenkonflikte, über die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Krisentendenzen einher.²⁹ Das vorherrschende "antiutopische Bewußtsein"

²⁷ Interview mit Joschka Fischer, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/1996, S. 184.

²⁸ Vgl. D. Schulte, *Anpassen oder untergehen*, in: *Die Mitbestimmung*, 9/1995, S. 35ff. Auch der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm des DGB ist von diesem "Geist der Subalternität" durchdrungen; vgl. dazu u.a. Forum Gewerkschaften: *Richtungswechsel. Kritik des Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatzprogramm*, in: *Sozialismus*, 1/1996, S. 22ff.; B. Zeuner u.a., "Ein Grundsatzprogramm mal Null bleibt Null", in: *Frankfurter Rundschau* vom 15. April 1996, S. 10.

²⁹ Die Debatten über Kapitalismus, Massenarbeitslosigkeit und Armut, zunehmende soziale Ungleichheit, soziale Gerechtigkeit und Moral werden heute überwiegend in den USA geführt. Einer der Gründe dafür ist gewiß der, daß dort die sozialen und moralischen Widersprüche des "wildes Kapitalismus" seit der Reagan-Ära - im historischen Kontext der Schwäche der Arbeiterbewegung und der Sozialgesetzgebung in den USA - sehr viel brutaler an der Oberfläche der Gesellschaft erscheinen als in Westeuropa, wo allerdings in den 90er Jahren von den harten, neoliberalen Fraktionen der "Marktradikalen" (immer deutlicher vertreten z.B. durch die FAZ) das Vorbild USA propagiert wird. In den USA sind die kritischeren Arbeiten heute meist von der Denkströmung des sog. "Kommunitarismus" beeinflusst (vgl. auch Christopher Lasch: *Die blinde Elite*). Vgl.

- so Joachim Hirsch - stellt einen "wesentlichen Bestandteil des ideologischen Korsetts des Wettbewerbsstaates" dar: "In ihm verschmilzt das beherrschend gewordene neoliberale Gesellschaftskonzept mit sozialwissenschaftlichen Theoremen wie dem der 'postindustriellen', der 'Freizeit-', 'Risiko-', 'Individualisierungs'- oder 'Erlebnisgesellschaft' und der ideologischen Zerfallsprodukte einstiger Protestbewegungen ... Der gemeinsame Nenner dieser ideologischen Konstrukte ist die Vorstellung von der Unabänderlichkeit des gesellschaftlichen status quo, die Behauptung, es gäbe zur bestehenden Vergesellschaftungsweise keine Alternative"³⁰.

Der Schlüsselbegriff des "Konsensdiskurses" ehemaliger Linksintellektueller heißt "Zivilisierung"³¹. Die "Zivilgesellschaft" bezeichnet jenen politischen (öffentlichen) Raum zwischen den Staatsapparaten im engeren Sinne und der ökonomischen Sphäre. Sie zeichnet sich durch "eine handlungsfähige und konfliktintensive Pluralität" (von Interessen und Meinungen) aus, "die in der Lage ist, die öffentliche Sphäre gegenüber der Macht zu behaupten und mit dem Widerstreit der Meinungen, immer neuen Themen und Rechtsansprüchen sowie mit den vielfältigen Formen symbolischer Praxis auszufüllen". Sie bildet die Chance, "das reale Aufbrechen sozialer Konflikte und gewaltförmiger Scheinlösungen dadurch zu bannen, daß sie öffentliche Foren bereitstellt und offenhält sowie den Wechsel von Mehrheiten und Minderheiten inszeniert und institutionalisiert"³².

Eric Hobsbawm hat in diesem Zusammenhang von einer "nostalgischen Rhetorik" gesprochen, die nach einer "völlig unrealistischen Rückkehr zu einem idealisierten 19. Jahrhundert - also möglichst wenig Staat, möglichst viel Zivilgesellschaft - sucht."³³ Auf die Klassenanalyse wird vollkommen verzichtet - d.h. auch auf die Reflexion der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die die politische Öffentlichkeit und den Raum der "Zivilgesellschaft" strukturieren. Die Politik wird eher nach den Idealen des frühen Liberalismus und nach den Regeln und institutionellen Formen des

weiterhin: P. Kennedy, *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 1992; J. Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt/New York 1995; L. Thurow, *The Future of Capitalism*, New York 1995. In Deutschland hat gerade G. Hofmann auf der Titelseite der "Zeit" vom 19. 4. 1996 (Und die Moral vom Kapital? Die alten Antworten versagen - Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag) auf die "moralischen Defizite" des "Turbokapitalismus" aufmerksam gemacht und den Anschluß an die US-amerikanische Debatte gefordert. Ebenfalls in der "Zeit" findet seit Anfang des Jahres eine Debatte über die "Krise der Soziologie" statt. Dabei hat Ralph Dahrendorf u.a. vermutet, die Krise der Soziologie könne darauf zurückgeführt werden, daß sie die für die Analyse der heutigen Kapitalismusedwicklung wichtigen Fragen (als Voraussetzung für Forschungen wie für gesellschaftspolitische Debatten) einfach nicht stellt.

³⁰ J. Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, a.a.O., S. 162/163.

³¹ Er bezieht sich meist auf das Konzept der "Rationalisierung" bei Max Weber (ohne dessen düstere Prognose über die Zukunft zu übernehmen) sowie explizit auf Norbert Elias: *Der Prozeß der Zivilisation*.

³² U. Rödel u.a., *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989, S. 106 und S. 108.

³³ E. Hobsbawm, *Age of Extremes*, a.a.O., S. 139.

"interest bargaining", nicht aber nach der Einsicht bewertet, daß die Ungleichheit, die alle Dimensionen einer kapitalistischen Gesellschaft durchdringt (Einkommen, Reichtum, Erziehung, Lebenschancen, kulturelle Partizipation etc.), zugleich die Machtverhältnisse in der Politik bestimmt. Ralph Miliband hat diese Voraussetzung einer materialistischen Politikanalyse in seinem letzten Buch folgendermaßen zusammengefaßt: "Trotz der Proklamation der Volkssouveränität bleiben die entscheidenden Mittel der Macht - ökonomische Macht, administrative und repressive Macht, die Macht über die Mittel der Kommunikation und der Beeinflussung (der öffentlichen Meinung) - in den Händen einer relativ kleinen Minorität von Menschen, die über ein höheres Maß an Unabhängigkeit verfügen, vor allem im ökonomischen Bereich, in der Ausübung dieser Macht. Gerade dies rechtfertigt die Beschreibung der kapitalistischen Demokratien als Oligarchien, die durch demokratische Formen gemäßigt werden"³⁴.

Als gesellschaftliches Ideal ist dem "Konsensmodell" der sozial und ökologisch regulierte bzw. zivilisierte Kapitalismus eingeschrieben. Die "zivilisatorische" Tendenz des Kapitals und vor allem des Marktes (der nicht nur für Freiheit, sondern auch für Äquivalententausch, für optimale Allokation der Ressourcen, für Verfahren der Kompromißbildung und des Konsensus, also insgesamt für gesellschaftliche Vernunft sorgt - so die herrschende Ideologie) kann erst durch sozialstaatliche Regulation sowie durch den - vor allem betrieblichen - Einfluß starker Gewerkschaften zur Geltung kommen. Kompromisse werden in Verhandlungen erreicht, in denen sich die Partner (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Vertreter staatlicher Institutionen) wechselseitig anerkennen und ihre Politik auf eine Minimierung von Spannungen und offenen Sozialkonflikten ausrichten. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte erkennen z.B. die Notwendigkeit betriebswirtschaftlichen Kostendenkens und der transnationalen Wettbewerbsfähigkeit an. Dafür erhoffen sie im Austausch Zugeständnisse im Bereich der Lohnentwicklung, der Arbeitsgestaltung, aber auch - bislang freilich höchst unverbindlich - bei der Beschäftigungssicherung. Das nationale Standortbündnis erfährt sodann in der Bundeskanzlerrunde seine höchste Weihe!

Mit Recht hat Bodo Zeuner³⁵ die "rhetorische Überwölbung" dieses Reformkatalogs mit simplen, normativen Übersetzungen des staatlichen

³⁴ R. Miliband, *Socialism for a Sceptical Age*, Oxford 1994, S. 91.

³⁵ B. Zeuner, "Probleme des Klassenkampfes" im Betrieb, in: *Prokla* 100, 25. Jg. (1995), S. 341ff., hier S. 373/4 und S. 377. Otto Jacobi, in den 70er Jahren mit Walter Müller-Jentsch und Eberhard Schmidt Herausgeber des Jahrbuches "Gewerkschaften und Klassenkampf" (und dem "Sozialistischen Büro" eng verbunden) hat den Positionswechsel zur "Konsenskultur" besonders radikal vollzogen. In dem Magazin der Hans-Böckler Stiftung "Die Mitbestimmung" (November 1995, S. 65) rezensierte er ein Buch von Hermanus Pfeiffer über die "Deutsche Bank". Er wundert sich darüber, daß der Autor offenbar einen nur schwer verständlichen Haß auf das Bankkapital - und speziell auf die Deutsche Bank - hat: "Er schreibt kein Wort über die volkswirtschaftliche Rolle der Banken in einer sich rapide globalisierenden Wirtschaft. Wer den Industriestandort Deutschland sichern möchte, braucht weltweit tätige Großbanken. Sie stellen die Verbindung zwischen

Demokratiemodells auf den kapitalistischen Produktionsbetrieb" als "abwegig und fehlleitend" charakterisiert; denn "wer 'regiert', entscheidet sich nach Eigentumsrecht, und daraus leitet sich als klassenherrschaftliches Moment das Direktionsrecht des Arbeitsgebers ab". Zugleich hat Zeuner darauf hingewiesen, daß zumal in den zentralen ideologischen Apparaten des DGB - hier vor allem der Hans-Böckler-Stiftung, wo sich besonders viele ehemals linksradikale Intellektuelle versammelt haben - die "Kultur des Konsenses" schon längst die Überhand gewonnen hat. "Kooperation statt Gegenmacht" ist der Imperativ, nach dem die neue partnerschaftliche "Unternehmenskultur" gestaltet werden soll.

Die Propagierung des Konsensus ist der zentrale ideologische Diskurs, um den Anschluß der vom Abstieg bedrohten Gruppen an den "Block an der Macht" zu legitimieren und zu beschleunigen. Die angestrebte Sicherung der sozialen Position schrumpfender Arbeitnehmergruppen wird notwendig die korporatistischen (berufsständischen) Tendenzen in der Gewerkschaftspolitik und den Verlust der Kampffähigkeit und der gesellschaftspolitischen Gegenmachtposition verstärken. Die Wende von der "Kultur des kritischen Diskurses" zur konservativen "Konsenskultur" ist abgeschlossen.

V.

Klassenanalysen sind unverzichtbar für eine kritische Sozialwissenschaft, die

- den Zusammenhang zwischen den Produktionsverhältnissen einer Gesellschaft, den Strukturen sozialer Ungleichheit und der asymmetrischen politischen wie kulturellen Machtverteilung reflektiert;
- die sozialökonomische Entwicklungsdynamik kapitalistischer Gesellschaften in ihrer Bedeutung für Veränderungen der Sozialstruktur, der Lebensweise und der Machtverhältnisse erfassen will, und
- den Charakter sozialer Konflikte in den langfristigen Prozessen sozialen und politischen Wandels (bzw. von innerkapitalistischen Formations- oder Epochenbrüchen) adäquat erfaßt, ohne dabei den Fehler zu begehen, die Vielfalt dieser Konflikte und ihrer Formen auf die Grundverhältnisse der Ökonomie und der Klassenstruktur - gleichsam gewaltsam - reduzieren zu wollen.

Die Verbesserung des Erkenntniswertes von Klassenanalysen setzt freilich auch deren "Entmystifizierung" voraus.³⁶ Die geschichtsphilosophischen

Industrie- und Dienstleistungsproduktion her. Ohne die Großbanken läuft der deutsche Warenexport nicht. Die Banken übernehmen Risiken nicht nur im Außenhandel, sondern auch bei privaten und öffentlichen Investitionen". Vielen Dank, Otto Jacobi! Das sind nun wirklich harte volkswirtschaftliche Fakten, die die Linke - wahrscheinlich seit Rudolf Hilferding - in ihrer dogmatischen Verbohrtheit und Blindheit völlig übersehen hat. Welch ein Unrecht wurde doch dem Herrn Abs angetan, der nicht nur ein guter Banker, sondern auch ein Förderer der Künste und ein völlig objektiver Berater demokratischer Regierungen gewesen ist!

³⁶ Vgl. dazu u.a. F. Deppe/ K. Dörre, *Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert*, in: K. Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 726ff.

Prämissen des 19. Jahrhunderts (u.a. "historische Mission" der Arbeiterklasse) eignen sich für eine konkrete Analyse der Veränderungen der Sozialstruktur, der Umwälzungen im Bereich der Lohnarbeit sowie der politisch-ideologischen Kräfte- und Machtkonstellationen ebensowenig wie das Festhalten an der Prämisse vom notwendigen Zusammenhang zwischen (objektiver) Klassenlage und politischem Klassenbewußtsein oder kultureller Klassenidentität. Ethnische, nationale, religiöse und geschlechtliche Identitäten spielen eine wichtige, oft sogar eine wichtigere Rolle für das Bewußtsein, die kulturelle Identität und das politische Verhalten als die Klassenidentität von LohnarbeiterInnen. Es bleibt Aufgabe konkreter Analysen, die sozialen Prozesse dieser Identitätsbildungen bzw. des Überlagerns von Klassenidentitäten durch andere - zumal in ihrer Relevanz für politisches Verhalten - zu untersuchen.

Die Klassenanalysen der 70er Jahre setzten ihre Schwerpunkte im Bereich der Ökonomie und der Sozialstrukturveränderungen. Die politischen (bzw. politikwissenschaftlichen) Dimensionen der Klassenanalyse blieben oftmals unterbelichtet. Die "Ableitung" von Klassenbewußtsein, Klassenkampf und Staat blieb meist abstrakt und schematisch. Erst die Rezeption von Gramsci's Hegemonietheorie und der "Staatstheorie" von Nicos Poulantzas³⁷ hat den Blick geweitet für die komplexen Vermittlungsformen, in denen Klassenmacht in der Gesellschaft, in der Politik, in der Kultur - in der Auseinandersetzung um hegemoniale Projekte - ausgeübt wird.³⁸ Hinter diesen Erkenntnisstand sollte auf keinen Fall zurückgegangen werden. Heute wäre dieser Ansatz fortzuentwickeln in der Analyse der ökonomischen Transnationalisierungsprozesse, der damit verbundenen transnationalen Klassenbildungs- und -umbildungsprozesse sowie der hegemonialen Konstellationen und Projekte, um die sich die Formen der Konkurrenz wie der politischen Machtverteilungskämpfe und sozialen Konflikte bewegen.³⁹

³⁷ N. Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978.

³⁸ Der Verzicht auf solche Analysen charakterisiert freilich auch die Krise von Teilen der sozialistischen und kommunistischen Linken, die sich in den 80er Jahren verschärft. P. Ingrao und R. Rossanda (Verabredungen zum Jahrhundertende, Manuskript, im Erscheinen) schreiben zur Auflösung des PCI: "Für das Ausschalten jeglicher Klassenkategorien, jeder konfliktuellen und antagonistischen Lesart des Produktionsverhältnisses aus dem politischen Denken und Handeln und für den Siegeszug der These von der natürlichen und ahistorischen Souveränität des Marktes ist es wichtig, wie sich, vor allem im Jahre 1989, die KPI verhält. Die Wende von Bologna und die Streichung des Namens bedeuten nicht die Absage an ein revolutionäres Projekt (denn dieses wurde schon seit Kriegsende nicht mehr verfolgt), sondern die Absage an jegliche klassentheoretische Analyse der Gesellschaft, wie sie sogar in der bürgerlichen politischen Ökonomie anzutreffen ist".

³⁹ Vgl. dazu u.a. S. Gill (Ed.), Gramsci, Historical Materialism and International Relations, Cambridge 1993.

Henning Böke

Klassenkampf und Kampf um Anerkennung

Anmerkungen zu einem sozialphilosophischen Paradigma

Den "Adel der Menschheit" sah der junge Marx in den "von der Arbeit verhärteten Gestalten" französischer sozialistischer Arbeiter.¹ Man mag in dieser Passage der Pariser Manuskripte einen Anflug von Schwärmerei sehen. Nichtsdestoweniger steht ein ambitioniertes theoretisches Programm dahinter. Der junge Marx sieht in der Arbeiterklasse ganz unzweideutig den Statthalter menschlicher Emanzipation schlechthin.

Daß Karl Marx mit seinem Lebenswerk der Arbeiterklasse gleichermaßen ein bahnbrechendes analytisches Werkzeug wie auch eine handlungsleitende Perspektive zu geben vermochte, ergibt sich daraus, daß Marx seine Parteinahme für diejenigen, deren Elend die Versprechen der bürgerlichen Emanzipation desavouierte, mit einem von Hegel inspirierten Denkansatz verband, der den Begriff der Arbeit als Faktor menschlicher Entwicklung in den Mittelpunkt stellte und vor diesem Hintergrund eine Kritik der politischen Ökonomie zu formulieren imstande war, die mit der Abarbeitung an den maßgeblichen ökonomischen Theorien zugleich die gesellschaftlichen Verhältnisse bloßstellte, die diese Theorien rationalisierten. Nun besteht allerdings zwischen der Parteinahme für die Arbeiterklasse und der theoretischen Entscheidung für ein Produktionsparadigma kein unmittelbar zwingender Zusammenhang. Die Frage nach dem Verhältnis von theoretischer Stringenz und Parteilichkeit im Werk von Marx ist oft gestellt worden, ebenso wie mit zunehmender Dringlichkeit das Problem in den Blick gelangt ist, inwiefern das Verschwinden der Art von Arbeiterklasse, die Marx gegenwärtig war, und die Verdunkelung des entsprechenden politischen Horizonts die Gültigkeit der Marxschen Analyse in Frage stellen.

Insofern ist es von Interesse, die normative Perspektive der Marxschen Rede von der Arbeiterklasse und vom Klassenkampf zu klären. Mit gutem Grund hat Marx im Fortgang zur Analyse des Kapitals die normative Emphase seiner Frühschriften abgelegt und die in sich antagonistische "Anatomie" der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in ihrer wissenschaftlich orientierten - und dabei zwischen einem von Hegel herkommenden und einem naturwissenschaftlichen Wissenschaftsideal changierenden - "Darstellung" zur Kritik zu stellen versucht, ohne sich verbindlich auf philosophische Prämissen der Art des Frühwerks festzulegen. Das Konzept der "Kritik" ist hierbei natürlich nicht ohne Anleihen bei Hegel denkbar: aus der Sache selbst soll sie hervorgehen, nicht von außen an sie herangetragen werden. Damit waren freilich eine Reihe von Ambivalen-

¹ MEW Erg.-Bd. I, S. 554.

zen, Aporien und Inkonsistenzen verbunden, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung dann zutage getreten sind in Streitfragen wie der, ob man das objektiv notwendige Kommen der Revolution abwarten oder es durch politische Aktion forcieren müsse. Außer Zweifel zu stehen schien für Marx und die erste Generation seiner Anhänger, daß erstens die als Klasse kategorial von der Bourgeoisie geschiedene Arbeiterschaft ein handfestes Interesse an der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse hatte – dieses bedurfte keiner weiteren Problematisierung, da die alltägliche Not und Mühsal Problem genug war; zweitens die theoretische Annahme, daß dieses besondere Interesse der Arbeiterklasse ineins geht mit einer historischen Perspektive von universeller Bedeutung: der Herausbildung eines höheren Typs industrieller Rationalität jenseits der Fesseln, die die private Aneignung der gesellschaftlichen Produktion auferlegt. Die von Marx entworfene Theorie der Gesellschaft, die als "historischen Materialismus" zu bezeichnen sich eingebürgert hat, faßt Geschichte als Entwicklung von Gesellschaftsformationen auf, die charakterisiert sind durch die unter Einsatz bestimmter Produktivkräfte erfolgende Art der Erzeugung und Aneignung eines gesellschaftlichen Mehrprodukts, die bis heute in der Form sozialer Asymmetrien erfolgt, deren Spannungsverhältnis der Klassenkampf ist. Das begriffliche Dreieck Produktivkräfte--Produktionsverhältnisse--Klassenkampf markiert die Eckpunkte einer Konzeption von Rationalität, in der die Geschichte der Klassengesellschaften als Phasen sozial asymmetrischer Erzeugung des Mehrprodukts in Abhängigkeit von einem bestimmten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte kulminiert in eine am Horizont sich abzeichnende Gesellschaft, in der soziale Egalität, freie Assoziation und selbstbestimmte Kooperation gleichermaßen Bedingung wie Folge optimaler Produktivität sind. Das Ziel schien verbürgt in dieser Art rationaler, mit reichhaltigen Analysen gesättigter Geschichtsphilosophie; das Interesse des Proletariats, die letzte der Klassengesellschaften revolutionär zu sprengen, schien unmittelbar gegeben. Zur Begründung der erforderlichen Schritte, die vom Proletariat erwartet wurden, schienen einfache utilitaristische Argumentationsmuster zu genügen.

Die von Eduard Bernstein begründete "revisionistische" Richtung der Sozialdemokratie hat alsbald bemerkt, daß der Kapitalismus zu größerer Stabilisierung imstande war, als die Orthodoxie erwartet hatte, und daß spürbare Verbesserungen der Lage der Arbeiter möglich waren, womit die unmittelbare Gegebenheit eines revolutionären Interesses relativiert wurde. Den Sozialismus definierten die Revisionisten nicht länger "wissenschaftlich", sondern als im Laufe der Zeit mehr und mehr zur Unbestimmtheit verdünnte ethische "Aufgabe" im Zeichen des Neukantianismus. Demgegenüber unternahm 1923 Georg Lukács mit "Geschichte und Klassenbewußtsein", gestützt auf ein profundes Verständnis Hegels, aber noch ohne Kenntnis der damals noch nicht veröffentlichten Marxschen Frühschriften, einen höchst pointierten Versuch, unabhängig von den Details der aktuellen ökonomischen Konjunkturentwicklung der Notwendig-

keit einer finalen revolutionären Konfrontation von Bourgeoisie und Proletariat eine fundamentale Begründung geschichtsphilosophischer Art zu verleihen. Sodann zogen die Frühschriften von Marx große Aufmerksamkeit auf sich, da sie einen Ausweg aus der ökonomistischen Enge der Orthodoxie zu bieten schienen. Jenseits dessen, was Ernst Bloch als "Schmalspur-Marxismus" geißelte, gaben die Manuskripte von 1844 die Gewißheit, daß der Marxismus mehr war als ein kalter Utilitarismus im Dienste der Arbeiterklasse: daß vielmehr die Sache des Proletariats die Sache aller Menschen war. Es sei hier darauf verzichtet, diese philosophischen Ansätze nochmals vorzustellen²; bloß eine prägnante Stelle aus den Pariser Manuskripten sei in Erinnerung gerufen, die die Größe und die Fragwürdigkeit dessen, was dem jungen Marx und Generationen seiner Adepten vorschwebte, zutage treten läßt: "Aus dem Verhältnis der entfremdeten Arbeit zum Privateigentum folgt ..., daß die Emanzipation der Gesellschaft vom Privateigentum etc., von der Knechtschaft in der politischen Form der Arbeiteremanzipation sich ausspricht, nicht als wenn es sich nur um ihre Emanzipation handelte, sondern weil in ihrer Emanzipation die allgemein-menschliche enthalten ist, weil die ganze menschliche Knechtschaft in dem Verhältnis des Arbeiters zur Produktion involviert ist und alle Knechtschaftsverhältnisse nur Modifikationen und Konsequenzen dieses Verhältnisses sind."³

Die Arbeiteremanzipation als universelle Emanzipation aller Menschen: Auch wenn die zitierte Passage erst achtzig Jahre nach ihrer Niederschrift publik wurde und der reife Marx erheblich nüchterner und zurückhaltender war, ist dies über Generationen die geheime oder ausgesprochene Heilsgewißheit des Marxismus gewesen. Zahlreiche humanistisch gesonnene Intellektuelle, die nicht unmittelbar dem Proletariat entstammten, wurden durch diese Botschaft zu Verbündeten der Arbeiterbewegung, was an sich ein Verdienst gewesen wäre, wenn nicht damit intellektuelle Diskurse etabliert worden wären, die der Arbeiterklasse Aufgaben zuschrieben, die sie schlechterdings nicht erfüllen kann. Das von Intellektuellen gepflegte idealisierte Bild der Arbeiterbewegung wird schon an der eingangs erwähnten Stelle der Pariser Manuskripte deutlich, wo Marx betont, daß der Zusammenhalt französischer sozialistischer Zirkel nicht durch so profane Tätigkeiten wie "Rauchen, Trinken, Essen etc.", sondern durch gesellschaftliches Engagement an sich gestiftet werde. Konfrontiert mit Arbeitern, die nach den Mühen des Arbeitstags dann doch eher dem Bier den Vorzug geben, statt revolutionäre Debatten zu pflegen, wenden zahlreiche Intellektuelle sich dann enttäuscht von der Arbeiterklasse wieder ab, klappern gegebenenfalls auf der Suche nach einem an die Stelle des Proletariats tretenden neuen "revolutionären Subjekt", welches niemals mehr gewe-

² Die genannten Theoreme sind, in affirmativer Absicht, in dieser Zeitschrift schon mehrfach behandelt worden, vgl. z. B. die Beiträge von E. Bessau, L. Knorr, L. Kofler und W. Seppmann in Z Nr. 18 und 19 (1994).

³ MEW Erg.-Bd. I, S. 521.

sen ist als eine Erfindung von Intellektuellen, die, selbst der Veränderung der Gesellschaft nicht mächtig, irgendjemanden designieren, der für ihre Menschheitsträume die Hände sich schmutzig machen soll, alle möglichen Randgruppen ab und verfallen angesichts erneut negativer Resultate in Kulturpessimismus.⁴

Ohne Umschweife: Das Lohnarbeitsverhältnis ist nicht der Kern und Ursprung aller Knechtschaftsverhältnisse, und die Arbeiteremanzipation ist nicht die menschliche Emanzipation schlechthin. Hatte beim jungen Marx im Gefolge Feuerbachs die Kritik der Religion den Menschen an Gottes Statt zum höchsten Wesen ernannt, so hat sie das *ens perfectissimum* bloß umbenannt und seinen Platz auf die Erde verlagert. Soll Aufklärung aber bedeuten, sich der politischen Theologie zu entschlagen, so ist festzustellen, daß Sache von Politik nicht die Befreiung *des* Menschen in metaphysischer Dimension sein kann. Es existiert eine Vielzahl von Verhältnissen der Herrschaft und der Unterwerfung, und ebenso vielfältig sind die Formen des Widerstands gegen jene. Daß sie alle auf einen Streich durch einen politischen Akt abzuschaffen wären, läßt sich schwerlich noch plausibel machen. Neuere Theorien aus dem zumeist als "poststrukturalistisch" bezeichneten Umfeld haben hier Analysen geliefert, gegen die der bildungsbürgerliche Humanismus einer naiven marxistischen Anthropologie verblaßt. Wir wissen heute, daß soziale Auseinandersetzungen mehrdimensional verlaufen und nicht wechselseitig aufeinander reduzierbar sind; daß folglich nicht ein Kampf einen anderen ersetzen kann. Die wesentliche Frage besteht nun darin, ob man bei der Feststellung einer begriffslosen Diversität von Kämpfen stehenbleibt, oder ob man nach Möglichkeiten sucht, die Beziehung der einander vielfach überlappenden und sich wechselseitig modifizierenden und überdeterminierenden Kämpfe einer Klärung zuzuführen.

Nun ist "Kampf" in der neueren akademischen sozialphilosophischen Diskussion nicht gerade ein beliebtes Thema. Eine Ausnahme, die ernstzunehmende Gesichtspunkte einbringt, stellt Axel Honneths Studie *Kampf um Anerkennung* dar. Honneth hat sich die Aufgabe gestellt, die "moralische Grammatik sozialer Konflikte" zu erhellen. Im Rekurs auf den Hegel der Jenenser Systementwürfe und auf George Herbert Mead entwickelt Honneth einen Interpretationsrahmen, der das *Movens* sozialer Kämpfe nicht bloß utilitaristisch an materiellen Interessenlagen festmachen will, sondern vor allem an der Erfahrung von Mißachtung. Zentrale Kategorie ist hier die intersubjektive Anerkennung, die als Bedingung von Selbstwertgefühl ebenso Voraussetzung eines gelungenen Lebens ist wie die Befriedigung materieller Bedürfnisse.

⁴ Eine andere Alternative, nämlich die Option für die Erziehungsdiktatur, wurde zuverlässiger Quelle zufolge unlängst noch von Leo Kofler vertreten: vgl. Stefan Dornuf, "Mundtoter Marxist", in: *konkret* Nr. 12/1994, S. 44-45.

Hier ist keine systematische Auseinandersetzung mit Honneths Theorie beabsichtigt, was die Diskussion einer Vielzahl von Prämissen erfordern würde. Es sei bloß in einigen Annotationen angedeutet, welche Gesichtspunkte eine Interpretation sozialer Konflikte, insbesondere des Klassenkampfes, unter dem Gesichtspunkt der Anerkennung zu berücksichtigen hätte.

Die Bedeutung von "Anerkennung" in sozialen Kämpfen springt unmittelbar ins Auge, wenn man bedenkt, daß beispielsweise in der afroamerikanischen Black Community "Respekt" eine zentrale Kategorie ist. Die Kämpfe der Afroamerikaner gegen die anhaltende Diskriminierung, die freilich in materielle Sozialstrukturen eingebettet ist, entspringen nicht unmittelbar ihrer weitgehenden materiellen Benachteiligung und sind auch nicht sinnvoll nach dem Muster des Kampfes einer ausgebeuteten Klasse zu denken. Vielmehr liegen ihnen Erfahrungen einer strukturell verankerten Erniedrigung zugrunde. Die im Ghetto aufwachsen, wissen genau, daß ihnen die im sozusagen "offiziellen" Wertesystem der amerikanischen Gesellschaft vorgesehenen Wege des Aufstiegs zu sozialer Achtung versperrt sind. Eine Antwort darauf ist das "Gangsta"-Ideal der kriminellen Karriere; auf der anderen Seite ist der Einfluß der Nation of Islam auf die Black Community darauf zurückzuführen, daß sie mit ihren konservativen, teilweise auch ausgesprochen reaktionären Wertvorstellungen den Schwarzen, zumindest den Männern, ein Selbstwertgefühl zu vermitteln imstande ist.⁵ Diese beiden Varianten der Anerkennung sind ihrerseits durch patriarchale Muster geprägt, und das kapitalistische System wird durch sie nicht in Frage gestellt; die Formen, in denen Individuen und Kollektive Anerkennung erstreben, sind also nicht notwendigerweise "links". Die Chancen, dem afroamerikanischen Kampf um Anerkennung eine "linke" Wendung zu verleihen, sind unter den gegenwärtigen Gegebenheiten sehr begrenzt; die Bedingung der Möglichkeit einer solchen Wendung wäre indes die, daß erst einmal das fundamentale Problem zur Kenntnis genommen wird.

Hinsichtlich der Frage, welche Positionen im Kampf um Anerkennung als "links" gelten können, dürfte, trotz aller "postmoderner" Kritik am Universalismus mit ihren in mancher Hinsicht berechtigten Ansatzpunkten, das Kriterium der Universalisierbarkeit von Anerkennungsansprüchen unhintergebar sein, die sich am Grad der Reziprozität von Anerkennungsverhältnissen bemißt. Es gibt Formen der Anerkennung, die mit der Mißachtung und Diskriminierung anderer einhergehen; oftmals ist solches Streben selbst der Reflex von Gewaltverhältnissen, in denen die Diskriminierten nur der Selbstbehauptung fähig sind, indem sie sich diskriminierende Verhaltensmuster ihrerseits zu eigen machen. Emanzipatorischer Fortschritt findet statt, wo die Anerkennung der Ansprüche anderer zur Bedingung der eigenen Selbstachtung wird. "Er", der Mensch, "will unter sich keinen

⁵ Die Faszinationskraft, die bis heute von der charismatischen Figur des Malcolm X ausgeht, dürfte daher rühren, daß in seiner Biografie beide Elemente vereint sind.

Sklaven haben und über sich keinen Herrn", heißt es bei Brecht. Daß man über sich keinen Herren haben möchte, was Brecht an die zweite Stelle setzte, damit es sich auf "hat er Stiefel im Gesicht nicht gern" reimt, scheint nachvollziehbar, auch wenn es manche Menschen gibt, die sich gerne unterwerfen. Die Freiheit, die Brecht im proletarischen Kampflied avisiert, ist aber nicht nur die Abwesenheit der Fremdbestimmung von oben, sondern auch die Unabhängigkeit des eigenen Selbstwertgefühls von der Unterwerfung anderer.

Der reife Hegel hat in der Herr-und-Knecht-Dialektik der Phänomenologie des Geistes die Unfreiheit des Herren und die Notwendigkeit, daß der Knecht sich emanzipiere, an der "bildenden" Rolle der durch den Knecht geleisteten Arbeit dargetan. Damit habe Hegel, so die These von Honneth, die moralische Dimension des intersubjektiven Verhältnisses, die in den Jenenser Schriften noch eine tragende Rolle spielte, schließlich verkürzt. Ohne daß die Stringenz des von Hegel im Herr-und-Knecht-Kapitel dargestellten Zusammenhangs in Frage zu stellen wäre, ist dennoch in der Tat festzustellen, daß wir es heute mit mancherlei Kämpfen zu tun haben, die über das Paradigma der Arbeit kaum zu explizieren sind.

Von Linksintellektuellen, die vom Gang der Geschichte und vom Verhalten der realen Arbeiterschaft enttäuscht sind, ist mitunter das Bedauern zu vernehmen, der Klassenkampf, wie ihn die Gewerkschaften heute führen, sei nur noch ein Verteilungskampf ohne befreiende Perspektive. Nun ist gerade dieser Verteilungskampf tatsächlich auch ein Kampf um Anerkennung. Denn in der Gesellschaft, in der wir leben, hängt das Ansehen, das ein Mensch genießt, entscheidend ab von seinem Besitz und seinem Zugang zu Konsumgütern. Es nützt nichts, kulturkritisch darüber zu lamentieren. Entscheidend ist vielmehr, daß in der brachialen Gewalt der neoliberalen Umverteilung von unten nach oben immer mehr Menschen mit einstmalen erkämpften materiellen Besitzständen zugleich soziale Anerkennung entzogen wird. Hier vollzieht sich ein Klassenkampf von oben, der charakterisiert ist durch die Paradoxie, die Étienne Balibar als "Klassenkampf ohne Klassen" bezeichnet hat⁶: Unverkennbar ist, daß die seit bald zwanzig Jahren vorherrschende Politik eine Klassenpolitik ist, ohne daß andererseits fest umrissene "Klassen" traditionellen Typs als soziale Akteure noch identifizierbar wären. Dingfest machen lassen sich die Fronten weniger in einer Gegenüberstellung in sich homogener Kollektive mit eindeutigen Interessen als in einer von den Privilegierten unter dem Vorzeichen der weltweiten ökonomischen Transformationsprozesse forcierten Umpolung des gesellschaftlichen Wertgefüges, das nicht bloß Reflex, sondern auch innerer Bestandteil ökonomischer Regulationsmodi ist. Da beklagen sich leidgeprüfte Kapitalisten über die Verkommenheit der Gesellschaft, die darin bestehe, daß unternehmerische Initiative keine ge-

⁶ Vgl. "Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen?", in: É. Balibar/I. Wallerstein, *Rasse Klasse Nation*, Hamburg/Berlin 1992, S. 190-224.

bührende Anerkennung mehr finde. Auf der anderen Seite rührt die außerordentliche Brisanz der aktuellen schmählichen Erörterungen über die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht allein vom Prozentsatz der finanziellen Einbußen her, die Lohnabhängige dadurch erleiden, so gravierend diese für den einzelnen Arbeiterhaushalt freilich sein mögen, sondern überdies von dem moralischen Gewicht der Mißachtung, die den Lohnabhängigen in ihrer Gesamtheit durch das Ansinnen der Abschaffung von Sicherheiten zuteil wird, die sie sich einmal erkämpft und als gesamtgesellschaftlichen Konsens durchgesetzt haben. Manche Angehörige von Vorstandsetagen wiederum haben keine Hemmungen mehr, in öffentlichen Diskussionen konsequenterweise gleich die Abkehr von der "Konsensgesellschaft" nach der Methode des französischen Staatspräsidenten zu empfehlen. Was die Ereignisse in Frankreich Ende vorigen Jahres angeht, als einige Wochen lang zwar nicht alle, aber doch eine Menge wichtiger Räder still standen, so ist unschwer zu erkennen, daß die unerwartete Heftigkeit der Streikbewegung etwas zu tun hat mit der Verhöhnung der das Selbstverständnis der französischen Demokratie prägenden Volkssouveränität durch einen Staatschef, der in dieses Amt nicht zuletzt deshalb gewählt worden war, weil er sozialpolitische Themen der Linken im Wahlkampf für sich instrumentalisiert hatte, und sich plötzlich an sein Geschwätz von gestern nicht mehr erinnern wollte.

Klassenkampf spielt sich stets ab in einem Spannungsfeld aus strategischen Interessen und Machtverhältnissen wie auch konsensuellen Erwartungen und deren Verletzungen. Eben diese Verschränkung ist der Kern des Problems der gesellschaftlichen Hegemonie, das oft, sei es in affirmativer oder pejorativer Absicht, bloß für ein kulturelles Phänomen gehalten wird. Im Marxschen Kapital findet sich diesbezüglich ein knapper, aber entscheidender Hinweis: Marx merkt an, daß in den Wert der Ware Arbeitskraft ein "historisches und moralisches Element" eingeht: der "Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung" ist "selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat"⁷. Der Wert der Arbeitskraft bemißt sich an den Kosten ihrer Reproduktion: Deren Niveau aber hängt von dem Status ab, den die Lohnabhängigen sich erkämpft haben; in ihm drückt sich ein Stück Anerkennung aus, das in unseren Tagen massiv beschnitten wird.

Hier haben wir es also einerseits mit einer Frage der Macht zu tun, die lohnabhängige Kollektive in einer bestimmten Konstellation von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen geltend machen können; andererseits interferieren und interagieren die Machtverhältnisse stets mit Formen der Bildung wie auch der Verletzung von Konsensverhältnissen. Die sozia-

⁷ MEW Bd. 23, S. 185.

listische Arbeiterbewegung hat sich gebildet als Reaktion auf die bürgerlichen Versprechen der Freiheit und Gleichheit aller, die durch die bürgerlichen Verhältnisse sogleich auch gebrochen wurden. Frühsozialistische Theorien wie die Proudhons haben das zum Ausdruck gebracht. Marx hat in den Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie die theoretische Unbeholfenheit des Proudhonismus scharf kritisiert und es für unsinnig erklärt, das ideologische "Lichtbild" der realen Verhältnisse gegen diese auszuspielen zu wollen. Er hat damit festgestellt, daß die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse und die theoretische Erkenntnis dieser Verhältnisse zweierlei Dinge sind. Aber möglicherweise hat Marx, im Vertrauen darauf, daß eine finale Zuspitzung der Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise unmittelbar zur treibenden Kraft des proletarischen Handelns würde, die Bedeutung der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Normen unterschätzt. Die ideologischen Kategorien, in denen soziale Akteure ihre Optionen deuten, sind nicht nur passiver Reflex der Verhältnisse. Die als "strukturalistisch" bezeichnete Marxinterpretation rekurrierte auf den Lacanschen Begriff der "Anrufung", durch welche die Ideologie Subjekte konstituiert und ihnen ihre "reconnaissance", Anerkennung-Wiedererkennung in den gesellschaftlichen Verhältnissen ermöglicht. Eine solche Interpretation von Ideologie anerkennt ihr Eigengewicht, indem sie sie als unhintergehbaren Rahmen sozialen Handelns ausweist, führt aber auch zu der Frage, ob die von den Akteuren vorgetragenen Geltungsansprüche, auch solche moralischer Art, sogleich wieder funktionalistisch reduziert werden können, oder ob zugestanden wird, daß normativer Sinn seine funktionalen Hintergründe zu übersteigen vermag. Täte er es nicht, so läßt sich ganz pragmatisch für letztere Annahme argumentieren, so müßte permanent erklärt werden, warum die Menschen sich in ihren moralischen Intuitionen permanent über die eigentlichen Gründe ihres Handelns täuschen, das heißt, es müßte erklärt werden, wieso es in der Vorstellungswelt der Menschen etwas gibt, das es eigentlich nicht gibt. Ein solches Unterfangen kann im pointierten Einzelfall produktiv sein, aber auf die Dauer wäre es eher unergiebig.

Um auf das von Axel Honneth skizzierte Deutungsmuster des Kampfes um Anerkennung zurückzukommen: Honneth möchte seine Intention einer normativ gehaltvollen kritischen Gesellschaftstheorie im Kontext moralphilosophischer Debatten geltend machen. Leider will es Honneth nicht recht gelingen, sich der moralphilosophischen Hypothek aus einer auf Kant zurückgehenden Tradition zu entledigen, die moralisch qualifiziertes Handeln von interessegeleitetem rigoros unterschieden wissen will. "An den kollektiven Interessen setzen diejenigen Konfliktmodelle an, die die Entstehung und den Verlauf sozialer Kämpfe auf den Versuch gesellschaftlicher Gruppen zurückzuführen, ihre Verfügungsgewalt über bestimmte Reproduktionschancen zu erhalten oder zu vergrößern ... An den kollektiven Unrechtsempfindungen setzt dagegen ein Konfliktmodell an, das die Entstehung und den Verlauf sozialer Kämpfe auf die moralischen Erfahrun-

gen zurückführt, die gesellschaftliche Gruppen angesichts der Vorenthaltung von rechtlicher oder sozialer Anerkennung machen."⁸ Nachdem Honneth die Unterscheidung dieser zwei Paradigmen der Interpretation sozialer Auseinandersetzungen zugespitzt hat, fügt er sogleich hinzu: "Aber dieses zweite, anerkennungstheoretische Konfliktmodell darf jenes erste, utilitaristische Modell eben nicht ersetzen, sondern alleine ergänzen wollen; denn es bleibt stets eine empirische Frage, bis zu welchem Grad ein sozialer Konflikt eher der Logik der Interessenverfolgung oder der Logik der moralischen Reaktionsbildung folgt."⁹ Das würde bedeuten, daß das Verhältnis von interessegeleitetem und moralischem Handeln als ein bloß additives gedacht wird. Daß dies unsinnig ist, merkt Honneth dann auch selbst: "... auch das, was als kollektives Interesse in einem Konflikt handlungsleitend wird, muß nämlich nichts Letztes und Ursprüngliches darstellen, sondern mag sich bereits vorgängig in einem moralischen Erfahrungshorizont konstituiert haben, in dem normative Ansprüche auf Anerkennung und Achtung eingelassen sind – das ist etwa überall dort der Fall, wo die soziale Wertschätzung einer Person oder Gruppe mit dem Maß ihrer Verfügung über bestimmte Güter so eindeutig korreliert, daß nur deren Erwerb zu der entsprechenden Anerkennung führen kann."¹⁰ Konsequenter wäre die Feststellung, daß solche Situationen, deren Möglichkeit Honneth hier konzidiert, eher die Regel und das eigentlich interessante Problem darstellen.

Denn in den meisten sozialen Auseinandersetzungen sind von Interessen und von normativen Ansprüchen geleitetes Handeln, Formen der Anerkennung, die sich auf Macht und Verfügung über Güter stützen, welche zugleich als soziale Symbole fungieren, und solche genuin moralischer Art unauflöslich ineinander verschränkt. Strategisch erkämpfte Positionen machtgestützter Anerkennung können Bestandteil eines moralischen Konsenses werden, der wiederum unter dem Druck ökonomischer und sozialstruktureller Veränderungen in Frage gestellt werden kann. Überhaupt vollzieht Anerkennung sich nicht in einem entmaterialisierten Raum, sondern ist vielfältig an materielle Substrate geknüpft, über die der Kampf um Anerkennung an die Formen der materiellen Reproduktion gebunden ist. Soll dem in vollem Umfange Rechnung getragen werden, so müßte der theoretische Interpretationsrahmen sich von dem von Honneth vorgeschlagenen um einige wichtige Nuancen unterscheiden. Interesse und Anerkennung sind nicht voneinander völlig verschiedene Sphären, sonder hängen eher gleich kommunizierenden Röhren miteinander zusammen.

Ein weiterer Gesichtspunkt, dem Geltung verschafft werden müßte, besteht darin, daß die weithin eingebürgerte Vorstellung in Frage gestellt zu

⁸ Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt a. M. 1992, S. 265.

⁹ Ebd.

¹⁰ A.a.O., S. 266.

werden verdient, derzufolge soziale Kämpfe immer von unten ausgingen, so also, als ob der Klassenkampf erst anfinge, wenn Arbeiter rote Fahnen schwenken. Das Phänomen des "Klassenkampfes von oben" in seiner subjektlosen, von sozialstrukturellen Umbrüchen getragenen Wucht, wie er sich im frühen bürgerlichen Zeitalter in der Expropriation der arbeitenden Bevölkerung vollzog, noch bevor eine des Widerstands fähige Klassenbewegung sich zu organisieren imstande war, und wie er sich in einer anderen Weise auch heute wieder vollzieht, ist in Erinnerung zu rufen. Nicht von ungefähr hat Marx in einer seiner frühesten Interventionen, den Artikeln über die Holzdiebstahlgesetze, sich diesem Klassenkampf von oben gewidmet: Am Anfang stand hier eine Aberkennung von Rechten. Diese ist bereits Klassenkampf, nicht erst die Reaktion darauf.

Der Klassenkampf ist einer unter verschiedenen Kämpfen um Anerkennung. Weder ist er anderen Kämpfen gegenüber privilegiert, noch kann er gar andere ersetzen. Was den Klassenkampf in besonderer Weise auszeichnet, kann vielleicht dahingehend bestimmt werden, daß der Klassenkampf wohl diejenige Form des sozialen Kampfes ist, in der eben das Verhältnis zwischen Anerkennung, Interesse und Macht am "dichtesten" ist, gerade weil hier eine Logik der materiellen Reproduktion den Rahmen abgibt. Der Klassenkampf führt keine Entscheidung in anderen Kämpfen herbei, bestimmt aber deren Rahmenbedingungen maßgeblich mit.

Mehr denn je sind heute die Subjekt-Positionen von Individuen, das heißt, die spezifischen Formen, in denen sie anerkannt werden, mehrdimensional. Damit ist ein hohes Maß an wechselseitiger Durchlässigkeit verschiedener Konfliktfelder gegeben; in fast jeder individuellen Biografie überkreuzen sich deren mehrere. Das Gewicht, das dem Klassenkampf dabei künftig zukommt, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit der Klassenkampf Formen der Solidarität zu entwickeln vermöchte, die andere Konflikte mit einbeziehen und die darin in mannigfacher Weise Gedemütigten stärken. Die Positionen des Klassenkampfes, die man die "bürgerliche" und die "proletarische" genannt hat, sind heute kaum noch dingfest zu machen als klar umrissene Interessenstandpunkte homogener Kollektivsubjekte: Wiewohl wir es mit unverkennbar bürgerlichen Formen der Herrschaft und Ausbeutung zu tun haben, entspricht die herrschende Klasse in vielem nicht mehr dem alten Bild der Bourgeoisie, und die Ausdifferenzierung der arbeitenden Klasse in Arbeiter und Angestellte, in Arbeit stehende und Arbeitslose, Einheimische mit Staatsbürgerrechten und Zugewanderte, Lohnabhängige und die im Dienstleistungssektor besorgniserregend anwachsende Zahl von Scheinselbständigen macht die Bestimmung eines "Standpunkts der Arbeiterklasse" prekär. All diesen Differenzierungen zum Trotz, und gerade durch sie hindurch bleibt dennoch die soziale Frage ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Gesellschaft: Sie stellt sich dahingehend, ob jedes Individuum, wie der Neoliberalismus es will, sich in der Arena namens Marktwirtschaft tagtäglich die materiellen Grundlagen der eigenen Existenz selbst erkämpfen muß, oder

ob die Gesellschaft willens und fähig ist, allen ihren Angehörigen die Voraussetzungen eines Lebens in Würde solidarisch zu sichern. Das ist die Frage des Sozialismus. Es gibt zweifellos einen Interessenstandpunkt der abhängigen Arbeit als Interesse an Schutz und Sicherheit. Daß das unmittelbare Interesse der Lohnabhängigen durch den organisierten Kampf zur distinkten Klassenposition erst transformiert werden muß, ist seit Lenin von der revolutionären Arbeiterbewegung erkannt worden. Die Schärfung einer Kampfposition der abhängig Arbeitenden kann sich heute nicht auf die Perspektive einer gesetzmäßig notwendigen Ablösung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verlassen; wohl aber zeichnet sich aus dem gegenwärtigen Klassenkampf von oben heraus ab, welche grundlegenden Optionen zur Gestaltung der Gesellschaft auf dem Spiel stehen: Sozialdarwinismus oder Solidarität. Wird die Frage so gestellt, so ließe sich un schwer ermessen, welche Perspektive in wessen Interesse liegt. Solidarität indes, welche Anerkennungsverhältnisse einschließen muß, ist ein Ziel, das aus Interesse allein nicht zu erlangen ist.

Vorankündigung

Klassentheorie - Schlüssel zu den Bewegungen unserer Zeit? Klassenanalyse und Klassentheorie heute in der Diskussion

Tagung von IMSF/Z am 5. Oktober 1996 in Frankfurt/M., Haus der Jugend, 10.00 - 17.30 Uhr

* Soziale Konfrontation und soziale Bewegungen als Klassenbewegungen
* Kapitalistische Transformation im Osten

* Klassentheorie in der Kontroverse - neue Fragen der Klassentheorie
- Klassen als Geschichtssubjekte - Klassenstruktur und Totalitätsverständnis - Klassen und Geschlechterfrage - Neue Unterklasse - Mittelklassenhegemonie - Internationalisierung von Klassen und Klassenverhältnissen
u.a.m

Vorträge und Diskussion

Nähere Information: IMSF/Z, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

Marxistisch-leninistische Klassentheorie. Ihre Rezeption und Anwendung durch die DKP

Zwischen Abschied und Wiederentdeckung des Proletariats

Die "wilden" September-Streiks in der westdeutschen Metallindustrie des Jahres 1969 erschütterten nachhaltig das Selbstbewußtsein meiner damaligen Studentengeneration, die die Arbeiterklasse als "verbürgerlicht" angesehen und in der Intelligenz das neue "revolutionäre Subjekt" vermutet hatte. Sie machte schlagartig bewußt, welche politische und soziale Dynamik von einer sich von der Ideologie der Sozialpartnerschaft freimachenden, für ihre autonomen Klasseninteressen Eintretenden und kämpfenden Arbeiterklasse ausgehen kann.

Dieses Ereignis öffnete auch vielen von uns, die sich in bewußter Distanzierung von den "verkalkten und traditionalistischen KP's" die Theorien von Marx, Engels, R. Luxemburg, Lenin, Stalin, Mao-Tse-Tung, H. Marcuse, T. Adorno, W. Reich und anderer marxistischer Theoretiker(innen) aneigneten, den Blick für das, was Lenin gleich zweimal - nahezu wortwörtlich wiederholend - als das "wichtigste 'Grundprinzip' der marxistischen Theorie" bezeichnete, nämlich, daß "die einzige bis zu Ende revolutionäre und darum in jeder Revolution voranschreitende Klasse der modernen Gesellschaft das Proletariat ist."¹

Lenin war realistisch genug, um auch die Arbeiterklasse in ihrer politischen Passivität, ja auch in ihren Irrwegen und politischen Verstrickungen zu begreifen. Ihre Verherrlichung war ihm fremd. Es hätte ihn sicherlich moralisch, aber nicht in seiner theoretischen Bewertung der "historischen Mission der Arbeiterklasse" erschüttert, wenn er erlebt hätte, daß diese Arbeiterklasse auch an der Spitze einer antisozialistischen, konterrevolutionären Bewegung stehen kann (vgl. die zahlreichen Arbeiterunruhen in Polen etc. nach 1945 und die Rolle von Organisationen wie die der "Solidarnosc" unter dem "Arbeiterführer" und Papstfreund L. Walesa oder der 17. Juni 1953 in der DDR) bzw. durch ihre Passivität den Niedergang des realen Sozialismus mitbefördern würde (UdSSR, DDR, Ungarn etc.).

Die marxistischen "Klassiker" konnten sehr wohl zwischen den objektiven revolutionären Potenzen des Proletariats und dem dazu häufig in eklatantem Widerspruch stehenden realpolitischen Verhalten dieser Klasse, der Nicht-Übereinstimmung von historischer Möglichkeit und dem tatsächli-

¹ Vgl. W.I. Lenin: Der Sieg der Kadetten und die Aufgabe der Arbeiterpartei. In: Lenin Werke Bd. 10, S. 238f., sowie W.I. Lenin: Geschichtliches zur Frage der Diktatur. In: Lenin Werke Bd. 31, S. 340.

chen Realisierungsgrad dieser historischen Rolle der Arbeiterklasse unterscheiden.

Die unterschiedliche Verarbeitung dieses Widerspruchs führte im Gefolge der Studentenrevolte zu den verschiedensten, auch widersprüchlichsten Resultaten. Davon zeugen die zahlreichen "neuen KP'en", die in Konkurrenz zur bereits bestehenden KPD-DKP entstanden, aber auch der damals einsetzende große Zustrom junger Intellektueller in die DKP, zu denen auch ich ab 1972 zählte.

Unvermeidlich parteipolitische Implikationen der Klassen-Thematik

Die gegenwärtige Z-Diskussion um Klassen und Klassentheorie erinnert mich stark an diese Periode, weil sie einige strukturelle Ähnlichkeiten und fast identische theoretische Defizite in der Aufarbeitung des Marxschen und Leninschen Klassen-Begriffs aufweist.

Daß auch linke, sich zumindest teilweise auf Marx berufende, Autoren, ein äußerst gespaltenes und widersprüchliches Verhältnis zur Marxschen Klassenkonzeption haben, gehört offenbar genauso zur Geschichte der marxistischen und kommunistischen Bewegung wie die mittlerweile ritualisierte Suche nach irgendwelchen "stalinistischen Deformationen", die für alles und jedes als Erklärungsmuster dienen sollen.

Das "Stalinismus-Argument" wird heute nicht nur benutzt, um parteiinterne Personalentscheidungen in dieser oder jener Form zu beeinflussen. Auch der theoretische Disput um Fragen der Klassenanalyse wird mittlerweile in solche Zusammenhänge gestellt. G. Gysi, A. und M. Brie schreiben z.B. in ihrer gemeinsamen Antwort auf die Kritik ihres Parteifreundes G. Brantner am Verlauf und an den Inhalten des ersten Teils des 4. PDS-Parteitag: "Wir gehören nicht zu den Autorinnen und Autoren der 10 Thesen, aber wir gehören zu jenen, die den Klassenkampf-begriff nicht verwenden.... Die Arbeiterklasse ist als Klasse für sich in den letzten Jahrzehnten praktisch nirgendwo auf der Erde in Erscheinung getreten. Subjekte des Kampfes für Emanzipation, gesellschaftlichen Wandel, größere soziale Gerechtigkeit oder spezielle Teilziele sind sehr viel konkreter geworden. ... Am Rande wollen wir auch anmerken, daß wir den Begriff des Klassenkampfes auch aus terminologischen Gründen nicht verwenden: Er hat sich durch stalinistische und post-stalinistische Praxis unumkehrbar vom Marxschen Klassenbegriff entfernt wir lehnen es ab und wir halten es für verhängnisvoll, noch immer in bipolaren Kategorien zu denken: wir oder sie, schwarz oder weiß."²

² ND vom 8./9.4.95. Vgl. auch einige Passagen im Artikel von E. Sauer mann in Z 25, S. 55ff. über "Stalins Verfälschung" der historischen Rolle der Arbeiterklasse.

Die Debatte um Klassen und Klassentheorie ist auch heute kein rein wissenschaftlicher Disput. Das Thema ist vielmehr eng verknüpft mit Fragen der Parteikonzeption und linker Grundsatzprogrammatis. Es kann daher m.E. auch nicht nur als Problem von Theoretikern behandelt werden.

Wenn in einigen der bisherigen Beiträge zur aktuellen Z-Diskussion der Bezug auf die Marxsche Klassenkonzeption erneut als Beweis für "veraltetes" und "zum Scheitern verurteiltes" Denken kommunistischer Parteien und Organisationen angesehen wird³, so überrascht mich das nicht.

Ich sehe dafür zwei Gründe:

1. Die aktuellen Varianten des "Abschieds vom Proletariat" sind offenbar ein unvermeidliches Produkt der mittlerweile auch nicht mehr so ganz taufrischen Diskussion über den "Strukturwandel in der Arbeiterklasse und seine Folgen". In den späten 70er und frühen 80er Jahren waren es Titel wie die von von André Gorz ("Abschied vom Proletariat") und Joachim Hirsch ("Proletariat adieu?"), in denen eine theoretische Umorientierung auf die sich anbahnenden "neuen sozialen Bewegungen" als die "modernen" Subjekte gesellschaftlicher Veränderungen postuliert wurde.⁴

In der Auseinandersetzung zwischen der DKP-Mehrheit und der Fraktion der damaligen "Erneuerer" am Ende der 80er Jahre setzte sich diese Debatte faktisch nahtlos fort.

Es gehörte zu den Defiziten der damaligen parteiinternen Auseinandersetzungen, daß mehr über taktische und formale Fragen als über solche inhaltlichen Konflikte diskutiert wurde. Vielleicht wäre die DKP dann aus dieser Kontroverse weniger geschwächt hervorgegangen.

2. Die jetzige Diskussion über Klassen und Klassentheorie hat einen deutlich taktischen Aspekt.

Die Orientierung auf offizielle parlamentarische Bündnisse mit der SPD und den Grünen erfordert offenbar im Sinne mancher Vertreter des "Reformflügels" der PDS den Abwurf programmatischen "Ballasts". G. Gysi hatte bereits im Mai 1990 auf einer für die weitere Entwicklung der Parteikonzeption der PDS wichtigen Klausurtagung des Parteivorstands deutlich herausgearbeitet, daß der künftige Weg der PDS auch mit einer grundlegenden Neubestimmung ihres von der SED "ererbten" marxistisch geprägten Selbstverständnisses einhergehen müsse. Er sagte damals:

"Der bisherige, sich auf Marx berufende Ansatz des theoretischen Selbstverständnisses der PDS ist daher auf längere Sicht nicht ausreichend, auch wenn dies durch neue theoretische Quellen erweitert wird. Die Frage ist vielmehr, wie es gelingt, alle fortschrittlichen Ideen, die in der marxistischen, sozialistisch-sozialdemokratischen, liberalen, christlichen, aber auch

³ Vgl. H. Dietzel, in: Z 25, S. 83.

⁴ Vgl. Th. Neumann, Proletariat adieu? Zur Auseinandersetzung mit André Gorz und Joachim Hirsch, in: "rote blätter" Nr. 1/81, S. 54/55.

konservativen Denktradition entstanden sind, schöpferisch aufzunehmen und zu verarbeiten. Die Partei muß ein neues theoretisches Verständnis von der Gesellschaft aufbauen."⁵

Zu diesem "neuen theoretischen Verständnis" gehört offenbar auch die Umorientierung von der Klassenkonzeption auf eine noch recht diffuse "Moderne"- und Milieu-Konzeption (vgl. auch die kürzliche "ND"-Debatte zwischen H. Jung und A. Brie über "Die Moderne").

H. Dietzel, Mitarbeiter der PDS-Programmkommission, hatte schon mehrfach (allein oder gemeinsam mit anderen Autoren) den Gedanken geäußert, daß an die Stelle der marxistischen Klassenorientierung das Konzept der "wechselnden Subjekte der Veränderung" treten müsse, da die ehemals relativ homogene Arbeiterklasse sich heute durch Prozesse der Individualisierung und Segmentierung derart "atomisiert" habe, daß sie zu einem einheitlich politischen Handeln gar nicht mehr in der Lage sei.

Hatte er bis vor kurzem noch gemeint, daß die Antwort auf die Frage nach den gegenwärtigen Subjekten gesellschaftlicher Veränderung über erste Ansätze nicht hinauskomme⁶, so räumt er neuerdings ein, daß man künftig mit einer Zunahme auch sozialer Konflikte rechnen müsse, die immerhin "auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit zurückzuführen" seien, auch wenn sie "dennoch nicht dessen lineare Fortsetzung sind."⁷

Es gibt sie also doch noch die Arbeiterklasse? Angesichts der riesigen Streiks und Auseinandersetzungen der letzten Herbstmonate in Frankreich und der sich auch in der Neu-BRD entwickelnden sozialen Auseinandersetzungen ist diese Erkenntnis eigentlich keine große Sensation.

Ausgangspunkt der DKP-Programmatik: der Marxsche Klassenbegriff

Die DKP ist keinesfalls blind für die Veränderungen, die sich in der Arbeiterklasse vollziehen. Es wird oft übersehen, daß die DKP - angefangen bei der "Grundsatzklärung" von 1969, über die "Thesen" der Parteitage von Düsseldorf (1971), Hamburg (1986) bis zu den neuen "Thesen zur programmatischen Orientierung" (Mannheimer Parteitag (1993) - nicht nur grundsätzliche programmatische Aussagen zur historischen Rolle der Arbeiterklasse formuliert hat, sondern auch immer Einschätzungen zu den tiefgreifenden strukturellen Umbrüchen, denen die Arbeiterklasse im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution besonders stark ausge-

⁵ G. Gysi, PDS. Auf dem Weg der Erneuerung. Referat auf der Klausurtagung des Parteivorstandes, Berlin 12. und 13. Mai 1990, Einzelbroschüre, S. 29/30.

⁶ Vgl. H. Dietzel/B. Ihme, Auseinandersetzungen um die Programmatik der PDS. In: M. Brie/M. Herzig/T. Koch (Hrsg.), Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, S. 102-111, Köln 1995.

⁷ H. Dietzel, Klassentheorie und linke Politik heute, in: Z 25, S. 81.

setzt ist, vornahm. Auch das Parteiprogramm von 1978 hat sich zu dieser Problematik positioniert.

Bereits in ihrer Grundsatzerklärung von 1969 bekundete die neukonstituierte DKP, daß sie künftig nicht nur im Sinne der kommunistischen Tradition und der KPD handeln werde, wenn sie sich in ihrer politischen Konzeption auf die Marxsche Klassentheorie und im besonderen auf die Arbeiterklasse stützen werde.

Es sind und waren nach Meinung der Kommunisten reale, langandauernde objektive Gesichtspunkte, und nicht die jeweils mehr oder minder spontane politische Mobilität und subjektive Befindlichkeit dieser oder jener Gruppierung, die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Klasse veranlassen und zur Bewertung ihrer langfristigen politisch-strategischen Bedeutung in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen führen. Das gilt auch für die Arbeiterklasse. In der Grundsatzerklärung der DKP hieß es daher: "Ihre Stellung als ausgebeutete Klasse in der kapitalistischen Großproduktion, ihre Stärke, Organisiertheit und Solidarität machen die Arbeiterklasse objektiv zur Hauptkraft jeglicher gesellschaftsverändernden Bewegung."⁸

Die DKP knüpfte mit diesem Satz an die klassische kommunistische Parteiprogrammatik, angefangen beim "Bund der Kommunisten" und seinem "Kommunistischen Manifest", an. Das "Manifest" hatte die Entstehung von Klassen als ein "notwendiges historisches Entwicklungsstadium der Menschheit" und "im Verhältnis der Klassen zu den Produktionsmitteln einer Gesellschaft das wichtigste Kriterium der Klassenunterscheidung erblickt."⁹

K. Marx hatte bekanntlich die Existenz von Klassen nicht als seine eigene Entdeckung ausgegeben. Er sah seine originäre wissenschaftliche Leistung lediglich darin, die Verbindung zwischen dem sozialen Gebilde "Klasse" und den historisch gegebenen ökonomischen Verhältnissen analysiert und die perspektivische Entwicklung der in Klassen gespaltenen Gesellschaft hin zum Sozialismus/Kommunismus nachgewiesen zu haben.¹⁰

Es wäre meines Erachtens ein Rückfall hinter die Erkenntnisse selbst frühbürgerlicher historischer Geschichtsforschung, würde man den verschiedenen Variationen der These von der unaufhörlichen "Zersetzung" der Klassen in eine Vielzahl von sich ständig verändernden mehr oder weniger voneinander autonomen sozialen Milieus folgen. Schon von den französischen Historikern der Restaurationsperiode Thierry, Guizot, Mignet wurde die Existenz dauerhafter gegensätzlicher Klasseninteressen nachgewiesen, die auch von bürgerlichen Ökonomen vor Marx, z. B. von D. Ri-

⁸ Protokoll des Essener Parteitags der DKP 12./13.4.1969, S. 23.

⁹ J. Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (4. Auflage), Essen 1995, S. 82.

¹⁰ Vgl. K. Marx, Brief an Joseph Weydemeier (5.3.1852), in: MEW 28, S. 505f.

cardo, auf ihre strukturellen Ursprünge, die gegensätzlichen ökonomischen Grundinteressen, zurückgeführt worden sind. Ebenso zeigten sie, daß sekundäre Merkmale wie die sich ändernden kulturellen und sozialen Milieus lediglich abgeleitet sind.

Wenngleich das Marxsche Hauptwerk, das "Kapital", in seinem Band III ausgerechnet kurz nach dem Beginn des Kapitels "Die Klassen" abbricht, so ist doch aus vielerlei anderen Arbeiten von Marx und Engels klar, welche Kriterien der historisch-materialistischen Klassendefinition zugrunde liegen. Auch dieses Rudiment gebliebene 52. Kapital von Band III stellt zu Beginn unmißverständlich das Kriterium des Besitzes bzw. Nichtbesitzes an Produktionsmitteln als die Haupttrennlinie zwischen den Klassen heraus.

"Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommenquellen Arbeit, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft. Man hat gesehen, daß es die beständige Tendenz und das Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise ist, die Produktionsmittel mehr und mehr von der Arbeit zu scheiden und die zersplitterten Produktionsmittel mehr und mehr in große Gruppen zu konzentrieren, also die Arbeit in Lohnarbeit und die Produktionsmittel in Kapital zu verwandeln."¹¹

Hier klingt noch einmal die bekanntere Passage des "Kommunistischen Manifest" an, in der als das Typische des Kapitalismus die Vereinfachung der Klassenstrukturen und deren Reduzierung auf zwei gegensätzliche Grundklassen herausgestellt wird: "Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat."¹²

Marx hat weder behauptet, daß es nur diese zwei Klassen im Kapitalismus gebe, noch daß die verschiedenen existierenden Klassen immer empirisch fein und säuberlich voneinander zu unterscheiden seien. Er hat stets auch die innere Differenziertheit der Klassen und die dynamische Entwicklung von Klassenstrukturen vor Augen gehabt. Das "Manifest" spricht beispiels-

¹¹ K. Marx, Das Kapital Bd.III, in: MEW 25, S. 892.

¹² K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, S. 463.

weise bereits von verschiedenen "Entwicklungsstufen" sowohl der Bourgeoisie wie auch des Proletariats".¹³

Marx weist im 52. Kapitel von Kapital Bd. III am Beispiel Englands auch auf die Existenz verschiedener "Mittel- und Übergangsstufen" zwischen den Hauptklassen der modernen Gesellschaft hin, die die Grenzen zwischen diesen Klassen "vertuschen".¹⁴ Er schließt mit dem dann unvollendeten Gedankengang, daß "auf den ersten Blick die Dieseligkeit der Revenuen und Revenuequellen" das eigentliche konstitutive Klassenmerkmal ausmache: "Es sind drei große gesellschaftliche Gruppen, deren Komponenten, die sie bildenden Individuen, resp. von Arbeitslohn, Profit und Grundrente, von der Verwertung ihrer Arbeitskraft, ihres Kapitals und ihres Grundeigentums leben."¹⁵

Darüber hinaus wollte sich Marx jedoch mit den weiteren Differenzierungen zwischen "gesellschaftlichen Gruppen" innerhalb der Klassen und zusätzlichen Klassen- und Gruppenmerkmalen wie "die unendliche Zersplitterung der Interessen und Stellungen" befassen. Marx deutete an, daß die Form der Revenue nicht das ausschließliche Klassenzugehörigkeitskriterium sei. Er verwies im letzten noch ausformulierten Absatz auf das Problem, daß, nach dem Kriterium des Einkommens gemessen, "z.B. Ärzte und Beamte auch zwei Klassen bilden, denn sie gehören zwei unterschiednen gesellschaftlichen Gruppen an, bei denen die Revenuen der Mitglieder von jeder der beiden aus derselben Quelle fließen."¹⁶

Die im Bereich des Ökonomisch-Sozialen liegenden Hauptkriterien für die Klassenunterscheidung belegte Marx auch in seiner differenzierten Analyse der Klassenfraktionierungen während der revolutionären Kämpfe in Frankreich 1848-1851. In seiner Studie "Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" heißt es dazu noch einmal: "Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse."¹⁷

Die DKP nimmt neben ihrem auf Marx zurückgehenden klassenanalytischen Ansatz zugleich deutlich Bezug auf die bekannte Leninsche Klassendefinition. Danach gibt es neben dem "reinen" Eigentumskriterium eine Reihe weiterer objektiver Kriterien zur Bestimmung der Klassenzugehörigkeit. In "Die große Initiative" entwickelte Lenin mehrere Kriterien, die sich zusätzlich zur unterschiedlichen Stellung zu den Produktionsmitteln auf die Einordnung von Menschengruppen innerhalb der Hierarchie und

¹³ Ebd., S. 464, 470.

¹⁴ K. Marx, Das Kapital Bd. III, a.a.O., S. 892.

¹⁵ Ebd., S. 893.

¹⁶ Ebd., S. 893.

¹⁷ K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 198.

der verschiedenen Stufen des Systems der arbeitsteiligen Gesellschaft beziehen.

"Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."¹⁸

Diese Definition erlaubt eine differenzierte, an objektiven Kriterien zu messende Zuordnung verschiedener sozialer Gruppen und Milieus zu den tatsächlichen sozialen Haupttriebkraften. Daher ist G. Stiehler auch zuzustimmen, wenn er auf den "gemeinsamen sozialen Existenzmerkmalen" von Klassen beharrt und diese trotz der fortgeschrittenen Ausdifferenzierung der modernen kapitalistischen Klassenstrukturen gegenüber Becks These vom "Kapitalismus ohne Klassen" als dominierende Faktoren der Klassenzugehörigkeit ansieht.¹⁹

Kapitalismus und Strukturwandel: Verschwindet die Arbeiterklasse?

Auch eine so anerkannte wissenschaftliche Autorität wie J. Kuczynski gehört seit langem zu den Theoretikern, die eine Orientierung auf die Arbeiterklasse als ein Hinterherhinken hinter den tatsächlichen Auflösungsprozessen in der Arbeiterklasse ansehen. J. Kuczynski schreibt z. B. 1993: "... die Arbeiterklasse befindet sich heute in Auflösung, und dieser Auflösungsprozeß schreitet ständig fort. So wie die Maschine die moderne Arbeiterklasse ins Leben gerufen hat, so läutet der Computer ihr Ende ein. Mehr als 200 Jahre lang gab es in der kapitalistischen Gesellschaft Arbeiter als einfache Handarbeiter - eine Schicht in der Bevölkerung unter anderen. Sodann, als die Hand nicht mehr produzierte, sondern zum Betrieb der produzierenden Maschine benutzt wurde, formierten die Arbeiter sich zu einer Klasse. Als aber die Hand, die die Maschine bediente, durch den Computer, durch Elektronik ersetzt wurde, begann die Arbeiterklasse sich als Klasse wieder aufzulösen. In nicht ferner Zukunft werden wir wieder eine kapitalistische Gesellschaft mit den Kapitalisten als herrschende

¹⁸ W.I. Lenin, Die große Initiative, in: LW Bd. 29, S. 410.

¹⁹ G. Stiehler, Klassen - Totalität und Subjektivität, in: Z 25, S. 27ff.

Klasse und natürlich auch noch mit Arbeitern, aber ohne Arbeiterklasse im Sinne von Marx, Engels und Lenin, haben..."²⁰

J. Kuczynski steht mit dieser Einschätzung der Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse nicht allein da. Das neue Brockhaus/dtv-Lexikon von 1995 bringt z.B. unter dem Stichwort "Arbeiter" folgende Erläuterungen zum Strukturwandel innerhalb der Arbeiterklasse: "Die Zahl der A. geht seit dem Ende des 19. Jh. in Dtl. kontinuierlich zurück: 1882 waren 57,4% aller Erwerbstätigen A., 1925 nur noch 50,2%, 1965: 48,6%, 1970: 43,0% und 1991: 38,9%. Die Abnahme ist eine Folge des techn. und wirtschaftl. Wandels, der sich in der Zunahme der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich deutlich ausdrückt (1950:32,7 %, 1983: 53,3%). Der A. als berufliche Basisfigur einer proletarisierten Industriegesellschaft verliert damit an Gewicht und kann auch wegen der zunehmenden qualifikatorischen Annäherung an Beamte und Angestellte zumindest auf dem Facharbeiterniveau nicht mehr als eigene Gesellschafts-klasse ausgewiesen werden."²¹

Diese Daten sind im einzelnen sicher hinterfragbar. Es gibt Statistiken, die ein langsames Abnehmen der Arbeiterzahlen ausweisen.²² Das ist jedoch nicht so entscheidend. Der Arbeiteranteil ist, und das ist das Primäre, bereits seit Jahrzehnten (und nicht erst seit wenigen Jahren), bedingt durch die massenhafte Einsetzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, rückläufig. Zeitgleich und umgekehrt proportional zu den sinkenden Arbeiterzahlen wuchs der Angestelltenanteil ständig. Laut Angaben von L. Winter stieg ihr Anteil an den Beschäftigten von 22,5% (1950) über 31,5% (1961) und 32,9% (1965) auf 36,3% (1971) bis schließlich auf 44,9% (1987). Zum Vergleich: 1987 waren es 44,9% Angestellte gegenüber 44,4% Arbeitern; d.h. erstmals war 1987 in der Geschichte des deutschen Kapitalismus der Angestelltenanteil höher als der Arbeiteranteil.²³

Ich kann in der Verschiebung zwischen Arbeiter- und Angestelltenanteil aber kein grundsätzliches Problem für die marxistische Klassentheorie sehen, das zu irgendwelchen Revisionen oder Abstrichen Anlaß böte. Es bestätigt sich damit vielmehr eine bereits von Lenin formulierte Erkenntnis: "Der Kapitalismus erhöht auf allen Gebieten der Volksarbeit mit besonderer Schnelligkeit die Zahl der Angestellten, seine Nachfrage nach Angehörigen der Intelligenz wird immer größer."²⁴

²⁰ J. Kuczynski, "Nicht ohne Einfluß. Macht und Ohnmacht der Intellektuellen", Köln 1993, S. 136/137.

²¹ dtv-Lexikon, Bd. 1, München 1995, S. 49/250.

²² L. Winter, Klassen und soziale Schichten im Kapitalismus der Gegenwart, Berlin 1989, S.42.

²³ Ebd.

²⁴ W.I. Lenin, Rezension. Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, in: Werke Bd.4, S. 196.

Was heißt denn eigentlich "Arbeiterklasse"?

Wie schon früher zitiert J. Kuczynski auch in seinen neuen Publikationen (vgl. auch die Diskussion zwischen ihm und R. Steigerwald in der "uz" vom 24.11.1995, S. 15) bei seiner Definition von "Arbeiter" bzw. "Arbeiterklasse" gern eine Passage aus Lenins Arbeit "Die große Initiative", um seine These abzustützen, daß auch Lenin unter "Arbeiter" nur einen sehr eng auf den industriellen Sektor beschränkten Typ des manuell tätigen kapitalistischen Lohnarbeiters verstanden hätte. Damit begründet J. Kuczynski auch seine jetzige Schlußfolgerung von der "Auflösung der Arbeiterklasse." Die Lenin-Passage lautet: "Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werk tätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozeß des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und die Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampf für die Aufhebung der Klassen."²⁵

J. Kuczynski hätte auch gut und gern die anschließende Passage hinzufügen können, weil Lenin darin noch einmal den vor allem politisch bedeutsamen Unterschied zwischen dem allgemeinen Begriff "Werk tätige" und dem spezifischeren des industriellen Proletariats fixiert. "Anzunehmen, daß alle 'Werk tätigen' gleichermaßen zu dieser Arbeit fähig sind, wäre eine völlig hohle Phrase oder die Illusion eines vorsintflutlichen, vormarxischen Sozialisten. Denn diese Fähigkeit ist nicht an sich gegeben, sondern sie erwächst historisch und erwächst nur aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion. Diese Fähigkeit besitzt bei Beginn des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nur das Proletariat."²⁶

Haben aber Marx, Engels, Lenin tatsächlich nur die unmittelbar in der materiellen Produktion der Großindustrie Beschäftigten und sonst nichts als "Arbeiterklasse" verstanden? Es fehlt hier der Platz, um die Entwicklung des Begriffs "Arbeiterklasse" und ihrer verschiedenen Gruppierungen (von den "Randschichten" bis zum "Kern") bei den marxistischen Klassikern zu behandeln. Die Diskussion, die dazu z.B. zwischen J. Kuczynski und H. Handke Anfang der 80er Jahre geführt wurde, oder auch die Darstellung der konkreten Entwicklungsetappen der Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts von den proletarisierten Handwerksgehlen bis hin zum industriellen Proletariat in der maschinellen Großproduktion²⁷, ist m.E. sehr aktuell. Es wäre äußerst lohnenswert, diese noch einmal näher zu behandeln und auf dem Hintergrund weiterer aktueller Verschiebungen zwischen Dienstleistungssektor und industriellem Sektor zu diskutieren.

²⁵ W.I. Lenin, Die große Initiative, a.a.O., S. 409/410.

²⁶ Ebd., S. 411.

²⁷ J. Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Bd. 3, Köln 1981, S. 72-102, und Bd. 4, S. 84-170.

Ich bin mit H. Handke der Meinung, daß J. Kuczynski in seinem absolut richtigem Bestreben, ein Ausufer des Arbeiterklassenbegriffs zu verhindern, zu einer Verengung nur auf das industrielle Proletariat kommt, das (natürlich) auch nur einen bestimmten zeitlichen Zustand der Produktivkraftentwicklung verkörpert hat.

Für die Marxsche und Leninsche Klassendefinition des modernen Proletariats - unabhängig, ob sie 1848 oder 70 Jahre später formuliert wird - bleibt das bestimmende Hauptkriterium für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse der Lohnarbeiterstatus und die direkte Beteiligung an der Mehrwertproduktion, aber auch an der Mehrwertrealisation.

Bei J. Kuczynski wird m.E. nicht berücksichtigt, daß z.B. auch der Teil des Proletariats, der als "kommerzieller Lohnarbeiter" tätig ist, in seiner Funktion der Mehrwertrealisierung Quelle des Profits für das nichtindustrielle Kapital ist. Profit entsteht nicht nur in der unmittelbaren Mehrwertproduktion im Rahmen der materiell-stofflichen Produktion, den sich dann der industrielle Kapitalist aneignet. Profit wird auch durch die Aneignung der (unbezahlten) Mehrarbeit des kommerziellen Lohnarbeiters durch den Handelskapitalisten gemacht.²⁸

Deshalb ist auch der Status der Lohnarbeit für die Definition des Proletariats bei Marx und Engels das Entscheidende. Damit wird aber natürlich noch nichts über die sozialen und ideologischen Differenzierungsprozesse innerhalb der Klasse gesagt - insbesondere nichts über die Unterschiede zwischen industriellem und nicht-industriellem Proletariat, auch nichts über die Bedeutung von "Kern" und "Randgruppen", Arbeitern und Angestellten und die Einordnung der "lohnabhängigen Mittelschichten". Bei diesen Differenzierungen, die auch in der Z-Diskussion im Vordergrund stehen, handelt es sich aber primär um Prozesse innerhalb einer Klasse, nicht um das "Verschwinden" dieser Klasse. Marx und Engels bezeichneten als entscheidendes Kriterium der Arbeiterklassenzugehörigkeit nicht die Art und Weise, die äußere Form der konkreten Tätigkeit (Hand- oder Maschinenarbeit in der industriellen Produktion). Das strukturelle und grundsätzlichere Merkmal der Zugehörigkeit zur modernen Arbeiterklasse ist der Nichtbesitz an Produktionsmitteln, der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten zum Zwecke der Kapitalverwertung. Deshalb ist auch die Engels-Fußnote zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifest von 1888 nicht einfach nur eine Marginalie, sondern erfaßt noch einmal das Wesentliche der Marxschen Klassendefinition: "Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eige-

²⁸ K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Frankfurt/M. o.J., S. 592/593.

nen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können."²⁹

Die Klasse formiert sich im Kampf

Weder für Marx noch für Lenin war die Haltung zur Arbeiterklasse das Resultat einer romantischen Verklärung. Natürlich kannten sie den Unterschied zwischen objektiver revolutionärer Potenz der Klasse und tatsächlichem, mühsamem Kampf um die Herausbildung von Klassenbewußtsein. Auch Lenin sprach häufig über die innere Differenziertheit der Klasse, über unterschiedliche Interessen und Gegensätze in der Klasse, je nach Stellung innerhalb der Hierarchie der Produktion, nach eigenem Anteil an den sozialen und finanziellen Zugeständnissen durch die Unternehmer, nach unterschiedlicher religiöser und sogar landsmannschaftlicher Zugehörigkeit. Durch diese Faktoren wird die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse immer wieder erschwert. Die Arbeiterklasse ist - so Marx in dem bekannten Wort - nur dann revolutionär, wenn sie von der "Klasse an sich" zur "Klasse für sich" wird.

Nicht anders sah es Lenin (und ich füge hinzu: auch Stalin). Lenin sagte: "Das Proletariat ist nur insofern revolutionär, als es sich dieser Idee der Hegemonie bewußt ist und sie in die Tat umsetzt. Der Proletarier, der sich dieser Aufgabe bewußt geworden ist, ist ein Sklave, der sich gegen die Sklaverei erhoben hat. Der Proletarier, der sich der Idee der Hegemonie seiner Klasse nicht bewußt geworden ist oder diese Idee verleugnet, ist ein Sklave, der seinen Sklavenzustand nicht begreift; im günstigsten Fall ist er ein Sklave, der für die Verbesserung seines Sklavenzustands, nicht aber für die Beseitigung der Sklaverei kämpft."³⁰

Es ist eine Binsenweisheit, daß die Arbeiterklasse (besonders) in Deutschland in diesem Jahrhundert nicht immer und nicht sehr häufig demonstriert, welche gesellschaftlich verändernden Kräfte in ihr schlummern. Doch wer hat die deutsche Monarchie gestürzt, den 1. Weltkrieg beendet und die Republik in Deutschland durch die Novemberrevolution 1918 erkämpft? Wer hat 1920 diese Republik gegen den Kapp-Putsch verteidigt? Welche soziale Klasse hat die meisten Opfer im Kampf gegen den Faschismus gebracht?

War es nicht jedesmal die Arbeiterklasse? Es waren weder die aufgeklärten Teile der Bourgeoisie noch die Mittelschichten oder die Intelligenz, die zahlenmäßig auch nur annähernd in diesen historischen Knotenpunkten vor 1945 politisch so viel bewirkten wie die organisierte Arbeiterbewegung - und darin vor allem die Kommunisten.

²⁹ K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 462.

³⁰ W.I. Lenin, "Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie", in: Lenin Werke Bd. 17, S. 219.

Welche Kraft die Arbeiterklasse entwickeln kann, haben wir auch in der alten und in der neuen Bundesrepublik mehrfach erleben können. Ich denke an die frühen 50er Jahre mit den großen Protestaktionen gegen die geplante Remilitarisierung, die innerhalb der Gewerkschaften zur Ablösung sogar des DGB-Vorsitzenden Fette führte, der die Gewerkschaften offiziell auf die Seite der Wiederaufrüster führen wollte. Oder an die Anti-Atombewegung in der 2. Hälfte der 50er Jahre. Man denke aber auch an den wochenlangen Streik der Metall- und Hafenarbeiter Norddeutschlands, die in den 50ern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erzwangen, die nun vierzig Jahre später wieder ausgehöhlt werden soll. Auch die großen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze sind nicht ohne den Beitrag der organisierten Arbeiterbewegung möglich gewesen. Die starken Impulse, die von den September-Streiks 1969 ausgingen, habe ich bereits erwähnt. Die großen Protestbewegungen in den Betrieben 1972, als es darum ging, die Ost-Verträge und die Brandt-Regierung gegen den geplanten kalten Putsch der Barzel und Strauß zu verteidigen, haben "Geschichte" gemacht. Auch die letztlich doch beeindruckende Beteiligung des DGB, vieler Einzelgewerkschaften und betrieblicher Friedensinitiativen gegen die Pershing II und Cruise Missile mit dem faktischen Aufruf zu einer Art von Generalstreik (die fünf "Mahnminuten") im Oktober 1982 dürfen nicht vergessen werden.

Und wer hat denn in den vergangenen Jahren wenigstens den Versuch unternommen, dem reaktionären Kahlschlagkurs und der Installierung eines neuen Manchesterkapitalismus entgegenzutreten? Wer hat den Kurs des weiteren massiven Reallohnabbaus wenigstens im Ansatz etwas abgebremst? Es war auch nach 1945 immer die organisierte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die einen entscheidenden Teil zur Durchsetzung von sozialen und politischen Fortschritten herbeigeführt hat.

Nicht immer so konsequent und kraftvoll, wie wir Marxisten und Kommunisten es für nötig hielten und halten. Immer wieder abgebremst von den starken Kräften, die auf einen Frieden und eine Partnerschaft mit dem Kapital setzen - sei es in Form von "Konzernierten Aktionen", "Gesellschaftsverträgen" oder in Form der "Bündnisse für Arbeit".

Aber es gäbe heute doch längst nicht so viel zu verteidigen, wenn nicht vorher die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung so viel Verteidigenswertes erstritten hätte und wenn nicht auch dabei die Existenz der sozialistischen DDR als eines unsichtbaren, aber wirkungsvollen "3. Tarifpartners" eine unterstützende Funktion gehabt hätte.

Unverzichtbar: die Kommunistische Partei

Die DKP sagt in ihren "Thesen zur programmatischen Orientierung" deutlich, daß der Prozeß der Entwicklung von Klassenbewußtsein schwierig und widersprüchlich verläuft. Heute ist dies noch bedeutend schwieriger als zu Zeiten Lenins. Die sozialen Umschichtungen in der Arbeiterklasse,

die wachsende Individualisierung und Vereinzelung, die Wirkung der modernen Massenmedien, der Zerfall traditioneller kultureller und sozialer Milieus, das alles untergräbt das Bewußtsein einer gemeinsamen Klassenzugehörigkeit. Wir wissen dies und versuchen dem Rechnung zu tragen.

"Die DKP handelt ... als kämpferische Partei der Arbeiterklasse im Bewußtsein des unversöhnlichen Gegensatzes von Kapital und Arbeit, selbst wenn die Masse der Arbeitenden sich noch nicht an der Klassenfrage orientiert. Ihre besondere Aufgabe ist es, Klassenbewußtsein zu entwickeln und zum sozialistischen Bewußtsein weiterzuführen. In diesem Einsatz liegt ihre politische Wirkung, durch ihn muß sie die Massen überzeugen, dabei muß sie sich auf die ganze Arbeiterklasse in ihrer Klassengemeinsamkeit richten."³¹ Das ist und bleibt die wichtigste Funktion einer Kommunistischen Partei; diese Aufgabe wird und kann von keiner anderen Organisation ersetzt werden.

³¹ Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP, beschlossen vom Mannheimer Parteitag 1993, S. 11-12.

Waltraud Seidel-Höppner

Wilhelm Weitling zum Dilemma sozialistischer "Versuche inmitten der herrschenden feindlichen Verhältnisse"

Im Juni 1854 veröffentlicht Wilhelm Weitling in seiner New Yorker Zeitschrift eine kritische Bilanz seines fünfzehnjährigen Mühens um eine sozialistische Umwälzung. Sie beansprucht mehr als historisches Interesse, zumal sie in markanten Punkten moderne Ursachensuche für das Scheitern des sozialistischen Weltsystems vorwegnimmt.¹ In Weitlings scharfsichtigem Ausloten der Diskrepanz zwischen dem theoretisch verfochtenen Ideal, mit dem er und die Seinen ursprünglich angetreten waren, und dem, was sich davon in der kapitalistischen Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts durchsetzen ließ, stoßen wir auf Erfahrungen unserer Tage; und das nicht nur im Nebensächlichen.

Weitlings Analyse stützt sich auf zwei Jahrzehnte praktische Erfahrung in der europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung und intensive Studien sozialistischer Communities in den USA. Den Einblick in deren Geschichte und soziokulturelle Verfassung gewann er teils aus eigener Anschauung, teils aus mündlichen und schriftlichen Zeitzeugnissen. Die reifsten Einsichten in immanente Entwicklungsprobleme sozialistischer Gemeinwesen und schwer vermeidbare Deformationen des sozialistischen Ideals unter den objektiven Zwängen der kapitalistischen Umwelt schöpfte er aus seinen Erfahrungen in der deutschen Kolonie Communia (Iowa), die sich seinem Arbeiterbund im Oktober 1851 angeschlossen hatte und ihn vier Jahre später in den eigenen Niedergang verstrickte.

Gleich allen Sozialisten hatten ihn Communities als soziale Laboratorien besseren menschlichen Zusammenlebens stets brennend interessiert, auch wenn er, anders als Owenisten und Fourieristen, die ihnen zugedachte Beispielwirkung und Hebelfunktion einer allgemeinen sozialen Umwälzung anzweifelte. Von Anbeginn beurteilte er kleine Gemeinwesen als höchst problematische Strategie.² 1853 schreibt er: "Ich habe nie das große Prinzip auf den Erfolg einer Kolonie gegründet. Ich habe immer höhere, ausgedehntere Kreise, habe immer den totalen Umschwung der Gesellschaft als die Grundbedingung der Einführung des Kommunismus angenommen. Der in einer Kolonie mögliche Kommunismus wird nie die

¹ (Wilhelm Weitling) "Vorbild und Wirklichkeit", in: Republik der Arbeiter, Centralblatt für die Verbrüderung der Arbeiter. Gründer und Redakteur: Wilhelm Weitling. New York, 5. Jg., No. 26; 24. Juni 1854, S. 201-204. Unveränderter Neudruck: Hrsg. Gian Mario Bravo, Vaduz/Liechtenstein 1979.

² Siehe hierzu: Waltraud Seidel-Höppner, "Weitling über Auswanderung und Kolonisation" in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 37. Jg. 1989, Heft 11, S. 1008-1011.

Vorteile gewähren, welche nach dem Sturze der Macht des Kapitals einem Volke möglich sind."³ Auch in den USA bewertet er die Integration sozialistischer Kolonien in die soziale Bewegung lediglich als ein Element neben anderen Emanzipationsformen, die er allesamt der politischen Bewegung unterordnet.

Seine sozialistische Haltung stützt sich auf seine Auffassung vom Systemcharakter der kapitalistischen Ordnung, deren Übel man mit der Wurzel beseitigen müsse, wenn man dem arbeitenden Volk dauerhaft helfen wolle. Sie entwuchs seiner Analyse der wechselseitigen Verflechtung aller Daseinsbereiche der herrschenden Gesellschaftsordnung, die die theoretische Vorarbeit französischer Sozialisten aufgriff. Erstmals in Deutschland verallgemeinerte er die sozialen, politischen und kulturellen Folgen der kapitalistischen Umwälzung für das arbeitende Volk. Das Grundübel sah er in einer auf Kapital- und Geldbeziehungen gegründeten Gesellschaftsorganisation. Deren soziale Ungleichheit deformiert alle sozialen Bindungen. Er sondierte die Beziehungen von Eigentum, Geld und Macht und stellte fest, daß Hab- und Machtgier seit eh und je Hand in Hand gehen. Das Eigentumsmonopol erlaubt der herrschenden Minorität Politik, Recht, Moral, öffentliche Meinung, Wissenschaft und Technik ihrem egoistischen Privatinteresse zu unterwerfen und nationalem Egoismus und skrupelloser Profitgier ganze Völker zu opfern.

Zugleich prüfte Weitling die liberalen und bürgerlich-demokratischen Rezepte, mit denen das Bürgertum die menschenfeindliche Natur der freien Konkurrenz ökonomisch und politisch zu bändigen hoffte. Er lehnte ihre Reformprojekte nicht ab, hielt sie jedoch für unzureichend und fand - angesichts des in England, Frankreich und den USA in sozialer Hinsicht Erreichten - ihren Anspruch, individuelles und gesellschaftliches Interesse durch das freie Spiel der Kräfte zu synchronisieren und das immanent Unsoziale einer vom egoistischen Profitstreben diktierten Produktionsweise über parlamentarische Hebel gesetzgeberisch zu humanisieren, widerlegt. Das Fortschrittsträchtige kapitalistischer Produktionsweise sah er durchaus; ebenso die Vorzüge einer parlamentarischen Republik; aber er gewährte auch die Schranken, auf die Wissenschaft und Technik ebenso wie soziale, politische und kulturelle Ansprüche stoßen, sobald sie mit dem Eigentümerinteresse kollidieren, und sah in solchem Konflikt das Gemeinwohl stets dem Profitinteresse geopfert. Den bürgerlichen Demokraten, die soziale Reformen vom Prinzip der Volkssouveränität erhofften, hielt er entgegen, daß auch in einer bürgerlichen Demokratie soziale Unabhängigkeit und politische Mitbestimmung an Eigentum und Geld gebunden sind. Solange Reichtum, Bildung und Information das Monopol einer besitzenden Minderheit seien, bleibe die Wahrnehmung geltender politischer Rechte für die Masse des Volkes mehr oder minder illusorisch.

³ (Wilhelm Weitling) "Die vierte Epistel der Ikarier an W. Weitling", in: Republik der Arbeiter, 19. März 1853, S. 90.

Auf dieser Gesellschafts- und Ideologiekritik fußte Weitlings Einsicht, daß man ein System grundlegend verändern müsse, das mit sozialer Ungleichheit gesellschaftliche Zwietracht, politische Entrechtung, kulturelle Benachteiligung und moralische Verderbnis hervorruft. Sobald Verfügung über Eigentum dem Gemeinwohl schade, müsse es dem Gemeininteresse überantwortet und der Kontrolle der gesamten Gesellschaft unterworfen werden. Demgemäß entwarf er in seiner Programmschrift *Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte* (1838) und seinem Hauptwerk *Garantien der Harmonie und Freiheit* (1842) das Modell einer diesem Ideal entsprechenden Organisation, in der alle Mitglieder gemäß ihren Fähigkeiten und Neigungen gleichermaßen an den Obliegenheiten der Gesellschaft teilhaben sollten und dafür nach Bedarf und Geschmack ihre materiellen und kulturellen Bedürfnisse befriedigen könnten. Solche Modelle, von den Arbeitern der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts als "Beweis" für die Lebensfähigkeit eines besseren Gemeinwesens ungestüm verlangt, gerieten notgedrungen utopisch und wurden samt und sonders verworfen, sobald sie vorlagen.

An der Gewähr gleicher Entwicklungschancen für *alle* maß Weitling schon 1842 die emanzipatorische Effizienz genossenschaftlicher, kommunitarischer u.a. Befreiungsstrategien. Zu ihrer Prüfung empfahl er drei Kriterien; Soll eine Assoziation die Lage der zahlreichsten und ärmsten Klassen verbessern, muß sie 1. "großartig und allgemein sein [...] Jeder muß die Freiheit und Mittel haben, sich [ihr] anschließen zu können"; 2. "muß [sie] allen ihren Mitgliedern ohne Unterschied eine gleiche Lebenslage gewähren"; 3. muß man darin "freier und angenehmer leben können als in der vereinzelt Gesellschaft."⁴

Eine solche dem Interesse der übergroßen Mehrheit entsprechende Gesellschaftsordnung erschien Weitling wie anderen Sozialisten seiner Zeit durchaus erlangbar, sobald das Volk begriffe, daß es als Produzent allen Reichtums "lediglich" der Verfügungsgewalt darüber bedürfe, um Herr des eigenen Geschicks zu sein. Sobald es dies einmütig wolle, sich dazu organisiere und sich geistig und politisch dafür ausrüste, könne nichts fehlen. Diese Konzeption, die das als vernünftig Erkannte jederzeit für realisierbar hielt, neigte an den Nahtstellen zur Politik zum Voluntarismus. Gleichwohl entwachsen dieser Überzeugung Mitte des 19. Jahrhunderts die gewaltigen organisatorischen und bildungspolitischen Anstrengungen der frühen Arbeiterbewegung im damaligen Europa. Die jeweils bevorzugten Strategien einzelner sozialistischer Wortführer fielen unterschiedlich aus. Weitling wollte das arbeitende Volk anfänglich auf politischem Wege zur Macht bringen. Er erwog in bürgerlich-liberalen Ländern den Weg über die Organisation einer politischen Partei, die das Volk aufklärte und ihm half, in demokratischen Wahlen eigene Vertreter ans Staatsruder

⁴ Wilhelm Weitling, *Garantien der Harmonie und Freiheit* (Vivis 1842). Mit einer Einleitung und Anmerkungen von Bernhard Kaufhold, Berlin 1955, S. 247.

zu bringen. In autoritär und despotisch regierten Staaten sollte diese im Untergrund tätige Avantgarde dem Volk helfen, die nächste Revolution zu einer sozialen Revolution weiter zu treiben. Reformer wie Revolutionäre bauten fest auf die Macht der aufgeklärten, organisierten, einmütigen Mehrheit und waren sich darin einig, daß der einmal entfachte Freiheitsfunke über kurz oder lang alle übrigen unterdrückten Völker des Erdballs für die Freiheit entflammen und weltweit jedweder politischen Unterdrückung und sozialen Ausbeutung den Boden entziehen werde.

Doch die Ergebnisse der politischen Arbeit dämpften spätestens Mitte der vierziger Jahre solche himmelstürmenden Erwartungen und nährten allenthalben Zweifel an der erwogenen Strategie. Selbst in liberal verfaßten Ländern wuchs die Organisation viel langsamer als erwartet. Bürgerliche Pressefreiheit galt nicht ohne weiteres für kommunistische Wortführer des arbeitenden Volkes. Ihre Kritik der Schranken bürgerlicher Freiheit wurde als freiheitsfeindlich diffamiert, ihr NEIN zum sozialen Status quo als ordnungsfeindlich kriminalisiert, Koalitions- und Assoziationsrecht wurden teils gedrosselt, teils unterbunden. Selbst in der liberalen Schweiz büßte Weitling für ein noch unveröffentlichtes Manuskript mit Gefängnis und Ausweisung. Das Schlimmste: Den Arbeitern ließ die Sorge um das tägliche Brot weder Zeit noch Kraft und Sinn für politische Bildung, Organisation und soziale Umwälzungsvorhaben. Die erforderliche Einmütigkeit ließ sich oft genug nicht einmal innerhalb der Vereine herstellen. Das Unvermögen, eine effektive Strategie und Taktik der proletarischen Emanzipation zu finden, führte letzten Endes zum Zerwürfnis mit den Londoner und Brüsseler Gefährten. Sein rationalistisches Denkmodell, das eine vernunftgemäße Ordnung einer erwiesenermaßen mangelhaften allemal vorzog, verweigerte sich zunächst der auf ökonomischen Determinanten fußenden Einsicht von Marx und Engels, im damaligen Deutschland vorerst für eine Ordnung zu kämpfen, deren Freiheiten er soeben hinter Gittern "genossen" hatte.

Weitling, uneins mit sich und den Genossen, sah sich 1846 erstmals vor dem Scherbenhaufen seines politischen Mühens und versuchte einen Neuanfang in Amerika. Er organisierte die dortigen deutschen Arbeiter, meist ehemalige Bundesmitglieder, 1847 in seinem *Befreiungsbund*, nach 1850 im *Arbeiterbund*.⁵ Die Revolutionserfahrungen von 1848/49 bestimmen die programmatischen, organisatorischen und strategischen Unterschiede beider Bünde. Zwar verfolgten beide ein Selbsthilfeprogramm zu einer *Republik der Arbeiter*, die den Arbeitsfähigen Arbeit und den Alten, Kranken und Invaliden ausreichenden Lebensunterhalt garantieren sollte. Jedoch wollte Weitlings *Befreiungsbund* 1847 in Amerika und 1848/49 in Deutsch-

⁵ Siehe hierzu: Hans-Arthur Marsiske, *Eine Republik der Arbeiter ist möglich. Der Beitrag Wilhelm Weitlings zur Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika 1846-1856*, Hamburg 1990. Den jüngsten Forschungsstand vermittelt die biographische Skizze: Waltraud Seidel-Höppner, *Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken*, Mitteilungen 12, Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig² 1994

land auf dem Weg demokratischer Wahlen zu einer roten Republik gelangen. Nachdem man sich in Westeuropa erfolglos bemüht hatte, Arbeitervertreter in Parlamente zu bringen oder dem bürgerlichen Parlament wenigstens ein Sozialparlament zur Seite zu stellen, das die Belange des arbeitenden Volkes vertrat, ging der *Arbeiterbund* andere Wege. Er knüpfte am Modell der *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung* an und erstrebte größtmögliche Breite und Vielfalt der sozialen Bewegung. Unter seinem politischen Dach koordinierte er mit der Monatszeitschrift *Die Republik der Arbeiter* (1850-1855) sämtliche Aktivitäten der in allen größeren nordamerikanischen Städten tätigen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter. Er kümmerte sich um Organisation, Propaganda, Mitgliederwerbung, Arbeitsbeschaffung sowie Unterstützung bei Krankheit, Invalidität und Alter. Er erfaßte (vorgewerkschaftliche) Gewerbevereine, allgemeine Arbeitervereine, Genossenschaften, Kolonien und Gewerbetauschbanken, um sie programmatisch zu synchronisieren. Das Neue an Weitlings Strategie: Die Arbeiterbewegung sollte sich als wirtschaftliche Gegenmacht zum Kapital konstituieren, um sich, darauf gestützt, politische Geltung zu verschaffen.

Vom Owenismus angeregt und von der in den USA jedem Unternehmen möglichen Papiergeldemission begünstigt, wollte er die Bewegung ökonomisch auf eine Arbeiter-Produkten-Tauschbank mit Kleinstaktien und Arbeitsgeld gründen. Autonome Organisation des Austauschs sollte die Kleinproduzenten aus der Abhängigkeit des Großhandelskapitals lösen und gegen die Konkurrenz der Großindustrie wappnen. Die Rohstoffe sollten en gros beschafft, die Produkte dank der eingesparten Großhandelsspanne verbilligt, der Warenabsatz gesichert und der Überschuß in eigenen Unternehmen angelegt werden. Weitling dachte an Landkauf, bundeseigene Unternehmen und Siedlungen, die sich nach und nach zu Arbeiterstädten und schließlich zur *Republik der Arbeiter* als selbständigem Bundesstaat der USA entwickeln und der übrigen Welt als Beispiel dienen könnte. Genossenschaften und Kolonien böten Stützpunkte der Tauschbankoperationen. Die Kolonie *Communia* könnte als ausbaufähiger Kern der künftigen größeren Ansiedlung, als solide Anlagensphäre des Altersrentenfonds und als Heimstatt für die Veteranen dienen. Sein Versuch, gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung mit genossenschaftlichen und kommunitarischen Strömungen sowie land- und währungsreformerischen Bestrebungen in einem breiten antikapitalistischen Strom auf ein gemeinsames Ziel zu konzentrieren, sucht seinesgleichen.

Das Projekt entsprach dem existentiellen Interesse und der Kleinproduzentenmentalität der deutschen Emigranten. Es fand begeisterten Zuspruch, überforderte aber die materiellen Möglichkeiten der Mitglieder und unterschätzte die Macht des kapitalistischen Umfelds. Einigen Wenigen gelang der Sprung zum selbständigen Unternehmertum; der Masse der vom Großkapital erdrückten proletarisierten Kleinproduzenten blieb - wie Weitling selbst - kaum genug zum Leben. Die hoffnungsvolle, aber

sehr schnell - wegen der Verwendung der Mittel - konfliktgeladene Beziehung zwischen *Arbeiterbund* und Kolonie endete in einem Fiasko: Die Kolonie ruinierte den *Arbeiterbund* materiell; die Reibereien entmutigten die Mitglieder; der Bund zerfiel, obschon er auf seinem Höhepunkt zwanzig lokale Bundesgemeinden vereinigte. Weitling war mit einem grandiosen Alternativprogramm angetreten, um die politischen Freiheiten und riesigen unbebauten Ländereien zur Emanzipation zu nutzen; er hatte Tausende dafür gewonnen und bitter enttäuscht. 1854/55 mußte er ohnmächtig einsehen, wie sein Traum einer *Republik der Arbeiter* auf dem Mahlstein der kapitalistischen Marktwirtschaft zerstob, und grübelte über die Ursachen des Desasters. Was seiner Scharfsicht entging: Der gleiche Mahlstein zerrieb eben jene soziale Basis, die ihn selbst hervorgebracht, aus der sich seine Bewegung rekrutiert, für die er seine Pläne eronnen hatte.

Seine Bilanz von 1854 ortet schonungslos die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit. Sie sucht die Gründe des Zusammenbruchs der Bewegung nicht mehr wie noch seine Analyse des Scheiterns der Revolution von 1848/49 vorwiegend in einem Versagensregister der Politiker, sondern im Mißverhältnis zwischen Wunschdenken und objektiven Bedingungen. Weitling benennt unumwunden drei illusionäre Prämissen seiner Sozialismuskonzeption, die die historische Wirklichkeit ad absurdum führte, wiewohl sie noch die Problemlage des 20. Jahrhunderts prägen werden. Das sind: 1. Eine "die ganze Menschheit umfassende sociale Organisation" im Ergebnis des Siegs einer alle Völker mitreißenden Weltrevolution - eine Implikation, die er mit den meisten sozialen Vormärzrevolutionären teilte - 2. Eine mindestens fünfzigjährige Übergangsperiode, in der sowohl objektiv "alles Alte überwunden", als auch mental, in der heranwachsenden Generation, die alten Gewohnheiten "abgestreift" worden wären. 3. Die "Schaffung einer Parthei unsers Vorbildes", der es vergönnt gewesen wäre, ungehindert sozialistische Grundsätze zu lehren und - eins in Wort und Tat - sich für die "Verwirklichung unsers Vorbildes" einzusetzen.

Weitling zieht daraus Rückschlüsse auf die Selbstbehauptungschance eines Volkes, das seine sozialistische Umwälzung isoliert "inmitten der herrschenden feindlichen Verhältnisse" begänne. Die vorgesehene Konstitution einer völkerumspannenden Menschheitsfamilie hätte der Emanzipation ganz andere Dimensionen eröffnet als die "kümmerlichen mittellosen Versuche" inmitten der kapitalistischen Umwelt. In einem "socialistisch organisierten und unter den andern Staaten isoliert dastehenden Staat" stößt die Verwirklichung völlig neuer Grundsätze von Produktion, Austausch und Verteilung unvermeidlich auf gravierende Einschränkungen, die die ökonomischen Vorteile eines sozialistischen Gemeinwesens erheblich schmälern. Das Dilemma betrifft alle Daseinssphären: Politik ebenso wie Ökonomie und Moral in wechselseitiger Verflechtung. Zu Störfaktoren der inneren Organisation gehören "enorme Ausgaben für Verteidigung", ökonomische Zugeständnisse an die eigentumsrechtlich anders organisierte Außenwelt. Der Export würde der eigenen Bevölkerung begehrte Mangelgüter

ter entziehen; zudem verlöre das Land jährlich durch "Auswanderung 100 000 kräftige junge Menschen"; von den für deren Erziehung und Ausbildung aufgewendeten Kosten profitierte allein das Einwandererland. "Eine sozialistische oder kommunistische Regierung [] wird genötigt sein, die Auswanderung einzuschränken". Das alles aber samt der "Kosten stehender Heere, Flotte, Grenzfestungen und einer Armee von Grenzjägern und Mauthbeamten" müßte im Volke Unzufriedenheit erregen und nähren und würde die "jungen Freiheiten und Institutionen des Landes ... nach innen und außen" bedrohen. Die gebotene Rücksicht auf Duldung und Akzeptanz durch den kapitalistischen Teil der Welt birgt von vornherein im ökonomischen, politischen wie moralischen Bereich die Gefahr von Deformationen des sozialistischen Ideals. Das eigentliche Dilemma ist ein dreifaches: "Wir wollen die Macht des Kapitals brechen, aber wir müssen diese Macht in allen unseren Transaktionen mit Fremden anerkennen". Das gilt bei Zinszahlung für Kredite, bei Akzeptanz von Bedingungen, die der ökonomisch Stärkere diktiert, der über mehr Geld und bessere Spezialisten verfügt. Unvermeidlich müßten die Außenhandelspreise die Austauschbedingungen des Binnenmarktes durchkreuzen. Das Prinzip, den Produzenten den Genuß ihrer Produkte zu sichern, ist unter solchen Bedingungen nicht durchzuhalten.


Solche Deformationen von Grundprinzipien aber hinterlassen auch in der politischen Moral der Werktätigen des neuen Gemeinwesens Spuren. Ohnehin orientiert sich die Anspruchshaltung der Bevölkerung am vorgegebenen Ideal. Sie erwartet rechtens von einem sozialistischen Gemeinwesen außer sozialer Gerechtigkeit mehr Freiheit, bessere soziale Einrichtungen, höhere Bildung und Kultur. Beugt sich der Arbeitende den Bedingungen und Ansprüchen des Geldmannes nahezu widerspruchslos, akzeptiert er die im Gemeinwesen geforderte Disziplin, Arbeitsqualität und Vertragstreue sowie Reklamation mangelhafter Produkte nur höchst widerwillig. Infolgedessen erzielen kapitalistische Unternehmen mit geringeren Kosten mehr und bessere Produkte. Sie erweisen sich in der Regel als produktiver. Auf diese Weise gehen alle Vorteile gemeinschaftlicher Arbeit verloren, und das gesamte Vorhaben diskreditiert sich in den Augen seiner Teilnehmer.

Weitling bleibt ungeachtet seiner Mißerfolge zeitlebens ein Sozialist ohne Dogma. Schonungslos überprüft er die Tragfähigkeit der eigenen Prinzipien im praktischen Leben und erörtert die Probleme ohne Rücksicht auf den Hohn der Gegner in aller Öffentlichkeit; denn nur so "kommt man der Wahrheit oder dem Irrthume unserer Grundsätze und Maßregeln auf die Spur." Was Weitling vor 140 Jahren mit bemerkenswerter Hellsicht über innere Schwierigkeiten eines nach sozialistischen Gesichtspunkten organisierten Gemeinwesens beobachtet, verweist auf epochenübergreifende Gegebenheiten und Problemlagen. Was er über die Gründe von Deformationserscheinungen eines solchen Versuchs inmitten der kapitalistischen Umwelt anführt, könnte helfen, eine höchst fragwürdige Art von

Geschichtsbewältigung zu korrigieren, die allzu leichtfertig und realitätsfern in subjektivistische, ja personalistische Denkmuster entgleitet und dabei mehr als historischen Boden unter den Füßen verliert. Wer Erfahrungen von Gestern für das Verständnis von Heute und die Veränderung von Morgen nutzen will, wird nicht umhin kommen, Geschichte als sich unaufhörlich neu klüftenden Widerspruch zwischen subjektiv Gewolltem und objektiv Erreichtem zu verstehen. Hierfür bleibt der theoretische Ansatz eines Weitling, der subjektive Momente allenthalben objektiven Verhaltenszwängen einordnet, noch heute fruchtbar.

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift



Das Ende
der Sprachlosigkeit

Schwerpunkte für 1996: • Armut im Überfluß
• Liebe, Sex und Sinnlichkeit • Zweite und Dritte Welt
• Fin de Siecle • Arbeiterklasse/Marxismus

»Weg und Ziel«-Probeheft und Jahresabonnement (5 Hefte 200,- öS, 35,- DEM) zu bestellen bei »Weg und Ziel«
Trattnerhof 2/14, 1010 Wien, Tel.: 0222/533 60 23

Anmerkungen zum Problem des Nationalen¹

Zum Verhältnis von Staat und Nation zunächst ein etwas längeres Zitat: "Was ist das nun eigentlich, ein Deutscher? - Nichts anderes als ein deutscher Staatsbürger oder einer, der es werden will. Der ansässige Sproß eines chinesischen Vaters und einer nigerianischen Mutter ist ein "reinrassiger" Deutscher. Alles andere ist rassistischer Quatsch. Das Wesen des Deutschen liegt in der Staatsbürgerschaft, so sehr die äußere Erscheinung auch abweichen mag. Deutsche sind jene, die im Staatsgebiet herumvölkern, dem Rechts-, Steuer- und Gewaltmonopol unterworfen sind. Um es ganz deutlich zu sagen, die Menschen sind Ausgeburten, keine Eingeborenen. Die Abstammung ist nichts anderes als ein rassistischer Mythos. Der konkrete Mensch hat Wurzeln, keinen Stamm. Der bornierte Nationalist würde sich wundern, wüßte er, wer durch die Jahrhunderte alles für ihn herumgevögelt hat, damit er in seiner konkreten Existenz überhaupt erst zu sich kommen konnte. Ekeln müßte ihm vor diesem Potpourri der Völker und Stämme, der Nationalitäten und Religionen, die ihn da ganz unabsichtlich genetisch kreierte. Der biologische Rassismus blamiert sich also schon an seinen Exemplaren".²

Einige Bemerkungen sind dazu erforderlich: Erstens verdient diese Aussage Beachtung und Akzeptanz, insofern sie sich offensichtlich gegen die obskuren Bestimmungen des BRD-Staatsbürgerrechts wendet, nach denen Leute, die kein Wort deutsch sprechen, die BRD-Staatsbürgerschaft problemlos zugesprochen bekommen, wenn sie glaubhaft machen können, eine deutschstämmige Großmutter gehabt zu haben, während in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern und Enkelkindern von ausländischen Einwanderern diese Staatsbürgerschaft verweigert wird. Außer diesem Motiv ist freilich in der zitierten Passage nicht viel mehr zu finden, was nicht zum Widerspruch herausfordert. Die Definition der Nationalität über die Staatszugehörigkeit ist eines der verbreitetsten und übelsten Mittel der Unterdrückung von nationalen Minderheiten. Immerhin ist die BRD-Rechtsslage, indem sie Sorben oder Dänen als Angehörige nationaler Minderheiten anerkennt und sie nicht qua BRD-Staatsbürgerschaft zu

¹ Auszug aus der erweiterten Fassung eines am 18.1.96 in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e. V. in Berlin gehaltenen Vortrages. Der Text knüpft an den Beitrag des Verfassers "Ein Kunstprodukt der Moderne. Anmerkungen zur nationalen Frage" in Z 24, S. 78ff. an.

² Franz Schandl, Ein Versuch über Nation und Emanzipation, in: Neues Deutschland, 18./19. November 1995, S. 13. Im Originaldruck steht statt Deutscher Österreicher. Siehe Franz Schandl, Nation. Überlegungen zur Kategorisierung eines Begriffs, in: Gero Fischer/Maria Wölflingseder (Hg.), Biologismus, Rassismus, Nationalismus: Rechte Ideologien im Vormarsch, Wien 1995, S. 179.

Deutschen erklärt, in diesem Punkt dem Autor um Längen voraus. Unseriös und inakzeptabel ist ferner das Verfahren, das Bekenntnis zu ethnischen Quellen von Nationen als völkisch-rassistisch zu diffamieren.

Das Denkmuster, Nationen und Nationales wie hier ausschließlich oder wie bei Hobsbawm und vielen anderen namhaften Historikern vorwiegend über den Staat zu definieren, ist geprägt von der Geschichte der Nationsentstehung in Westeuropa, besonders in Frankreich, wo tatsächlich der Staat zunächst in Gestalt der absoluten Monarchie und vor allem dann in der bürgerlichen Revolution von 1789 sowie dem napoleonischen Kaiserreich entscheidenden Anteil an der Bildung der Nation und der massenhaften Entstehung und Verbreitung von französischem Nationalbewußtsein hatte. In Mittel-, Südost- und teilweise in Osteuropa dagegen dominiert ein anderer Typus der Nations- und Nationalstaatsbildung. Hier schafften sich Nationalbewegungen gegen bestehende Staaten und diese überwindend erst die ihnen gemäßen Nationalstaaten. Das gilt für Länder wie Deutschland und Italien, in denen die aus dem Mittelalter herrührende staatliche Zersplitterung fortexistierte, ebenso wie für das habsburgische, das osmanische und das russische Reich, die jeweils eine größere Zahl von Völkern und Nationalitäten umfaßten. Da sich Nationalbewegungen angesichts dieser Situation nicht an bestehenden Staatsformen orientieren konnten, spielte hier die ethnische Komponente des Nationalen eine weit größere Rolle. Es ist kein Zufall, sondern dieser Situation geschuldet, daß Herders Ideen über die Rolle von Völkern und Nationen in der Geschichte der Menschheit hier auf besonders fruchtbaren Boden fielen. Seine Betonung ethnischer Elemente, vor allem von Sprache und Volksdichtung, als der für Nationen eigentlich konstitutiven Faktoren fand - ähnlich wie bei den staatlich unselbständigen Völkern Ost- und Südosteuropas - im territorialstaatlich zersplitterten Deutschland besonders große Resonanz. Das "So weit die deutsche Zunge klingt" als Antwort auf die Frage "Was ist des Deutschen Vaterland?" im Gedicht Ernst Moritz Arndts³ ist dieser Idee ebenso verpflichtet wie der Artikel 1 des Statutes des Bundes der Gerechten, des Vorläufers des Bundes der Kommunisten, in dem es heißt: "Der deutsche Bund der Gerechtigkeit besteht aus Deutschen, d. h. aus Männern, die der deutschen Sprache und Sitte angehören."⁴ Die ausschließlich oder vorwiegend pejorative Sicht auf Ethnisches und seine Diffamierung als per se rassistisch ist eine von der Geschichte nicht gedeckte politische Konstruktion.

Eine zweite Anmerkung zum Verhältnis von Staat und Nation bezieht sich auf die in der einschlägigen Literatur der BRD verbreitete Tendenz, den rechtsstaatlich organisierten und bürgerlich-parlamentarisch verfaßten Staat als das eigentliche Ziel und die Krönung nationaler Geschichte und Entwicklung darzustellen.

³ Ernst Moritz Arndt, Gedichte, Berlin 1865, S. 233.

⁴ Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin 1970, S. 93.

Das Bestreben, die Nation an den parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Rechtsstaat zu binden, wurde und wird gespeist erstens aus der Erfahrung der Katastrophe, in die deutschnationalistisch drapiertes Weltherrschaftsstreben mündete, zweitens aus der Konfrontation mit und dem Abwehrbemühen gegen wirkliche oder vermeintliche realsozialistische Bedrohungen und drittens aus der Befürchtung, der wiedervereinigte deutsche Nationalstaat könnte erneut an überwunden geglaubte Traditionen anknüpfen. Unabhängig davon, wie man die genannten Motive auch immer bewerten mag, bleibt aus meiner Sicht festzuhalten: Das Phänomen Nation ist weder ausschließlich noch vorrangig an eine bestimmte Staatsform zu binden. Nationen begannen sich in Westeuropa unter absoluten Monarchien herauszubilden, sie existierten unter verschiedensten diktatorischen Organisationsformen des bürgerlichen Staates und sie bestehen fort, wenn bürgerliche Staaten, gleich welcher Erscheinungsform, von der historischen Bildfläche verschwinden.

Interessen wichtiger als nationaler Habitus

Für unverzichtbar halte ich, bei der Analyse und Beurteilung von Nationalem und Nationalismus stets die Frage nach Interessen bzw. bestimmten Interessengruppen zu stellen, die sich in aller Regel dahinter verbergen. Die jeweiligen realen Interessen sichtbar zu machen, die sich in jeweiligen Haltungen zu nationalen Fragen in Vergangenheit und Gegenwart manifestieren, ist umso dringlicher, als dieser Zusammenhang zwischen ökonomischen oder sonstigen Interessen von Gruppen und Klassen einerseits und Nationalem andererseits häufig unbeachtet bleibt, verdeckt oder verschleiert wird. Zu demonstrieren wäre dieser Zusammenhang an jeder nationalen oder nationalistischen Bewegung in Geschichte und Gegenwart. Tatsächlich aber bleibt der Blick allzu oft vordergründig am Erscheinungsbild nationaler oder nationalistischer Bewegungen haften. Das gilt auch - um nur einen bekannteren Autor der Alt-BRD anzuführen - für die Ausführungen von Norbert Elias zum Habitus der Deutschen. Dieser, so der Autor, sei einmal durch die Mittellage der Deutschen in Europa zwischen romanischen und slawischen Völkern, sodann aber durch eine Reihe historischer Umstände geprägt. Aus der Mittellage ergäbe sich ständig erneuernde wechselseitige Drohung und Bedrohtheit. Weit mehr als die Geschichte anderer Völker weise die Geschichte der Deutschen immer wieder den Wechsel von Höhen und Tiefen, von einschneidenden Brüchen aus. Das Gefühl von Größe und Übermacht, das Gefühl von Bedrohtheit und schließlich die Trauer um verlorene Größe vereinigten sich zu einer den Habitus der Deutschen bestimmenden aggressiven Mischung. Hinzu kämen jene Züge, die die militärisch-obrigkeitsstaatliche Einigung im 19. Jh. im Habitus der Deutschen verankert habe.⁵

⁵ Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1989, S. 7ff.

Man kann sicher darüber streiten, ob und inwieweit derart sozialpsychologische Betrachtungen real-historische mentale Prägungen der Deutschen zutreffend erfassen und beschreiben. Konsens bestand und besteht auch in der Historiographie marxistischer Provenienz jedenfalls darüber, daß erstens Denken und Verhalten, wie Heinrich Mann im Roman "Der Untertan" es vorführt, eine verbreitete Erscheinung im Gefolge der preußisch dominierten Revolution von oben im 19. Jh. war und daß zweitens diese verbreitete Mentalität die bekannten abenteuerlichen und verbrecherischen Unternehmungen führender ökonomischer und politischer Kräfte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erleichterte und begünstigte. Problematisch aber wird es, wenn das Nachdenken über deutsche Geschichte beim Konstatieren von habituellen Eigenheiten der Deutschen stehen bleibt und im Volks- und Nationalcharakter den Schlüssel für Vorgänge sucht, die vorrangig ganz bestimmte Gruppen und Schichten der herrschenden Klassen zu verantworten haben.

Seit dem Anschluß der DDR an die BRD ist die Frage aktuell, wie die derzeitigen Sieger der Geschichte mit den Verlierern verfahren sollten. Im Grundsätzlichen ähnlich, wenn auch im einzelnen stark modifiziert, beschäftigt dieses Problem die Öffentlichkeit der anderen früheren sozialistischen Länder Europas. Den Ruf nach nationaler Aussöhnung und innerem Frieden aus den Reihen sich politisch links orientiert verstehender Zeitgenossen kann man, insofern er sich gegen die Ausgrenzung und Kriminalisierung der DDR-Eliten richtet, für verständlich und angebracht halten. Gleichwohl halte ich ihn sowohl grundsätzlich als auch unter taktischen Aspekten nicht nur für fragwürdig, sondern für falsch. Die Forderung nach nationaler Aussöhnung ignoriert die Existenz eines grundlegenden Merkmals der bürgerlichen Nation, ihre soziale Differenziertheit. Der Widerspruch, der sich im Dasein von DDR und BRD auf staatlicher Ebene manifestierte, ist mit dem Untergang der DDR nicht aufgehoben. Seine Existenz ist an die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft gebunden. Er kann zeitweise verdeckt werden oder zurücktreten, aber er bleibt ein Wesensmerkmal der bürgerlichen Nation. Die soziale Differenziertheit und Zerrissenheit der bürgerlichen Nation ist eine unvermeidbare Folge des Grundwiderspruchs der bürgerlichen Gesellschaft, des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Die Forderung nach nationaler Aussöhnung - ganz unabhängig davon, welche Motive ihr zugrundeliegen mögen - verkennt diesen Tatbestand. Sie ist letztlich illusionär, und sie befördert die Verbreitung von Illusionen.

Ein gravierendes Defizit der derzeitigen nationalen Diskussion der Linken - besonders ausgeprägt bei ihrer nationalnihilistischen Spielart, aber nicht nur dort - sehe ich im Verkennen oder Nicht-wahr-haben-wollen der Tatsache, daß Nationales auch legitime Grundinteressen der sogenannten kleinen Leute, des werktätigen Volkes tangiert. Zweifellos ist nationales Bewußtsein im Kapitalismus vorrangig Ideologie im Dienste der herrschenden Klasse. In der historiographischen Literatur der DDR ist häufig

und überzeugend an konkreten Beispielen dargestellt worden, daß und wie nationalistische Demagogie zur Manipulierung der Massen im Interesse des Vormacht- und Hegemoniestrebens der Deutschland beherrschenden Eliten funktionalisiert wurde. Dieser Zusammenhang ist nicht zu übersehen. Indessen erklärt der Hinweis auf eine solche Beziehung nicht, warum sie sich herstellen konnte. Manipulierung von Massen setzt ihre Manipulierbarkeit voraus und diese erfordert, daß wenigstens teilweise oder zumindest scheinbar an echte Bedürfnisse, Interessen und Erfahrungen dieser Massen angeknüpft wird. Nationale Interessen der Volksmassen sind eine gegebene Tatsache. Nur dieser Tatbestand erklärt auch, warum Nationalbewußtsein Massenbewußtsein werden konnte. Legitime nationale Belange der werktätigen Schichten sind ihr Interesse an der Abschüttelung von oder der Bewahrung vor Fremdherrschaft, am Recht auf die Muttersprache, am Recht auf die Pflege spezifischer ethnisch-kultureller Eigenarten und nicht zuletzt am Recht auf die Bewahrung angestammter überlieferter Siedlungsräume. In der Existenz und Wirksamkeit derartiger Interessen des sogenannten einfachen Volkes liegt ein wesentlicher Grund für das Gewicht und die Eigendynamik, die Nationalem bis zum heutigen Tag eigen sind.

Klasse und Nation

Die Erkenntnis der Mehrschichtigkeit von Nationalem, die Berücksichtigung des Umstandes, daß dabei auch Belange der werktätigen Schichten des Volkes tangiert sind, wurde, wie die Geschichte schon der frühen Arbeiterbewegung ausweist, durch die unbestreitbare Tatsache erschwert, daß die Verbreitung von nationalem Bewußtsein und das Wecken nationaler Emotionen stets das Bewußtwerden innerer sozialer Widersprüche behinderte. Das Rühren der nationalen Trommel eignete sich vorzüglich zum Übertönen sozialer Dissonanzen. Dieser Umstand erklärt die antinationale Zuspitzung etwa in den Äußerungen des utopischen Arbeiterkommunisten Wilhelm Weitling zur nationalen Euphorie in Deutschland und in Frankreich während der Rheinkrise 1840/41. Weitling wandte sich entschieden gegen die nationale antifranzösische Agitation in den deutschen Staaten und warnte die Arbeiter davor, sich in der Frontstellung gegen ihre eigenen Ausbeuter irritieren zu lassen. Diese stünden ihnen stets "fremder als der Kosak und der Franzose" gegenüber.⁶ Der in der Literatur als Beleg für eine angeblich antinationale Haltung von Marx und Engels und ihrer Anhänger viel zitierte Satz aus dem Kommunistischen Manifest: "Die Arbeiter haben kein Vaterland"⁷ zielt in gleicher Weise auf die Funktion

⁶ Zitiert nach Manfred Püschner, Die Haltung der antifeudalen Opposition und insbesondere ihres demokratisch-linkliberalen Flügels zur Rheinliedbewegung in den Jahren 1840 und 1841, Diss. A, Berlin 1984, Seite 166.

⁷ MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 479.

von bürgerlichem Nationalbewußtsein als Schleier, der den Arbeitern den Blick auf den Klassengegensatz zur eigenen Bourgeoisie verwehrte.

Es ist in der Literatur häufig und sicher zutreffend bemerkt worden, daß Marx und Engels keine ausführlich ausgearbeitete Theorie der Nation hinterlassen haben. Ronald Löttsch hat erst kürzlich eine Vielzahl von Belegstellen zusammengetragen, die zeigen, wie locker und vieldeutig Engels den Begriff Nation verwandte.⁸ Dessenungeachtet ist aber unverkennbar, daß sie sehr wohl über ein klares Grundkonzept bezüglich Nation und Nationalem verfügten. Im Kommunistischen Manifest ist es in wenigen Sätzen fixiert: "Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie."⁹

Anstelle der Weitlingschen Gleichsetzung von national und bürgerlich erfolgt eine dialektische Verknüpfung von Internationalismus und jeweiliger nationaler Aufgabenstellung: "Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler." "Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie."¹⁰ Die Herrschaft des Proletariats werde dazu führen, daß die nationalen Absonderungen und Gegensätze, die infolge der Weltmarktbildung und der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion bereits im Kapitalismus abnahmen, immer mehr verschwinden. "Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."¹¹

Dieses Konzept bestimmt die Nation als eine Sekundärscheinung der Entwicklung des Kapitalismus. Nation ist ein historisch-soziales Phänomen. Sie ist Ergebnis eines sozialen Prozesses. Die Dominanz von Sozialem gegenüber Nationalem erweist sich in aller Regel auch, wenn soziale Interessen einzelner Klassen mit nationalen Belangen kollidieren. Eklatante Beispiele dafür, daß speziell herrschenden Klassen das soziale Hemd näher war als der nationale Rock, liefert die Geschichte zuhauf. Die Auffassung vom Vorrang des Sozialen vor dem Nationalen wird auch von linken Autoren nicht generell geteilt. Die Meinung, daß der nationale Faktor

⁸ Ronald Löttsch, Friedrich Engels und die "Staatsnation", in: Utopie kreativ, H. 62 (Dezember 1995), S. 58ff.

⁹ MEW, a. a. O., S. 466f.

¹⁰ Ebenda, S. 473, 479.

¹¹ Ebenda, S. 479.

dominant sei, hat zum Beispiel vor rund zwanzig Jahren der Franzose Régis Debray, der Begründer der sogenannten Focus-Theorie, mit Vehemenz vertreten.¹² Unter dem Eindruck der Rolle, die nationale Konflikte beim Untergang der Sowjetunion und Jugoslawiens spielten, wurde die Überlegung geäußert, ob statt der Dominanz der einen nicht viel mehr von einer Gleichrangigkeit der beiden Komponenten auszugehen sei. Ronald Löttsch meint: "Die Existenz mehrerer unterschiedlicher Nationen, deren Eliten miteinander rivalisierten, war die Ursache des Zerfalls" der Sowjetunion¹³, eine Ansicht, die m. E. am gegebenen Beispiel die mangelnde Überzeugungskraft der Präferenzierung des Nationalen vor dem Sozialen demonstriert. Nicht am Nationalismus und nicht wegen zweifellos gemachter Fehler in der Nationalitätenpolitik ist die Sowjetunion gescheitert, sondern an unzureichender wirtschaftlicher Effizienz und verloraener Lernfähigkeit des immer mehr verkrustenden und erstarrenden politischen Systems. Nur weil drängende soziale Fragen nicht gelöst wurden, konnten Nationales bzw. Nationalismus zum Vehikel der Restauration werden.

Irrtümer von Marx und Engels

So zutreffend die Bestimmung der grundsätzlichen Beziehung zwischen Sozialem und Nationalem bei Marx und Engels erscheint, so offenkundig ist in ihrer Sicht aber dennoch eine Unterschätzung des Eigengewichts von Nationalem. Sie äußert sich in der Bewertung von Nationen bzw. nationalen Konflikten ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer realen oder potentiellen Funktion für den revolutionären Gesamtprozeß. Besonders auffällig äußern sich Defizite bezüglich einer stringent realitätsbezogenen Wahrnehmung des Nationalen in der Doktrin von den geschichtslosen Völkern, die von Engels mehrfach während der Revolution von 1848/49, aber auch in späteren Jahren noch vertreten wurde. Kritisch und weitgehend überzeugend hat sich damit Roman Rosdolsky, ein ukrainischer Marxist, in einer in den zwanziger Jahren in Wien entstandenen Dissertation auseinandergesetzt, die in erweiterter Form in den sechziger und noch einmal in den siebziger Jahren veröffentlicht wurde.¹⁴ Der Vater dieser Theorie war Hegel, der gemeint hatte, daß Nationen, die es nicht zu einem eigenen Staat gebracht hätten oder deren Staat schon seit langem zerstört sei, geschichtslos und zum Untergang verurteilt seien. Zur Kategorie sol-

¹² Régis Debray, *Marxismus und nationale Frage*, in: Tom Nairn/Eric Hobsbawm/Régis Debray/Michael Löwy, *Nationalismus und Marxismus*, Berlin 1978, S. 78ff.

¹³ Ronald Löttsch, *Stigma und Normalität. 50 Jahre nach dem Untergang des ersten deutschen Nationalstaates auf der Suche nach der Nation*, in: *Utopie kreativ*, H. 59 (Sept. 1995), S. 71.

¹⁴ Roman Rosdolsky, *Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der "geschichtslosen" Völker*, Berlin 1979. Siehe auch Michael Löwy, *Die nationale Frage und die Klassiker des Marxismus*, in: Tom Nairn/Eric Hobsbawm/Régis Debray/Michael Löwy, a. a. o., S. 102ff.; Bernd Schönemann, *Der sozialistische Volks- und Nationsbegriff*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 362ff.

cher Völker gehörend zählte Engels, auch darin weitgehend den Vorgaben Hegels folgend, die Tschechen, die Südslawen, die Bretonen, Schotten und Basken. "Es ist", so Engels, "kein Land in Europa, das nicht in irgendeinem Winkel eine oder mehrere Völkerruinen besitzt, Überbleibsel einer früheren Bewohnerschaft, zurückgedrängt und unterjocht von der Nation, welche später Trägerin der geschichtlichen Entwicklung wurde. Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese *Völkerabfälle* werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist."¹⁵ Rosdolsky vermutete, die Orientierung auf die damals revolutionären Bewegungen der Polen und Ungarn, deren Kern jeweils der Adel stellte, habe der 'Neuen Rheinischen Zeitung' die Überwindung der Hegelschen Vorgabe und die Entwicklung des Konzepts einer radikalen Agrarrevolution zur Mobilisierung der antifeudalen Potenzen der südslawischen Bauernschaft erschwert.

Für die Bewertung von Nationen und Nationalem ausschließlich aus dem Blickwinkel, ob und inwiefern sie der Revolution nützen können, ist die Haltung zu Polen ein markantes Beispiel. Aus den Vormärz- und Revolutionsjahren sind mehrfache und oft zitierte Äußerungen von Marx und Engels bekannt, aus denen ihre hohe Wertschätzung des Kampfes Polens für seine nationale Unabhängigkeit spricht. Der Grund dafür waren nicht Sympathien für nationale Befreiungsbewegungen per se, sondern allein die Tatsache, daß die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen sich notwendigerweise gegen die Hauptkräfte der reaktionären Heiligen Allianz, gegen die drei Teilungsmächte Rußland, Preußen und das Habsburgerreich richteten. Überlegungen, die Engels in einem Brief an Marx aus dem Jahre 1851 niederschrieb, demonstrieren in aller Deutlichkeit die revolutionsorientierte Zweckgebundenheit dieser Polensympathie. Es heißt dort: "Je mehr ich über die Geschichte nachdenke, desto klarer wird es mir, daß die Polen eine nation foutue sind, die nur so lange als Mittel zu brauchen sind, bis Rußland selbst in die agrarische Revolution hineingerissen ist. Von dem Moment an hat Polen absolut keine raison d' être mehr. Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfre krakeelsüchtige Dummheiten gespielt." "Glücklicherweise haben wir in der 'Neuen Rheinischen Zeitung' keine positiven Verpflichtungen gegen die Polen übernommen, als die unvermeidliche der Wiederherstellung mit suitablem Grenze - und auch die noch unter der Bedingung der agrarischen Revolution. ... Resultat: Den Polen im Westen abnehmen, was man kann, ihre Festungen unter dem Vorwand des Schutzes mit Deutschen okkupieren, besonders Posen, sie wirtschaften lassen, sie ins Feuer schicken, ihr Land ausfressen, sie mit der Aussicht auf Riga und Odessa abspeisen, und im

¹⁵ MEW, Bd. 6, Berlin 1959, S. 172.

Fall die Russen in Bewegung zu bringen sind, sich mit diesen zu alliierten und die Polen zwingen, nachzugeben."¹⁶

Um es deutlich zu machen, worum es mir geht: Nicht die Revolutionsfähigkeit im Denken und Urteilen von Marx und Engels an sich ist der Punkt. Die Polensympathie der deutschen Liberalen etwa nach dem Warschauer Aufstand 1830/31 ist aus ganz ähnlichen Quellen gespeist wie die von Marx und Engels in den vierziger Jahren. Demonstrieren will ich lediglich, daß der Blick auf Nationales nur unter dem Gesichtspunkt seiner möglichen oder tatsächlichen Rolle im Dienste revolutionärer Umwälzungen offenkundig die Fähigkeit zum vollen Erfassen des weit komplexeren Charakters dieses Phänomens beeinträchtigte. Die angeblich geschichtslosen Völker jedenfalls, deren unvermeidlicher Untergang 1848 prognostiziert wurde, haben sich durchweg behauptet. Die Erwartung rascher Zentralisation und Vereinheitlichung als notwendige Folge der weiteren Entwicklung des Kapitalismus hat sich so nicht erfüllt. Erwiesen hat sich offensichtlich, daß Nationales ein größeres Gewicht und eine stärkere Eigendynamik besitzt, als Marx und Engels angenommen haben.

Einer problematisierenden Erörterung wert erscheint auch der Satz, wonach mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fällt. Die siebzigjährige Geschichte der Sowjetunion zeigt, daß die Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung keineswegs automatisch zum Verschwinden nationaler und nationalistischer Haltungen, Ressentiments und Konflikte führt. Die Deformationen, Verletzungen und Fehler sowjetischer Nationalitätenpolitik, die von der Duldung und Funktionalisierung von großrussischem Nationalismus bis hin zur barbarischen Praxis der Umsiedlung ganzer Völkerschaften und ethnischer Gruppen reichte, vermögen allein das Vorhandensein der in den letzten Jahren sichtbar gewordenen nationalen Konfliktpotentiale nicht zu erklären. Weitgehend unreflektiert ist, soweit ich sehe, bis heute auch das Aufbrechen von Konflikten bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China oder China und Vietnam geblieben. Läßt sich dieses Phänomen allein als kleinbürgerlich-nationalistische und machtpolitische Deformation und Entgleisung realsozialistischer Herrschaftspraxis erklären oder muß es auch als Indiz dafür begriffen werden, daß unterschiedliche Existenzbedingungen und daraus herrührende differente Interessen zwischen Nationen bzw. Ländern oder Völkern auch jenseits von Kapitalherrschaft weiterbestehen, aus denen sich Konflikte aufbauen können?

Die wichtigste Weiterentwicklung der marxistischen Theorie auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage ist zweifellos mit dem Namen Lenins verbun-

¹⁶ Friedrich Engels an Karl Marx, 23. 5. 1851, in: MEW, Bd. 27, Berlin 1963, S. 266ff.

den. Er verfocht und verteidigte bekanntlich vehement das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bis hin zum Recht auf Lostrennung bzw. staatliche Selbständigkeit. Für Lenin war das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen praktikabler Bestandteil im strategisch-taktischen Konzept zur Herbeiführung und Sicherung der proletarischen Revolution. Sein Eintreten für dieses Prinzip war von der Überzeugung bestimmt, daß es geeignet sei, überkommene staatliche und Machtstrukturen aufzubrechen und dem Willen der Völker in Richtung einer demokratischen und schließlich sozialistischen Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen. In den letzten Jahren, nachdem am Beispiel des Untergangs der Sowjetunion und des Zerfalls von Jugoslawien besonders deutlich geworden ist, daß das Selbstbestimmungsrecht zur Beförderung auch genau gegenteiliger gesellschaftlicher Prozesse taugt, ist von linken nationalnihilistischen Positionen aus das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen heftig kritisiert worden. Es sei eine Kannibalenparole, die sich auf die Formel "Proletarier aller Länder, massakriert Euch!" bringen lasse.¹⁷ Angesichts des stattgehabten und immer noch stattfindenden Mißbrauchs des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zur Rechtfertigung von Gewalt und Verbrechen der verschiedensten Art mag diese Reaktion verständlich erscheinen. Nur: Auf die Frage, welches andere Prinzip denn das auf Selbstbestimmung ersetzen sollte, gibt es keine vernünftige Antwort. Fremdbestimmung, durch wen auch immer, kann keine akzeptable Alternative sein.

Zur Illustration der vermeintlichen Unsinnigkeit und Undurchführbarkeit des Prinzips vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird des öfteren auf den eingangs bereits erwähnten Tatbestand verwiesen, daß es mehrere tausend Sprachgemeinschaften, dagegen derzeit nur etwa 180 Staaten gibt. Mit dieser Gegenüberstellung soll die Absurdität verdeutlicht werden, die darin bestünde, jede existierende sprachlich-ethnische Gemeinschaft in den Rang eigener staatlicher Existenz erheben zu wollen. Gewiß ist die Verwirklichung einer solchen Vorstellung weder praktikabel noch wünschenswert. Zu warnen bleibt aber vor der Anmaßung, Regulative zu fixieren: Du darfst und Du darfst nicht. Die Verständigung auf andere Lösungen, wenn sie Anspruch darauf erheben wollen, demokratisch und humanistisch zu sein, geht nur über die Einsicht der Betroffenen. Bevormundung und Gängelung von außen lösen nicht, sondern eskalieren die Probleme.

¹⁷ Jürgen Elsässer, Die unbekanntete Seite von Rosa Luxemburgs Lenin-Kritik: "Proletarier aller Länder, massakriert Euch!", in: Neues Deutschland, 16./17.1.1993, S. 10; derselbe, Schafft zwei, drei, viele Sarajewo, in: Krisenherd Europa: Nationalismus, Regionalismus, Krieg, mit Beiträgen von Jürgen Elsässer, Hannes Hofbauer u. a., Göttingen 1994, S. 395; Rudolf Walter, Schlachthaus-Melodien und Kannibalen-Parolen, in: Ebenda, S. 12.

Heinz Jung

Was bleibt vom "undogmatischen Marxismus"?

Revue zur "Ortsbestimmung" bei PROKLA*

Über zwei Jahrzehnte galt die Vierteljahreszeitschrift "Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik", kurz PROKLA, als Markenzeichen eines "undogmatischen Marxismus", deren Anspruch die Frontstellung gegen die marxistisch-kommunistische Tradition und den Realsozialismus mit antikapitalistischer Gesellschaftsanalyse und sozialistischer Politikorientierung zu verbinden suchte. Seit 1992 firmiert sie, Tribut an den Zeitgeist, als "Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft" mit nostalgischer Ausflagung. Von der marxistischen Orthodoxie, gegen Stamokap-Richtung und KP ins Feld geführt, hatte man sich schon längere Zeit verabschiedet und auch vom Bemühen um eine modifizierte Fassung der "Probleme des Klassenkampfes" konnte schon geraume Zeit keine Rede mehr sein. Der neue Untertitel drückte den Wandel adäquat aus: vom fundamentalen marxistischen Antikapitalismus zur kritischen Fachwissenschaft.

Und dem entsprach auch die Entwicklung des Großteils der Prokla-Akteure.

War die "PROKLA" einst eine theoretische Stimme des antiautoritären 68er Protestes junger Intellektueller mit elitärer Komponente, die ihre Basis vor allem an der Westberliner Freien Universität, speziell am damaligen Otto-Suhr-Institut für politischen Wissenschaften, hatte und die geistigen Rückhalt im undogmatischen westlichen Marxismus suchte, so beschränkt sie später mit dem Zerfall und den Mutationen der linken Intellektuellenbewegung den Weg zum kritischen fachwissenschaftlichen Diskurs auf akademischem Niveau. Nach den Klassenkampf-, Krisen- und Staatsableitungsdebatten der 70er Jahre - Nr. 1 erschien im November 1971 -, bleibt für die 80er Jahre vor allem die Auslotung der neuen sozialen Bewegungen, der Ökologiefrage und des Feminismus sowie die zunehmende Thematisierung der "Defizite" des Marxismus und dessen Revision, die Vorstellung und das Abtesten der französischen Regulationsschule und des analytischen Marxismus im Gedächtnis. Für die 90er Jahre setzt die in der Regel nicht mehr mit marxistischen Ansätzen operierende Erörterung der neuen Weltordnung, der internationalen Verhältnisse und der "Transformation" im Osten die Akzente.

* Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, Nr. 100, 25. Jg., Nr. 3/1995 (September), Ortsbestimmung, 174 S., 18 DM (Jahresabo - 4 Hefte - 58 DM / Prokla 102, März 1996).

Die Nr. 100 der Zeitschrift bot nicht nur Gelegenheit für selbstkritische Rückblicke auf die vergangenen 25 Jahre, sondern auch für eine Überprüfung des heutigen Standortes. Auf einige der dabei geäußerten Überlegungen sei nachfolgend aufmerksam gemacht.

Linke Kurskorrektur

Mit *Volker Lorek* gibt ein heutiger Student Leseindrücke der vorliegenden 25 Jahrgänge wieder. Sicher drücken seine kritischen Anmerkungen auch die Meinung der Redaktion aus, eine nicht ungeschickte Methode, mit der Kritik der nachfolgenden Generation Kurskorrekturen zu befördern. Lorek erinnert daran, daß der Ausgangspunkt bei der Gründung gewesen sei, daß "wissenschaftliche Erkenntnis" "für die Kämpfe der Arbeiterbewegung fruchtbar gemacht werden" sollten (327). Der positive Bezug auf die Arbeiterklasse als das potentiell revolutionäre Subjekt der Geschichte war in jener Periode nicht nur für die PROKLA-Redaktion eine Selbstverständlichkeit. Sie wich allerdings in dem Maße kritischer Befragung und der Revision der ursprünglichen Positionen, wie sich die damit verbundenen politischen Optionen nicht realisierten. 1987 erschien ein letzter Aufsatz zur Klassenfrage: "Therborns Verteidigung der Klassentheorie zeigte, daß eine theoretisch reflektierte und empirisch informierte Klassenanalyse, entgegen der für sie schon häufig aufgegebenen Todesanzeigen, keineswegs am Ende ist." (336)

Zwar habe der Zusammenbruch des Realsozialismus die PROKLA nicht in Verlegenheit gebracht, habe sie doch schon lange dessen Etatismus, Ineffizienz, Demokratiedefizite usw. kritisch thematisiert, aber er habe zum Ausblenden antikapitalistischer Alternativdiskussionen geführt. "Nachdem der Marxismus als Leitwissenschaft abgedankt hat, hat auch in der PROKLA die für die 'Normalwissenschaft' typische Partikularisierung der Forschungsfelder und Differenzierung der Erkenntnisinteressen Einzug gehalten." (339) Damit sei zwar die internationale Anschlußfähigkeit an den Wissenschaftsbetrieb gewahrt geblieben: "Allerdings sind dabei die Konturen eines linken Zeitschriftenprofils unscharf" und zu offen und durchlässig geworden. (339) Demgegenüber sollte die PROKLA "in jedem Fall ihr 'linkes' Profil wieder schärfer akzentuieren", dem Trend zur Entideologisierung gegensteuern, wieder undogmatisch um Orientierung ringen und sich auch erneut stärker der "Analyse von Klassenstrukturen und Klassenkonflikten zuwenden". Denn ohne "Kritik der bürgerlichen Gesellschaft" ist das Projekt überflüssig. (340)

(In Paranthese sei vermerkt, daß sich auch bei Lorek die frühere PROKLA-Kritik an der Stamokap-Konzeption als instrumentalistisch und verschwörungstheoretisch festgesetzt hat. Wer diese Kritik für oberflächlich und unzutreffend hielt und noch hält, müßte veranlaßt sein, der tatsächlichen damaligen SMK-Konzeption zur Ehre zu verhelfen und sie in der richtiggestellten Version dann im Lichte der jüngsten Umbrüche und

auch im Vergleich mit konkurrierenden marxistischen Positionen, wie jenen des "undogmatischen Marxismus", einer kritischen Überprüfung zu unterwerfen.

Rekurs auf (reduziertes) Klassenkonzept

Bodo Zeuner knüpft in einem umfassenden Text ("Probleme des Klassenkampfes im Betrieb") an die in der Anfangsphase von PROKLA durch das "Redaktionskollektiv Gewerkschaften" (RKG) entwickelte Klassenkampfkonzeption an. Sein Anliegen heute ist vor allem das Plädoyer für einen Klassenbegriff, der die Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft vor allem im Betrieb zum Ausdruck zu bringen vermag, sich aber von geschichtsphilosophischen Begründungen trennt und die Bindung an einen objektiven Interessenbegriff kappt.

Sein etwas verklärter Rückblick auf die damaligen RKG-Positionen, für die er einen theoretischen und politischen Vorsprung (zwischen "Ökonomismus" und "Polizismus") gegenüber anderen mit marxistischem Ansatz arbeitenden Gruppen und Richtungen reklamiert, verweist auf eine wohl fortdauernde eingeebte Wahrnehmungsbereitschaft. (Gegenüber dem "Ableitungsmarxismus" hatten etwa die Abendroth- oder die IMSF-Richtung von Anfang an die Rolle sozialer und politischer Praxis bei der Vermittlung von ökonomischer Klassenlage, Klassenbewußtsein und Klassenhandeln betont, was sie dann auch davor bewahrte, die nachfolgende Entwicklung - trotz Krise und ökonomischer Kämpfe keine politische Radikalisierung in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen - zur Revision von Leitsätzen des Marxismus bemühen zu müssen.) Freilich galt trotz zunehmender Thematisierung der "Defizite des Marxismus" vor allem in der Handlungstheorie für die PROKLA Ende der 70er Jahre noch: "Der Klassenbegriff bleibt nicht nur relevant, sondern zentral für die sozio-ökonomische Analyse ... und für die politische Analyse liefert er zumindest einen unhintergehbaren Handlungsrahmen". (349)

Die Selbstzweifel griffen erst um sich, als mit den neuen sozialen Bewegungen neue Subjekte und Akteure auf die Bühne traten und die Pluralisierungs- und Individualisierungsparadigmen im akademischen Betrieb zunehmend den Ton angaben. Die Zentralität des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital und des Klassenkampfes kam in Verruf. Die Versuche des angelsächsischen (westlichen) Marxismus, Klasseninteressen von ihrer historisch-materialistischen Dimension abzulösen, des analytischen Marxismus, den Kapital- und Ausbeutungsbegriff zu enthistorisieren oder der Sozialhistoriker (J. Kocka u.a.), die Klassenbegriffe von Marx und Max Weber zu kombinieren, konnten nur noch als Rückzugsgefechte erscheinen. Für Zeuner ergibt sich aus diesen Entwicklungen, daß die ökonomische Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft nach wie vor durch Ausbeutung definierte Grundklassen samt ihrem Gegensatz impliziert, sich daraus eine Zentralität des Klassenbegriffes aber nicht oder nur schwach

begründen lasse. Klassenlage und Klassenhandeln müsse nun nach der Verabschiedung vom Ökonomismus, Determinismus und Evolutionismus politisch vermittelt werden, wobei aus seiner Sicht unter Politik "die Herstellung verbindlicher Entscheidungen für eine nach Interessen und Werten inhomogene soziale Einheit" zu verstehen ist. (362)

Zeuner bezieht sich positiv auf einen Ansatz jüngerer Betriebs- und Sozialhistoriker (Karl Lauschke, Thomas Welskopp - Hrsg., Mikropolitik im Betrieb, Essen 1994; vgl. die Rezension dieses Titels in dieser Ausgabe von Z), den er als "eine Rehabilitierung des Klassenbegriffs" bewertet. (367) In Anlehnung an den englischen Sozialtheoretiker A. Giddens löst sich bei ihnen der Dualismus von Struktur und Prozeß, Lage und Handeln in Handlungsfelder und Interaktionskreisläufe auf. Die Klassenstruktur kommt gewissermaßen von außen mit den Eigentumsverhältnissen und den unterschiedlichen Positionen der potentiellen Akteure in die Konstruktion hinein. "Klasse" erweist sich hier, in der Sicht Zeuners, "nur auf der Ebene der Strukturanalyse kapitalistischer Gesellschaften" "als brauchbares analytisches Konzept", lasse sich aber nicht mit einer "Gruppenformationsperspektive" verbinden. (367) Und in der Tat ist dieser Ansatz eine dezidierte Gegenposition gegen das "Klassenbildungskonzept", und zwar wie es, mit freilich unterschiedlicher Akzentuierung, sowohl von sozialdemokratisch-reformistischen als auch von marxistisch-kommunistischen Autoren und Richtungen vertreten wird.

Spätestens hier erinnert man sich der berühmten Selbsteinschätzung von Karl Marx über seinen Beitrag zur Klassentheorie im Brief an Weydemeyer von 1852 (MEW, 28, S. 503). Nicht in der Entdeckung der Klassen und ihrer Strukturen, ja noch nicht einmal ihrer Antagonismen, sah er seinen spezifischen Beitrag, sondern in der Formulierung der geschichtlichen Tendenz des Klassenkampfes - also dem, wovon sich linke Soziologie heute verabschieden zu müssen glaubt, um den "Klassenbegriff" retten zu können. Es verschwinden Klassen als soziale Großgruppen, als sozialhistorische Subjekte - es bleiben Klassen als soziale Aggregate, als soziologische Strukturbegriffe.

Harsche Kritik äußert Zeuner an den Gefährten von gestern, die nun den Kurs der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) des DGB bestimmen oder anderweitig als Berater der Gewerkschaften fungieren. Ihre Individualisierungs-, Menschenrechts- und "Demokratie-im-Betrieb"-Rhetorik verneble die Klassenherrschaft und ignoriere darüber hinaus die gesamte Rechtsstruktur dieser Gesellschaft, die eben die Exklusivität des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital ausdrücke. Für den Betrieb gelte: "Wer 'regiert', entscheidet sich nach Eigentumsrecht". (374) Eine "klassenvergessene Übertragung des Demokratie-modells auf den Betrieb" gehe an wichtigen Momenten der Realität vorbei und laufe "auf entsprechend illusionäre Ratschläge an die Akteure" hinaus (375) - so Zeuners Kritik an die Adresse von Claus Offe. Wenn von "Klassenstrukturen, Klassenbeziehun-

gen und Klassenerfahrungen abgesehen" werde, stießen die "Partizipations- und Demokratie-Modelle" auf "große Schwierigkeiten". (376) Anstatt der HBS-Linie "Kooperation statt Gegenmacht" wäre die Position richtiger "Kooperation und Konflikt auf der Basis von (auch) klassenbedingter Gegenmacht". (377) Gegenüber integrationistischer Sozialpartnerschaft verfiel Zeuner also eine klassen- und konfliktorientierte Reformlinie. Er kann dabei auf die "philosophischen" Dimensionen des Klassenkampfes und den historischen Materialismus verzichten, dem so reduzierten Klassenbegriff aber gleichwohl eine kämpferische Note abgewinnen: "Die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und die Elementarität der Klassenbeziehungen für den kapitalistischen Produktionsprozeß, gerade auch im Produktionsbetrieb, sollten wir aber nicht leugnen, und Konflikt und Kampf gehören zu dieser Beziehung." (377)

Historisch übergreifende und global orientierte Situationsanalysen von James O'Connor und von Pietro Ingrao/Rossana Rossanda machen mit marxistischen Ansätzen die heutige Lage der Linken, ihre Versäumnisse, Schwächen und Aufgaben zum Thema. Sie fungieren für die linke Kurskorrektur der PROKLA wohl als Vergewisserung des internationalen Umfeldes. Auf sie soll hier im einzelnen ebensowenig eingegangen werden wie auf die "diskursanalytische Kritik" der Regulationsschule von Christoph Scherrer, die mit einem durch die Hegemonieverhältnisse erweiterten Reproduktions- und Akkumulationsbegriff die ökonomische Formanalyse stark relativiert. Dies macht deutlich, daß angesichts der neuen Realitäten eines internationalisierten Konkurrenzkapitalismus die Regulationsschule ihre einst starke Position in der marxistischen und linken Debatte wohl auch nicht behaupten konnte bzw. kann.

Wider den Verzicht auf sozialistische Alternativen

Eingegangen werden soll jedoch etwas näher auf den Beitrag von Wolf-Dieter Narr und Roland Roth ("Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit"), neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit derzeit Hauptakteure im aus dem einstigen "Offenbacher Büro" bzw. Sozialistischen Bund hervorgegangenen "Komitee für Grundrechte und Demokratie". Wenn sie das Problem von Grundrechten und Kapitalismus thematisieren, wissen sie, wovon sie reden. Aus ihrer Sicht ist die heute bei Linken verbreitete Beschränkung auf demokratische Ziele "falsch, fatal, ja verhängnisvoll. Es bedarf der sozialistischen Vision" (432), oder noch stärker: "konkrete Halluzination von Sozialismus" sei notwendig (436). Reformpolitik ohne Fundamentalkritik am System mache sich zu dessen Komplizen, werde zur "eigen- und fremdgerichteten Rationalisierung" desselben.

Bestürzung befällt sie deshalb vor den Formeln vom Kapitalismus ohne Alternativen. Und auch das "sustainable development" der Brundtland-Kommission, also der rationalisierte Kanon der globalen Probleme, erscheint ihnen als Fluchtweg vor offen antikapitalistischer Kritik. Der Man-

gel an Kritik setzt sich, aus ihrer Sicht, im Mangel an gesellschaftlichen Alternativen fort. Besonders sarkastisch ("normativer und analytischer Opportunismus") markieren sie die Neigung linker Intellektueller, nun das demokratisch-menschenrechtlich bespickte Projekt der Moderne auf dem Weg zu sehen. Und als "geradezu selbstzerstörerisch" beurteilen sie die Konversion vom Pazifismus zum Bellizismus - wie im Falle von Jürgen Habermas. Sozialismus ist für sie "Zusammenfassung einer gesamtgesellschaftlich geltenden moralischen Ökonomie, die infolge struktureller Gleichheit und ermöglichtem sozialem Sinn Aggressionen ausdünn und daraufhin orientiert, friedlich mit Konflikten umzugehen" (436).

Bei der Kritik des heutigen Kapitalismus in seiner internationalisierten Dimension halten sie eine Verknüpfung mit der Kritik am Staat für erforderlich. Denn noch vor der normativen Verallgemeinerung des Kapitalismus hätten die Modernetheoretiker den Staat als non plus ultra der Moderne akzeptiert, ohne dessen gewaltigen sozialen Kosten zu erörtern. Ausnahme: Karl Marx, dessen Kritik an der bürgerlichen Menschenrechtskonzeption aus der "Judenfrage" nach wie vor stimmig sei. Denn auch heute sei ja nur die staatlich-politische Sphäre für demokratische Formen und Menschenrechte offen. Im Kapitalismus seien Menschenrechte keine Bezugspunkte für Ökonomie und Politik und bestenfalls "symbolisch und gerichtlich" im Streitgetümmel zu gebrauchen. Außerdem sei liberale Demokratie immer faktisch elitär, nie an den Massen ausgerichtet, was der Gesetzgebungsprozeß deutlich mache. Und mit dem internationalen Kapitalismus komme diese liberale Demokratie noch mehr auf den Hund. Diese Textstellen können den moderne-theoretischen und radikal-demokratischen Sozialisten im Umfeld etwa der PDS nur wärmstens zur Lektüre empfohlen werden.

Hatten sie schon zu Beginn den undogmatischen Sozialismus massiv vom Realsozialismus abgegrenzt - in ihrer Sicht ohnehin ein Verrat am Sozialismus - so benennen sie dann die "tödlichen Fallen", in die auch die undogmatischen Sozialisten getappt seien, im einzelnen. So habe die Annahme einer naturwüchsigen Revolution die eigenen "humanistisch-kritischen Augen" geblendet, sei auf die explizite Kritik am leninistisch-stalinistischen Sozialismusbegriff verzichtet worden - diese Selbstkritik entbehrt aber doch der Grundlage, verstanden sich doch die undogmatischen Sozialisten seit eh und je als kompromißlose Kritiker eben desselben -, weshalb aber die Kritik am Antikommunismus trotzdem richtig bleibe, und habe man den ökonomischen Reduktionismus ungenügend abgelehnt. Eine solche Selbstkritik sei freilich "ohne alberne Selbstanklagegesten" zu betreiben (448). Dies dürfe auch nicht daran hindern, die monstanzhaft herumgetragenen Menschenrechtskonzeptionen "hart zu kritisieren" (448).

Freilich erscheint ihre Utopiekritik und ihre Bindung an den Terrorismus als "angewandte Abstraktion" zumindest als überzogen, hat letzterer doch viel profanere machtpolitische Gründe und ist deshalb auch gang und gäbe

bei völlig utopielosen Regimes. Auf jeden Fall rasten sie an diesem Punkt in die anthropologischen main-stream-Vorstellungen ein, daß man die Menschen eben so nehmen müsse wie sie sind. Die Frage ist dann immer nur, wie sie denn tatsächlich - als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse - sind. Ihr Credo als sozialistisch-materialistische Menschenrechtler: "Die besten Möglichkeiten der Menschen fassen wir in den materialistisch-institutionell gefaßten und erweiterten Menschenrechten", eine Vorstellung, die von den einst durch die sozialistischen Länder in der UN vertretenen Konzepten nicht so weit weg liegt.

In einer "aus sozialistischen Gesellschaften zusammengesetzten Weltkonföderation" (451) sehen sie die Alternative, als deren Basis sie eine nicht-staatliche, öffentlich organisierte moralischen Ökonomie betrachten, was freilich eine "Entkernung" heutiger kapitalistischer Ökonomien zur Voraussetzung hat. Vielleicht drückt dieser Text am deutlichsten aus, welche Modifikationen sich im Lager der undogmatischen Marxisten/Sozialisten - wobei man sich unsicher ist, welches Substantiv deren heutiges Selbstverständnis ausdrückt - vollzogen haben, daß der politische Rückwärtsgang der letzten Jahre zu Ende zu gehen scheint und die Einsicht Raum gewinnt, daß halbwegs konsequente Kapitalismuskritik ohne sozialistische Alternativen nicht zu haben ist. Dies steht sicher auch im Zusammenhang mit den Erfahrungen mit den neuen sozialen Bewegungen - einst Anlaß des Abschieds vom Proletariat - und den Grünen als deren dezidierten politisch-parlamentarischen Arm. Diese Bewegungen haben sich trotz gegenläufiger Problemfragen stark reduziert und das Feld marktstrategisch operierenden "Protestfirmen" à la Greenpeace überlassen, und bei dem Grünen dominiert mit der Realpolitik ökoreformistischer Integrationsismus.

Abschließend sei auf zwei Beiträge in PROKLA 102 (März 1996) aufmerksam gemacht, die, wie der Aufsatz von Ziebura, schon für die Jubiläumsnummer vorgesehen waren, oder wie die Frankreichanalyse von Bode in diesen Kontext gestellt werden können.

Der Internationalisierungsaspekt

Gilbert Ziebura ("Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke?") stellt die Krise der Linken vor allem in den Zusammenhang der Internationalisierung des heutigen Kapitalismus und der Hegemonie des Liberalismus. Das frühere vereinigende Postulat der Linken, "die Welt durch Befreiung des Einzelnen von Entfremdung und Ausbeutung zu verändern" (85), gelte heute nicht mehr unhinterfragt. Alte Fronten seien aufgebrochen und das links-rechts-Schema aufgeweicht. "Wer vorgibt, Antworten zu wissen, betrügt sich selbst" (86), formuliert er die eigene Befindlichkeit.

Zur neoliberalen Herrschaftssynthese gehöre heute die Mehrheit der Sozialdemokratie. Alternativen seien faktisch ausgegrenzt. Selbst die französische Regulationsschule habe vor der Globalisierung kapituliert. Die Krise

traditioneller linker Theoriebildung sei allgemein. Gegenüber der Globalisierung sieht er zwei linke Reaktionen: auf der einen Seite die Option für radikale Politikreform und einen weltweiten Föderalismus - eine Verlegenheitslösung gegen die Zwingburgen des Kapitals -, auf der anderen Seite die Ortung der Globalisierung als Mythos (so J. Hirsch) und das Verständnis des Nationalstaates als wichtigstem Ort der Klassenverhältnisse.

Der Sieg des Liberalismus sei erst mit der Krise des Fordismus möglich geworden, dem Schwinden der sozialen Kohäsion und des Klassenkampfes. Was macht nun aber die Stärke des liberalen Blocks an der Macht aus? Natürlich das Fehlen einer sozialen, politischen und ideologischen Alternative, aber vor allem die "sich beschleunigende Globalisierung der Kapitalverwertung" (93). "Die kapitalistische Weltökonomie erhält insofern eine historisch neue Qualität, als sie sich in einen von den nationalen Ökonomien abgehobenen, immer mehr Eigenständigkeit gewinnenden Verwertungsraum verwandelt, von dem ein wachsender Anpassungsdruck auf die Teilsysteme, bis hinein in die kulturellen Wertvorstellungen, ausgeht." (94) Träger dieses Prozesses seien die Transnationalen Konzerne. Er führe zur "Prekarisierung der Verhältnisse", zur weiteren Privilegierung des Kapitals gegenüber der Arbeit. Die Produktion der Ungleichheit wird Bedingung und Ergebnis des neuen Akkumulationsregimes, im Unterschied zur Annahme Zieburas freilich kein neues Moment in der Geschichte des Kapitalismus. Gegenüber dieser Dynamik bleibt die von ihm favorisierte Strategie eher resignativ: "immanente Kärnerarbeit" zwischen Verweigerung, Reformismus mit langem Atem und der punktuellen Attacke (102).

Da der Staat "nur Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse" sei, dies bekanntlich einst schon die Lesart von N. Poulantzas, habe die Rekonstruktion der sozialen Beziehungen, der "sozialen Produktivität", des sozialen Kompromisses bei bzw. über die Produktionsgestaltung usw. Vorrang. Das Hauptproblem sei dabei die internationale Dimension und die Europäisierung der Sozialbeziehungen. Er setzt auf die internationale Zivilgesellschaft. Dies bleibt auf der Ebene allgemeiner Aussage. Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Ziebura die internationale Dimension als Hauptaspekt eines neuen linken Selbstverständnisses herausarbeitet, er aber gerade dabei in Bezug auf Träger und Akteure die Antwort schuldig bleiben muß. Ein gemäßigter Reformismus erscheint von seiner Position als einzige redlich zu vertretende Option, wahrlich erstaunlich, wo schon der Club of Rome zum Propagandisten eines revolutionären Umbruchs geworden ist.

Testfeld: Klassenkämpfe in Frankreich

Der heiße Dezember 1995 in Frankreich kann in vieler Hinsicht als Test für gesellschaftspolitische Optionen angesehen werden und auch angesichts dessen kann der PROKLA-Redaktion Gespür für soziale Tiefenströmungen zugestanden werden. Der Duisburger Soziologe Ingo

Bode unternimmt den Versuch der Analyse dieses Ereignisses ("Wege zur Solidarität. Der französische Herbst und die Krise der Linken"). Vorauszuschicken ist, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der 1968 antiautoritären und antidogmatischen Linken und Marxisten inzwischen - ähnlich wie hierzulande - zu Positionen eines liberalen - früher nannte man es freiheitlichen - Sozialismus mit sozialpartnerschaftlicher Orientierung konvertiert und politisch ins Lager der PSF bzw. gewerkschaftlich zur CFDT gewechselt war. Er hatte sich vor allem gegenüber der FKP und der CGT aufs hohe Roß geschwungen und konnte sich nach 1989 fürs erste bestätigt sehen.

Bode macht für die Linke Frankreichs zwei Solidaritätskulturen, eine jacobinische und eine libertäre, und zwei Handlungsebenen aus, die der Parteien und die der Verbände/Gewerkschaften. Den Solidaritätskulturen entsprechen analoge akademische Milieus. Während im syndikalistischen Milieu ein Ouvrierismus kommunistischer Prägung mit utilitaristischem Solidaritätskonzept, also einer Orientierung an den Interessen der Lohnarbeiter, stark verankert ist, konzentrierte sich das libertäre Spektrum mit tarifpolitischer Konzilianz und "Solidarität in der Klasse" (also Lösung der Sozialprobleme durch Umverteilung innerhalb der Arbeiterklasse) in der CFDT. Während 1995 die politische Linke an ihrem Tiefpunkt anlangte, bricht ausgerechnet jetzt "in Frankreich die größte Protestbewegung seit 1968 aus; hier bestimmt die zweite Bühne den Spielplan, während Akteure auf der ersten in Erstaunen verharren". (145) Die CFDT stimmte im Prinzip der "Sanierung" des Staatshaushaltes durch Sozialabbau und mit Maastricht-Orientierung zu. "Damit freilich verliert sie den Kontakt zur Bewegung." (149) Die CGT orientiert sich demgegenüber an den Interessen und der Solidarität der Betroffenen und sie ist es, die "in der Auseinandersetzung die Akzente setzt". (149)

Für Bode ist bemerkenswert, "daß sich größere Arbeitnehmergruppen mit ihren Interessen zurückmelden und damit dem von der liberalen Linken vertretenen ethischen 'Verzichtsmodell' die Gefolgschaft entziehen" und daß sich mit der Politisierung der Bewegung auch eine Wendung zu "wertorientierten Diskursen", in der Sicht Bodes zum ethischen Gehalt nationaler Institutionen, vollziehe. (150) Es ist dies eine soziologisch verschlüsselte Botschaft über die Form von Klassenkämpfen, wie sie sich auf ideologischer und nationaler Ebene ausdrücken. Bei Bode ist die Ermunterung von PROKLA 100, doch wieder stärker mit Klassenkategorien zu arbeiten, offensichtlich nicht angekommen. Er verzichtet darauf völlig und vermag wohl auch deshalb den repressiven Charakter der "ethischen" Diskurse von oben ebenso zu ignorieren wie die demobilisierende Funktion der Sozialpaktspolitik. Schwierigkeiten hat er, mit dem von ihm bevorzugten Konzept sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen "der westlichen Hemisphäre" der französischen Klassenkampfrealität gerecht zu werden. Er kann nur darauf verweisen, daß man doch "nicht ohne weiteres an den 'altgedienten' Trägern des linken Projekts vorbeigehen" könne (151),

also der jacobinischen und kommunistisch-linksozialistischen Tradition, der CGT, der FKP u.a.

Freilich beschönigt Bode die retardierende Rolle des libertären akademischen linken Lagers und der Führung der CFDT, wenn er ihre Fehlorientierung auf der gleichen Ebene ansiedelt wie die mangelnde Durchschlagskraft der CGT für die nationale Politik. Er nimmt offensichtlich die Kräfteverhältnisse in der Kammer, der Regierung, der Präsidentschaft etc. nicht zur Kenntnis, die jeden Generalstreik zum Abenteuer hätten werden lassen müssen. Bode findet, daß beide Wege der Solidarität ins abseits geführt hätten und zwar sowohl jener der ethischen Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse, weil diesem (sozialpartnerschaftlichen Verzichts-) Kurs die Unterstützung entzogen worden sei, als auch jener der syndikalistischen Linken, der es zunehmend weniger gelungen sei, "aus ihrem utilitaristischen Solidaritätskonzept heraus ein glaubwürdiges und universelles Projekt abzuleiten". (152) Die Schwäche der Bewegung sei die fehlende Verbindung beider Aspekte bzw. Konzepte.

Bode ist also nicht in der Lage, der Tatsache Genüge zu tun, daß nur der Klassenkampf von unten und ein Konzept der Orientierung an den Interessen der Lohnarbeit und der Armen Frankreichs die Kräfteverhältnisse in Bewegung bringen und zugunsten sozialer Lösungen verändern konnte. Ethische Diskurse ohne den Rückhalt klassenmäßiger Gegenmacht sind demgegenüber von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Hier schließt sich in gewisser Hinsicht der Kreis unserer Revue zum heutigen Profil des früher "undogmatischen Marxismus", wie er in der PROKLA vertreten worden war. Neben dem Bemühen um einen Rekurs auf Klassenanalyse des Kapitalismus und um die Gewinnung einer neuen sozialistischen Alternative und Perspektive steht nach wie vor die Tendenz zu fachwissenschaftlicher Partialisierung, die von der Redaktion selbst beklagt wird. Es ist noch nicht erkennbar, wie sich ein "undogmatischer Marxismus" heute definiert und ob eine solche Identität dem Selbstverständnis der heutigen PROKLA-Akteure noch entspricht. Nicht nur in diesem Fall ist verwunderlich, wie stark sich in nur 25 Jahren das Bild einer Gesellschaft bzw. deren Verständnis ändern kann, die doch bei allem Wandel in der Hauptsache die gleiche geblieben ist.

Postideologisches Mittelgebirge - zu Albrecht Schönes Faust-Edition

"Unfaustischer nie!"

Albrecht Schönes Faust-Edition, zweibändig mit Text und Kommentar 1994 im Deutschen Klassiker Verlag erschienen, zweitausend Seiten lang und zweihundertvierzig DM schwer, wurde in der kulturtragenden deutschen Presse als editorisches Meisterwerk gepriesen. Einen "neuen Blick auf 'Faust'" verspricht die *Zeit* schon im Titel: "anderthalb Jahrhunderte nach dem Tod des Dichters endlich der vollständige, von Selbstzensur und Herausgeber-Willkür befreite Dramen-Text" - so Rolf Michaelis am 4. Nov. 1994; eine These sekundierend, die zuvor schon Gustav Seibt in der FAZ aufgestellt hatte. Der "nicht entstellte Dichtertext", hier sei er Ereignis geworden. Eine "stille Sensation" sei diese Edition, eine "Zumutung" zugleich, ja "Herausforderung" an den Leser. Von "aller wissenschaftlicher Bleifüßigkeit" befreit die Texterklärung: die "mehr als tausend Seiten des Kommentarbandes" ein reines "Lesevergnügen" - glückliches Ergebnis von "Schönes Jahrzehnte-Arbeit der Erläuterungen". Vorweihnachtlich abgesegnet wurde das vereinte Lob dann noch von Ernst Osterkamp in der FAZ am 13. Dezember des gleichen Jahres. Auch dieser konstatiert eine "stille Sensation" und reminisziert eigene gymnasiale Bemühungen - "den Text der geliebten Hamburger Ausgabe studierend" -, um auf zwei Seiten langatmig zu dem Schluß zu kommen: "ein postideologischer Faust. Unfaustischer nie!" Auch er zollt dem Kommentar das allerschönste Lob. Ein "philologisches Meisterwerk" sei dieser - "nicht allein an texterschließender Gelehrsamkeit, die er entfaltet, sondern zugleich der Haltung wegen, die er gegenüber dem Leser einnimmt". Es ist die einer "gelehrtenrepublikanischen Dialogizität". Den "mündigen Leser" wünsche sich Schöne, der selbst ohne "Allwissenheitsgestus" auftritt, ein "kritisch Fragender" bleibe.

Sie erschlägt geradezu die Laudatio aus berufenen Mündern, und die Gemeinde der Faust-Adepten, vom coolen Profi zum schmalen Amateur, ist aufgerufen, den eigenen Mund zu halten und sich die zweihundertvierzig Märker, die zum Kauf dieses Wunderwerks benötigt werden, von ihm abzusparen. "Muß", so fragte auch, im Angesicht solcher Hymnen, hinter sinnig Rainer Mammen, Kritiker des Bremischen *Weser-Kurier*, "muß die Geschichte der deutschen Literatur völlig neu geschrieben werden - ausgerechnet dort, wo sie sich mit unserem Hehrsten und Schwersten plagt (...): bei Goethes 'Faust'?" (*Weser-Kurier* v. 5.11.1994) Dieser Eindruck sei, nach den Rezensionen in *Zeit* und *FAZ*, nicht mehr abzuweisen. Muß sie das?, so fragen auch wir. Und der skeptisch-bohrende Wurm mißgünstigen Zweifels, der in uns sich regt - oftmals haben wir windiges Lob aus diesen

Gazetten vernommen, oft auch Tadel, wo uns Lob am Platze schien - fragt noch mehr: Was ist das eigentlich, ein 'postideologischer Faust', will er wissen? Und was wohl jene so gepriesene 'gelehrtenrepublikanische Dialogizität'? Ist das gemeint, was wir in der Zunft immer ersehnt, so selten aber nur gefunden haben: der herrschaftsfreie Diskurs, der die Gemeinschaft der Wissenschaftler auszeichnen soll? Doch zunächst einmal: wie steht's mit jener Texteinrichtung, die so ganz anders als alle anderen vor ihr ist - die Krönung von Jahrzehnten philologischer Mühe?

Texteinrichtung

Es sei neidlos zugestanden und der raunzende Skeptiker zum Schweigen gebracht: diese Edition ist besser als andere zuvor, und obwohl wir nicht sämtliche Ausgaben seit der Letzter Hand kennen, soll dem Herausgeber geglaubt sein, der sie alle "in jahrzehntelanger Arbeit" geprüft hat - geprüft und zu leicht befunden. Schöne hat für den Ersten Teil auf die Ausgabe Letzter Hand zurückgegriffen, die Goethe noch selbst besorgte, für den Zweiten auf die zur postumen Veröffentlichung bestimmte Reinschrift - da bereits die Erstausgabe von Eingriffen Riemers und Eckermanns entstellte sei; eine Praxis, der dann Heerscharen späterer Herausgeber skrupellos folgten. Historisch-kritisch freilich will die Schönesche Ausgabe nicht sein; sie versteht sich als Lese- und Studienausgabe. Der Textband enthält neben den beiden Teilen des Texts die 1887 gefundene "frühe Fassung" (fälschlich, wie Schöne sagt, 'Urfaust' genannt) sowie die wichtigsten Teile der Paralipomena: Das sind die in Goethes Nachlaß handschriftlich überlieferten Arbeitsnotizen, Schemata, Entwürfe, ausgelassene Passagen und andere Texte zum *Faust* (die freilich schon früher editorisch erschlossen und publiziert waren). *Faust. Ein Fragment* von 1790 enthält die Schöne-Edition *nicht* (ein Grund ist nicht auszumachen). Stattdessen enthält sie den Wiederabdruck eines bereits 1982 erschienenen Texts: die vom Herausgeber selbst eingerichtete - und textlich ergänzte - "Bühnenfassung" der wichtigsten Paralipomena zur Walpurgisnacht (Satansmesse und Hochgericht); Stücke, die Goethe (wie Schöne interpretiert) aus Gründen der "Selbstzensur" aus dem für die Veröffentlichung bestimmten Text entfernt hat.

Dies, in etwa, ist der Stand der Dinge. Hier aber regt sich schon wieder die Stimme nörgelnder Skepsis. Ist die Sache wirklich so, wie sie steht: als Lese- und Studien-, nicht historisch-kritische Ausgabe, das Geld wert, das sie kostet (kaum erschwinglich für normal Verdienende) wie auch das exaltierte Lob unserer führenden Journale? Wenn schon der Aufwand von Jahrzehnten, hätte es dann nicht doch eine historisch-kritische Ausgabe werden können - um der "nationalen Schande" (Schöne) deutscher Faustausgaben ein-für-alle-mal ein Ende zu bereiten? Zumal der von Goethe gewollte Text, dem Bekunden des Herausgebers zufolge, ja eindeutig scheint und vorliegt: der Erste Teil in der zu Goethes Lebzeiten erschie-

nenen Ausgabe Letzter Hand, der Zweite in der vom Autor durchgesehenen Reinschrift. Unlösbar dürfte die Aufgabe einer Ausgabe, die sich bis ins Detail von den Intentionen des Autors leiten läßt, also nicht sein (wie anders steht es mit den Shakespearedramen, wo wir keine Zeile vom Autor selbst oder von ihm sanktioniert besitzen - und wie gut im Vergleich sind die vorliegenden Ausgaben). Was aber bei Schöne herauskommt, ist letztlich nicht mehr als ein Kompromiß - eine weitere Mißgeburt (wenn man Schönes eigene harte Sprache sprechen möchte), *in better shape* freilich als diejenigen zuvor. Der Herausgeber selbst spricht von "Dilemma" und "Kompromiß" im Punkt der Textgestaltung, von "eingeschränkt orthographischer Modernisierung", die er dann wiederum als "Spinnwebentfernung" zu rechtfertigen sucht: ein Widerspruch, den selbst der sonst so devote Rolf Michaelis beklagt - der hier gar von "Faseln" und "Schönreden" spricht. "Nichts Halbes und nichts Ganzes", befindet er - "in diesem Fall aber das zur Zeit Beste". So kommt am Ende dann doch nur das Lob für den Einäugigen heraus, der unter Blinden bekanntlich König ist.

Wie nun sieht das zur Zeit Beste mit Blick auf den Text dann aus - verglichen mit dem schlechten Alten? "Gelesen, verglichen: tagelang, nächtelang", bekennt Rolf Michaelis und kann dann "nur noch nicken zu dem vernichtenden Urteil" des Herausgebers über den Zustand vorhandener Ausgaben - daß dieser "eine nationale Schande" sei. Bei Schöne erst hätten wir "den von Schreibern, Herausgebern, wissenschaftlichen Interpreten noch nicht entstellten Dichtertext". Das große Beispiel freilich für den von Klassizismen gereinigten Text, das von Michaelis (wie schon von Seibt vor ihm) gegeben wird, erweist sich als Bumerang mittleren Kalibers. Und zwar geht es um ein kleines 'e', das Schöne angeblich erst entdeckt hat - das 'e' der Zeile "Hier ist *es* getan" (nicht, wie üblich, *ist's*) in Goethes vielzitierten Schlußversen. Jubelnd feiert Freund Michaelis die Schönesche Textbereinigung über eine ganze lange Spalte seines Artikels hinweg. Hier, endlich, sei er gefunden, der unentstellte Text: voll ausgeschrieben, sperrig, sich jeder Harmonie verweigernd, nachdem "die Harmoniesehsucht fast aller Herausgeber" sich für die 'glatt' dem Silbenmaß eingängige Formel "*ist's*" entschieden haben (sic). Weshalb dann wohl auch, wie Rainer Mammen im *Weser-Kurier* spöttisch glossiert, "Generationen von Goethe-Lesern Goethe wie gelesen haben? Völlig verkehrt, müßte man annehmen. Und zwar so lange, bis man es dem Dr. Michaelis endlich einmal gleich tut und nun seinerseits liest und vergleicht - nicht gerade 'tagelang, nächtelang', sondern maximal zehn Minuten. Denn leider besitzen wir nicht so viele und wertvolle Goethe-Ausgaben wie die Doktoren Seibt und Michaelis, sondern - genau durchgezählt! - nur zwei: eine Reclam-Volksausgabe 'o.J.' (vermutlich frühestes 20. Jahrhundert) und ein Insel-Taschenbuch 'Faust, Zweiter Teil' aus dem Jahre 1982. Und was lesen wir da, bzw. hier wie dort? 'Das Unbeschreibliche / Hier ist es getan' - 'ist es', nicht: 'ist's'. So daß also zumindest in dieser Zeitung die Geschichte der deutschen Literatur doch nicht umgeschrieben werden muß. Offenbar haben wir hier

schon immer ein bißchen richtiger zitiert als 'Die Zeit' und die 'FAZ'. Allerdings nur, wenn wir zu diesem Behufe unsere spottbilligen alten Goethe-Texte benutzen, nicht Georg Büchmanns 'Geflügelte Worte.'" (*Weser-Kurier* v. 5.11.1994)

Peinlich, was? Dem sei nur noch angefügt, daß auch von den vier Faust-Ausgaben, die der hier Schreibende besitzt, immerhin zwei, die Karl Goedeke von 1885 und die des Cottaschen Nachlaßbandes (hier also haben Riemer und Eckermann nicht gepuscht), jenes alles entscheidende kleine 'e' aufweisen, das die Herren Michaelis und Seibt nirgendwo sonst entdeckten (vgl. meinen Leserbrief, *Weser-Kurier* v. 10.11.94).

Für diese Panne seiner braven Rezensenten freilich kann der Herausgeber nichts - wenn nicht die gesamte Attitude, die diese Ausgabe trägt: die delikate Mischung von präntendierter Bescheidenheit und praktizierter Arroganz Einstellungen provozierte, die solche Fehlleistungen dann hervorbringen.

An Widersprüchen ist diese Edition allenthalben nicht frei. Ins Auge fällt immer wieder die enorme Differenz zwischen der Selbsteinschätzung des Herausgebers und der Praxis seines Vorgehens. Was ist, frage ich, von einem 'Appell an den mündigen Leser', was von 'gelehrtenrepublikanischer Dialogizität' zu halten angesichts der unerträglichen Unsitte, hinter zitierte Deutungen, die dem Herausgeber mißfallen, wohl zur Warnung unbedarfter Leser, Fragezeichen zu setzen? Undenkbar wäre dies in den großen Shakespeare-Editionen (man nehme die Arden Edition), die auch Lese- und Studienausgaben, keine historisch-kritischen sind.

So unschuldig-egalitär ist unser Professor dann doch nicht, wie er tut. Ganz und gar läßt er die Katze aus dem Sack - oder sollen wir angesichts des Gegenstandes besser sagen: 'den Pudel'? -, wenn er in seiner Walpurgisnacht-Emendation assertorisch erklärt: "Von den gegen alle Grundsätze der Editionsphilologie verstoßenden Rechten eines Bühnenbearbeiters mache ich hier rücksichtslos Gebrauch. Ich streiche (...). Ich kontaminiere (...) straffe (...) aus Proportionsgründen (...) nehme (...) interne Umstellungen vor (...). (...) ich modernisiere (...) und verfüge eigenmächtig" - so zu lesen auf S. 738 des Texte-Bandes. Wenn das nicht Sprache der Macht ist, weiß ich nicht, was eine solche Sprache ist. Eben noch hörten wir: "von Herausgeberwillkür frei" - der Herausgeber in der Rolle des Bühnenbearbeiters suspendiert sich freilich von solchem Schein. Eben noch wurde die Willkür der Zunft gezeißelt - jetzt wird die Unsitte vergangener Editoren, sich selbstherrlich an die Stelle des Autors zu setzen und die Texteinrichtung als Autorenkorrektur zu betreiben, geradezu auf die Spitze getrieben. Wir folgen Schöne in seinem Plädoyer für die verworfenen Walpurgisnacht-Texte (wenn auch nicht notwendig mit seinen Gründen) - eine Editorenbearbeitung (die Textergänzungen des Herausgebers einschließt) hat in einer Ausgabe philologisch-wissenschaftlichen Charakters schlechterdings nichts zu suchen; zumal die Schönesche Texteinrichtung für Interes-

sierte in einer bedeutend wohlfeileren Ausgabe zugänglich ist (die entscheidenden Texte sind übrigens auch im Paralipomena-Teil der Faust-Ausgabe des alten Aufbau-Verlages enthalten /Berlin/Weimar 1986/, die für 20,- DM gelegentlich noch an Bücherständen erworben werden kann). Ein Editor ist kein Dramaturg. Die Paralipomena, wie sie Goethe hinterließ und in der Form, in der er sie hinterließ (aus welchen Gründen auch immer nicht aufgenommen in den sanktionierten Text) sind für eine philologische Ausgabe genug. Den 'mündigen' Theaterleuten sei es überlassen, mit den bereitgestellten Texten umzugehen, wie es ihnen behagt, gelehrtenrepublikanisch frei, ohne professorale Bevormundung. Aufgabe des Philologen kann nur sein, die Texte unentstellt einer möglichst breiten Öffentlichkeit zum Gebrauch zu übergeben - mehr ist hier weniger. Zumal wir ja auf einen so wichtigen Text wie das *Fragment* verzichten müssen - und so dann doch wieder auf Editionen zurückzugreifen haben, an denen der Makel nationaler Schande haftet.

Kommentar

"Dieser Kommentar ist ein philologisches Meisterwerk" (Ernst Osterkamp). Ist er das? Umstandslos sei zugestanden: Schönes Kommentar argumentiert klar, ist gut geschrieben und auf weite Strecken höchst informativ. Er ist, mit über tausend Seiten erläuternden Texts, sicher der ausführlichste Zeilenkommentar zum *Faust*, den wir besitzen. Daß, angesichts der schieren Textfülle, nicht alles originell sein kann, versteht sich von selbst - in der Tat finden sich viele Informationen, die Schöne gibt, auch in anderen im Handel befindlichen Kommentaren (so im Reclam-Kommentar von Friedrich/Scheithauer, in der Ausgabe des Aufbau-Verlages, im vielgescholtenen Trunz), zumindest, wenn man diese Ausgaben zusammen erstein (immer erst ein Viertel des Preises der Schöne-Edition). In diesen anderen Ausgaben freilich findet sich auch einiges, was sich bei Schöne nicht findet, und trotz des Seitenumfanges und enormen Preises dürfte gelten: auch wer den Schöne schließlich hat, kann auf andere Kommentare nicht verzichten.

Anderes fällt auf und verstimmt. So werden einerseits im Textteil die Walpurgisnachts-Paralipomena in Schönescher Einrichtung als "Bühnenfassung" aufgenommen - die theatrale Rezeption bleibt jedoch im Kommentarteil ausgespart. Wenn das Theater so wichtig ist (und es ist es!), dann hätte dem auch im Kommentarteil Rechnung getragen werden müssen. Bei der Lektüre der Texterläuterungen stehen neben neuen Einsichten auch herbe Enttäuschungen. Enttäuschend sind die Erläuterungen vieler Schlüsselstellen. Bei vielen hat Schöne wenig Neues, viel Einseitiges, manches Triviale zu sagen - oft unter dem Niveau der von ihm gescholtenen Editionen. Der Leser vergleiche und sehe selbst. Als Beispiel für viele: zu Fausts Eingangsmonolog in der Nachtszene findet sich, was die philosophisch-wissenschaftsgeschichtlichen Konnotationen betrifft, allein ein

Hinweis auf Newton. Sein philosophischer Anspielungsreichtum fällt gänzlich unter den Tisch. Der Monolog eröffnet, wie in der Forschung erschlossen, einen epistemischen Horizont, in den, neben und vor Newton, Copernikus, Kepler und Galilei, Bacon, Descartes, Paracelsus und Spinoza gehören, ja der bis zu Aristoteles und der ionischen Naturphilosophie zurückreicht. *Zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält*, die Frage nach der *arché*, ist, Aristoteles zufolge, die philosophische Grundfrage. Schwach auch die Erklärung des Erdgeists, nichtssagend der Kommentar zu Wald und Höhle, beide deutlich hinter vorhandene Kommentare zurückfallend. Eine Metapher wie die der Mütter bleibt bei Schöne praktisch unerklärt - er beruhigt sich mit der Feststellung, daß die Szene "satirisch eingefärbt" sei (468). Die Figur der Erichtho wird so konventionell wie dünn kommentiert (gerade die geschichtsphilosophischen Anspielungen, der geheime Adressat Hegel bleiben unentdeckt) usw. Dieser Kommentator, der so "unendlich viel über den Text weiß" (Originalton Osterkamp), weiß aber auch sehr viel nicht, was andere wissen, oder er geruhte, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was ihm nicht ins Konzept gepaßt hat. Und wenn er solches einmal tut, dann mit warnend erhobenem Zeigefinger, per Fragezeichen den 'mündigen Leser' leitend (vielleicht ist das gemeint, wenn der Rezensent ihm die "Haltung des Fragenden" attestiert?) oder apodiktisch dekretierend, wenn Referiertes ihm nun ganz und gar nicht gefällt. So verwirft er, ohne jeden Versuch argumentativer Auseinandersetzung, die Hypothese, den Gang zu den Müttern als "Gang ins Unterbewußte" zu sehen (477) - dies nur als Beispiel von vielen.

Schönes Umgang mit ihm gegenläufigen Positionen läßt sich recht gut an seinen Erläuterungen zum 5. Akt des Zweiten Teils, bis hin zum Tode Fausts zeigen. Ausgiebig wird in den Kommentaren von materialistischen Deutungen Gebrauch gemacht (vgl. 704-727), ohne daß freilich irgendwo die Herkunft solcher Einsichten preisgegeben würde. In der Interpretation des vielumstrittenen 'Schlußmonologs' dann *dekretiert* er eine bestimmte Auffassung (die beileibe nicht originelle, sondern heute weit verbreitete der totalen Selbsttäuschung und Negativität von Fausts Vision), wobei gegenläufige nicht diskutiert, sondern denunziert werden: Sie werden schlicht Walter Ulbrichts "Auslegung" der "Sumpf-Verse" aus dem Jahre 1962 zugeordnet. So spricht Schöne von Mieths "nacheilendem Gehorsam" (749) (den er jüngst, mit detektivischer Spürnase, auch wieder bei Klaus Höpcke aufgedeckt hat, vgl. FAZ v. 18. Dez. 1995) und weist gar der Deutung des hier Schreibenden die hohe Funktion zu, "im Dienst der parteigesteuerten Kulturpolitik der DDR und ihrer 'Erbe'-Doktrin, für ihr Goethebild und Faustverständnis" "eine bedeutende Rolle gespielt" zu haben (so wörtlich auf S. 749 dieses Texts). Schön wär's gewesen, wenn es stimmte, lieber Schöne, denkt der Betroffene da: vielleicht hätte es in der DDR dann besser ausgesehen. Nur stimmt es leider nicht. Angesichts solcher kommentatorischen Weisheit fällt uns nur noch Gretchen ein: "Du lieber Gott: Was so ein Mann / Nicht alles, alles denken kann!".

Eine andere Lesart des Schlußmonologs als die Schönesche wird nirgendwo ernsthaft erwogen. Die Idee eines "tätig-freien Lebens", des "freien Volks auf freiem Grund" *positiv* zu sehen, auch nur der Möglichkeit nach oder als Bedeutungsdimension des Texts, wird als doktrinär verworfen - als 'völkisch' oder 'sozialistisch' denunziert. Wie haltlos - in der Tat selbst doktrinär solche pauschale Zuordnungen sind, kann schlagend mit einem unverfänglichen Beispiel belegt werden - durch einen in der Sache neutralen, ganz und gar unbestechlichen Zeugen. Ich meine Thomas Mann, und ich denke an seine große Festrede zum 80. Geburtstag Sigmund Freuds aus dem Jahre 1936. In ihr würdigt Mann den Entdecker der Psychoanalyse als "kolonialisatorischen Geist" und "Wegbereiter eines künftigen Humanismus". Die Rede trägt den Titel "Freud und die Zukunft". Sie schließt mit der Vision einer "heiter ernüchterten Friedenswelt (...)" die mit herbeizuführen die Wissenschaft vom Unbewußten berufen" sei. An ihrem Ende stehen folgende Sätze:

Die Mischung, die in ihr das Pionierhafte mit dem Ärztlichen eingeht, rechtfertigt solche Hoffnungen. Freud hat seine Traumlehre einmal "ein Stück wissenschaftlichen Neulandes" genannt, "dem Volksglauben und der Mystik abgewonnen". In diesem "abgewonnen" liegt der kolonialisatorische Geist und Sinn seines Forschertums. "Wo *Es* war, soll *Ich* werden" sagte er epigrammatisch, und selber nennt er die psychoanalytische Arbeit ein Kulturwerk, vergleichbar der Trockenlegung der Zuidersee. So fließen uns zum Schluß die Züge des ehrwürdigen Mannes, den wir feiern, hinüber in die des greisen Faust, den es drängt, "das herrische Meer vom Ufer auszuschließen, der feuchten Breite Grenze zu verengen".

Eröffn' ich Räume vielen Millionen
Nicht sicher zwar, doch tätig-frei zu wohnen.
Solch ein Gewimmel möcht'ich sehn
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.

Es ist das Volk einer angst- und haßbefreiten, zum Frieden gereiften
Zukunft.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht politisch - wissenschaftspolitisch - bitter ernst wäre: Schönes Umgang mit ihm nicht genehmen Deutungen spricht die Sprache der Macht - derer, die glauben, den Sieg davongetragen zu haben und nun meinen, sie können mit den Besiegten nach Gutdünken verfahren, jenseits aller Regeln wissenschaftlicher Moral. Hier - im Umgang mit Deutungen, die von den eigenen abweichen, den linken zumal - liegt das Skandalon dieser Edition. Materialistische Deutungen werden gar nicht oder nur entstellt - selektiv, verzerrt bereits durch aus dem Kontext gelöste Zitate -, prinzipiell polemisch, nie sachlich zur Kenntnis genommen.¹ Von der Einsicht, daß auch die Polemik noch, will sie 'wahr'

¹ Dazu R. Scholz, Die beschädigte Seele des großen Mannes. Goethes "Faust" und die bürgerliche Gesellschaft, Rheinfelden 1995, 2. Aufl., S. VIIIff. Scholz spricht von Schönes "Unterschlagung" der neueren materialistischen Faust-Forschung.

bleiben, ihren Gegenstand *ganz*, nach Maßgabe des Möglichen und bestem Wissen, zur Kenntnis genommen haben muß, ist nicht eine Spur zu finden. Hier wird nach Zitaten gesucht, die eine vorgefaßte Meinung - im genauen Sinn: ein Vorurteil - bestätigen können. Die Faust-Forschung der DDR (bei weitem nicht alles marxistisch) ist (bereits bibliographisch) nicht halbwegs zureichend erfaßt. Man wird den Eindruck nicht los, daß in diesem Punkt nie systematisch recherchiert oder, was schlimmer ist, aus dem Recherchierten allein nach polemischen Gesichtspunkten ausgewählt wurde. Von Wolfgang Heise, dem wir vielleicht das Wichtigste verdanken, was, international, von marxistischer Seite zu Goethe gesagt wurde, findet sich im Literaturverzeichnis eine einzige Arbeit aus dem Jahre 1982. Lukács zwar läßt sich nicht verschweigen, doch gibt es keine Auseinandersetzung mit ihm, die den Namen verdient. Die *Faust-Gespräche* von Gerhard Scholz werden so wenig genannt wie die Arbeiten von Thomas Höhle, Heinz Hamm (mit der Ausnahme eines einzigen älteren Aufsatzes), die Beiträge der Brandt-Schule (ich nenne allein die grundlegende Studie Brunhild Neulands zu Mythos und Geschichte in *Faust II*), die Literaturgeschichten von Thalheim und Geerds und vieles andere mehr. Für die Quintessenz marxistischer Faust-Forschung steht eben Walter Ulbricht ein - das scheint zu genügen.

Das selektive Zitat aus selektiv wahrgenommener Forschung: der hier Schreibende kann ein Lied davon singen. So wird die Unterstellung, von der oben die Rede war, durch ein einziges vom Kontext isoliertes Zitat belegt (748f.), aus einer Arbeit stammend, die zwanzig Jahre zurück liegt, deren Deutungen seitdem durch eine ganze Reihe weiterer Veröffentlichungen (davon zumindest zwei an Orten, die auch dem Team Schönes mühelos zugänglich waren: den publizierten *Vorträgen des Germanistentages* von 1987, Bd. 1, sowie dem von R. Grimm und J. Hermand edierten Band *Our Faust? Roots and Ramifications of a Modern German Myth*, Madison 1987) vertieft, verändert, entwickelt, revidiert worden sind - wie immer auch. Davon aber hat unser Herausgeber nicht einmal bibliographisch Kenntnis genommen - bitter möchte man hinzufügen: wie zu erwarten war von dem gelehrten Herrn. Materialistische Deutungen sind eben 'Ideologie' - und damit läßt sich Schlitten fahren. Sie sind Ideologie frei nach dem Motto: 'Ideologie ist immer, was der andere denkt'; die Auseinandersetzung erspart man sich.

Um nicht mißverstanden zu werden: Schöne ist nicht der Vorwurf zu machen, daß er materialistische Deutungen nicht schätzt. Dies ist sein gutes Recht und von seiner Interessenlage her auch verständlich. Der Vorwurf lautet: daß hier einer den Gegner gar nicht zur Kenntnis nimmt, daß er Zitate gegen den Kontext wendet, die angegriffene Forschung nirgendwo adäquat erfaßt. Alles, was nur entfernt nach 'marxistisch', 'kommunistisch', 'sozialistisch' riecht, wird als ideologisch diffamiert, umstandslos mit 'Völkischem' und 'Nationalem' in einen Topf geworfen. Deckel drauf und: "Das ist abgetan." 'Links' ist gleich 'Rechts' - so einfach ist das alles.

Nein, so einfach ist das nicht. Und hier gilt es nicht nur zu nörgeln und zu raunzen, hier gilt es, die Trommel zu rühren. Was für eine Wissenschaft, was für ein Wissenschaftsverständnis ist das eigentlich, das sich anmaßt, getragen von der Konjunktur gegenwärtiger Machtverhältnisse, bedeutende Forschungsleistungen, geboren aus der Arbeit von Jahrzehnten (sicher von Fehlern nicht frei - aber welche ernstzunehmende Forschung ist das?), mit einem dekretierenden Federzug auszustreichen - die ernste Arbeit von Männern und Frauen, manche von ihnen zu den Besten zählend ihrer Generation, in einen Topf zu werfen mit völkischem Humbug und faschistischer Falschmünzerei - mit der Ideologie derer, die sie verfolgten? Was für ein Wissenschaftsbegriff ist das, der uns hier, von der staatstragenden Presse unseres Landes, als 'gelehrtenrepublikanische Dialogizität' verkauft wird? Das Wort hat einen guten Sinn, wenn es einen Diskurs meint, in dem nichts anderes zählt als das gute Argument, die begründete Aussage, als Form eines Umgangs verstanden, der die *scientific community*, wenn nicht faktisch bestimmt, so doch bestimmen sollte. Hier aber spricht einer selbstbewußt aus dem Zentrum der Macht - das begründete Argument, wo gibt es das hier im Umgang mit linken Positionen? Und sehr bewußt tut er dies. Er weiß die Macht zu gebrauchen. Dumm ist er nicht - dumm sind nur die kleinen Leute, die darauf hereinfallen.

Ein 'postideologischer' Faust?

Die vorliegende Edition, wir hörten es, wird als 'postideologischer' Faust deklariert - eine Bewertung, der sich der Herausgeber, wie zu vermuten ist, anschließen dürfte. "Das ist abgetan." Um in der Sprache unseres Gegenstandes zu bleiben, die Botschaft hör ich wohl allein mir fehlt der Glaube. Gründe für diesen Zweifel nannten wir zuhauf. Auch hier scheint sich zu bestätigen, was sich bislang meist bestätigt hat: die sich ideologiefrei ausgebenden Geisteswissenschaften zeigten sich, bei Lichte besehen, immer als handfest ideologisch - wenn es stimmt, daß Ideologie etwas mit sozial interessierter Erkenntnis, undurchschauten Voraussetzungen, politischem Urteil, mit unaufgeklärtem Vor-Urteil zu tun hat. Genau betrachtet, zeigen sich die ideologiefrei Auftretenden oft enger in ihre Vormeinungen verstrickt als die, die ihr politisches Interesse in den Wissenschaften offen bekunden - weil dieses Interesse entweder verschwiegen oder nicht durchschaut wird. Es gibt, vermuten wir, keine Wissenschaft ohne Voraussetzungen - politisch, sozial, epistemologisch, ontologisch -, und ideologiefrei kann Wissenschaft nur sein, wenn sie diese Voraussetzungen zu reflektieren: aufzuklären und zu begründen vermag. Der Anspruch aber, interessiert und voraussetzungsfrei zu sein, ist, wenn er nicht bewußte Irreführung ist, selbst Ausdruck eines unaufgeklärten Selbstverhältnisses - ideologisch im höchsten Grad.

Doch kehren wir zu Schöne zurück und nehmen wir sein Selbstverständnis beim Wort. 'Postideologisch' soll hier wohl so viel heißen wie: frei von

weltanschaulichen Vor-Meinungen, frei von politischem Vor-Urteil, frei auch, so scheint es, von 'Philosophie' - frei also von all jenen Vorgaben, die traditionelle Faustbilder, rechte wie linke, angeblich bestimmten und verzerrten.

Frei von Philosophie ist Schönes *Faust* allemal. Mit dem "Habe nun, ach!" seines Protagonisten scheint auch der Herausgeber sich von aller Philosophie dispensiert zu haben. Vergeblich suchen wir in den Erläuterungen nach Hinweisen, die Goethes Text in den Zusammenhang der großen philosophischen Traditionen stellt - der Linie vor allem, die von der ionischen Naturphilosophie über Aristoteles, Lukrez, Avicenna, Bruno, Spinoza und Leibniz reicht (eine Denktradition, die in Ernst Blochs Schrift zum Materialismusproblem eindrucksvoll ausgearbeitet wurde - mit vielen Bezügen übrigens zu Goethe und *Faust*).² Spuren dieser Tradition sind in Goethes Text vielfach zu finden: im Prolog im Himmel, der Nachtszene (Erdgeist), in Wald und Höhle, Anmutige Gegend, im Gang zu den Müttern (Metaphern der mater materia) der Klassischen Walpurgisnacht, wo der Stammvater naturphilosophischen Denkens, Thales, als 'Führer' geehrt wird, bis in die Schlussszene (Bergschluchten) hinein. Goethe selbst benutzt den Begriff der 'Entelechie' bzw. 'entelechischen Monade' (dazu auch Schöne, 787 u. 799f.), eine Kontraktion aristotelischer und leibnizischer Gedanken - sehr charakteristisch übrigens, wie 'frei' Goethe mit dieser Tradition, wie mit allen seinen Materialien, verfuhr.

Nun ist es nicht so, daß Schöne solche philosophisch-ideengeschichtlichen Bezüge völlig verschweigt - das ginge gar nicht; sicher fallen Namen wie Aristoteles und Leibniz gelegentlich, auch das Wort 'Spinozismus' habe ich finden können (da die Ausgabe auf ein Namensregister verzichtet, wäre eine genaue Überprüfung nur in zeitaufwendiger Arbeit möglich). Was entscheidend ist: Diese Bezüge spielen *interpretatorisch* keine Rolle. Daß Goethes *Faust* sich im Horizont solcher Denkformen bewegt, von ihnen her, zumindest in Teilen, zu deuten ist, wird nirgendwo auch nur ansatzweise kenntlich. Dürfen wir vermuten, daß dies Methode hat? Schöne will kein 'Weltanschauungs-drama' mehr, denn das gerade gilt ihm als ideologisch - damit beschneidet er aber den Text um eine wesentliche, vielleicht die wesentlichste Dimension. Denn dieser ist nun einmal weder psychologisches Drama noch Charaktertragödie, sondern eine der großen Weltanschauungsdichtungen in der Geschichte der Literatur³ - und in diesem Sinn wesensmäßig *philosophische* Dichtung -, wie Aischylos und Sophokles, Homer und Vergil, Dante und Shakespeare, Milton und Thomas Mann es sind. Mit 'Ideologie' aber, wenn der Begriff überhaupt einen *präzisen* Sinn

² Vgl. E. Bloch, *Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz*. Frankfurt a.M. 1972.

³ "(...) vielleicht das einzige Weltgedicht, das die deutsche Literatur hervorgebracht hat." So Dorothea Hölscher-Lohmeyer in: *Natur und Gedächtnis. Reflexionen über die klassische Walpurgisnacht*, in: W. Keller (Hrsg.), *Aufsätze zu Goethes "Faust II"*, Darmstadt 1991, S. 93.

haben soll, hat *dieser* Tatbestand, für sich selbst genommen, noch gar nichts zu tun.

Dürfen wir vermuten, daß unser Herausgeber, über die Philosophie hinaus - sagen wir es vorsichtig: ein etwas heikles Verhältnis hat zur Theorie und zu theoretischen Konzepten? Die Vermutung erhält Nahrung durch einen Blick auf seinen Umgang mit literaturtheoretischen Begriffen. Eigentümliche Reflexionen knüpfen sich bereits an die Erklärung des Titels - daß Goethe die Bezeichnung 'Tragödie' vor das ganze Werk gesetzt habe (S. 17). Einer Auffassung wie der von Lukács - der den *Faust* als "Drama der Menschengattung" begriff - sei damit von vornherein der Boden entzogen: Die Tragödienbezeichnung signalisiere, daß die Dichtung als "Endzeitspiel" verstanden werden solle (18). Ja alle Deutungen mit einer - wie 'utopisch' auch immer verstandenen - innerweltlichen Verheißung würde "die mit der Gattungsangabe vorangestellte Generalklausel außer Kraft setzen". Wohl-gemerkt: Hier wird nicht mit *Goethes* Fassung des Tragödienbegriffs argumentiert, der übrigens an Zelter schrieb: "in dieser (...) so äußerst platten Welt kommt mir das Unversöhnliche ganz absurd vor" /Brief v. 31. Oktober 1831/ - eine Äußerung mit Relevanz auch für seinen Tragödienbegriff). Vielmehr wird ein *bestimmter* Tragödienbegriff (der nicht näher erläuterte Schönescher Provenienz) als zeitlos-essentieller unterstellt, und mit ihm wird das Argument vorgetragen - eine erschlichene Argumentation. Denn theoriegeschichtlich kann kein zeitloser Tragödienbegriff supponiert werden. Was in der europäischen Tradition 'Tragödie' heißt, reicht von dem aristotelischen Begriff des "serious drama" (F. L. Lucas) - "a play that deals seriously with a life-and-death-question" (Cleanth Brooks), unabhängig von seinem Ausgang - über Lessings Furcht-und-Mitleid-Konzeption, Schillers Bindung der tragischen Erfahrung an das Erhabene, Hegels geschichtsoptimistisch-dialektische Tragödienauffassung eben zu jener, die im tragischen Vorgang einen solchen des ausweglosen Niedergangs, der zukunftslosen Zerstörung, der "Weltkatastrophe" (Emil Staiger) sieht (ich vermute, daß dies der von Schöne favorisierte ist). Es ist willkürlich, einen bestimmten dieser Begriffe als den einzig verbindlichen zu reklamieren.

Ein Beispiel theoretischer Ahnungslosigkeit geradezu ist Schönes Einführung des Begriffs der "ethisch-ästhetischen Formeln", um die "verwaschenen Termini 'Symbol' oder 'Allegorie'" zu ersetzen, da sich diese zur Erfassung des ästhetischen Grundcharakters des Werks als "untauglich" erwiesen hätten (61). Er greift auf einen Begriff zurück, den Goethe in einem Brief an Boisserée gebraucht - erklärt damit aber *gar nichts*. Die Erläuterung des neuen Begriffs ist trivial bis an die Grenze des Peinlichen - so, wenn es heißt: "Solche Formeln besitzen freilich nicht den Abstraktionsgrad der nackten mathematischen Konstruktionen" (61) - wer hätte das gedacht! Dann wiederum: "Die Präzision aber und die universale Gültigkeit mathematischer Gebilde hat Goethe mit diesem Sprachgebrauch gewiß auch für sich in Anspruch nehmen wollen" (61) - ein Satz,

hinter den man, in Schönescher Manier, nur noch ein Fragezeichen setzen kann. Wenn eine sichere Prognose, die vorliegende Edition betreffend, gewagt werden kann: Eine große Karriere ist den von ihr in die Welt gesetzten theoretischen Kategorien sicher nicht vorauszusagen. Nein, mit der Theorie steht unser Herausgeber auf keinem guten Fuß. Frei von Ideologie also ist diese Ausgabe sicher - wenn dies heißen sollte: nicht angekränkt von der Blässe des Begriffs. Mit einer Ausnahme freilich. Denn so gering die Rolle der Philosophie in Schönes Faust-Deutung ist, so groß ist die der *Theologie* - sicher nicht die ideologiefreieste unter den freien Wissenschaften -, keine orthodoxe freilich, das sei zugegeben, aber Theologie doch ganz und gar. Und zwar werden Schönes theologische Deutungen des Texts keineswegs philologisch behutsam, sondern recht herrschaftlich-sicher eingeführt. So wird, um ein augenfälliges Beispiel zu geben, Goethes "Unterdrückung" der Satansmesse mit folgenden Argumenten kritisiert: Aus dem "Sinngefüge des Ganzen" sei damit das "Kernstück der *Walpurgisnacht*" herausgebrochen. Die "häretisch inspirierte Satansszene" hätte "eine weit über die *Walpurgisnacht* hinausreichende Bedeutung für das Faust-Spiel gewonnen"; und zwar "hätte sein großes Welttheater durch den Auftritt des Gegenspielers, des satanischen Gegengottes eine dualistische Grundspannung gewonnen, welche der isolierte *Prolog im Himmel* mit der Erlösungszusage des *einen Herrn* verblasen läßt" (344f.). Das ist es: So sehr wir Schöne folgen wollen in einer Anerkennung der herausgelassenen Szene im Sinne dramaturgischer *Verdeutlichungen* (worum es in der *Walpurgisnacht* geht, ist freilich auch ohne diese Szene klar), so sehr widersprechen wir dem Versuch - denn darum handelt es sich hier -, Goethe *theologisch* zu korrigieren. Goethes weltanschauliches Konzept, im *Faust* und anderen Orts, war nie ein dualistisches. Er ging von der Einheit der Welt aus: der Einheit des ganzen Seienden - seine Grundauffassung war *monistisch*. Gerade das ist das Erbe der von Schöne unterbelichteten (*to say the least*) materialistisch-pantheistischen Denktradition. Im *Prolog im Himmel* wie in den Bergschluchten ist das Böse, die Macht der Zerstörung, eben dann doch, gut leibnizisch, Teil der kosmischen Ordnung, nicht ihr gleichwertiges Gegenprinzip, und im Binnentext behält Mephisto eben nicht das letzte Wort: Aus seinen Klauen wird Fausts Seele von den Engeln errettet (wie immer man das im einzelnen ausdeuten möchte). Man mag eine dualistische Theologie mit guten Gründen vertreten - man mag auch Goethes Monismus bedauern und kritisieren -, man soll aber Goethe nicht unterschieben, was seine Sache nicht war. Und vor allem: Auf die Attitüde der besserwisserischen Korrektur sollte verzichtet werden. Vielleicht waren es eben doch nicht nur Gründe moralischer Selbstzensur, die Goethe bewogen, jene inkriminierten Szenen dem publizierten Text fernzuhalten - vielleicht war es auch, neben ästhetischen Erwägungen, die Sorge einer *ontologischen* Aufwertung des Prinzips des Bösen durch den Einschluß dieser Texte.

Faust wird also von Schöne, darauf läuft es hinaus, *theologisch* gelesen. Nirgendwo wird dies so deutlich wie in seiner Deutung der Schlußszene. Auch hier wiederum - und dies ist entscheidend - wird nicht, in "gelehrtenrepublikanischer Dialogizität", eine Deutungsmöglichkeit oder Texterweiterung angeboten, sondern, dem Anspruch nach, die einzig richtige Deutung gegeben - jene eben, die alle anderen ersetzen soll. Fausts Schuld, heißt es sehr apodiktisch, habe am Ende des 5. Akts einen solchen Grad erreicht, daß ein "zureichender Grund" für seine Erlösung theologisch - zumindest im Sinne christlicher Orthodoxie - nicht mehr gegeben sei. Die vom Herrn des Prologs ausdrücklich verlangte Bedingung, "des Menschen Tätigkeit", sei als "zureichender Grund" jetzt nicht mehr anzuerkennen - war gerade sie es doch, die Faust immer tiefer in Schuld verstrickte (787). Das Geschehen der Bergschluchten beruhe "denn auch auf einem theologischen Konzept, welches die Vorstellungen der christlichen Orthodoxie (...) aufgehoben hat" (ebd.). Gemeint ist die Lehre von der 'Wiederbringung aller' (Apokatastasis) des Origenes, mit der Goethe durch Gottfried Arnolds *Unpartheyische Kirchen- und Ketzerhistorie* von 1699/1700 bekannt geworden war. Zwischen der origenistischen Apokatastasis-Lehre und der letzten Faust-Szene nun bestehe "eine so weitgehende Strukturhomologie", daß sich diese als "Transformation der Wiederbringungslehre in eine 'ethisch-ästhetische Formel' verstehen läßt" (789). Um es kurz zu machen: Viele der von Schöne angeführten Analogien überzeugen, und diese Deutung gehört sicher zu den Teilen des Texts, die einen Zuwachs zur bisherigen Forschung bringen. (Originell freilich ist sie nicht: Sie wurde, nach Vorarbeiten von Konrad Burdach und Wilhelm Flitner bereits 1976 von Arthur Henkel vorgetragen.)⁴

Die Erkenntnis des origenistischen Bezuges jedenfalls ist eine wesentliche Texterweiterung. Was freilich stört, ist der Ausschließlichkeitsanspruch, mit dem Schöne diese Deutung vorträgt, ja mehr noch, daß Goethes Text semantisch auf die origenistische Vorlage *reduziert* wird - als wäre nicht ein poetischer Text immer *mehr* als seine ideelle oder materielle Vorlage! Und keineswegs macht diese Deutung andere hinfällig oder überflüssig. Die Szene im Zusammenhang mit Goethes pantheistisch-naturphilosophischer Transformationslehre (damit auch mit der klassischen Walpurgisnacht) zu sehen - die *alles bildende, alles hegende Liebe* als *Transformation* des "Eros, der alles begonnen" -, hat nach wie vor für mich große Plausibilität; und in dieser Auffassung hat auch die "Mystik" ihren Ort, zu der sich Goethe im hohen Alter (Schöne, 795) - übrigens aber nicht erst im hohen Alter (vgl. *West-östlicher Divan*) - bekannte. Der unendliche Verwandlungsprozeß, den das Ende evoziert, kann einleuchtend als bildlich-dramatischer Ausdruck der unendlichen Bewegung der einen, als göttlich gedachten, Natursubstanz verstanden werden (*natura naturans = substantia sive natura sive deus*). Mit dem Grundgedanken war Goethe durch Spinoza bekannt ge-

⁴ A. Henkel, "Das Ärgernis Faust". In: Keller, a.a.O., S. 290-315.

worden⁵: Natur als Prozeß der Selbstorganisation und Bewegung ins Unendliche hinein, mit *offenen Horizonten* zukünftiger Entwicklung: prospektive Zukünftigkeit im Horizont der unabgeschlossenen Materie (Ernst Bloch) - die Andeutung muß genügen.

Bedeutsam für diesen Zusammenhang ist, daß der Schlüsselbegriff "Faust Unsterbliches" in der handschriftlichen Fassung "entelechische Monade" hieß, ein Begriffskonglomerat, in dem Aristoteles und Leibniz zusammentreten; und diese beiden sind es auch, die, vereint mit Spinoza, zumindest gleichbedeutend mit Origenes genannt werden müßten. Ja, es ist zu vermuten, daß in dieser letzten Szene pantheistischer Materialismus und origenistische Heilslehre *synthetisiert* werden - eine solche Verschmelzung wäre für Goethe ja alles andere als untypisch. Die Fortexistenz der Naturmetaphern gerade auch in diesem Text, ja die von Schöne selbst festgestellte "metereologische Strukturformel" der Szene (794) weisen darauf hin. Die Anregung, christliche Ketzerlehre und pantheistische Substanzmetaphysik im Zusammenhang zu sehen, mag Goethe bei Arnold selbst gefunden haben; denn eben in dessen *Ketzerhistorie* stehen die Sätze: "Es ist unter den Gelehrten nicht leicht eine Person zu nennen, welche mehr Aufsehen in der Welt gemacht als Benedictus de Spinoza" (Bd. 1, Teil 2, Frankfurt 1700, S. 585f.).

Deutsches Mittelgebirge

Das Fazit des ganzen Geschäfts? Es wäre blind, der Schöneschen Edition ihre Verdienste abzuspochen. Diese aber werden durch den überhöhten Selbstanspruch, vor allem auf der Ebene des Kommentars, arg ins Wanken gebracht, eingeschränkt nicht zuletzt durch die Attitüde der Herrschaftswissenschaft, die in diesem Anspruch sich ausspricht - einem vom Firnis der 'Dialogizität' nur notdürftig übertünchten Dogmatismus. Vor

⁵ Bei Schöne fällt heraus, daß die origenistische Apokatastasis-Lehre eine Wiedergeburt der Welt ("Wiederherstellung aller Dinge" /Mirca Eliade) im Zeichen universaler Versöhnung meint - damit in die Tradition utopisch-chilastischen Denkens gehört, wie es über Joachim di Fiore der Neuzeit vermittelt wurde (vgl. K. Löwith, *Weltgeschichte und Heilsgeschehen*). Die Weltgeschichte ist für Origenes ein "Welt drama" als "Weg vom Unwissen zu Erfahrung" (M. Eliade, *Geschichte der religiösen Ideen*, Bd. 3/1, Freiburg 1993, 53). Das origenistische Denken konstituiert eine besondere Form eines christlichen Radikalismus und Utopismus mit sozialrevolutionärer Sprengkraft, die über die radikalen Kirchen, Milton (vgl. *Paradise Lost*, III, 333-41), Blake, Shelley (*Prometheus Unbound*) in Goethes Zeit gekommen ist. Es lebt im utopischen Sozialismus fort (den Kontakt Goethes mit diesem hat H. Hamm nachgewiesen; vgl. *Weimarer Beiträge* 28/1982, 70-91). Eine 'utopistische' Deutung der Schlußszenen ist also durchaus mit der origenistischen in Einklang zu bringen. In diesen Zusammenhang gehört, daß Arnold selbst einen urchristlichen Rigorismus vertritt, der in seiner sozialen Radikalität einen "fast revolutionären Zug" besitzt (K. Garber, *Gefährdete Tradition. Frühbürgerliches Erbe und Aufklärung. Arnold - Leibniz - Thomasius*. In: T. Metscher /Hg./, *Kulturelles Erbe zwischen Tradition und Avantgarde*. Köln 1991, 18). Arnold "beharrt auf der Utopie des urchristlichen Lebens als eines ohne Abstriche in der Gegenwart restituierbarem" (ebd. 17). Einen Hinweis auf solche Zusammenhänge, oder auch nur auf die Arbeit Garbers, wird man bei Schöne vergeblich suchen.

Mexiko und das "Nordamerikanische Freihandelsabkommen" (NAFTA)

1. Einleitung

Die gegenwärtige Entstehung und Ausformung regionaler Handels- und Wirtschaftsblöcke fällt in eine Periode, die nicht nur vom Zerfall des "realen Sozialismus", dem Niedergang der Hegemonialrolle der USA gekennzeichnet ist, sondern auch durch rasch wachsende Prozesse der Internationalisierung, Globalisierung der Waren-, Kapital- und Finanzströme. Unterschiedliche Tendenzen überlagern sich dabei, ohne daß von einer klaren Durchsetzung dieser gegenüber jener gesprochen werden könnte. Globalisierung und Ausdehnung des Freihandels (GATT, WTO) stehen transkontinentalen Blockbildungen (EU, NAFTA, ASEAN etc.) gegenüber. "Die Weltwirtschaftsordnung ist ... durch einen dualen Prozeß von Protektionismus und Freihandel bzw. von Regionalismus und Multilateralismus gekennzeichnet." (Lavon, 1994: 20). Auch in Lateinamerika selbst ist es seit der 2. Hälfte der 80er Jahre zur Wiederbelebung bzw. Neugründung von ökonomischen Blockbildungen gekommen; neben dem MERCOSUR, der "Gruppe der Drei" (Mexiko, Venezuela, Kolumbien), dem Andenpakt und zahlreichen bilateralen Abkommen (Fritsch, 1994: 4ff.).

Entsprechend kann NAFTA als Ausdruck einer veränderten Weltwirtschaftsordnung begriffen werden und gleichzeitig als besonders interessantes Beispiel der Regionalisierung der Weltwirtschaft analysiert werden; aus der Fülle der mit NAFTA zusammenhängenden Problemkomplexe sollen hier nur einige ausgewählt werden; im Hintergrund bleiben die Motive und Zielsetzungen der NAFTA-Bildung aus der Perspektive der USA und Kanadas und ihre weltwirtschaftliche Bedeutung bzw. ihr Stellenwert für die Auseinandersetzung mit anderen großen regionalen Blöcken in der Weltwirtschaft. Vielmehr sollen hier im Mittelpunkt stehen die Voraussetzungen, Motive und Hintergründe aus der Sicht Mexikos (2); sodann sind die Hauptinhalte des Abkommens zu skizzieren (3). Schließlich ist in einem weiteren Teil auf die politischen und ökonomischen Wirkungen des Vertragswerks in Mexiko einzugehen (4).

2. Voraussetzungen, Motive, Zielsetzungen

Zu den allgemeinen und historischen Voraussetzungen der Annäherung Mexikos an das NAFTA-Projekt zählt die hohe Handelsverflechtung der beiden Länder, wobei natürlich die Art und Größenordnung der Handelsbeziehungen Mexikos mit den USA für Mexiko ungleich bedeutsamer ist

als umgekehrt. Bekanntlich wickelt Mexiko mehr als zwei Drittel seiner Exporte und Importe mit dem nördlichen Nachbarn ab. Umgekehrt repräsentiert der Handel der USA mit Mexiko nur etwa vier Prozent ihres Außenhandelsvolumens. Die Kapitalmobilität - in beiden Richtungen - stellt ebenso ein teils beklagtes, teils begrüßtes Phänomen dar, das vor allem auf die mexikanische Ökonomie einen großen Einfluß ausübt. Nicht zuletzt infolge dieser offenkundig asymmetrischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und infolge sonstiger großer Unterschiede (Lohnhöhe, Produktivitätsgrad, Erziehungswesen, Gesundheitssystem etc.) wäre es noch Anfang der 80er Jahre fast unvorstellbar gewesen, daß die beiden "distant neighbours" (A. Riding, 1986) freiwillig einem gemeinsamen regionalen Integrationsprojekt zustimmen könnten. Für den tiefgreifenden Sinneswandel sind mehrere Faktoren verantwortlich zu machen. Zum einen schien das Scheitern der Importsubstitutions-Industrialisierung eine Abkehr von dieser und eine stärkere Außenöffnung des Landes nahelegen. Die im Gefolge der Schuldenkrise manifest werdende Schwäche und zusätzlich prononcierte Außenabhängigkeit sowie bedeutende interne gesellschaftliche und ökonomische Umgruppierungen machten diesen Kurswechsel, wie er sich auch schon im Beitritt Mexikos zum GATT (1986) andeutete, fast unabwendbar. Der Zusammenbruch der "realsozialistischen Systeme" wie auch die verstärkte Hinwendung wichtiger europäischer Länder nach Osteuropa schien außerdem eine Anlehnung an die USA realpolitisch und wirtschaftsstrategisch empfehlenswert zu machen. Die seit 1982 unter Miguel de la Madrid eingeschlagene Politik der Austerität und neoliberalen Wende war zwar in wesentlichen Punkten (Inflation, Haushaltsdefizit etc.) erfolglos, doch deuteten andere Elemente seiner Wirtschaftspolitik auf eine gewisse Annäherung an die USA (Entstaatlichung, Außenöffnung etc.) hin. Die Fortsetzung und Intensivierung dieser Politik unter Salinas de Gortari erbrachten auch Erfolge in der Inflationsbekämpfung und der Reduzierung des Haushaltsdefizits, so daß gewissermaßen auch von dieser Seite keine Hinderungsgründe für den Beginn des NAFTA-Prozesses (Juni 1990) im Wege standen.¹ Die Regierung Salinas de Gortari verfolgte mehrere Ziele mit der Forcierung der NAFTA-Verhandlungen. Insgesamt eine externe Institutionalisierung der neoliberalen Politik, die vor möglichen Schwankungen - gerade bei einem Ernstnehmen des Demokratisierungsprozesses denkbar - schützen sollte. Zum zweiten aber auch eine Stabilisierung des PRI-Regimes - sowohl in politischer wie ökonomischer Hinsicht. Verbunden war damit die Hoffnung, weg von der Dritten Welt und weg von Lateinamerika zu kommen und einen raschen Vorstoß Mexikos in den Reigen der Erste Welt-Länder unternehmen zu können. Im einzelnen wurde auch die Erwartung geäußert, daß der Wachstumsprozeß der Ökonomie durch einen solchen Annäherungs-

¹ Vgl. zu dem Gesamtkomplex der "neoliberalen Wende in Mexiko" meinen Artikel "Das Scheitern neoliberaler Politik in Mexiko", in: PROKLA, Nr. 99 (Juni 1995), S. 291-317, und die Studie "Mexiko im Umbruch", Darmstadt (Herbst 1996).

prozeß an die USA und Kanada erheblich unterstützt werden könne: Vor allem durch Sicherung des Zugangs zum US-amerikanischen Markt, durch Anlockung neuer Investoren nach Mexiko, wodurch eine bedeutende Übertragung von Kapital und neuem technologischem Know how dazu beitragen könnte, Elemente der Unterentwicklung in Mexiko rascher zu überwinden. Zwar seien auch Verlierer dieses Integrationsprojektes zu erwarten, jedoch seien die Vorteile für Mexiko per Saldo weit höher einzuschätzen.

3. Hauptinhalte des Vertragswerks

Der Vertrag sowie die von der Regierung Clinton nachgeschobenen Parallelabkommen über Umwelt- und Arbeitsnormen enthalten folgende Elemente:

- a) sukzessive und asymmetrische Senkung der Zölle zwischen Mexiko und den USA/Kanada für immer größere Teile aller grenzüberschreitenden Waren und Dienstleistungen;
- b) Liberalisierung des Kapitalverkehrs, partielle Liberalisierung des Niederlassungsrechts von Banken, Einräumung des Rechtes für Versicherungen, in den jeweiligen Partnerländern aktiv zu werden (nach sechs Jahren);
- c) völlige Gleichstellung ausländischer und inländischer Investoren;
- d) Regelungen über Ursprungsbestimmungen, die festlegen, wann z.B. ein in Mexiko hergestelltes Produkt zollrechtlich als mexikanisches Produkt oder - falls ein zu großer Anteil von Vorprodukten und Bestandteilen aus dem Ausland stammt - als ausländisches Produkt zu klassifizieren ist;
- e) Sonderbestimmungen über einzelne Branchen und Sektoren (so z.B. den Textilbereich und den Agrarsektor; Bestätigung der Weiterführung staatlicher Monopole im Elektrizitäts- und Erdölbereich in Mexiko);
- f) Probleme der Arbeitskraftmobilität wurden weitgehend ausgeklammert; Bestimmungen der Liberalisierung des wechselseitigen Migrierens von Arbeitskräften ist auf hochqualifizierte Arbeitskräfte beschränkt;
- g) detaillierte Vorstellungen zur institutionellen Lösung von Konflikten. (Vgl. Lavon, 1994: 43ff.).

In den erst im September 1993 abgeschlossenen Parallelabkommen wollten die USA bei Nichteinhaltung von Arbeits- und Umweltnormen Sanktionen bzw. die Möglichkeit von Strafzöllen einführen; dies gelang teilweise in Bezug auf Mexiko, im Falle Kanadas wurden keinerlei Modifikationen gegenüber dem ursprünglichen Vertragstext durchgesetzt. (Lauth, 1994: 10ff.)

4. Wirkungen von NAFTA auf die mexikanische Wirtschaft

Diese zentrale Frage ist mittlerweile Gegenstand von mehreren hundert Untersuchungen gewesen, die zu sehr verschiedenen, mitunter entgegengesetzten, Aussagen über die wahrscheinliche Entwicklung nach Abschluß des NAFTA-Prozesses gelangten. Die große Spannweite erklärt sich u.a. aus der ganz neuen Situation dieser regionalen Integration, die sehr unterschiedliche Ökonomien und Gesellschaften in einer Weise zusammenbringt, wie dies bisher noch nirgendwo geschehen ist. Die Divergenz der Einschätzungen resultiert aber auch daraus, daß die Frage unterschiedlich bewertet werden kann, ob die bestehenden Asymmetrien in dem Vertrag angemessen berücksichtigt worden sind, d.h. ob die neuen Bedingungen stimulierend sein können oder ob sie überwiegend eine liquidatorische Funktion gewinnen würden.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, sollen hier zwei wesentliche Dimensionen des Vertragswerkes in ihrer Bedeutung für Mexiko kurz analysiert werden:

- a) der Agrarsektor und
- b) der industrielle Sektor.

Der mexikanische Agrarsektor, der bislang in vielfältiger Hinsicht staatlich kontrolliert war (Preise, Kredite, Vermarktung, Infrastruktur, agrarische Inputs aus staatlichen Unternehmen etc.) wurde bereits während der Regierungsperiode Miguel de la Madrids von der neoliberalen Deregulierung bzw. vom staatlichen Rückzug erfaßt. Außenöffnung, Preisliberalisierung, Umstrukturierung der Kreditssysteme in Richtung auf radikale Kürzung staatlicher Beiträge, Privatisierung staatlicher Unternehmen usw. sollten schon in dieser Phase statt die Hoffnung auf Fortschreiten der Agrarreform die Perspektive einer "Agrarmodernisierung und -kapitalisierung" begründen. Nach den Vorstellungen der Regierung von Salinas de Gortari sollten vor allem zwei Elemente die weitere Entwicklung der mexikanischen Landwirtschaft wesentlich bestimmen und dynamisieren: zum einen die Einführung des "Nordamerikanischen Freihandelsabkommens" und zum anderen - damit eng im Zusammenhang stehend - die Reform des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, wonach die Privatisierung von (staatlichem, aber individuell nutzbarem) Ejido-Land möglich werden sollte. Beide Projekte werden zweifellos einen erheblichen Einfluß auf die Landwirtschaft in mittlerer Sicht ausüben.

Es ist bekannt, daß die quantitativen und qualitativen Unterschiede der agrarischen Ressourcenausstattung zwischen den USA und Mexiko sehr stark ausgeprägt sind; auch die öffentlichen Subventionen des Agrarsektors sind in den USA und Kanada ungleich höher als in Mexiko. Man muß weder Agrarspezialist noch Ökonom sein, um nachvollziehen zu können, daß die Handelsöffnung auch für Agrarprodukte eine weitgehend zerstörerische Wirkung auf große Teile der bisherigen mexikanischen Landwirt-

schaft haben wird. Vorläufig sind noch einige Basisprodukte (Mais, Bohnen, Weizen, Milch und anderes) durch nicht-tarifäre Barrieren etwas geschützt. Wird hier eine völlige Liberalisierung eintreten - und dies bei den gegenwärtigen und in naher Zukunft kaum zu überwindenden Produktivitätsdifferenzen -, so wird dies das ökonomisch-soziale Ende von ca. 3,5 Millionen Campesino-Familien bedeuten (Calva, 1992: 13, 20); dazu sind die Sekundärwirkungen auf die gesamte Ökonomie sowie der Umstand des völligen Verlusts der Nahrungsmittelversorgung aus einheimischen Quellen in Rechnung zu stellen. Zwar ist eine Übergangsfrist von 15 Jahren für diese Basisprodukte im NAFTA-Vertrag vereinbart worden, aber wenn sich das interne Preisniveau dem internationalen angenähert hat, kann die völlige Importliberalisierung schon zu diesem Zeitpunkt eintreten. - Diese gravierenden negativen Auswirkungen werden sicherlich nicht durch Vorteile in anderen Subsektoren der mexikanischen Landwirtschaft (Zucker, Zitrusfrüchte, Wintergemüse, Schnittblumen) aufgewogen.

Die Auffassung, daß durch dieses Abkommen und die Verfassungsänderung (Artikel 27) die mexikanische Landwirtschaft einen Anstoß zur Modernisierung und Produktivitätssteigerung erhalten könnte, scheint angesichts der großen Unterschiede in den Ausgangsbedingungen und den absehbaren (zum großen Teil eher entgegengesetzten) Wirkungen nur schwer nachvollziehbar zu sein. Eine größere Abhängigkeit von Bezugs- wie Absatzmärkten außerhalb Mexikos und eine noch stärkere Polarisierung der Produktivitätsgrade und Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Bereichen der mexikanischen Landwirtschaft scheint eine unmittelbare Konsequenz aus der neoliberalen Wirtschaftspolitik und der entsprechenden Freihandelspolitik zu sein. Die soziale Unruhe auf dem Lande hat besonders in den letzten Jahren stark zugenommen; die Erhebung in Chiapas war nur der sichtbarste und deutlichste Teil dieser Tendenz. In vielen anderen Landesteilen hat sich unter der Agrarbevölkerung Mexikos ein ähnlich großes Protestpotential aufgestaut.

Schwerer als die Auswirkungen von NAFTA auf den mexikanischen Agrarsektor sind die Konsequenzen des Freihandelsabkommens auf die mexikanische Industrie abzuschätzen. Außer komplizierten methodischen Fragen muß vor allem offenbleiben, ob erstens nur relativ arbeitsintensive Branchen oder auch andere in Mexiko verstärkt im Gefolge eines größeren Marktes ausgebaut werden; zweitens, ob die Importwirkungen auf die kleinere und mittlere mexikanische Industrie so schwer sind, daß ein Teil dieser Industriebetriebe verschwinden wird; und drittens schließlich bleibt unklar, wie groß der infolge des Integrationsprozesses zu erwartende Zustrom von Auslandskapital sein wird und welche Rolle er in der Neustrukturierung der mexikanischen Wirtschaft spielen wird.

Bevor diese Fragen beantwortet werden sollen, ist kurz ein Blick auf die Restrukturierung der mexikanischen Industrie während der 80er Jahre zu werfen. Die durch Außenöffnung und verstärkte Exportorientierung ge-

zeichnete Industrie hat insgesamt während der 80er Jahre wenig zugenommen. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat sich sogar verringert, das Pro-Kopf-Industrieprodukt 1981 wurde erst 1991 wieder erreicht. Zwar wuchsen die Nicht-Ölexporte, d.h. die industriellen Exporte während der 80er Jahre schnell, teilweise mit Wachstumsraten von ca. 25%, um dann gegen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre spürbar zurückzugehen; zugleich stieg das Importwachstum mit ähnlicher Dynamik an, so daß aus diesem unterschiedlichen Wachstumsrhythmus von Importen und Exporten sich die seit 1990 abzeichnende negative Handelsbilanz erklärt. Trotz aller Reden über eine Modernisierung der Industrie und eine "Reconversión Industrial" hat die Investitionsquote in der Industrie während der 80er Jahre und auch noch zu Beginn der 90er Jahre niemals die Größenordnungen der 60er und 70er Jahre erreicht; die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote verharrte lange Zeit bei etwa 16% während des Krisenjahrzehnts, um dann zu Beginn der 90er Jahre auf 17 bis 18% (in Bezug auf das BIP) anzusteigen. Die Wachstumsrate der Produktivitätssteigerung lag im industriellen Bereich bei etwas über einem Prozent jährlich und damit deutlich unter den entsprechenden Zuwachsraten in den Jahrzehnten zuvor. Eine Umgruppierung des industriellen Produktionsapparats hat sich insofern vollzogen, als einige branchenspezifische Akzentuierungen (vor allem im Bereich von nichtmetallischen Mineralen: Glasindustrie, Zementindustrie z.B.), einige regionale Restrukturierungen zugunsten der nördlichen Bundesstaaten und zuungunsten der zentralen Bundesstaaten sowie eine weitere deutliche Konzentration der industriellen Produktion bei den größten Unternehmen zu registrieren waren (vgl. hierzu Velasco Arregui, 1993: 169).

Auch wenn man die Bewertungskriterien für die Auswirkungen des Handelsabkommens auf die Industrie auf wenige beschränkt - wie z.B. Beitrag zum BIP- oder Einkommenswachstum, das Beschäftigungsvolumen und die Produktivitätsentwicklung -, bleiben viele Fragezeichen, da die jeweiligen Prämissen ganz unterschiedlich sein können. Ganz abgesehen davon, daß die generelle Schwierigkeit darin besteht, eine exakte Zurechnung zu den neoliberalen Reformen im allgemeinen oder dem NAFTA-Abkommen im besonderen vorzunehmen.

In der Mehrheit der Studien werden die großen Vorteile - absolut und relativ - für Mexiko gesehen (vgl. Weintraub, 1992: 109ff.). Vor allem wird der bessere Zugang mexikanischer Exporte zum US-Markt aus bestimmten Branchen (Bekleidung, Zement, Glas, Stahl, Schuhe etc.) hervorgehoben. Umgekehrt werden die Verluste für Mexiko bezüglich der höheren Importe von Kapitalgütern, elektrischen Maschinen, chemischen Produkten etc. aus den USA für nicht so groß gehalten, da diese Zweige in Mexiko ohnehin nicht sehr stark vertreten gewesen seien. Mit einer per Saldo verbesserten "industriellen Handelsbilanz" zugunsten Mexikos gingen Zugewinne in den Einkommen, der Beschäftigung und den Produktivitätsfortschritten einher. - Diesem Argument begegnen die Skeptiker mit dem

Hinweis darauf, daß der Zugang zum US-Markt (mit einigen wenigen Ausnahmen) bereits vor dem Abkommen relativ günstig war und die Möglichkeiten der Exportsteigerung aus arbeitsintensiven Zweigen über die in den letzten Jahren stark gewachsene Maquiladora-Industrie ("Lohnveredelungsindustrie" und "freie Exportzonen" an der Nordgrenze Mexikos) bereits bedeutend ausgeschöpft waren. Ein klarer Zusammenhang zwischen Exportsteigerung, Beschäftigungswachstum und Produktivitätsfortschritt läßt sich demzufolge kaum nachweisen.

Umgekehrt muß vermutet werden, daß der durch NAFTA und Außenöffnung bedingte Importstrom eine größere Palette von Produkten betraf als es in der optimistischen Argumentationsfigur der NAFTA-Befürworter anklingt: Gerade die stabile Inkongruenz von Importwachstumsraten und Exportwachstumsraten seit Ende der 80er Jahre und das daraus resultierende dauerhafte Handelsbilanzdefizit deutet daraufhin, daß viele industrielle Produkte, die zuvor in Mexiko produziert worden sind, durch die Importkonkurrenz beiseite gefegt wurden. Die Erhöhung des Importkoeffizienten bedeutet, daß eine Umlenkung von schon vorhandener Nachfrage stattgefunden haben muß. Bemerkenswert ist auch in diesem Zusammenhang, daß die Beschäftigung im industriellen Sektor Mexikos von 1982 bis 1994 um mehr als 200 000 abgenommen hat; gleichzeitig war die Zahl der potentiell Erwerbstätigen um ca. zehn bis zwölf Millionen gewachsen. Allein die Sammelgruppe "metallische Produkte, Maschinen und Anlagen", die 1982 ca. ein Drittel der gesamten industriellen Arbeitskräfte repräsentierte (350 000), war im Jahre 1994 auf bloß 241 000 geschrumpft. Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade in diesen Branchen die Reduktion der Beschäftigten am größten war, die zugleich die stärksten Importzuwachsrate zu registrieren hatten (vgl. de la Luz Arriaga Lemus, 1995: 10ff.).

Das durch NAFTA zusätzlich angeregte Einströmen von Auslandskapital wird naturgemäß unterschiedlich geschätzt. Von nicht wenigen Autoren wird diese Komponente des Freihandelsabkommens in Bezug auf Wachstumsprozesse und Beschäftigungsausdehnung, aber auch Produktivitätssteigerung als wesentlich wichtiger erachtet als die Reduktion der Handelschranken und die Intensivierung des Handelsaustausches. Die Schätzungen bezüglich des jährlich zu erwartenden Auslandskapitalzustroms reichen von ca. drei Mrd. US\$ bis sechs Mrd. US\$, wobei hier die Investitionsverlagerungen von den USA nach Mexiko ausschließlich gemeint sind und demzufolge die übrigen Auslandskapitale, die nicht aus den USA stammen, hinzugerechnet werden müßten. Gerade bezüglich dieses Segments von Auslandskapital bestanden in Mexiko große Hoffnungen, da nicht wenige transnationale Konzerne aus Europa oder Japan Mexiko als Einfallstor gewissermaßen für einen neuen integrierten Regionalmarkt ins Auge faßten; durch die relativ restriktive Fassung der sog. "Ursprungsregeln" sollte aber aus der Sicht der USA einem solchen Plan entgegen gewirkt werden. Tatsächlich war die Entwicklung der direkten Auslandsinvestitionen in den Jahren vor 1991 bis 1994 keineswegs so stürmisch, wie es

die mexikanische Regierung erwartet hatte; 60 - 70% des einströmenden Auslandskapitals bestand in Portfolioinvestitionen, die keine direkten Auswirkungen auf die Produktions- und Beschäftigungsentwicklung hatten. Ein nicht geringer Teil der Direktinvestitionen ist durch Schuldentausch (Debt-for-Equity Swaps) und/oder im Verlaufe der Privatisierung von Staatsunternehmen getätigt worden. (Einige Autoren schätzen diesen Teil der Investitionen auf 50% der gesamten Auslandsinvestitionen der letzten Jahre). Ein weiterer Teil der getätigten Direktinvestitionen galt dem Ausbau der Maquiladora-Industrie, deren Anteile am mexikanischen Gesamtexport von ca. 30% auf über 40% in den letzten Jahren angestiegen sind. Selbst wenn die Auslandsinvestitionen nicht nur oder überwiegend den speziell mexikanischen Bereichen komparativer Vorteile (arbeitsintensive Produktion, energie- und rohstoffintensive Produktion) galten, sondern auch in kapitalintensive und technologisch anspruchsvollere Produktionsbereiche (z.B. dem Automobilbau) zuflossen, dann sind ebenfalls nicht ohne weiteres positive makroökonomische Effekte zu unterstellen. Die Vertiefung der Spezialisierung, die nicht auf den nationalen Kontext abgestellt ist, sondern auf eine regionale oder gar globale Ökonomie, kann Prozesse der Generierung eigener Technologien und Multiplikatoreffekte von Investitionen nur außerhalb des Landes zur Geltung bringen. Die Verletzlichkeit, Abhängigkeit und Fremdbestimmung der Ökonomie wird erhöht; der durch Freisetzung in anderen Sektoren (Landwirtschaft und kleinerer und mittlerer Industrie) bewirkte Arbeitskräfteüberschuß kann weiter lohndrückend wirken. Und für eine nicht unbeträchtliche Quote der Auslandsinvestitionen, aber auch von nationalen einheimischen Investitionen gilt, daß sie dem neuen Typus einer "fragmentierten Exportorientierung" angehören. Dies bezieht sich auf Halbfabrikate mit relativ geringem Wertzuwachs, die exportorientiert sind und keine neuen technologisch fortgeschrittenen Produkte repräsentieren. Die Probleme wachsender Beschäftigungslosigkeit, des Anstiegs des informellen Sektors und der extremen ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen haben sich während der 80er Jahre in Mexiko bekanntlich verschärft. Die Restrukturierung der verarbeitenden Industrie war bedeutsam sowohl in der Veränderung der sektoralen Zusammensetzung der Industrie wie auch in Bezug auf die Veränderung der geographischen Lage, doch hat die (ressourcen- und arbeitskraftintensive) Orientierung an den Weltmärkten zu einer Verschlechterung der Terms of Trade zwischen Mexiko und den anderen Ländern geführt; überdies scheint dieser Typus der fragmentierten Exportindustrialisierung Anfang der 90er Jahre seine Grenze erreicht zu haben: Die Erschöpfung der industriellen Expansion, die Überschwemmung mit Importen und die Stagnation der Arbeitsproduktivität scheinen für diese These zu sprechen. (Velasco Arregui, 1993: 173).

5. Fazit

Innerhalb des neoliberalen Paradigmas bildet der Abschluß eines Freihandelsabkommens wie NAFTA eine logische Ergänzung und Fortsetzung; vielleicht kann es auch als neue Bewegungsform, als Dynamisierungsversuch gegenüber einem von 1982 bis 1988 offenkundig gescheiterten neoliberalen Projekt interpretiert werden. Möglicherweise werden durch die Öffnung nach außen die Grenzen dieser wirtschaftspolitischen Strategie ein Stück weit verschoben oder verwischt. Eine gewisse Revitalisierung der ökonomischen Aktivitäten, kurz- oder mittelfristig, braucht keineswegs ausgeschlossen zu werden. Doch wird es immer eine sehr partikuläre, nur Teile der mexikanischen Ökonomie erfassende Dynamik sein. Eine binnenmarktorientierte, umverteilende, produktive und die Massenbedürfnisse befriedigende Wirtschaftspolitik kann dieser auch nach außen verschobene Neoliberalismus nicht zustande bringen. Ebenso wenig scheint dieses Projekt in der Lage zu sein, die erheblichen und in der letzten Zeit gewachsenen sozialen und regionalen Polarisierungen in Mexiko abzuschwächen oder gar aufzuheben. Eine Homogenisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist bei weiterer und zunehmender Außendetermination und Schwächung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten wohl kaum zu erwarten. Der internationalisierte Teil der mexikanischen Ökonomie wird sich möglicherweise in manchen Aspekten den Charakteristiken der nördlichen Wirtschaftspartner angleichen, der übrige Teil aber wird sich noch weiter bezüglich vieler ökonomischer und sozialer Kennziffern davon entfernen. (Huerta Gonzalez, 1993: 36f., 45).

Unter diesem Blickwinkel sollten die überwiegend euphorischen und von Harmonievorstellungen geprägten Beurteilungen² des "Nordamerikanischen Freihandelsabkommens" relativiert werden; auch die jüngste tiefe Krise der mexikanischen Ökonomie und ihre politischen Folgen müßten Sozialwissenschaftlern als eine weitere Warnung gegenüber der allzu naiven Ineinssetzung der Interessen der expansiven US-Kapitale und der exportorientierten Bourgeoisiefractionen Mexikos einerseits mit denen der abhängig Beschäftigten und/oder pauperisierten Bevölkerungsteile in den USA, Kanada und besonders Mexiko andererseits dienen.

² So begreift z.B. Albrecht von Gleich "NAFTA als Manifestation einer neuen Haltung der USA gegenüber seinen Nachbarn im Süden, in der die Bereitschaft zu partnerschaftlichen, gleichberechtigten und vertraglich geregelten Beziehungen und das Bekenntnis zum Prinzip der Wirtschaftsintegration zum Ausdruck kommen, wofür sie bisher wenige Sympathie gezeigt hatten". (v. Gleich, 1993: 43; mit ähnlichen Vorschußlorbeeren versieht Hans Joachim Lauth das NAFTA-Projekt: "Das ambitionöseste und zugleich das erfolgversprechendste Vorhaben der aktuellen Kooperations- und Integrationsmaßnahmen auf dem amerikanischen Kontinent ist die Realisierung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens" (Lauth, 1994: 3).

Literatur:

- Calva, J.L. (1992): La agricultura mexicana frente al tratado trilateral de libre comercio, México, D.F.
- De la Luz Arriaga Lemus, M. (1995): TLC, precarización y desempleo, in: El Cotidiano, No. 67 (Enero/Febrero 1995), S. 8-15
- Fritsch, E. (1994): Lateinamerika im Freihandelsfieber, in: *ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 181 (Dez. 1994), S. 4-6
- Gleich v., A. (1993): Die neuen Integrationsprozesse in Lateinamerika - Resultate und Perspektiven, in: *Lateinamerika - Jahrbuch 1993*, Frankfurt/M, S. 31-51
- Göll, E. (1995/96): Mühlstein oder Rettungsring. Eine Bilanz nach zwei Jahren NAFTA, in: *Blätter des iz3w* Nr. 210 (Dez. 95/Jan.96), S. 4-6
- Hoffmann, R./M. Wannöffel (Hrsg.) (1995): Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung. Das Beispiel NAFTA, Münster
- Huerta Gonzáles, A. (1993): Riesgos del modelo neoliberal mexicano, México, D.F.
- Lauth, H.J. (1994): Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA - Ausdruck einer neuen Phase der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd, in: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation*, Hamburg, Beiheft Nr. 14, S. 3-29
- Lavon, E. (1994): Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften, Marburg
- Velasco Arregui, E. (1993): Industrial restructuring in Mexico during the 1980s, in: *Grinspun/Cameron (a.a.O.)*, S. 163-175
- Weintraub, S. (1992): Modeling the industrial effects of NAFTA, in: *Lustig, N. u.a. (Hrsg.)*, S. 109-143

"Asiatischer" Kapitalismus?

Ein Versuch, einen unmöglichen Begriff zu erklären

1. "Konfuzianischer" Kapitalismus? Zur Kurzsichtigkeit der kulturellen Deutung des "asiatischen" Kapitalismus

Ein aufgeklärter Sozialwissenschaftler würde sich sicher wundern, wenn jemand behauptete, das europäische "Wirtschaftswunder" sei allein der geistig-kulturellen Tradition des Abendlandes zu verdanken. Ebenso würde er der Behauptung mit Skepsis begegnen, der Wohlfahrtsstaat Europas stelle eine moderne Verkörperung der christlichen Barmherzigkeit dar. Solche pauschalisierenden Aussagen mögen für manche plausibel klingen, aus wissenschaftlicher Sicht sind sie jedoch gänzlich unhaltbar. Die Sozialwissenschaften setzen sich zum Ziel, mit ausgefeilten Begriffen und differenzierten Kategorien die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung realitätsnäher zu analysieren.

Die Diskussionen über asiatische Länder zeigen jedoch, daß dieses Selbstverständnis nicht immer gilt - es werden bisweilen großzügige Ausnahmen gemacht. Undifferenzierte, im Reich des Vorurteils angesiedelte Auffassungen haben hier eine eigene Schule begründet, die bei der Erklärung der Funktionsweise sogenannter "konfuzianischer" Nationalökonomien auf Begriffe wie "Fleiß", "Verzicht", "Sparsamkeit", "harte Arbeit", "Disziplin", "Familie", "nationales Teamwork" etc. zurückgreift. Diese wissenschaftlich weniger qualifizierten Begriffe werden in komplexeren Zusammenhängen mit einigen polit-ökonomischen Kategorien - wie z.B. "industriepolitisches Handeln des Staates" oder "regulierte Marktwirtschaft" - kombiniert. Die Kernaussage bleibt jedoch stets dieselbe: Das ostasiatische "Wirtschaftswunder" sei den traditionellen geistigen Werten zu verdanken, deren Fundament im Konfuzianismus gelegt sei.

Konfuzius selbst, der dafür plädierte, die Toten in Frieden ruhen zu lassen, hätte sich sicherlich nicht träumen lassen, daß ausgerechnet seine Lehre nach 2500 Jahren für die unterschiedlichsten entwicklungstheoretischen Interpretationen als eine Art Allzweckargument ausgegraben würde: zu Anfang dieses Jahrhunderts noch als Blockade kapitalistischer Entwicklung verdammt, wird sie heute als magische Formel des ostasiatischen Wirtschaftswunders gefeiert. Mehr noch, dem Konfuzianismus wird für das kommende Jahrhundert eine leuchtende Zukunft als "ethisch und religiös

bedeutungsvolle neue Lebensform"¹ prophezeit - möglicherweise gar unterstützt von einer "konfuzianischen Internationale"².

Der Wirbel um den Konfuzianismus hat, wie später noch gezeigt werden soll, in erster Linie politische Gründe, zur wissenschaftlichen Analyse ostasiatischer Gesellschaften leistet er keinen substantiellen Beitrag. Es ist dennoch interessant zu verfolgen, wie sich die westliche Rezeption des Konfuzianismus verändert hat. Dies soll verdeutlichen, daß kulturzentristische Erklärungsmuster untauglich sind, die Besonderheit des "asiatischen" Kapitalismus zu erfassen. Die hier als wachstumsbeschleunigend rezipierten "konfuzianischen" Tugenden - Fleiß, Sparsamkeit und Disziplin - sind letztlich nichts anderes als diejenigen Elemente, die einmal in Europa als "Geist des Kapitalismus" angesehen wurden.³ Diese Deutung des Konfuzianismus als eine Art protestantische Ethik des Ostens ist allerdings wenig hilfreich bei der Suche nach einer Erklärung der eigentümlichen Entwicklungsdynamik des ostasiatischen Kapitalismus.

Die einflußreichste Studie, die bis heute die westliche Wahrnehmung des Konfuzianismus - aber auch der asiatischen Kultur überhaupt - prägt, stammt von Max Weber.⁴ Der Kapitalismus war für ihn eine rein europäische Angelegenheit. Er sah im Konfuzianismus, wie auch in allen nicht-christlichen Religionen wie Taoismus, Buddhismus und Hinduismus, religiöse Hemmschuhe des Kapitalismus. Was Weber in seinem Kulturvergleich wirklich interessierte, war die Eigenart des modernen okzidentalen Rationalismus, dessen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalismus er nachzuweisen suchte. Dabei diente ihm der Konfuzianismus als eine Art Kontrastfolie. In Webers Interpretation erschien der Konfuzianismus als Hauptgrund des religiösen und kulturellen Unvermögens der chinesischen Gesellschaft, die angeblich günstigen ökonomischen Bedingungen⁵ zur Initiierung einer kapitalistischen Entwicklung zu nutzen. Dabei spielten die konfuzianische rücksichtslose Kanonisierung des Über-

¹ Vgl. W.-M. Tu, Der industrielle Aufstieg Ostasiens aus konfuzianischer Sicht, in: S. Krieger und R. Trauzettel (Hrsg.), Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas, Mainz 1992, S. 41ff.

² Die Regierung Singapurs lud 1993 internationale anerkannte Konfuziusforscher zur Gründungsversammlung einer "konfuzianischen Internationale" ein. Dazu siehe K. Möller, Das Konfuzius-Komplot, in: Leviathan, Heft 1/1995, S.2.

³ Vgl. E.-J. Lee, Das fernöstliche Wirtschaftswunder und die Instrumentalisierung des Konfuzianismus, Blätter für deutsche und internationale Politik 7-95, S.853ff.

⁴ Vgl. M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen 1920, insbesondere über Konfuzianismus und Taoismus.

⁵ Darunter nennt er Bevölkerungsexpansion, Edelmetallverwertung und vor allem die Verbreitung der Geldwirtschaft. M. Weber, a.a.O., S.278ff. Gemessen am heutigen empirischen Forschungsstand sollen viele von Webers Ausführungen über China und den Konfuzianismus unzulässige Vereinfachungen, Voreingenommenheiten und ethnozentrische Vorurteile enthalten haben. Vgl. Y.-J. Lee, Eine marxistische Annäherung an die politischen und ideologischen Funktionen des Konfuzianismus, Dissertation an der Philipps-Universität Marburg, 1991, S.6.

lieferten und somit die Beharrung auf der traditionellen Lebensführung eine besondere Rolle.

Zu Webers Lebzeiten wie auch in den folgenden Jahrzehnten mag diese Erklärung plausibel geklungen haben⁶, sie wurde jedoch bald von der Geschichte überholt: Als erste fiel die Entwicklung in Japan aus dem Schema der Weberschen Idealtypen heraus. Webers Nachfolger wurden mit dem theoretischen Dilemma konfrontiert, daß sich der japanische Fall nicht in einen der von Weber konstruierten "Kulturkreise" (wie z.B. europäisch-christlich, chinesisch-konfuzianisch) einordnen ließ. Um diesem Dilemma zu entfliehen, verwandten sie große Mühe auf die Suche nach irgendwie gearteten Unterschieden zwischen dem japanischen und dem chinesischen Konfuzianismus, um die Modernisierung Japans als Ausnahmefall innerhalb des konfuzianischen Kulturkreises erklären zu können.⁷

Japaner waren jedoch in bezug auf ihre Wirtschaftsoffensive alles andere als zurückhaltend. Der einsetzende Eroberungsfeldzug der japanischen Waren in den USA - begonnen hatte er allerdings mit billigen Hemden - verblüffte amerikanische Wissenschaftler, worauf sich die Konfuzianismusanalyse aus Weberscher Tradition nie eingestellt hatte. Die Debatte mußte jetzt neu aufgerollt werden.

"Japan as number one"⁸ - das war kein Werbeslogan japanischer Radios oder Fernseher, die Anfang der 70er Jahre die USA überschwemmen. So hieß das Buch eines Harvard-Professors, dessen Standpunkt die erste "Japan-Debatte" prägte: Jedwede kulturelle Tradition in Japan wurde nunmehr zum geistigen Vater des "Modell Japan" verherrlicht. "Samurai-Geist", "Geborener Kollektivismus" und "Japan AG" waren einige Stichworte, mit denen jene Wissenschaftler das geheime Rätsel des japanischen "Wirtschaftswunders" gelöst zu haben glaubten.

Die Kurzsichtigkeit dieser Erklärungen wurde jedoch bald durch die Entwicklung in der Region bestätigt. Schon im Laufe der 70er Jahre war es unübersehbar, daß es auch ohne "Samurai"-Tradition in Ländern wie Südkorea - das Musterkind der "orthodoxen" konfuzianischen Welt - und Taiwan Anzeichen eines solchen "Wirtschaftswunders" gab. Manche Thesen wurden nun auf diese Länder erweitert angewandt, womit sie die Aussagen ihrer Vorgänger ad absurdum führten. Sie mußten nun die alte Konfuzia-

⁶ Auch viele Modernisierungstheoretiker beriefen sich auf die Webersche Aussage und plädierten für einen Transfer der "Moderne" in diese Gesellschaften, um die Spirale des Traditionalismus und der Unterentwicklung zu brechen. Vgl. u.a. R.F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt a. M. 1965; S.N. Eisenstadt, Tradition, Wandel und Modernität, Frankfurt a. M. 1979.

⁷ Sie stellten z.B. die Tapferkeit der Kriegsklasse "Samurai" in Japan der Menschenliebe des Zivilbeamtentums in Korea oder China gegenüber. Zu den angeblichen Unterschieden zwischen dem japanischen und dem chinesischen Konfuzianismus siehe M. Morishima, Warum Japan so erfolgreich ist. Westliche Technologie und japanisches Ethos, München 1985, S.11ff.

⁸ E.F. Vogel, Japan as Number 1. Lessons for America, New York 1980.

nismusanalyse völlig auf dem Kopf stellen: Der verdammte Traditionalismus entpuppte sich als eine "ethisch neue Lebensform"; der einstige Hemmschuh des Kapitalismus verwandelte sich in den geistigen Motor des "Wirtschaftswunders" - welch ein abwechslungsreiches Schicksal für einen 2500 Jahre alten Mann und seine Lehre!

2. Internationale Debatte um "asiatische Werte"

Es steht außer Zweifel, daß die bisherigen Konfuzianismusanalysen erheblich von einer eurozentrischen Sichtweise geprägt waren. Z.B. hat Weber nie beabsichtigt, die Rolle des Konfuzianismus in chinesischen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu verstehen. Er beurteilte den Konfuzianismus allein aus dem Aspekt seines Rationalisierungspotentials, dessen Begrifflichkeit bis dahin weitgehend mit der Entwicklung in Europa zu tun hatte. Wie schon von vielen Weber-Experten nachgewiesen wurde, schrieb Weber im Grunde genommen unter der Rubrik des Kulturvergleichs ausschließlich die Geschichte seiner eigenen Kultur.⁹

Eine solche Annäherungsweise, die auch nach Weber größtenteils die westlichen Konfuzianismusanalysen prägte, war gewiß ein Ausdruck des "Eurozentrismus", der in hiesigen Sozialwissenschaften eine lange Tradition hat. Dabei gibt es zwei Typen, die sicherlich sehr eng verknüpft sind: 1. Kategorien und Begriffe, die mehr oder minder zur europäischen Entwicklung tauglich sind, setzen Maßstäbe und verwandeln sich in ein Prokrustesbett bei der Analyse der nicht-europäischen Entwicklung. Bestimmte Aspekte der Entwicklung werden dann aus den eigenen Gesellschaftszusammenhängen herausgerissen und aus europäischer Perspektive interpretiert. Die Webersche Konfuzianismusanalyse ist ein Musterbeispiel einer solchen Verkürzung. 2. Was Europa fremd ist, gilt als nicht-europäisch und kann dann ohne weitere Überlegungen pauschal charakterisiert werden. Nicht-Europa erlaubt man großzügige Ausnahmen, die mit bekannten Adjektiven wie "asiatisch", "konfuzianisch" oder "fundamentalistisch" etikettiert werden. Es entsteht ein Schwarz-Weiß-Bild von europäischer und nicht-europäischer Welt, die einen angemessenen wissenschaftlichen Zugang blockiert. Das ist der Grund, warum solche vereinfachenden Dichotomien wie Europa und Asien immer wieder auftauchen. Zu diesem Typus von "Eurozentrismus" zählen die kulturelle Erklärung der ersten "Japan-Debatte" und die Analysen über das "konfuzianische Wirtschaftswunder". Hinter dieser Lobhudelei versteckt sich die eurozentrische Überheblichkeit, durch welche Vielfalt und Differenzen innerhalb der als "asiatisch" bzw. "konfuzianisch" bezeichneten Länder übersehen werden.

⁹ Vgl. S.-U. Chon, Max Webers China-Studie: ein Beispiel des Kulturvergleichs, in: J. Matthes (Hrsg.), Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs (Soziale Welt: Sonderband 8), Göttingen 1992, S.119.

Das in solcher Annäherungsweise charakterisierbare Defizit ist dennoch nicht allein Produkt des "Eurozentrismus", sondern hängt auch mit einem ihm zugrundeliegenden Verständnis von Kapitalismus zusammen. Dieser Kapitalismus steht völlig auf dem Kopf, insofern seine sozialen Verhältnisse und deren Entwicklungsdynamik weitgehend in der individuell aufgefaßten Subjektivität aufgelöst werden. Dadurch wird die Reziprozität zwischen gesellschaftlicher (polit-ökonomischer) und kultureller (religiös-geistiger) Entwicklung nur einseitig interpretiert.¹⁰ Der Anspruch, mit der Analyse des kulturellen Einflusses des Konfuzianismus auf die Gesellschaft (anfangs) die Unmöglichkeit bzw. (später) die Möglichkeit kapitalistischer Entwicklung zu beweisen, wird stets von der gewählten Methode ausgehöhlt: Statt die Wechselwirkungen von Kultur und Gesellschaft zu untersuchen, gibt sich die Analyse damit zufrieden, die angeblichen Äquivalente zur europäischen Geisteswelt aufzuspüren. Solange sich nichts Vergleichbares finden ließ, wurden diese Länder als "orientalischer Despotismus" oder "konfuzianischer Traditionalismus" disqualifiziert, in denen der "Geist des Kapitalismus" zum Erstickten verflucht war. Als diese Begriffe von der Realität weitgehend überholt waren, tauchten dann jene Äquivalente auf, mit denen man nun den Kapitalismus als "orientalisch", "asiatisch" oder "konfuzianisch" titulieren konnte.

Die wissenschaftliche Unzulänglichkeit solcher Erklärungen ist offensichtlich. Die Zusammenhänge der politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Verhältnisse, auf denen die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung in diesen Ländern basiert, werden nicht nur übersehen, sondern gar häufig verzerrt. Hier seien nur einige Beispiele genannt: Die politische Unterdrückung der Arbeiterbewegung wird mit der kulturellen Gehorsamkeit der Arbeiterschaft vertauscht; die exzessive Übermacht der Großkonzerne über Mittel-, Klein und Kleinstunternehmen wird mit der traditionellen hierarchischen Denkweise dieser Gesellschaften in Zusammenhang gebracht und als "naturgemäß" rezipiert¹¹; das Zusammenspiel des Managertums mit der Staatsbürokratie, die oft zu unvorstellbaren Korruptionsfällen führt¹², wird auf die persönliche Ebene (auf gegenseitige

¹⁰ Für diese Annäherungsweise ist es ein unfaßbares Phänomen, daß sich in letzten Jahrzehnten in Südkorea verschiedene christliche Religionen - einschließlich sektiererischer Varianten - geradezu explosionsartig ausbreiteten. Nicht weniger aufsehenerregend war auch die Expansion der unzähligen Sekten in Japan, zu denen u.a. die "Aum-Sekte" zählte, die durch das spektakuläre Giftgasattentat in der Tokioter U-Bahn weltweit Aufsehen erregte.

¹¹ Siehe z.B. I. Cornelissen, *Der Fall Japan. Kultur als Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung*, Frankfurt a. M., Bern u.a. 1991.

¹² Ein Paradebeispiel hierfür ist die Unglücksserie der letzten Jahre in Südkorea. Hunderte von Menschen kamen durch Bahn-, Brücken- oder Kaufhauseinsturz ums Leben. Fast alle südkoreanischen "global player" waren an dieser Unfallserie beteiligt. Z.B. baute der Konzern Samsung - der größte Konzern Südkoreas und zugleich der Weltmarktführer bei Speicherchips - die Unglücksbahn. Die eingestürzte Brücke wurde vom Konzern Hyundai renoviert, der die weltgrößte Werft besitzt und auch ein international bekannter Autohersteller ist. Unter solchen Umständen ist es nicht sehr verwunderlich, daß die mittler-

Loyalität unter politischen und wirtschaftlichen Eliten) reduziert und als eine der Tradition angepaßte Politikform interpretiert. Hinter all diesen merkwürdigen Interpretationen begegnen wir wieder den "konfuzianischen" Tugenden - Gehorsamkeit, hierarchisches Denken und Loyalität.

Solange es dabei allein um wissenschaftliche Defizite geht, kann man sich noch mit der Hoffnung trösten, die Defizite könnten mit der Zeit wohl ausgeglichen werden, wie dies schon in den "Japan-Debatten" geschehen ist. Die anfangs mächtigen Kulturansätze sind hier weitgehend zusammengeschrumpft. Dafür entstanden mehrere verfeinerte Analysen z.B. aus der vergleichenden Politikforschung ("MITI-Kapitalismus") oder der Industrie-soziologie (Hervorhebung der besonderen Arbeits- bzw. Industriebeziehungen), die eher in der Lage waren, dem japanischen Erfolg näher zu kommen. Wenn man die neuere Debatte über japanische "lean production" anschaut, kann man wohl feststellen, daß solche einseitigen kulturellen Annäherungen nicht mehr auftauchen. Es sei dennoch daran erinnern: begonnen haben die Debatten ganz anders.

Die Defizite sind jedoch nicht mehr so harmlos, wenn sie sich vermarkten und politisch instrumentalisieren lassen. Die politische Mobilisierung der unzulänglichen Sozialwissenschaften - je defizitärer, desto leichter - ist kein neuer Sachverhalt, sondern ein Charakteristikum des Kapitalismus. Z.B. stand in nicht allzu weiter Vergangenheit diejenige Entwicklungstheorie, die für den Transfer der "Moderne" eintrat, unter starkem Einfluß des US-amerikanischen Außenministeriums¹³ und diente als Vorwand für amerikanische Interventionen in der "Dritten Welt". Doch nicht nur das: Wir erleben aktuell sowohl im Westen (insbesondere in den USA) als auch in Asien eine dramatische Ideologisierung der sozialwissenschaftlichen Absurdität - die internationale Debatte um "asiatische Werte".¹⁴

Abgesehen von den namhaften Teilnehmern¹⁵ ist diese Debatte vollkommen inhaltslos und geschmacklos. Was hier wieder auftaucht, sind all diejenigen Defizite, welche die eurozentrischen Konfuzianismusanalysen bisher

weile im Gefängnis sitzenden beiden ehemaligen Präsidenten Südkoreas von solchen Konzernen astronomische Schmiergeldsummen auf ihren Geheimkonten anhäufte.

¹³ Auch das klassische Werk der Japan-Forschung entstand im Auftrag des amerikanischen Außenministeriums. Die kulturanthropologische Studie, die in den 50er und 60er Jahren das westliche Japan-Bild prägte, wurde geschrieben von einer Columbia-Professorin, die in ihrem Leben selbst niemals in Japan gewesen war. Vgl. R. Benedict, *The Chrysanthemum and the Sword. Patterns of Japanese Culture*, Boston 1946.

¹⁴ Die Debatte wurde hauptsächlich in der US-amerikanischen Zeitschrift "Foreign Affairs" ausgetragen. Die wichtigsten Beiträge sind zum Teil auch ins Deutsche übersetzt. Vgl. *Zeit-Punkte, Nach uns die Asiaten? Die pazifische Herausforderung*, Nr.4/1995; vgl. auch D. Senghaas, *Über asiatische Werte und andere Werte*, in: *Leviathan*, Heft 1/1995, S.5ff.

¹⁵ Darunter: Der bekannte Modernisierungstheoretiker und Pentagon-Berater Samuel P. Huntington; der mit der These vom "Ende der Geschichte" berühmt gewordene Politikwissenschaftler Francis Fukuyama; der ehemalige Premierminister Singapurs Lee Kuan Yew; der malaysische Premierminister Mahathir bin Mohammed; der berühmte japanische konservative Politiker Ishihara Shintaro u.a.

ausgezeichnet haben. Diesmal wird diese Litanei aber auch von Prominenten aus Asien mitgesungen. Der Ausgangspunkt ist die bekannte Dichotomie von Europa und Asien: "Asiatische" bzw. "konfuzianische Werte" werden gegenüber "europäischen" und "demokratischen Werten" ohne weitere Erläuterungen als grundverschieden dargestellt. Die Unterschiede werden diesmal jedoch nicht aus wissenschaftlicher Neugier, sondern allein aus politischem Interesse hochgeschaukelt: Für die westlichen Teilnehmer gelten "asiatische Werte" als Ausdruck einer "undemokratischen" Kultur, die vor allem freie marktwirtschaftliche Regeln, aber auch Menschenrechte verletze. Die "konfuzianische" Kultur wird als potentielle Bedrohung der "demokratischen" Kultur des Westens angesehen. Im schlimmsten Fall wird daraus sogar ein Weltkrieg ("clash of civilization"¹⁶) prognostiziert. Dagegen gelten für die fernöstlichen Teilnehmer "asiatische Werte" als ein Ausdruck des mit dem Wirtschaftserfolg gewachsenen politischen und kulturellen Selbstbewußtseins der Region. Im Gegensatz zu "katastrophaler individueller Freiheit" und "kultureller Dekadenz", welche "westliche Werte" mit sich gebracht hätten, werden Fleiß, Disziplin, harte Arbeit - Max Weber läßt grüßen! - und Kollektivismus als "asiatisch" behauptet. Als Alternative zu "degenerierter Demokratie" im Westen schlagen die fernöstlichen Teilnehmer einen "autoritären Pluralismus" bzw. einen "sanften Autoritarismus" vor.

Daß die vom Inhalt her ziemlich primitive Debatte politische Brisanz gewinnt, ist vor allem auf den weltgeschichtlichen Umbruch zurückzuführen: den Zusammenbruch des "Realsozialismus" und die Auflösung der bipolaren Weltordnung. Im Westen wie auch in Asien ist damit ein effektives Druckmittel für innere Disziplinierung verschwunden. Gleichzeitig wird mit der verstärkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ein solcher Disziplinierungsbedarf aber viel größer. Die internationale Debatte um "asiatische Werte" ist ein Versuch, diesem Bedarf mit der Erzeugung eines neuen Feindbildes gerecht zu werden. Dieses unterscheidet sich jedoch von seinem Vorgänger durch folgende Aspekte: Es soll der Disziplinierung der Arbeiterschaft und der Bestandssicherung von Militär und Rüstungsindustrie dienen; es soll aber auch den weltwirtschaftlichen Verflechtungen Rechnung tragen und demgemäß flexibel anwendbar sein. Man kann z.B. Japan angesichts der weltwirtschaftlichen Bedeutung nicht mehr schlichtweg als "asiatisch" bezeichnen¹⁷; man darf Japan auch mal "demokratisch" (damit wird wohl "europäisch" gemeint!) nennen. Das Land wäre somit in wenigen Jahrzehnten von der "konfuzianischen" zur "europäischen" Welt

¹⁶ S.P. Huntington, The Clash of Civilizations? in: Foreign Affairs, Summer 1993, S.22ff.

¹⁷ Als "asiatisch" gelten vor allem die "Tigerstaaten" (Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) aber auch einige der ASEAN-Staaten (Malaysia und Thailand) und China. Ob Japan dazu gehört, ist umstritten. Für die asiatischen Teilnehmer ist die Zugehörigkeit Japans ein Selbstverständnis, das interessanterweise von westlichen Teilnehmern bestritten wird.

hinübergeschwebt - ein viel schwindelerregenderes Schicksal als das des Konfuzius, dessen Auferstehung immerhin 2500 Jahre dauerte.

3. Charakteristika der asiatischen Wachstumsformation - Die Fälle Japan und Südkorea

Der Deutung des "asiatischen" Kapitalismus allein aus kulturellen Traditionen ist es nicht gelungen, dessen eigentümliche Entwicklungszusammenhänge aufzuzeigen. Viele Analysen beschäftigten sich mehr mit der Suche nach angeblichen Äquivalenten der europäischen Geisteswelt, welche oft in die Verklärung der Lage mündeten. Mit der neueren Debatte um "asiatische Werte" erreichte diese Annäherungsweise den Gipfel ihrer Albernheit. Die Debatte lieferte zwar eine beispielhafte Lektion der politischen Inszenierung wissenschaftlicher Unzulänglichkeit. Dies hat aber mit dem wirklichen Bild des "asiatischen" Kapitalismus nichts zu tun.

Ist es dennoch sinnvoll, von einem "asiatischen" Kapitalismus zu sprechen? Wenn man mit "asiatisch" allein geistig-kulturelle Unterschiede deuten will, sollte man darauf eher verzichten. Es ist genauso absurd, daß man einen "europäischen" Kapitalismus allein auf kulturelle Traditionen zurückführt und glaubt, daraus dessen Entwicklungsgrundzüge charakterisieren zu können. Solcher Unsinn wird gewiß in Bezug auf Europa nicht mehr vertreten. Es gibt dennoch Versuche, unter "europäisch" etwas anderes zu formulieren. Gemeint sind diejenigen bekannten Ansätze, welche trotz aller nationalen Unterschiede mit Begriffen wie "europäischer Wachstumsprozeß"¹⁸ oder "atlantische Wachstumskonstellation"¹⁹ versuchen, gewisse ähnliche Entwicklungskonstellationen im (West-)Europa der Nachkriegszeit zu analysieren. Darunter werden diejenigen "Entsprechungen" der politischen und ökonomischen Verhältnisse ausgedrückt, welche Stabilität und Prosperität in jener Zeit ermöglichten. Bei der nationalstaatlichen Gestaltung dieses Prozesses spielte die geistig-kulturelle Tradition jedes Landes zweifellos eine wichtige Rolle. Der "europäische Wachstumsprozeß" ist jedoch darauf nicht zurückzuführen. Unter "europäisch" werden bestimmte politische und ökonomische Charakteristika miteinander verbunden, die mehr oder minder - wie die Bezeichnung andeutet - über nationalstaatliche Grenzen hinausgehen. Gehen wir auf diesen Aspekt ein bißchen näher ein. Der Münchner Soziologe Burkart Lutz charakterisierte diesen "europäischen Wachstumsprozeß" als "innere Landnahme". Ihm zufolge habe die Auflösung der "dualen Wirtschaftsstruktur" - also die Absorption des

¹⁸ Vgl. B. Lutz, Die Singularität der europäischen Prosperität nach dem zweiten Weltkrieg, in: H. Kaelble (Hrsg.), Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Opladen 1992, S.36ff.; auch ders., Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York 1984.

¹⁹ Vgl. S. A. Marglin, u.a. (Hrsg.), The Golden Age of Capitalism: Reinterpreting the Post-war Experience, Oxford 1991.

traditionellen Sektors durch den industriell-marktwirtschaftlichen Sektor - mit dem "positiven Rückkoppelungseffekt" eine "Prosperitätsspirale" ausgelöst.²⁰ Dies sei jedoch nicht allein ein ökonomischer Prozeß, sondern zugleich ein politisch-institutioneller Prozeß gewesen. Lutz faßte die neue Konstellation unter dem Oberbegriff Wohlfahrtsstaat zusammen, der folgende drei Elemente zum Inhalt habe²¹: 1. Staatsintervention und Nachfragesteuerung, welche die binnenwirtschaftliche Nachfrage und damit auch das volkswirtschaftliche Lohnniveau stabilisieren; 2. Arbeitsrechtliche Regelungen, Leistungen des Sozialversicherungssystems und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die zusammen Lohnsätze verhindern, die deutlich unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen; 3. Kollektive oder sonstwie institutionalisierte Festlegung von Löhnen und Gehältern, die eine stetige Dynamik von Lohnsumme und Lohnniveau auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sicherstellt.

Diese (im allgemeinen mit dem keynesianischen Interventionsstaat identifizierten) Elemente wurden zugleich von der "Regulationsschule" als wesentliche Bestandteile der typischen Regulationsweise des "fordistischen" Wachstumsmodells angesehen. Da dies nicht über Nacht vom Himmel gefallen ist, ist es wichtig zu betonen, daß dieses Modell bestimmte politische Verhältnisse voraussetzte. Diese waren zwar nach jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen im einzelnen Land unterschiedlich ausgeprägt, ließen sich dennoch auf einen Nenner bringen. Frank Deppe bezeichnete diese als "Klassenkompromiß": "Mit der Herausbildung von Massenorganisationen der Arbeiterbewegung (vor allem der Gewerkschaften und - als ein Ergebnis ihres Wirkens - des kollektiven Arbeitsrechtes) haben die Ergebnisse solcher Kämpfe auf der Ebene der Verfassungen, des Systems der staatlichen Institutionen (Sozialstaat) wie des Rechtssystems, aber auch auf der Ebene der 'politischen Kultur' einen jeweils formationsspezifischen Ausdruck gefunden, der als ein Kompromiß bzw. als ein 'Klassenkompromiß' bezeichnet werden kann."²²

Aufgrund dieses "Klassenkompromisses" konnte sich die "fordistische" Wachstumsdynamik durchsetzen, die man relativ eindeutig vom vergangenen Typus unterscheidet. Es gab ebenfalls hier nationalstaatliche Abweichungen wie z.B. in Frankreich, wo die Akkumulation musterhaft durch Expansion des Konsumgüterbereichs vorangetrieben wurde, und in der BRD, wo der Export traditionell eine wichtige Rolle spielte. Dennoch kann man diese Wachstumsdynamik in Europa - abstrahiert von der konkreten Gestalt des nationalen Wachstumsmodells - folgendermaßen charakterisieren: Sie stützte sich wesentlich auf den Anstieg des Reallohneinkommens.

²⁰ Dazu ausführlich, B. Lutz, Singularität der europäischen Prosperität nach dem zweiten Weltkrieg, S.45f.

²¹ Ebd., S.48.

²² F. Deppe, Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Anmerkungen zu einem transnationalen Krisendiskurs, in: Sozialismus 7-94, S. 30.; vgl. auch ders., Kapitalismus und Demokratie. Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt?, in: Sozialismus 9-93, besonders S. 52ff.

Gewiß begünstigten die Krisenerfahrung der 30er Jahre (eine typische Überproduktionskrise) einerseits und andererseits der Zwang, die mit der Durchsetzung des Taylorismus verbundenen gewaltigen allgemeinen Produktivitätszuwächse bewältigen zu müssen, eine solche Entwicklung. Auch der Ausbruch des "Kalten Krieges" beeinflusste die Entwicklung positiv. Dennoch ist zu betonen, daß die Lösung (Anstieg des Reallohneinkommens als Wachstumsimpuls des neuen Akkumulationstyps) vor allem ein Ergebnis der heftigen politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen war. Sie war eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung und (als deren institutionelles Gefüge) der Gewerkschaften in Westeuropa, denen es gelungen war, einen "Klassenkompromiß" zu erzwingen.²³

²³ Als "asiatisch" muß man sich also nicht allein kulturelle Unterschiede vorstellen, sondern bestimmte Verhältnisse von Politik und Ökonomie, die den Wachstumsprozeß in einigen asiatischen Ländern ausprägen. Ich versuche in einem weiteren Beitrag in der nächsten Z-Ausgabe - als eine Parallele zur oben erwähnten fordistischen Formation in Europa - die Entwicklung in Japan und Südkorea in einem solchen Sinn zu zeigen und zu interpretieren.

Linke Politikansätze in Deutschland heute (IV)

Mit dem vorliegenden Beitrag von Heinz Stehr setzen wir die in Z 23 begonnene Selbstvorstellung linker Politikansätze fort. Heinz Stehr ist Vorsitzender der DKP.

Heinz Stehr

Für eine linke Alternative

"Die Rechtsentwicklung stoppen - Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau jetzt" war die Losung des 13. Parteitages der DKP.

Zur Jahreswende 1995/96 wurden die ersten von 4.000 Bundeswehrsoldaten in Jugoslawien als Besatzungsmacht stationiert. Deutschland ist wieder Kriegspartei. Anfang 1996 steigen die Arbeitslosenzahlen auf offiziell vier Millionen. Zwischen sechs und acht Millionen Menschen suchen Arbeit. Die Schulden allein des Bundes stiegen 1994 auf mehr als eine Billion DM.

Die Bundesrepublik verändert sich nach rechts

Wir befinden uns in einer neuen Entwicklungsphase des Imperialismus. Sie vollzieht sich seit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Die Konkurrenz zwischen den entwickelten kapitalistischen Zentren nimmt zu. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik wird reaktionär verändert.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Bosse der Unternehmerverbände, Regierungsmitglieder, Abgeordnete der etablierten Parteien nicht neue soziale Schweinereien vorschlagen, um noch günstigere Profitbedingungen für die Unternehmer zu schaffen und der Arbeiterklasse noch größere Lasten aufzubürden. Im Ergebnis explodieren die Profite, Arbeitslosigkeit und Armut wachsen. Das von der Bundesregierung vorgelegte Aktionsprogramm ist sozialer Kahlschlag unter einen neuen Begriff gefaßt, während gleichzeitig Maßnahmen beschlossen werden, die die Reichen noch reicher machen. Während jetzt schon über fünf Millionen Menschen in Deutschland weit unter der Armutsgrenze leben müssen, explodieren die Profite. Mit der Standortpolitik sollen alle Lebensbereiche der Logik des Profitprinzips unterworfen werden: die Sozial-, Gesundheits-, Kultur-, Bildungspolitik.

Die Zuspitzung dieser Widersprüche ist das die Bevölkerung am stärksten bedrückende Problem unseres Landes.

Je stärker die Krisenerscheinungen des Systems sind, desto umfangreicher Demokratieabbau und Repressionspolitik. Die Krise ist der Normalzustand und das Gesetz der Entwicklung des Kapitalismus. Die derzeitigen

Zuspitzungen sind Ausdruck von gravierenden Krisenerscheinungen des Systems selbst. Dazu gehört auch die Krise des politischen Systems.

All das zeigt die Dramatik der politischen Situation. Heute geht es vor allem um die Organisierung des Abwehrkampfes gegen diese Rechtsentwicklung. Die Bewegung muß "französisch" lernen. Demokratische Rechte, Tarifverträge, Arbeitsplätze, Standorte von Betrieben, Inhalte der Bildungspolitik, kulturelle Werte, die erkämpft und erarbeitet wurden, müssen bewahrt werden. Es geht in den heutigen Kämpfen um die Abwehr reaktionärer Anschläge, um die Sicherung und Bewahrung sozialer und demokratischer Errungenschaften. Zugleich muß der Kampf um eine andere Entwicklungsrichtung in der Bundesrepublik Deutschland geführt werden. Reformen durchzusetzen, die diesen Namen wirklich verdienen, ist zwingend notwendig. Dies gilt sowohl für politische, soziale und demokratische Projekte, und dazu gehört auch das Ringen um eine Politik, die es ermöglicht, einen Ausweg aus den existenzbedrohenden Krisen der Menschheit zu finden und den Weg für alternative Entwicklungen zu öffnen. Das geht nur im Klassenkampf.

Bedingt durch umfassende Krisenerscheinungen ist heute der innere Zusammenhang zwischen notwendigen Reformen und grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderung zwingender als zu anderen Zeiten. Die DKP bleibt bei Marx, Engels und Lenin, bei ihrer wissenschaftlich fundierten Erkenntnis, daß die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse die entscheidende Frage ist, um eine Zukunft der Menschheit zu erkämpfen.

Eine weitere Schlußfolgerung ist es, daß eine Veränderung des Kräfteverhältnisses nur über die Weiterentwicklung der Aktionseinheits- und Bündnispolitik zu erreichen ist. Kräfte bündeln gegen die Rechtsentwicklung sollte ein Merkmal kommunistischer Politik und Praxis sein. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses ist die einzig mögliche Option, um die Entwicklungsrichtung in der Bundesrepublik Deutschland politisch zu verändern. Im "Aktionsprogramm" formuliert die DKP die Aufgabenstellung wie folgt: "Bündnisse gegen Rechts, Bewegungen für Verteidigung und Veränderung." Sie verweist auf den notwendigen Widerstand durch außerparlamentarischen Druck.

Das Kräfteverhältnis verändern

"Es gilt, diesem Weg, den die herrschende Klasse eingeschlagen hat, eine Alternative entgegenzusetzen. Die entscheidende Frage ist, ob Kräfte entwickelt werden können, die diese verhängnisvolle Politik stoppen und ob Mehrheiten für politische Alternativen zu gewinnen sind." (Aktionsprogramms der DKP)

Entscheidend ist die Veränderung der politischen Verhältnisse durch den außerparlamentarischen Kampf. Die Ereignisse in Italien, Frankreich,

Portugal, dortige Wahlergebnisse lehren uns, daß entweder rechte Regierungen zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden können oder aber bei Wahlen neue Konstellationen sich durchsetzen lassen, wenn der außerparlamentarische Kampf entsprechend entwickelt ist. Die Erfahrungen lehren auch, die Veränderung einer Regierung durch eine andere allein verändert noch nichts in der Politik zugunsten der Bevölkerung. Aktionseinheit erfordert das Zugehen auf die SPD und deren Mitglieder. Dabei ist sich die DKP bewußt: Die Führung hat in allen wesentlichen Fragen die Rechtsentwicklung nachvollzogen. Sie ist mit großer Mehrheit für den Kriegseinsatz der Bundeswehr eingetreten.

Nach dem letzten Parteitag hat sich die SPD von der klassischen Reformpolitik verabschiedet. Sie vertritt eine Wirtschaftspolitik, die sich in der Standortlogik bewegt und versucht, einen Kompromiß auf niedrigem Niveau zu finden. Sie hat das Asylrecht mit abgeschafft und trägt deswegen eine Mitverantwortung für neonazistische Brand- und Mordtaten. Die SPD wird von den Wirtschaftsverbänden zunehmend an die patriotische Pflicht erinnert und entscheidet sich wie an allen Schnittpunkten deutscher Politik in diesem Jahrhundert für das Kapital und den Imperialismus.

Zu dieser Entwicklung trägt bei, daß durch die konkreten Kräfteverhältnisse Spielräume für Reformpolitik sehr begrenzt sind. Die SPD-Führung, die 1989/90 vom Jahrhundert der Sozialdemokratie sprach, ist in einer tiefen Krise des Reformismus gefangen. Der Dritte Weg ist Sumpfgelände. Er hatte seinen Stellenwert, als es darum ging, die sozialistischen Staaten in Europa zu vernichten.

Die Grünen befinden sich in einem Wandlungsprozeß. In der Wirtschaftspolitik gehen viele von der Logik des Kapitals aus, wenn sie den ökologischen Umbau fordern. Eine starke Minderheit plädiert für den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien. Ein Teil von ihnen sicher auch, weil sie hoffen, über diesen Weg Menschenrechte durchsetzen zu können. Objektiv kann kein imperialistischer NATO-Einsatz Menschenrechte sichern. Unabdingbare ökologische Forderungen sind weit in den Hintergrund getreten. Aus Machtgeilheit werden demokratische Grundsätze eliminiert. Vom Turnschuh zum NATO-Oliv-Knobelbecher - das scheint eine durchsetzungsfähige Mehrheitsposition bei den Grünen zu werden.

Aus diesen skizzierten Entwicklungen in den Parteien und durch sie beeinflusste gesellschaftliche Organisationen und Bewegungen entwickeln sich Widersprüche, kommt es zu tiefgreifenden Debatten und auch organisatorischen Trennungen. Gegenkräfte formieren sich. Sie werden dann wirksam, wenn sie sich verbinden können in einer außerparlamentarischen Bewegung, die unabhängig von Weltanschauung, Partei- und Organisationszugehörigkeit auf Widerstand und Opposition setzt.

Diese außerparlamentarische Bewegung ist noch schwach. Aber sie ist vorhanden und entwicklungsfähig, zum Beispiel bei den letzten Tarifauseinandersetzungen im VW-Konzern, bei den Streiks der IG Metall vor al-

lem in Bayern, bei den beeindruckenden Demonstrationen und Aktionen zum Erhalt der Vorruhestandsregelung; in den vielen Aktionen gerade von jungen Menschen gegen die Atomwaffentests Frankreichs und Chinas, gegen den Shell-Konzern, der sich über ökologische Interessen hinwegsetzt und die "Brent Spar" versenken wollte, in der Bewegung um den 50. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, in den Protesten der Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler gegen Bildungsabbau in diesen Tagen, in den Demonstrationen der jüngsten Zeit zum Beispiel in Düsseldorf gegen den sogenannten Einheitstag, in der Antifa-Bewegung in Lübeck und anderen Orten. Solidarität mit dem sozialistischen Kuba, für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes führen zu Aktionen und Demonstrationen.

Es ist ein - wenn auch später - Triumph der internationalen und nationalen Bewegung gegen die Berufsverbote, daß jetzt der Europäische Gerichtshof in Straßburg entscheiden mußte: Berufsverbot verletzt Menschenrechte.

Die außerparlamentarische Bewegung ist noch nicht wieder genügend aussage- und aktionsfähig. Das wird besonders schmerzhaft deutlich an der Entwicklung der Friedensbewegung. Hatte der Golfkrieg noch einen Aufschrei der Empörung und machtvolle Aktionen vor allem junger Menschen hervorgerufen, so ist der Kriegseinsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien nur auf geringen Protest gestoßen. Die Kampagne von Regierung, etablierten Parteien und Massenmedien hat auch unter Friedensbewegten nicht wenige "sturmreif geschossen" oder zweifeln lassen, aber manchem auch den Mut genommen, jetzt offen aufzutreten. Das unterstreicht nur, daß der Frage der Kriegsgefahren mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Notwendige Debatten dürfen nicht ausgeblendet werden. Erkenntnisse brauchen Erfahrung, Verarbeitung, um Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Bewußtseinsprozesse benötigen Zeit. Sie erfordern allerdings auch Anstöße, Hinweise und Beispiele, die zum konkreten Handeln führen. Die Perspektive muß darin bestehen, zu notwendigen Forderungen Bewegungen zu entwickeln, diese mit anderen zu vernetzen, aus örtlichen und regionalen Bewegungen zentrale Aktionen zu gestalten, aktuelle Probleme mit Grundfragen zu perspektivischen Lösungen zu verknüpfen.

Zur Diskussion in den Gewerkschaften

Für die Veränderung des Kräfteverhältnisses ist entscheidend, wie die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sich entwickeln. In den Vorständen der Einzelgewerkschaften und des DGB geht es deutlich in die Richtung zu einem Übergang auf die Politik und Logik des Kapitals. Das betrifft die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Bosnien, zur Standortpolitik und das Verhältnis zu den staatstragenden Parteien bei Wahlen. Das Grundvertrauen in dieses System ist nicht gebrochen. Trotz Krise, Angst um die Zukunft, trotz Korruption und Skandalen, das Prinzip Hoffnung auf den

Kapitalismus siegt immer noch. Der DGB und die Einzelgewerkschaften hoffen, daß sie die schlimmsten Auswirkungen der aktuellen Krise abmildern können. Sie beugen sich dem Trommelfeuer der Medien und haben bisher letztendlich dem Druck der Unternehmerverbände und der Bundesregierung nachgegeben. DGB-Vorsitzender Schulte am 24.1.1996 nach der Kanzlerrunde: "Wir haben uns darauf verständigt, die Stärken des Standortes Deutschland weiter auszubauen und ihn dadurch fit zu halten für den verstärkten internationalen Wettbewerb"; darauf, "daß wir die Reform des Sozialstaates in Angriff nehmen müssen, um seine Kernaufgaben und Kernfunktionen zu sichern. ... Diesen Plänen (Kürzung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe) werden die Giftzähne gezogen. Die geplante pauschale Absenkung bei der Arbeitslosenhilfe soll von jährlich fünf Prozent auf drei Prozent gesenkt werden." Zitat aus der "Plattform" des Kanzlergesprächs: "Durch eine deutliche Rückführung der Staatsquote müssen neue Handlungsspielräume für private Investitionen gewonnen werden." Die "Sozialabgabenquote muß wieder auf unter 40 Prozent zurückgeführt werden. Eigenvorsorge muß ein wachsendes Gewicht erhalten."

Wer die Politik dieser Rechtsregierung so mitträgt, könnte zum Totengräber einer Gewerkschaftsbewegung werden, die diesen Namen noch verdient. "Mehr Selbständigkeit und Eigenvorsorge", so ist das achtseitige Papier benannt, das Unternehmerverbände, Gewerkschaften und Bundesregierung am 23. Januar verabschiedet haben. Die Unternehmerverbände haben sich weitgehend durchgesetzt. Liest man die Einzelforderungen, so muß man gewerkschaftspolitische Forderungen mit der Lupe suchen. Die DKP sagt mit allem Nachdruck "Nein" zu diesem "Bündnis für Arbeit"!

Bahn und Post wurden weitgehend privatisiert, Arbeitsverhältnisse und Lebensverhältnisse dereguliert, Arbeitszeiten flexibilisiert. Klaus Zwickel als Vorsitzender der größten Einzelgewerkschaft der Welt entwickelt auf dem Gewerkschaftstag in einer Grundsatzrede nach den Wahlen eine Strategie, die einen Bruch mit der bisherigen Politik der IG Metall bedeutet. Er schlägt vor, Lohnerhöhungen auf den Ausgleich der Inflationsrate zu beschränken und damit angesichts der steigenden Abgaben und Belastungen weitere Reallohnsenkungen hinzunehmen, besondere Tarife für Langzeitarbeitslose einzuführen, Arbeitszeiten breiter zu flexibilisieren, und er hofft, dafür 100 000 Arbeitsplätze pro Jahr zu erhalten. Damit wird von der IG Metall zugestanden, es gebe einen notwendigen Zusammenhang zwischen sinkenden Löhnen und mehr Arbeitsplätzen, obwohl die Fakten über explodierende Profite und gleichzeitigen Arbeitsplatzabbau diese Mär anschaulich widerlegen. Längst ist auch die Forderung vom Tisch, daß die Bundesregierung ihre reaktionären Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zurücknehmen müsse. Heute tritt Kollege Zwickel lediglich dafür ein, daß die viel zu vielen Überstunden abgebaut werden sollen, um daraus feste Arbeitsplätze zu schaffen. BDI, BDA, Kanzler Kohl fanden seinen Vorschlag "Bündnis für Arbeit" selbstverständlich interessant. Sie begrüßten

ihn. Kollege Zwickel wurde unter die Modernisierer dieser Gesellschaft aufgenommen.

Objektiv führt diese Politik zur Existenzbedrohung der Einheitsgewerkschaftsbewegung. Politisch zahnlos, als Ordnungsmacht fungierend, im Co-Management Verantwortung übernehmend, hört diese Gewerkschaftsbewegung im Sinne ihrer politischen Zielstellung auf zu existieren, wenn diese Entwicklungsrichtung nicht gebrochen wird. Das "Bündnis für Arbeit" ist keine taktische Maßnahme. Es ist eine strategische Richtungsentscheidung. Die Geburtsurkunde der Einheitsgewerkschaft nach dem Kriege war die grundsätzliche Erkenntnis, daß sie 1. antikapitalistisch orientiert ist, 2. auf Klassenkampf als Mittel zur Durchsetzung der berechtigten Interessen und Anliegen der Arbeiterklasse setzt und sie 3. auf eine gesellschaftliche Perspektive orientiert, in der die Ideale der Arbeiterbewegung nach Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Arbeit und soziale Sicherheit durchgesetzt werden. Diese im jetzt gültigen DGB-Programm enthaltenen Festlegungen sollen mit dem neuen Entwurf eines DGB-Grundsatzprogramms verändert werden. Die Gewerkschaftsbewegung wird damit weiter entpolitisiert. Daher fordert die DKP mit vielen in der Gewerkschaftsbewegung: Das neue Programm des DGB darf auf keinen Fall auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im November verabschiedet werden. Es braucht Zeit, um in demokratischen Diskussionen Entscheidungen zu treffen, die dann den Mehrheitswillen in einem neuen Programm zum Ausdruck bringen.

Die Haupttendenz der Entwicklung im DGB geht nach rechts. Gravierende Mitgliederverluste sollen durch neue Dienstleistungen, die die Einzelgewerkschaften anbieten, aufgefangen werden. Die Strukturdebatte ist in der Substanz ein Abbau gewerkschaftlicher Arbeit und Demokratie vor Ort. Politisch werden ohne Beschlußfassung Pflöcke eingeschlagen, die kaum zu korrigieren sind.

Noch ist die Entwicklungsrichtung im DGB und seinen Einzelgewerkschaften offen. Wer die Rechtsentwicklung stoppen will, muß jetzt vor allem in den Gewerkschaften für eine Politik eintreten, die auf den Klassenstandpunkt orientiert. Die Strategie der Unternehmerverbände und der Bundesregierung zur Zerschlagung der Gewerkschaften sollte die Arbeiterbewegung mit einer zunehmenden Vernetzung der Gewerkschaften mit den Sozialverbänden, den Frauenorganisationen, den Mietervereinen, dem Arbeitslosenverband, der Studenten- und Schülerbewegung und möglichst vielen anderen Kräften beantworten.

Sozialisten und Kommunisten

Eine besondere Verantwortung in dieser Zeit tragen sozialistische, linke, kommunistische Parteien und Organisationen. Die stärkste Kraft ist die PDS. Sie hatte nach eigenen Angaben 1994 122.000 Mitglieder. In ihren Reihen wirken Parlamentarier, so auch eine Bundestagsgruppe. Sie verfügt

über Kompetenz, Medien, materielle Mittel. Manche politischen Forderungen, die sie vertritt, werden von Teilen der linken Bewegung mitgetragen. So zum Beispiel richtet sie sich gegen den Bundeswehreinsatz in Bosnien, gegen Armut und Sozialabbau, gegen die weitere Aushöhlung demokratischer Rechte. Die PDS will keine kommunistische Partei sein, auch wenn in ihren Reihen Mitglieder sind, die organisiert oder unorganisiert Kommunistinnen und Kommunisten sind. Einige ihrer Funktionsträger diffamieren die ehemalige DDR und SED und betreiben leider selbst Antikommunismus. Die PDS diskutierte auf dem gerade zu Ende gegangenen 2. Tag des 4. Parteitages, wie ihre Stellung in der Gesellschaft ist, ob die Rechtsentwicklung durch außerparlamentarischen Widerstand und außerparlamentarische Opposition zu bekämpfen ist oder vorwiegend parlamentarische Koalitionen oder Bündnisse dafür notwendig sind. Die Entwicklungsrichtung der PDS bestimmen deren Mitglieder.

Die DKP fördert die Zusammenarbeit auf allen Ebenen und den kritischen Dialog. Dabei weiß sie sehr genau, daß der politische Gegner rechts steht. Gegen ihn wollen wir über alle notwendigen Differenzen hinweg gemeinsam kämpfen, unsere Kräfte bündeln. Rechtsentwicklung stoppen, eine Wende durchsetzen - dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

FORUM
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Zeitschrift des BUKO

Nr. 201, April
**Küchenkoller -
Feministische
Kritik an
Nachhaltigkeit**
52 S., 7 DM

202/203, Mai
**Herrschende
Nachhaltigkeit -
nachhaltige Herrschaft**
Vorbereitungsreader zum 20.
BUKO in Heidelberg
ca. 92 S., 9 DM

Informatives in den Rubriken Kultur,
Ökologie und Rassismus;
Länderberichte, Termine u. v. m.

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Tel.: 0421-32 61 66
Fax: 33 78 177

DGB-Programm erst auf dem Bundeskongreß 1998 verabschieden

Zweite Tagung linker Gewerkschafter am 20. April 1996 in Frankfurt am Main

Auf Initiative hessischer Gewerkschafter fand eine erneute Diskussionsrunde zur DGB-Programmatik im Frankfurter Gewerkschaftshaus statt. Sie stand unter dem Motto: "Soziale Marktwirtschaft - das Ende der Geschichte?" Waren zur ersten Veranstaltung am 16.12.1995 rund 200 Teilnehmer gekommen, so konnten die Veranstalter nunmehr über 300 Interessenten begrüßen.

Zur "Politischen Lage und Aufgaben der Gewerkschaften" referierte der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt/M., *Heinz Bierbaum*. Eckpunkte des vom DGB-Bundesvorstand am 5. März verabschiedeten Entwurfs eines neuen DGB-Grundsatzprogramms wie "Selbstverständnis", "Markt und Staat", "Sozialstaat" wurden von den Hochschullehrern *Frank Deppe* (Uni Marburg) und *Klaus-Peter Kisker* (FU Berlin) sowie von *Horst Schmitthenner*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, unter die Lupe genommen.

Der Tagung lag eine "Stellungnahme" der Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter zum Entwurf des DGB-Bundesvorstandes für ein neues Grundsatzprogramm des DGB und zum Verfahren der Programmdebatte vor. Sie gliederte sich in drei Abschnitte: I. Notwendigkeit und Verfahren einer Programm-Debatte; II. der Programm-Entwurf des DGB-Bundesvorstandes (er wurde in zehn Punkten näher beleuchtet); III. zum weiteren Verfahren für ein neues Grundsatzprogramm.

Zur Diskussion stand auch die Streitschrift, die an der FU Berlin unter der Leitung *Bodo Zeuners* erarbeitet worden war: "Ein Grundsatzprogramm mal Null bleibt Null" (Frankfurter Rundschau, 15.4.1996).

Anzumerken ist, daß vom DGB-Bundesvorstand der Leiter der DGB-Grundsatzabteilung, *Friedel Hesse*, der maßgeblich an der Formulierung des Programmentwurfs beteiligt war, nach Frankfurt/M. gekommen war, um den Entwurf gegen seine Kritiker zu verteidigen.

Eröffnet wurde die Beratung vom Betriebsratsvorsitzenden der "Frankfurter Rundschau", *Viktor Kalla*. Er konnte berichten, daß sich neue Initiativen gegründet hätten, die sich ebenfalls in die Programmdebatte einschalteten. Er nahm noch einmal Stellung zur "Frankfurter Erklärung zur Debatte des neuen Grundsatzprogramms" vom 16.12.1995, vor allem bezugnehmend auf die folgende Formulierung: "Für diese Herausforderungen sind einfache und schnelle Antworten und Lösungen nicht zu finden. Dafür sind umfassende Diskussionsprozesse erforderlich, in denen verschiedene Standpunkte und Konzepte eingebracht und geklärt werden können. Die

bisherigen Vorarbeiten reichen offenkundig nicht aus. Unter diesen Umständen wäre es vermessen, von einem hastig erstellten und verabschiedeten Grundsatzprogramm tragfähige Antworten auf die Grundfragen zu erwarten, vor denen die Gewerkschaften stehen." (s. Dokumentation "Wohin gehen die Gewerkschaften? Debatte zum Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms, Frankfurt am Main, 16. Dezember 1995" und *Heinz Schäfer*, Spät schaltet sich die Gewerkschaftslinker in die Programmdebatte des DGB ein, Z 25, März 1996, S. 169-173) Die in diesen Formulierungen enthaltenen Befürchtungen, so *Kalla*, hätten sich allerdings bestätigt.

Heinz Bierbaum stellte in seinem Referat fest, daß in dem Programmwurf die Möglichkeiten der veränderten Produktions- und Managementkonzepte überschätzt würden. Es werde übersehen, daß die neuen Produktionskonzepte wesentliche Mittel zur Produktivitätssteigerung und damit zugleich mit verschärften Beschäftigungsproblemen verbunden seien. Auf der anderen Seite würden die strukturellen Probleme der kapitalistischen Wirtschaft unterschätzt. Es werde nicht gesehen, daß die Widersprüche einer über das Profitstreben der Unternehmen vermittelten Wirtschaft verantwortlich sind für Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeiten und Zerstörung der Lebensgrundlagen.

Wenngleich nunmehr, gegenüber früheren Vorarbeiten, der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit als für die Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften prägend aufgenommen worden sei, bleibe diese Erkenntnis, insbesondere in den Ausführungen zur Gestaltung der Ökonomie, folgenlos. Der von den Protagonisten des Grundsatzprogramms aufgemachte Gegensatz von fundamentaler Kapitalismuskritik und konkreter Gestaltung sei schlichtweg falsch, denn: "Weder auf der betrieblichen noch auf der tarifpolitischen Ebene allein lassen sich die Beschäftigungsprobleme lösen, dazu bedarf es vielmehr einer veränderten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die an den zentralen Widersprüchen der vorhandenen wirtschaftlichen Entwicklung ansetzt."

Beim "Bündnis für Arbeit" drohe politisch die Gefahr, die unternehmerischen Strategien zur Kostensenkung, zur Deregulierung und zu massivem Sozialabbau zu legitimieren. So seien die Abschlüsse in der Textil- und Chemieindustrie von gewerkschaftlicher Seite als Modellabschlüsse bezeichnet worden (*Dieter Schulte* und *Walter Riester*), obwohl sie kaum als Ausdruck einer gewerkschaftlichen beschäftigungspolitischen Offensive gewertet werden könnten. Sie sind "Einkommensabstriche im Austausch für vage Beschäftigungszusagen". Damit ordne man sich der betriebswirtschaftlichen Logik unter. *Bierbaum* bezog sich hier auch auf den Artikel von *Klaus Lang* und *Reinhard Kuhlmann*, Abteilungsleiter im Vorstand der IG Metall, in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften", Nr. 3/1996, S. 193, die dort meinen: "Was Markt und Staat allein nicht richten wollen oder

nicht richten können, das muß in gesellschaftlicher Verabredung vertraglich vereinbart werden."

Hier zeige sich die gleiche Stoßrichtung, wie sie auch im Programmwurf enthalten sei. In der Strategie der gesellschaftlichen Verabredung bzw. der gesellschaftlichen Vernunft werde die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Gegenwehr unterschätzt und nicht gesehen, "daß es zumeist des gewerkschaftlichen Kampfes und der gesellschaftlichen Mobilisierung bedürfte, um sozialen Fortschritt zu erreichen." Wenn im Entwurf "Wettbewerb durch Innovation auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen" zum Motto erhoben werde, würde übersehen, daß gerade die verschärften Konkurrenzmechanismen die soziale Wohlfahrt und ökonomische Vernunft untergraben. So pervertiere der erreichte Reichtum an Produktionskraft und Produktionsmöglichkeiten zu Mangel und Arbeitsplatznot.

Wirtschaftliches Handeln dürfe daher nicht mehr auf die bestmögliche Verwertung des Kapitals gerichtet sein. Kritisch setzte sich *Bierbaum* damit auseinander, den Sozialstaat als "Fundament unserer Gesellschaftsordnung" zu bezeichnen. So könnten weder der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Sozialstaat noch die Angriffe auf sozialstaatliche Errungenschaften ausreichend dargestellt werden.

Der Sozialstaat ist, nach *Bierbaum*, das Ergebnis einer ganz bestimmten Entwicklungsphase des Kapitalismus, "in der die Gewerkschaften auf der Basis ökonomischer Prosperität entscheidende Fortschritte im Interesse der arbeitenden Menschen durchsetzen konnten". Der Sozialstaat sei keinesfalls eine über den Klassen- und Machtverhältnissen schwebende Instanz, wie dies im Entwurf nahegelegt werde. Es wäre hier eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Strategie der Deregulierung und des massiven Sozialabbaus zu erwarten gewesen. Dies sei aber nicht geschehen. Da nicht gesehen werde, daß der im Sozialstaat markierte Klassenkompromiß von der Kapitalseite aufgekündigt worden sei, ergebe sich eine falsche politische Orientierung, weg von der sozialen Gegenmacht und hin zum gesellschaftlichen Dialog und zum Appell an die gesellschaftliche Vernunft.

Obwohl die Einkommenssicherung zu den elementaren Aufgaben der Gewerkschaften gehört, werde nicht aufgegriffen, daß seit Jahren der Anteil des Einkommens aus Arbeit am Volkseinkommen sinkt. Es werde weder der sozialen Polarisierung - immenser Reichtum auf der einen und sich ausbreitende Armut auf der anderen Seite - Aufmerksamkeit geschenkt noch der Rolle des spekulativen Finanzkapitals und der Banken. Es liege auch auf der Harmonisierungslinie, daß es kein Kapitel zur Friedenspolitik gebe.

Bierbaums Fazit: "Der vorliegende Entwurf eines DGB-Grundsatzprogramms läuft politisch auf eine Anerkennung des herrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modells hinaus, ordnet sich weitgehend in eine nationale Standortsicherungspolitik ein, verharmlost die damit ver-

bundenen Konflikte und gibt so der Gewerkschaftsbewegung keine politische Orientierung. Somit erweisen sich die Gewerkschaften gerade nicht als sozialökologische Reformkraft, die sie auch dem Anspruch des DGB-Grundsatzprogramms nach sein wollen."

Frank Deppe hinterfragte die Feststellung im Entwurf: "Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in ihrer traditionsreichen Geschichte große Erfolge erzielt." Punkt aus. Dieser Satz enthalte die Konstruktion einer Erfolgsgeschichte. Es werde eine Linearität der Geschichte unterstellt, die so nicht stattgefunden hat. Unterschlagen würden die schweren Niederlagen. Ein solcher Satz zeuge entweder von totaler Ignoranz oder davon, daß man nicht wahrhaben wolle, daß die deutschen und internationalen Gewerkschaften möglicherweise eine erneute historische Niederlage erleiden. Dann aber wäre die entscheidende strategische und programmatische Frage zu beantworten gewesen, wie aus dieser Niederlage herauszukommen sei. Als *Deppe* den Gewerkschaften einen historischen Gedächtnisschwund attestierte, kam der Zwischenruf: "Die Gewerkschaften auf dem Weg von Marx über Keynes zu Alzheimer".

Klaus Peter Kisker konstatierte, daß der Programmentwurf ignoriere, daß der Kapitalismus seinem Wesen nach ein ahumanes, asoziales und anatürliches System ist. Der Staat werde ahistorisch als die Verkörperung der Vernunft gesehen, die über allen Interessengegensätzen schwebt. Staatliches Handeln werde jedoch durch die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft bestimmt. In der Krise zeige sich, daß nur dann etwas durchzusetzen ist, wenn es in den Betrieben und auf der Straße "kocht". "Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gibt dem Kapital grundsätzlich die Macht, seine Interessen dann und soweit durchzusetzen, wie sie nicht durch Gegenmacht, das heißt durch massiven Druck konterkariert wird."

Kiskers Anforderungen an ein neues DGB-Grundsatzprogramm: "Eine realistische Analyse statt einer Beschreibung von Symptomen und ein Wegweiser, die aus der ideologischen Selbstbefangenheit herausführen, das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Veränderungen schaffen und Anstöße zur Erarbeitung wirksamer Strategien geben."

Nach der Auffassung *Horst Schmitthenners* müßte klar und deutlich im Grundsatzprogramm herausgearbeitet werden, daß der Sozialstaat als Korrektiv der kapitalistischen Marktwirtschaft wirken müsse. Eine Lehre aus der Weimarer Republik und dem Faschismus bestehe darin, daß Demokratie ohne soziale Sicherung nicht machbar sei.

Die zentrale Zukunftsaufgabe ist und bleibt nach *Schmitthenner* die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit mit der Perspektive der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Wer die sozialen Sicherungssysteme erhalten wolle, komme gar nicht darum herum, die Einkommensverteilung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Umverteilungspolitik der letzten Jahre habe längst zu einem historisch neuen Niveau an Ungerechtigkeit in der

Einkommens- und Vermögensverteilung geführt, das mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren sei.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung darauf verzichte, diesen Sachverhalt offensiv in die Debatte um die zukünftige Finanzierung des Sozialstaates einzubringen, sollte sie sorgfältig über ihr politisches Selbstverständnis und ihre Funktion in einer marktgesteuerten Wirtschaftsordnung mit immanent widersprüchlichen Verteilungsinteressen nachdenken. Im *Zeuner-Papier* heißt es dazu: "Dieser Programmentwurf läßt jede inhaltliche Orientierung und engagierte Auseinandersetzung mit den sich dramatisch zuspitzenden Problemen der Zukunft der Erwerbsarbeit und der Organisierung von Solidarität durch die Gewerkschaften vermissen. ... Es ist ein Programm der Beliebigkeit von Leerformeln, und dies scheint die 'heimliche Botschaft' des Entwurfs, gerade diese Beliebigkeit soll zum Programm erhoben werden."

In der lebhaften Diskussion, in der vor allem die Konsensstrategie kritisch beleuchtet wurde, fanden die Wertungen der Referenten weitgehend Zustimmung. Anhand eigener Erfahrungen und Einschätzungen wurde gezeigt, wo der Programmentwurf hinter den Aussagen des noch gültigen Programms zurückbleibt und in diesem auch präzisere Antworten gegeben werden.

Richard Detje vertrat die Auffassung, daß, wer Vollbeschäftigung wolle, sich über die Verteilungspolitik neu verständigen müsse. Der Sozialstaat sei nicht mehr aus dem ständig schmaler werdenden Sockel abhängig Beschäftigter zu finanzieren. Deshalb müsse der tatsächliche Reichtum dieser Gesellschaft miteinbezogen werden. Dazu stehe aber im Entwurf nichts drin. Es sei auch ein Wunschtraum, die Vollbeschäftigung vorwiegend über private Investitionen erreichen zu wollen.

Jakob Moneta kritisierte, daß der Gewerkschaftstag der IG Metall im November 1995 zwar in der Entschliebung 1 zu dem Ergebnis kam: "Angesichts seiner strukturellen Mängel und systembedingten Defizite kann der real existierende Kapitalismus kein Zukunftsmodell sein - weder in Deutschland, noch in Europa, noch weltweit." Jedoch könne der 2. Vorsitzende der IG Metall, *Walter Riestler*, davon ungerührt, in einem "Spiegel-Interview" (15.4.1996, S. 38) erklären: "Ich glaube, daß dem sozialregulierten kapitalistischen Wirtschaftssystem die Zukunft gehört."

Die Landesvorsitzende der IG Medien in Baden-Württemberg, *Sybille Stamm*, sieht Chancen, jetzt gezielt eine neue strategische Diskussion zu führen. Auf einer Tagung von überwiegend hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären in Stuttgart habe sich gezeigt, daß 1. ein großes Bedürfnis nach einer politischen und strategischen Diskussion vorhanden ist, und 2. die dort geäußerte Kritik sich weitgehend mit der deckt, die auch bei der Frankfurter Tagung vorgetragen wurde. Erschreckt habe sie die von Vertretern der IG Chemie gezeigte Haltung, die dort geäußert hatten, daß für sie keinerlei Änderung des Programmentwurfs mehr in Frage

komme. Sie seien glücklich, daß endlich mit dem "Klassenkampfgerümpel" aufgeräumt worden sei. Hier zeige sich eine zentralistische (Zwischenruf: stalinistische) Denkweise, daß ein von wenigen Kadern und dem Apparat erstelltes Dokument "auf Teufel komm raus" durchgezogen werden soll.

Friedel Hesse hatte einen schweren Stand. Er versuchte die vorhandenen grundsätzlichen Meinungsunterschiede herunterzuspielen. Er behauptete, daß der Entwurf doch die angemahnten Visionen beinhalte und es letztlich nur darum gehe, ob die vorgestellten Instrumente die richtigen seien. Hesse hatte kürzlich auf einer Veranstaltung der Postgewerkschaft in Gladenbach die Auffassung vertreten, daß es eine Massenarbeitslosigkeit auch in den nächsten Jahrzehnten geben werde. Er wurde gefragt, wieso dann im Entwurf stehe, daß von den Unternehmern erwartet werde, "daß sie alle Anstrengungen unternehmen, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen". Viel Vertrauen darauf habe Hesse offenbar doch nicht. Wenn aber die von ihm geschilderte Situation zutreffe, wie komme es dann, daß er erklärt, daß es für Utopien jenseits des Kapitalismus keine überzeugenden Entwürfe gebe. Müßte nicht das Grundsatzprogramm ein solcher Entwurf sein?

Die Teilnehmer der Konferenz unterstützten einen von einem Aktionsbündnis vorgelegten und von *Helmut Schauer* (Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall) begründeten Aufruf, am 21. September 1996 in Frankfurt am Main einen bundesweiten Aktionstag für eine neue soziale Politik durchzuführen.

Die Frankfurter Tagung gab den Delegierten des außerordentlichen DGB-Kongresses im November die Anregung, die Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms bis zum nächsten ordentlichen Kongreß im Jahre 1998 auszusetzen: "Diese zwei Jahre könnten und müßten genutzt werden, um die Diskussion dort zu führen, wo sie hingehört: in die gewerkschaftlichen Grundorganisationen, Bildungsstätten und die interessierte Öffentlichkeit."

Heinz Schäfer

"Crossover"

Konferenz der Zeitschriften *Andere Zeiten*, spw und *Utopie kreativ* am 3./4. Februar 1996 in Berlin

Mit dem Anspruch, einen "radikal-reformerischen Neuanfang" in die Wege zu leiten, hatten die drei Zeitschriften aus dem Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und PDS zur Konferenz am 3./4. Februar nach Berlin eingeladen. Das Ziel der Konferenz sollte darin bestehen, einen Anfang zu machen, um dem "Verschwinden der Politik" als Folge der Deregulie-

rungsstrategie des herrschenden konservativ-neoliberalen Blocks eine mehrheitsfähige Gesamialternative "radikalreformerischer Politik" entgegenzusetzen. Zudem sei es an der Zeit, "die getrennt verlaufenden Diskurse der Linken in einem Prozeß des 'Crossover' zu verarbeiten", so der Erklärungsaufruf zur Konferenz.

Etwa 200 TeilnehmerInnen folgten der Einladung in das Kongreßzentrum am Alexanderplatz. Darunter waren auch Parteipromis aus dem linken Spektrum von Bündnis 90/Die Grünen und aus der SPD, und wohl nicht allein wegen der räumlichen Nähe zum Kongreßzentrum war die PDS-Prominenz offensichtlich am zahlreichsten vertreten. Im Eingangsplenum trugen die Vertreter der veranstaltenden Zeitschriftenredaktionen ihre Wunschvorstellungen vor. Die vielfältigen Trennlinien zwischen der radikal-reformorientierten Linken (parteilpolitische Bindungen) und innerhalb dieser sollten nicht bloß sichtbar gemacht werden, sondern auch im Hinblick auf "rot-grüne" Reformprojekte durch ein positives Spannungsverhältnis produktiv gemacht werden. Drei Arbeitskreise beschäftigten sich mit den Themen "Umbau der Arbeit", "Politisierung der Ökonomie" und "Neue Weltordnung".

(Ein Tagungsprotokoll ist inzwischen als Sonderheft der veranstaltenden Zeitschriften erschienen.)

Umbau der Arbeit

Thomas Westphal (spw) hatte bereits im Eingangsplenum dafür plädiert, gemeinsame Ansätze über die Parteigrenzen hinweg zu finden, um rot-grüne Inhalte zu einer radikal-reformerischen Politikalternative zu entwickeln. Ein Grenzbereich wird durch die inhaltlich widersprüchlichen Ansätze einer eher am Wachstum orientierten und mit einem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft verbundenen Vollbeschäftigungspolitik einerseits und einem ökologischen Politikverständnis andererseits markiert, das an den grundlegenden Strukturwandel innerhalb der Produktionsverhältnisse anknüpft und diesen für den Aufbau neuer, in den Regionen verankerter Arbeitsfelder mit sozialen und ökologischen Aufgaben nutzen will. In einem "gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor" sollen kommunal beauftragte und öffentlich kontrollierte Trägergesellschaften sozio-kulturelle und Umweltprojekte ausschreiben und begleiten. Unternehmen, die im Rahmen solcher Projekte Aufträge erhalten, müssen soziale und ökologische Mindestanforderungen erfüllen und zum Aufbau einer stabilen regionalen Ökonomie beitragen. Diskussionsstoff bot das Problem, wie sich dieser neue Sektor zwischen dem herkömmlichen Erwerbssektor und dem "Zweiten Arbeitsmarkt" einordnen läßt. Die gemeinsame Klammer der beiden Ansätze besteht in der Orientierung auf eine "radikale" Erwerbsarbeitszeitverkürzung (30 Stunden pro Woche oder eine entsprechend kürzere Jahres- oder Lebens-Erwerbsarbeitszeit), eine Um-

verteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen wie zwischen "oben und unten" sowie eine Humanisierung und qualitative Neugestaltung der Arbeit.

Politisierung der Ökonomie und Neue Weltordnung

Die aktive Rolle des Staates soll im Wirtschaftsleben mit Hilfe einer "rot-grünen" Regierungskoalition wiederbelebt werden. Ökosteuern und neue Gemeinwirtschaften allein können den notwendigen sozial-ökologischen Umbau nicht vorantreiben. Der Staat muß direkt auf die privatwirtschaftlichen Entscheidungszentren einwirken, um die Produktions- und Angebotsstrukturen zu verändern. Die Stichworte lauten: Investitionskontrollen, Demokratisierung der Unternehmen auf der Basis neu entstehender Unternehmensstrukturen, die Einführung von Spekulationssteuern sowie die Regulierung der Finanzmärkte. Das "Bündnis für Arbeit" wurde kritisch bewertet, weil es sich der Logik der Standortdebatte unterordne und die Gewerkschaften in die Rolle einer Zuarbeiterin bei der Kooperation von Regierung und UnternehmerInnen dränge. Ob die globale Dominanz der Finanzmärkte und die zunehmende internationale Vernetzung der Produktion die Handlungsspielräume der einzelnen Nationalstaaten allerdings so einengt, daß staatliches Handeln im Wirtschaftsbereich nur noch sehr eingeschränkt möglich ist, das war insbesondere auch das Thema der dritten Arbeitsgruppe "Neue Weltordnung". André Brie (PDS), einer der drei Referenten, vertrat die Meinung, daß die nationalen Regulationsmöglichkeiten immer geringer werden. Die international durchgesetzte Deregulierung des Kapitalverkehrs führe zu einem globalisierten Manchester-Kapitalismus, dem auf absehbare Zeit kein international funktionsfähiger Überbau gegenüberstehe. Dagegen sah *Fritjof Schmidt* von den Grünen Handlungsspielräume in den bestehenden internationalen Institutionen, wenn diese durch eine fortschrittliche Politik auf nationaler Ebene, etwa durch ein "rot-grünes" Regierungsbündnis, beeinflußt werden. Einigkeit bestand darin, daß die Deregulierung durch die Gewinnung linker Mehrheiten in den Industrieländern beendet und rückgängig gemacht werden muß. Die Linke darf sich nicht gegen die Internationalisierung sperren. Das Gegenteil sei erforderlich, und ihre aktuelle Aufgabe bestehe darin, internationale Vereinbarungen für den sozialen Schutz und die Verringerung des Umweltverbrauchs sowie wirksame Instrumente für die Regulierung der internationalen Kapitalströme durchzusetzen. Zu solchen Instrumenten und Vereinbarungen zählen insbesondere Kapitalverkehrs- und Zinsdifferenzsteuern, die Einführung international abgestimmter Sozial- und Ökostandards, aber auch grenzüberschreitende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die Begünstigung der Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen. International agierende NGOs seien inzwischen ein Teil der Weltöffentlichkeit, und auch mit ihrer Hilfe eröffneten sich internationale

Interventionsmöglichkeiten. Internationale Regelungen blieben aber auf Dauer durch nationalstaatliche Institutionen vermittelt. Hieraus ergebe sich der Handlungsbedarf für eine "rot-grüne" Regierung. Auch der Maastrichter Vertrag wurde kritisiert. Die Mehrheit war aber offensichtlich für eine einheitliche Währung, zumal sie den Vorteil habe, eine Spekulationsquelle auf europäischer Ebene zu beseitigen. Allerdings müssen die stark unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Ländern und Regionen zunächst angeglichen werden. Die dringend notwendige Demokratisierung der Europäischen Union muß mit einer sozial-ökologischen Ausrichtung der Politik gekoppelt werden, in die eine entsprechende Währungsunion eingebettet ist. Außerdem muß der Integrationsprozeß auf gesamteuropäischer Ebene durch die gleichberechtigte Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten vorangebracht werden. Betont wurde, daß der europäische Integrationsprozeß, gefördert durch "rot-grüne" Mehrheiten, ein Durchbruch sein könne, das Verhältnis regionaler und globaler Politik neu zu definieren und zu gestalten.

Meinungen aus Großbritannien und Frankreich

Am Abend schilderten *Hilary Wainwright* aus Großbritannien und *Jean-Marc Bruli* aus Frankreich die Situation in ihren Ländern. In Großbritannien sei die Labour-Party längst im Fahrwasser der konservativ-neoliberalen Politik. Alte linke Strukturen haben sich aufgelöst. Aber inzwischen gibt es neue Versuche, viele AktivistInnen der undogmatischen und demokratischen Linken aus allen Bereichen und Bewegungen in einem Crossover zusammenzuführen. Eine gemeinsame Zeitschrift mit dem Titel "Red Pepper" veröffentlicht die verschiedenen Diskussionen und Aktionen der Linken. Die Auseinandersetzung um die Orientierung auf die traditionelle männliche Industriearbeiterschaft oder die neuen sozialen Bewegungen ist neben der Frage der Parteiorientierung in der Vergangenheit wie überall stark geführt worden und wirkt bis heute nach. Daneben gibt es noch den Versuch des legendären Bergarbeiterführers Arthur Scargill, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Allerdings sei dies ohne Diskussion und Willensbildung innerhalb der Linken erfolgt, was die Zusammenarbeit der verschiedenen linken Strömungen nicht gerade erleichtert. In Frankreich sind SP und KP nicht nur durch die strukturellen Veränderungen betroffen. Die Linke innerhalb der SP sei durch die Politik Mitterrands weitgehend korrumpiert und die KP habe wegen ihrer stalinistischen Tradition an Ansehen verloren. Allerdings habe keine Regierung wie die jetzige so schnell an Ansehen verloren. Das böte die Chance für einen Mehrheitswechsel bei den Parlamentswahlen 1998. Ein wiederholtes Scheitern der Sozialisten brächte allerdings die extreme Rechte in die Regierung, was für ganz Europa verheerende Folgen habe. Eine neue Bewegung undogmatischer Linker versuche nun in der "CAP" - Komitee für einen alternativen

Fortschritt- die Strömungen aus der traditionellen ArbeiterInnen-Bewegung, den Grünen, der Frauen- und Friedensbewegung in einem Cross-overprojekt zusammenzubringen und grüne Ideen mit den Inhalten der sozialen Emanzipation zu verbinden. Es gehe darum, diese Linke zu stärken, so daß sie auf die künftige Politik der SP Einfluß ausüben könne.

Defizite

Auf dem Abschlußplenum der prominenten ParteienvertreterInnen kritisierten *Jürgen Trittin* vom Bündnis 90/Die Grünen und *Hermann Scheer* von der SPD den Mangel an Polarisierung und die "Alternativarmut" bei den Linken. Einerseits sei dies der Ausdruck eines "enormen Theoriedefizits" (*H. Scheer*), andererseits fehle damit auch die notwendige Mobilisierungsfähigkeit zur Durchsetzung radikaler Reformen. *Christina Schenk* mußte darauf hinweisen, daß Linkssein heute nicht ohne Feminismus denkbar ist. Als Beleg für das Fehlen eines feministischen Herangehens nannte sie die politische Erklärung der VeranstalterInnen, in der die Arbeit auf Erwerbsarbeit reduziert werde.

Resümee

Ob diese Konferenz der Beginn eines Prozesses ist, der in einen "radikal-reformerischen Neuanfang" mündet, ist aus der Sicht des Berichterstatters noch vollkommen offen. Die Einbindung der Beteiligten in die Machtstrukturen und Mehrheitsverhältnisse der miteinander konkurrierenden Parteien bleibt ein ebenso starkes Hindernis wie die teilweise recht unterschiedlichen Zielsetzungen, an denen sich die verschiedenen Parteien orientieren. In künftigen Diskussionen über eine radikal-reformerische Politik müssen auch die Parteien mit ihren Strukturen und inneren Verhältnissen zum Thema gemacht werden, muß auch ihr Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen reflektiert und definiert werden. Sonst wird es keine Chance geben, die von *Thomas Westphal* zitierten Grenzen auch zu überschreiten. Und damit wäre jedes noch so gut gemeinte Reformprojekt von vornherein gescheitert. Ein Anfang ist jetzt gemacht. Hoffen wir mit *Frieder Otto Wolf*, daß die lange Reise mit dem ersten Schritt begonnen hat.

Werner Ruhoff

Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946

"Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946 und die weiteren Auseinandersetzungen um die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemein-

gentum" war das Thema der 8. gemeinsamen Konferenz des marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, der Geschichtskommission der DKP und der MARX-ENGELS-STIFTUNG e.V., Wuppertal, Mitte März in der Jens-Nydahl-Schule in Berlin-Kreuzberg.

An der Spitze der drei Vorträge standen die Darlegungen von *Prof. Dr. sc. Horst Schneider* (Dresden) zum Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946, eine der ersten basisdemokratischen Entscheidungen (nach der Bodenreform vom Herbst 1945) in Deutschland nach 1945. Es könne, so der Referent, weder von einer "Sowjetisierung" noch von "brutaler Machtausübung" die Rede sein, wie heutzutage die Aktion in Sachsen im Zuge des gängigen Geschichtsrevisionismus diskriminiert werde. Vielmehr habe die Entscheidung vom 30. Juni sowohl völkerrechtlichen Normen entsprochen, wie sie im Potsdamer Abkommen und im Laufe des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses festgelegt worden seien, wie auch den in-nerdeutschen juristischen Grundlagen aus der Weimarer Republik in Sachen Volksentscheid, auf deren spezifisch sächsische Ausprägung von 1921 und 1926 er nachdrücklich verwies. *Prof. Schneider* würdigte den Volksentscheid als einen Erfolg für die Blockpolitik der soeben formierten SED, mit dem es gelungen war, in der existentiellen Frage der Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern einen bis weit in bürgerliche Kreise hineinreichenden Konsens herbeizuführen und die Unterstützung der Vertreter beider christlicher Konfessionen zu gewinnen. Im Ergebnis des Volksentscheids, so das Resümee des Vortrags, bildete sich eine starke ökonomische Basis für das künftige Volkseigentum in der damaligen sowjetischen Besatzungszone heraus, eine historische Zäsur für die Herausbildung einer breitgefächerten Sozialpolitik, die nicht zuletzt wesentlich zum hohen internationalen Ansehen der späteren DDR beitrug.

Sehr detailliert schilderte *Dr. Ulrich Schneider* (Kassel), dessen Vortrag wegen Erkrankung des Autors verlesen werden mußte, wie sich in Hessen die Auseinandersetzung um Artikel 41 der Landesverfassung abspielte, in dem die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum vorgesehen war. Obgleich in den Anordnungen der Militärregierung seit dem Sommer 1945, in der linken Mehrheit von SPD und KPD im Landtag wie in den basisdemokratischen Forderungen aus den betreffenden Betrieben vor allem der Chemiebranche eine eindeutige juristische und parlamentarische Legitimation vorlag, begann die Militärregierung im Herbst 1946, im Zeichen der berüchtigten Rede des US-Außenministers James Byrnes in Stuttgart, den "Rückwärtsgang" einzuschalten, woraus sich die separate Abstimmung über den Artikel 41 der Hessischen Verfassung am 1. Dezember 1946 ergab. Deren positives Ergebnis für die Enteignung bestätigte den in der Arbeiterbewegung erkennbaren Trend zu gesellschaftlichen Veränderungen und erfüllte die Hoffnungen der USA nicht, die nun schlicht mittels Besatzungsrecht den Artikel stornierten. Gleichwohl wirkte die Auseinandersetzung zwischen 1947 und 1954 auf Landesebene nach.

Noch verwickelter gestalteten sich die Auseinandersetzungen über die Enteignung der Konzerne im Ruhrgebiet 1946/47, die das Thema von *Günter Judicks* Vortrag bildeten. Es war sehr nützlich, daß hier, wenn auch in der gebotenen Kürze, ein übersichtlicher Einblick in das damalige Geschehen im traditionellen deutschen Industriezentrum gegeben wurde, von dem vieles gerade in der ehemaligen DDR in den Hintergrund des historischen Bewußtseins getreten war. Während die Bergleute in den Zechen eingedenk ihrer noch relevanten Erfahrungen aus der Novemberrevolution und den folgenden Jahren der Weimarer Republik präzise wissen wollten, für wen sie jetzt arbeiteten: ob für sich oder für die Schlotbarone, die so effektive Stützen des Hitlerregimes und des Krieges gewesen waren. Die britische Besatzungsmacht, mit einer Labour-Regierung im eigenen Land, mußte laviieren. Dem hessischen Beispiel von General Clay folgend, schob sie die definitive Enteignung der kriegsschuldigen Monopolherren immer wieder bis zur Bildung einer neuen Reichsregierung hinaus, von der sie sicher sein konnte, sie werde dank der westmächtlichen Obstruktionspolitik in dieser Frage nie zustandekommen. Das Konzept der "richtigen Konzernentflechtung", besorgt von "Fachleuten" wie Dinkelbach, mußte sich angesichts dessen als Augenauswischerei erweisen. Als wirkungsvolle Schützenhilfe gegen eine damals angedachte Viermächteverwaltung des Ruhrgebietes mit dem drohenden Mitspracherecht der Sowjetunion in diesem Kernstück der Westzonen erwies sich das Ahlener Programm der CDU, das damals schon sehr richtig von sozialdemokratischer Seite als ein Programm zur Verhinderung der Sozialisierung bezeichnet wurde. Obwohl die Frage der Vergesellschaftung in der veränderten gesellschaftlichen Situation von 1948 im Landtag von Nordrhein-Westfalen erneut aufgeworfen wurde, war das nur ein Nachhutgefecht: Die sozialen Zugeständnisse nach der Währungsreform weichten die Kampffront der Kumpel auf. Alles mündete nach der Gründung der BRD 1949 in der fremdbestimmten, aber den deutschen Monopolen nicht minder nützlichen Konstruktion des "Ruhrstatus".

Werner Ruch wies in einem längeren Diskussionsbeitrag nach, daß das Berliner Konzernenteignungsgesetz vom Februar 1947 nicht nur mit gesamtdeutschen Interessen übereinstimmte, sondern auch den weitgehenden Konsens von SPD und SED in der Stadtverordnetenversammlung widerspiegelte, Beweis, daß bei gutem Willen auch die Aktionseinheit der beiden sozialistischen Parteien positive Ergebnisse erbringen konnte.

Die übrige Diskussion ergänzte die vorgesehenen Vorträge in mancherlei Hinsicht. So *Harri Czepuck*, der am Beispiel der "IG-Farben in Liquidation" die Konsequenzen der erwähnten Konzernentflechtung á la Dinkelbach bis zur Gegenwart hin vor Augen führte. *Herbert Mayer* erörterte sozialdemokratische Positionen zur Frage der Sozialisierung, bei denen damals nicht das Ob, sondern vor allem das Wie im Vordergrund stand, ohne daß dabei freilich das Mittel außerparlamentarischer Aktionen in Betracht gezogen wurde.

Leider blieben eine Reihe Fragen unerörtert, so z.B. die damalige beträchtliche internationale Ausstrahlung des Volksentscheids in Sachsen, die Aktivitäten restaurativer Kräfte in LDPD und CDU der sowjetischen Besatzungszone vor dem und nach dem 30. Juni 1946 und die für den weiteren Verlauf der Entwicklung auf dem Gebiet der späteren DDR so wichtige Frage nach der Formierung des Eigentumsbewußtseins der Werktätigen in den von der Konzernherrschaft befreiten Betrieben.

Dieses wichtige Problem wurde lediglich kurz von Prof. Horst Schneider berührt und später von *Hans Maur*, der sich zur Rolle der Betriebsgeschichten und der oft nach 1989 in aller Stille abgewickelten Traditions-kabinette äußerte.

Dennoch kann festgestellt werden, daß auch diese 8. Konferenz wie ihre Vorgänger seit 1992 dazu beigetragen hat, ein wichtiges Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wie deutscher Geschichte überhaupt kritisch zu erhellen und auf diese Weise den immer stärker hervortretenden Tendenzen des rechten Geschichtsrevisionismus jeglicher Couleur entgegenzutreten.

Werner Müller

Vorschau

Z - Nr. 27

erscheint Anfang September
mit dem Schwerpunktthema

Dialektik des Ganzen oder Heteronomie der Teile?

mit Beiträgen zu: Hegel-Lektüre heute; Pluralismus, Pluralität, Postmoderne; Die Postmoderne der Bundesrepublik; Forschung zur klassischen deutschen Philosophie u.a.

sowie zu: Bundesdeutsche Intellektuelle; Die Linke und die Klassen; Klassentheorie und Individualisierungsthese; Historiker-Streit und 89er Generation u.a.

und: Kapitalismus in Japan und Süd-Korea; Weltwirtschaftsentwicklung 1995/1996; Rüstung - Konversion, Arbeiterbewußtsein; DGB-Programmdiskussion u.a.

sowie: Berichte, Kritik und Zuschriften, Rezensionen.

Das Evolutionäre ist das Problem!

"Evolutionistische Arbeit für Sozialismus" überschreibt Klaus Höpcke in Z 25 seine Vorstellung des Diskussionsangebotes einer Arbeitsgruppe der Grundsatzkommission der PDS. Dessen Titel lautet: "Die PDS - neue sozialistische Partei in Deutschland".

Vergleicht man beide Überschriften, ist eine Konzentration unübersehbar. Meines Erachtens eine berechnete. Denn obwohl in dem Papier über "Sozialismus" mehr zu lesen ist, als daß evolutionistische Arbeit für ihn zu leisten sei, machen die Verfasser immer wieder deutlich, daß die PDS auf evolutionäre Prozesse setzt, daß ein revolutionärer Sturz der alten Herrschaftssysteme nicht nur nicht in Aussicht, sondern hinsichtlich seiner Konsequenzen für die Hoffnung auf eine menschenwürdige Welt problematisch sei.

Letzteres ist gewiß ein weites Feld! Zustimmung hingegen möchte ich der vorbehaltlosen Orientierung auf die Notwendigkeit evolutionärer Wandlungen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Rekonstruktion und Neubestimmung sozialistischer Zielvorstellungen nicht zu haben sein wird ohne ein hohes Maß an neuen praktischen Erfahrungen im Rahmen emanzipatorischer Aktionen, alternativer Bewegungen usw.

Mein Problem ist, daß diese Orientierung weder in dem Angebot selbst noch in Klaus Höpckes Kommentar konsequent genug vorgenommen wird.

In einem Artikel zu einer ganz ähnlichen Problematik las ich kürzlich: "Wer von uns als Gewerkschafter kämpft denn um Reformen im Betrieb? Wir kämpfen um den Erhalt des Errungenen. Wir würden uns lächerlich machen, wenn wir jetzt einen 'höheren Stellenwert des Kampfes um Reformen' propagieren würden. Glaubwürdig werden wir als Betriebs- und Personalräte zur Zeit vor allem dadurch, daß wir sagen: 'Leute, Ihr braucht heute mehr Kampfkraft, um Verschlechterungen abzuwehren, als wir früher brauchten, um Verbesserungen durchzusetzen.'" (Fred Filius, Noch einmal: Reform und Revolution, in: Marxistische Blätter, 1/96, S. 88)

Ich halte das für eine realistische Betrachtung. Mit anderen Worten, die Schwierigkeiten beginnen heute nicht erst mit Vorstellungen über künftige Revolutionen, sondern mit der Inangriffnahme von Reformen bzw. beim Inangsetzen evolutionärer Entwicklungen in Richtung Gerechtigkeit, Frieden und Erhaltung der Umwelt.

Im Diskussionsangebot finden sich zahlreiche Formulierungen, die Gewicht und Funktion, Bedeutung und Stellenwert evolutionärer Prozesse für künftige grundsätzliche Wandlungen herausarbeiten und betonen. Eine sozialistische Gesellschaft könne "nur aus der schrittweisen Vermehrung von zur Systemüberwindung drängenden und sie ermöglichenden Komponenten entstehen" (Die PDS - neue sozialistische Partei in Deutschland, in: Disput 19/1995, S. 9); die PDS strebt "aus der heutigen Gesellschaft - mit

deren Möglichkeiten und verändernd auf die Strukturen und Mechanismen dieser Gesellschaft einwirkend - die Herausbildung sozialistischer Verhältnisse" an (S. 11); die PDS "setzt auf evolutionäre Prozesse, die auf Basis eines breiten demokratischen Konsens gesellschaftliche Veränderungen auf den Weg bringen, dabei die Gesellschaft zunächst stabilisierend und sie zu einer neuen transformierend", sie "unterstützt diese Prozesse initiiierend wie fördernd, auch wenn es sich dabei um zunächst nur klein und unbedeutend erscheinende Schritte handelt" (S. 12).

Bei all diesen Formulierungen fällt freilich auf, daß der Bezugspunkt der Betrachtung ausnahmslos Künftiges ist. Ausgespart wird der Ausgangspunkt, der Beginn, der erste Schritt der "Vermehrung" jener Komponenten, die zur Systemüberwindung drängen, das Zustandekommen jener evolutionären Prozesse, auf die die PDS setzt und die sie unterstützt. Die Notwendigkeit evolutionärer Veränderungen zu betonen, reicht m.E. nicht. Müßte nicht einem derartigen Bekenntnis eine gründliche Analyse der Bedingungen folgen, unter denen heute und morgen solche Veränderungen vorstellbar sind, der Kräfte, die sie bewerkstelligen könnten bzw. der Interessen und Mächte, die sie verhindern? Und müßte nicht gezeigt werden, welcher Art die Veränderungen sind, die im Laufe des letzten Jahrzehnts stattgefunden haben und die heutige Situation prägen?

Wie in nicht wenigen ähnlichen linken Erklärungen wird auch in diesem Diskussionsangebot der Begriff "Umbruchsituation" gebraucht. "Alle kapitalistischen Zentren befinden sich in einer Umbruchsituation." Was ist damit gemeint? Was bricht um und in welche Richtung, mit welcher Perspektive? Sicher ist es nicht hinreichend, den Blick ausschließlich auf solche, seit geraumer Zeit nahezu unaufhaltsam scheinenden Prozesse und Tendenzen wie die Beschränkung und Rücknahme sozialer Errungenschaften, die Verschärfung des Gegensatzes von Reich und Arm, von Macht und Ohnmacht oder die Krise der Linken zu lenken. Aber ist es nicht so, daß diese und andere Trends sich längst zu einem Umbruch mit negativem Vorzeichen verdichtet haben und auf diese Weise die Bedingungen für evolutionäre - und nicht nur für revolutionäre! - Wandlungen mit emanzipatorischer Perspektive beeinflussen?

Ein Grundproblem der gegenwärtigen Gesellschaft besteht darin, daß fast alle ihre einzelnen Probleme seit langem bekannt sind, seit langem von vielen Positionen aus kritisiert werden, alle das wissen, viele eine Lösung wollen - aber kaum etwas geschieht. Ein Jahr nach dem "Kopenhagener Sozialgipfel" beispielsweise mußte kürzlich festgestellt werden, daß es keine Anzeichen dafür gebe, daß das mit 1,3 Milliarden bezifferte Heer der Armen und der 820 Millionen Arbeitslosen seither verringert worden wäre, daß sich im Gegenteil in vielen Bereichen die Situation eher noch verschärft habe (Neues Deutschland, 28. März 1996). Noch einmal - derartige Symptome werden nicht nur von Linken registriert und kritisiert. Wäre es aber nicht die Chance der Linken, bei der kritischen Benennung der

Kräfte, Interessen und Mächte, die - von anderen Faktoren abgesehen - der evolutionären Veränderung derartiger Zustände im Wege stehen, weiter zu gehen als andere? Ich halte es für eine Verharmlosung, wenn im Diskussionsangebot "Reformscheu" als Hinderungsgrund dafür benannt wird, daß die innovativen und den technologischen Fortschritt vorantreibenden Potenzen der Gesellschaft nicht für die "solidarische Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung" eingesetzt werden.

Es gibt nicht wenige Analysen darüber, in wie starkem Maße - bei aller komplexen Determiniertheit - die neokonservative Wirtschafts- und Sozialpolitik durch ökonomische und politische Interessen und entsprechende Strategien vermittelt wird, in wie starkem Maße sie einhergehen mit der Reproduktion und Stabilisierung von Kapitalmacht. Die nüchterne Analyse dieser Verhältnisse bezeichnete vor einiger Zeit Jörg Huffschmid, der an der Ausarbeitung und Begründung linker Reformalternativen in der Mitte der achtziger Jahre maßgebenden Anteil hatte, als wesentliches Element einer solchen Orientierung. "Eine Regulierung der materiellen Reproduktion, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen genügt, ist nicht nur 'an sich' schwierig und bedarf komplexer Steuerungsmechanismen. Sie kollidiert auch vielfach und hart mit bestehenden Klassen-, Macht- und Interessenkonstellationen. Deren illusionslose Analyse ist ein wesentliches ... Element linker Reformorientierung." (Jörg Huffschmid, Reformalternative - Noch ein Abschied von noch einer Illusion? in: Neue Realitäten des Kapitalismus. Hrsg. Fritz Krause, André Leisewitz, Klaus Pickshaus und Jürgen Reusch, Frankfurt am Main 1995, S. 23)

Wesentlich ist, daß ein derartiges Bewußtsein der gegebenen Klassen- und Machtverhältnisse heute nicht nur und nicht "erst" als Voraussetzung gesamtgesellschaftlicher revolutionärer Veränderungen, sondern offenbar "schon" für Reformen im Konkreten und Einzelnen gefordert ist. Nicht zuletzt auch für die parlamentarischen Aktivitäten einer linken Partei wie der PDS. Nach meinem Eindruck wird dies in dem vorliegenden Diskussionsangebot unterbelichtet. Der Begriff "Macht" taucht nur da auf, wo vor der Gefahr ihres Mißbrauchs gewarnt wird. Insofern halte ich die Anlage und Diktion des etwa zur gleichen Zeit veröffentlichten Strategiepapiers "Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende" für klarer und der Realität angemessener.

Ich möchte mein Anliegen noch von einer anderen Seite her charakterisieren. In seiner Vorstellung des Diskussionsangebotes setzt Klaus Höpcke sich mit Kritikern auseinander, die den Autoren vorwerfen, sozialistische Ziele preiszugeben, wenn sie meinen, daß sich im Prozeß der angestrebten Evolutionen (zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Klassen, Schichten und Generationen, zu Frieden zwischen den Völkern und Staaten und zu ökologisch verantwortungsbewußtem Handeln) zeigen werde, ob und wie damit Übergänge zu Sozialismus vorbereitet werden, dies stehe nicht im Vordergrund (Klaus Höpcke, Evolutionistische Arbeit für So-

zialismus, a.a.O., S. 164; vgl. Diskussionsangebot S. 9). Und er setzt dagegen, daß Antworten auf die Frage, wie Übergänge zu Sozialismus aussehen könnten, nicht 'vorgefertigt' daliegen, sondern nur in der Arbeit gefunden werden können, im buchstäblichen Sinne erarbeitet werden müssen.

Ich bekenne, daß es auch meine Sorge nicht ist, nach Übergängen zu Sozialistischem Ausschau zu halten oder am grünen (bzw. roten) Tisch zu entwerfen. Ich halte auch den Vorwurf der Preissgabe sozialistischer Ziele für ungerechtfertigt. Ich sehe in dem vorliegenden Text ein Plädoyer für das Selbstverständnis der PDS als "Partei des Sozialismus". Ergänzt durch die Darlegung des Sozialismus als "radikale Alternative zu den Mißständen und Übeln der heutigen Gesellschaft", als "Gegenpol zur kapitaldominierten, profitorientierten Gegenwartsgesellschaft" und insofern als "zukunftsverheißende Vision" (S. 8).

Mein Problem ist ein anderes. Angesichts der oben skizzierten Schwierigkeiten von Übergängen zu den angestrebten Evolutionen ist das Nachdenken über sozialistische Zukunft eine wichtiger werdende Voraussetzung bzw. ein Element eben dieser Übergänge selbst. In dem Sinne, daß es des Nachdenkens über gesellschaftliche Alternativen bedarf, um die kritische Position dem Gegebenen gegenüber zu stimulieren, um Gegenmacht zu befördern. Das Nachdenken über grundsätzliche Alternativen steht mit Einsichten in Zusammenhänge und Strukturen, in Widersprüche, Möglichkeiten und Perspektiven des Gegebenen in Zusammenhang. Beide setzen sich wechselseitig voraus und ergänzen einander. "Offenbar fällt es auch jenen, die die Gesellschaft, in der sie leben, unter verschiedenen Aspekten kritisieren, schwer, sich von ihr gedanklich, kognitiv und emotional konsequent zu distanzieren und sie 'unbelastet', gleichsam als Außenstehende(r) wahrzunehmen. Gelingt es mit einigem Bemühen, wird man in zahlreichen Momenten des alltäglich Gewohnten, seien es Verhaltensweisen, Normen, Institutionen, Gegenstände usw. Fragwürdiges erkennen." (Hansgeorg Conert, Die 'konsequente' Linke. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12-95, S. 10)

Insofern ist es sehr zu begrüßen, daß Klaus Höpcke die wiederholten und massiven Warnungen des Diskussionsangebotes vor einem "Rückzug auf zukunftsferne Gedankenkonstruktionen", vor der "Konstruktion von Gesellschaftsmodellen der Zukunft" nun relativiert. Es ist in der Tat problematisch, aus "ungünstigen Erfahrungen mit der Berufung auf Sozialismusmodelle" bzw. auf *das* Modell zu folgern, daß man sich nun "ablehnend gegen jegliche Konstruktion von Gesellschaftsmodellen der Zukunft" wendet. Wir sind wahrhaftig nicht mit einem Überangebot von Zukunftsentwürfen konfrontiert.

Mehr noch. Ich sehe ein Manko des vorliegenden Angebotes darin, zu wenig und nicht konkret genug zum Nachdenken über Zukunft, zur geistigen Rekonstruktion sozialistischer Zukunftsvorstellungen herauszufordern. Die im Abschnitt 1 genannten Elemente eines sozialistischen Zukunftsentwurfs

(Aufhebung der diese Welt prägenden Spaltungen; Einklang von Kultur und Natur, von Industrie, Landwirtschaft und Umwelt; Gleichwertigkeit aller Menschen; Demokratie; Angleichung der Existenzgrundlagen der Völker und Ausschaltung von Gewalt in den internationalen Beziehungen; Wecken und Befriedigung kultureller Bedürfnisse, gerechte Verteilung und maßvoller Gebrauch der Güter des individuellen Konsums) sind ohne Einschränkung legitim und entsprechen dringenden Erfordernissen. Nur - sie werden nicht erst heute proklamiert. Und die offenkundig außerordentlichen Schwierigkeiten ihrer Realisierung lassen darauf schließen, daß es um tiefer liegende Probleme geht. Ich will nicht auf die Position hinaus, daß erst der Kapitalismus beseitigt werden müsse, um ihre Lösung in Angriff nehmen zu können. Wohl aber meine ich, daß die Debatte um solche wie die auch hier formulierten Forderungen mit der Benennung der ihnen zugrundeliegenden Probleme immer wieder bewußt verbunden werden muß - sowohl, um ihre Realisierung hier und heute voranzubringen, als auch, um linke Alternativen und Entwürfe zu präzisieren.

Ich folge dem Standpunkt, daß geschichtlich eine grundsätzliche, eine in diesem Sinne revolutionäre Veränderung des industriellen Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur auf der Tagesordnung steht, die alle wesentlichen Bereiche unseres Lebens so oder so berührt. Das Ausbleiben dieser Veränderung liegt zahlreichen Krisenerscheinungen zugrunde und bewirkt ihre Zuspitzung. Das ist keine theoretische Deduktion, sondern eine Verallgemeinerung von Beobachtungen und Resultat nüchterner Einsicht. Daraus ergeben sich zwangsläufig entscheidende zeitgemäße Nuancierungen für den Zukunftsentwurf Sozialismus, für den Charakter der Konflikte und die Verlaufsform der Kämpfe zu sozialistischem hin, für die sozialen und kulturellen Positionen, Interessen und Bedürfnisse, die in Bewegung geraten, für den Inhalt, die Funktion und die Triebkräfte einer sozialistischen Zukunft. Es reicht heute nicht mehr, die Spaltung der Welt in Reichtum und Armut, in Herrschaft und Verelendung allgemein zu kritisieren. Der heutige sozialökonomische Inhalt dieser Gegensätze, die sie prägenden Formen und Fronten, die Triebkräfte und Perspektiven ihrer Überwindung, all das muß geklärt werden, indem es mit den heutigen Bedingungen und Widersprüchen des industriellen Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur, mit dem geschichtlichen Platz, mit der Funktion und Wirkungsweise der kapitalistischen Produktionsweise und Herrschaft am Ende dieses Jahrhunderts zusammengedacht wird.

Natürlich ist das nicht die Aufgabe eines solchen Diskussionsangebotes. Aber ein Dokument, welches der Klärung des sozialistischen Charakters der PDS verpflichtet ist, muß solche Aufgaben stellen und Anstöße vermitteln. Nicht zuletzt um der Attraktivität dieser Partei willen!

Erich Hahn

Lexikon weißer westlicher Philosophinnen II

Marit Rullmann u.a.: Philosophinnen II. Von der Romantik bis zur Moderne. Edition Ebersbach, Dortmund 1995, 377 S., 58 DM

Dem 1993 erschienen ersten Band des von der Antike bis zur Aufklärung reichenden Philosophinnenlexikons (siehe *Freitag* v. 15.4.1994) folgte Ende 1995 der zweite, von der Romantik bis in die heutige Moderne führende, Band. Daß auch hier nach klassisch-männlichem Muster nur die Entwicklungen der abendländischen Philosophie abgehandelt, d.h. allein weiße und westliche Philosophinnen aus Europa und USA besprochen werden, war schon beim ersten Band dieses Nachschlagewerks ein Ärgernis. Beim zweiten, die Neuzeit behandelnden Teil ist nicht nur dieser Eurozentrismus noch augenfälliger, sondern sogar eine deutliche Überrepräsentanz deutscher (genauer: westdeutscher) Philosophinnen.

Das ist nicht durch die vielleicht zu engen Spezialisierungen der Autorinnen entschuldbar, denn kompetente Lexikonbeiträge lassen sich auch durch Fremdbeiträge organisieren: In allen Kulturen sind heute bedeutende weibliche Beiträge zur Philosophie der Vergangenheit bekannt. Und für die Gegenwart gelten die alten Kulturgrenzen schlichtweg nicht mehr: In arabischen Ländern liegt der Anteil weiblicher Akademikerinnen seit etwa 15 Jahren schon leicht über dem in Europa und Amerika. Gerade in den USA leben und lehren

eine große Zahl von Geisteswissenschaftlerinnen aus der Dritten Welt, deren Arbeiten sich nicht nahtlos in die westlichen Konzepte einfügen, aber dennoch leicht zugänglich sind.

Trotz dieses und anderer Mängel kann dem Erwerb des Lexikons geraten werden. Als bislang einziges seiner Art gibt es doch einen guten Überblick über die wichtigsten intellektuellen Selbstreferenzen der modernen weißen Frauenbewegung in Westeuropa und Amerika. Ein Vorzug der Einzelbeiträge besteht - wie auch schon im ersten Band - in der ausführlichen Darstellung des bis heute auch hier sehr hürdenreichen Berufsweges von Philosophinnen. Da er nach wie vor nur selten auf einen universitären Lehrstuhl führt, wäre das insbesondere für die Gegenwart bevorzugte, auf Professorinnen konzentrierte, Auswahlprinzip anfechtbar.

Im 1. Band frappte der Nachweis einer Fülle weiblicher Beiträge zur allgemeinen Methodik der Philosophieentwicklung wie z.B. die von Leibnitz usurpierte Monadenlehre der Ann Conway. Die im 2. Band behandelten modernen Philosophinnen scheinen methodisch eher im Fahrwasser männlicher Philosophen zu schwimmen, überwinden diese dann aber - teilweise mit deren eigenen Waffen oder durch Zuspitzung. Bettina v. Arnim (1785-1859), Karoline v. Günderode (1780-1806), Caroline Schlegel-Schelling (1763-1809), Germaine de Stael (1766-1817) und Rahel Levin Varnhagen (1771-1833) übertragen die Gleichheits-

forderungen der radikalen Aufklärung auf die Geschlechterproblematik, womit sie allerdings die herrschende patriarchale Praxis nicht nur im Geistigen, sondern auch in der Sexualmoral und schließlich in der die Frauen noch ausschließenden politischen Demokratie frontal angriffen. Als radikale Aufklärerin kann - auch und gerade in Überwindung ihrer geistigen Väter Heidegger und Jaspers - wohl auch noch Hannah Ahrendt (1906-1975) gelten, bei der bezeichnenderweise aber kaum Hinweise auf "modernen" Feminismus zu finden sind.

Überraschend ist die Anziehungskraft, die Nietzsche auf Frauenrechtlerinnen und Philosophinnen hatte, die sich freilich auch in Kritik und radikale Umwertung verwandeln konnte. Es waren seine Konzeptionen der Unüberwindbarkeit von Widersprüchen und der Differenz, die Lou Andreas Salomé (1861-1937) Konzeption der Erotik inspirierten. Helene Stöcker (1869-1943) hielt Nietzsches Atheismus und seine "Religion der Freude" für besonders wichtig für Frauen, die ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben nicht nur hinsichtlich eines Berufes, sondern gerade auch im Ausleben ihrer Sexualität einfordern sollten. Helene v. Druskowitz (1856-1918) kehrte Nietzsches "Willen zur Macht" zur positiv gewerteten Willensfreiheit des Menschen und gerade auch der Frauen um. Im "Übermensch" sah sie Gottesersatz und forderte insbesondere für Frauen eine wirkliche Abkehr von der Religion, die sie als wichtige Stütze des Patriarchats er-

kannte. Helene v. Druskowitz ist eine der ersten essentialistischen Differenztheoretikerinnen, die die Befreiung der Frau nur in einer radikalen Loslösung aus der Männerwelt für möglich halten: Sie forderte sogar eine "Teilung der Städte".

Ähnliche Inspirationskraft bei Philosophinnen erregte die Psychoanalyse. Karen Horney (1885-1952), selbst Analytikerin, widersprach Freuds These vom universell gültigen Penisneid der Frauen und hielt - im Gegensatz zu orthodoxen Freudianern - die Selbstanalyse als Erkenntnis konkreter Beziehungsgefüge für sinnvoll. Insgesamt hat die Psychoanalyse dem Feminismus als kritische Methode zur Analyse des Patriarchats eher gedient: so sind beispielsweise Luce Irigaray (geb. 1930) und Julia Kristeva (geb. 1941) Schülerinnen Lacans. Aber auch die Kritische Theorie und schließlich die Postmoderne - Foucault, Lyotard und Derrida - lieferten methodische Grundlagen weiblichen Philosophierens. Dekonstruktion und Dehierarchisierung von Bedeutungsebenen sind unverzichtbare Methoden feministischer Text- und Kulturkritik. Die in diesem 2. Band des Philosophinnenlexikons auch durch Zusammenfassungen deutlich gemachten methodischen Anlehnungen der modernen Frauenphilosophie an ursprünglich männliche Konzepte muß nicht als Schwäche ausgelegt, sondern eher als Hinweis auf die vielleicht zunehmende Herausbildung androgyner Diskurse und Methoden bei männlichen Philosophen interpretiert werden.

Die eigenständige Leistung und Originalität der meisten Philosophinnen der Moderne liegt darin, daß die *conditio feminae* Ausgangs- und Hauptgegenstand ihrer konkreten Ausarbeitungen wurde. Die Vielgestaltigkeit des weiblichen Differenzdenkens bewegt sich zwischen den Polen eines fast absoluten Essentialismus (Luce Irigaray, Andrea Dworkin) und Vorstellungen von eher kulturell und sozial geprägter Differenz, die bei (der nur in einer Zusammenfassung erwähnten) Judith Butler ihren derzeitigen Höhepunkt erreichen. Susanne Katharina Langer (1895-1985) und Julia Kristeva leisteten Synthesen dieser historistisch-analytischen Position und der für die Lebenspraxis unabdingbaren Essentialisierung durch die Herausformung von Symbolen und Riten.

Herausgeberin und Autorinnen haben am Ende wohl selbst bemerkt, daß sich mit den vor allem auf die Theorie zielenden Beiträgen ein Grundproblem der westlich-weißen Frauenbewegung auch in diesem Band reproduzierte: ihre geringe Ausstrahlung auf die Gesellschaft. Mit dem Zitat Irmtraud Morgners - "Die Philosophen haben die Welt bisher nur männlich interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie auch weiblich zu interpretieren, um sie menschlich verändern zu können" - enthält der Band nur einen einzigen kleinen Verweis auf weibliches Philosophieren in sozialistischen Ländern, wo eine bestimmte historisch und politisch eingeschränkte Form der Frauenemanzipation gelebt werden konnte, Frauenemanzipation als "Thema" der

Theorie aber nach Alexandra Kollontai nicht mehr 'zugelassen' war. Feministische Philosophie war aber dennoch vorhanden. Sie konnte sich - wie im 19. Jahrhundert - vor allem in der Literatur ausdrücken. Nicht nur Irmtraud Morgner hätte mehr als ein Zitat, sondern einen Beitrag verdient: Gerade in ihren Romanen wird die Spannung zwischen einem modernen Emanzipationsanspruch - der sich keinesfalls auf die politischen Vorgaben des Regimes beschränkte - und der Praxis facettenreich durchgearbeitet.

Der konzeptionellen Beschränktheit des Lexikons fügen sich recht billige antimarxistische Vorbehalte hinzu. Im Artikel über Alexandra Kollontai (1872-1952) erfahren wir zwar, daß Lenin ihre Emanzipationsthese bekämpfte und die "Forderungen nach einer Sexualrevolution zugunsten ökonomischer Notwendigkeiten" zurückstellte, nicht aber, daß Kollontai nach der Revolution bis in die Mitte der zwanziger Jahre als Volkskommissarin und Leiterin der Frauenabteilung beim ZK der Partei zunächst einmal die fortschrittlichste Reform des Sexualrechts praktisch durchsetzen konnte, die die Menschheit bis heute gekannt hat. Mangelhaft erscheint auch das Glossar, dessen BenutzerInnen erklärt wird, daß "Dialektik" nur ein Bestandteil "Marxistisch-leninistischer Philosophie" sei.

Sabine Kebir

Krise und Gewalt

Werner Seppmann: *Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt*. PapyRossa Verlag, Köln 1995, 277 S., DM 38,-.

Werner Seppmann wendet sich in diesem Buch einem Thema zu, das in letzter Zeit zahlreiche Darstellungen erfahren hat: Dem Zusammenhang von gesellschaftlicher Krise, Wiedererstarken des Rassismus, der faschistischen Ideologie und einer Welle von Gewalt vor allem unter Jugendlichen. Er greift diesen Problemzusammenhang allerdings von einem marxistischen Ansatz her auf und allein das macht seine Arbeit in der Bundesrepublik der Gegenwart ziemlich einmalig. Die "Vermittlungsprozesse von sozio-ökonomischen Strukturen und individuellen Verhaltensmodi" (11) stehen im Mittelpunkt seiner Untersuchung. Aber auch in der marxistischen Tradition sind jene Schriften nicht zahlreich, die versuchen, dem Zusammenhang von Krise, autoritärem und faschistischem Alltagsbewußtsein und individuellem Verhalten auf die Spur zu kommen. Seppmann folgt hier Analysen von Marx und Engels, nimmt insbesondere Überlegungen von Max Horkheimer aus dem Umkreis der "Dialektik der Aufklärung" auf und konfrontiert sie mit der gegenwärtigen Situation. Das Resultat ist eine Analyse des Gewaltpotentials der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in ihren Reproduktionsformen selbst und damit die Verletzung eines grundlegenden Tabus bundesdeutscher Sozialmythologie. Deren Fundamen-

taldogma von der befriedenden Daseinsweise der "sozialen Marktwirtschaft" war, wie sich seit 1989 herausstellt, tatsächlich eine Legende.

Seppmann konstatiert zu Recht eingangs, daß in der kritischen Gesellschaftswissenschaft "eine zunehmende Ent-Zivilisierung in zentralen gesellschaftlichen Bereichen" (12) analysiert wird, daß jedoch Erklärungsversuche dominieren, "die den prinzipiellen Fragen aus dem Weg gehen." (13) Das sei z. B. der Fall, wenn die reale Gewaltzunahme ursächlich auf Gewaltdarstellung in den Medien zurückgeführt werde. Der Autor läßt dieses Phänomen nicht außer acht, widmet ihm sogar eine ausführliche Darstellung, geht aber davon aus, daß der "Erfolg" der medialen Vorbilder auf die "Existenz entsprechender rezeptiver Bedürfnisse" (13) schließen läßt. Deren Produktion, Reproduktion und Verbreitung besonders in der deutschen Gesellschaft der 90er Jahre gilt sein Augenmerk.

Sein Ausgangspunkt dabei ist die Analyse der psychosozialen Folgen von "manifesten Krisenentwicklungen" (14) in den kapitalistischen Industrieländern. Neue Formen der Benachteiligung bildeten sich heraus, "die den grundlegenden Gesellschaftsantagonismus nicht in Frage stellen (wie einflußreiche Sozialtheorien über die 'Diversifizierung von Lagen und Schichten' unterstellen), sondern in entscheidenden Punkten bestätigen, ihn aber auch überlagern und verdecken" (15). Zusammengenommen handelt es sich um neue Fak-

toren, die die Existenz der Lohnabhängigen in Frage stellen: Auch erhöhte "Flexibilität" schützt nicht vor sozialer Ausgrenzung und beruflicher Sackgasse - eine Erfahrung, die in beiden Teilen der Bundesrepublik, wenn auch unter verschiedenen Umständen, millionenfach gemacht wird.

Nach Seppmann führen diese neuen Bedingungen vor allem bei Jugendlichen zu psychischer Destabilisierung. Die Übernahme leistungsorientierter Wertmuster, die aus der kapitalistischen Vergesellschaftung resultierten, bleibe zentraler Punkt personaler Identität und kollidiere mit der vorgefundenen Situation von Unsicherheit und Arbeitslosigkeit. Nach Seppmann haben sich entscheidende Sozialisationsmuster und Habitusformen des Industriekapitalismus bei den Individuen in der vorgeblich "post-industriellen" Gesellschaft erhalten: "Die Arbeitstätigkeit ist das Medium subjektiver Vergesellschaftung; sie vermittelt den Menschen die Erfahrung eigener Leistungsfähigkeit und - wenn auch in einem engen Rahmen - das Gefühl von Handlungskompetenz." (29) Arbeit spiele daher auch in "Einstellungen" und Selbstinterpretationen von Jugendlichen entgegen allen Vorurteilen eine zentrale Rolle. Verlust von Arbeit führe daher zu Desintegration und Schuldgefühlen. Die Veränderungen in der Bewertung von Arbeit hätten zu keinem sozio-kulturellem Bruch geführt. In der "kulturellen" Erosionstendenz äußere sich vielmehr der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhält-

nissen. Seppmann legt plausibel dar, daß die u. a. von Habermas auf den Spuren der Diskussion über "Wertewandel" behauptete Verlagerung gesellschaftlicher Konflikte in Bereiche der kulturellen Reproduktion eine oberflächlich bleibt.

Eine Grundthese Seppmanns läßt sich so zusammenfassen: Die strukturelle Gewalt der kapitalistischen Produktionsweise wird gegenwärtig durch zahlreiche aggressionsfördernde Faktoren verstärkt. Auch dabei läßt sich der Autor nicht auf eine einseitig psychologisierende oder soziologisierende Sichtweise ein, sondern analysiert gerade jene subjektiven Reaktionen, die sich auf die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit beziehen. Auch dabei kommt er zu demselben Resultat wie oben: Steigende Leistungsanforderungen, verinnerlichtes Leistungsparadigma, real erfahrene Degradierung und soziale Beeinträchtigung sind Konfliktparameter vor allem für Angehörige der Unterschichten. Seppmanns Schlußfolgerung ist abgewogen: "Die Krisenreaktion der meisten Menschen führt unter den Bedingungen der paralysierten Arbeiterbewegung und unterentwickelten Protestkultur weder zu nachhaltigen Widerstandshandlungen noch zur Integration in eine irrationalistische und gewalttätige Subkultur." (65) Der Autor betont den unspektakulären Verfall von Persönlichkeit und sozialer Integration, die Anfälligkeit für Formen des "spontanen" Irrationalismus, verzerrte Realitätswahrnehmung etc.

Damit ist das Buch zu einem entscheidenden Punkt gekommen: Die

"Industriegesellschaft" bringt ein Selbstzerstörungspotential hervor, das es verbietet, "Zivilisierung" mit Pazifizierung gleichzusetzen (S. 69). Eben im Aufstellen dieser Gleichung, könnte man in Paraphrase eines Marx-Satzes sagen, liegt "die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei" (MEW Bd. 9, S. 225). Hervorzuheben ist, daß Werner Seppmann keinem Fatalismus das Wort redet, keinen Automatismus von zivilisatorischer Regression verkündet - er macht "schlicht" darauf aufmerksam, daß die aktuellen Erscheinungen zivilisatorischen Rückschritts etwas mit den Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft selbst zu tun haben. Sie liegen in der Entfesselung von Konkurrenz zwischen Individuen und sozialen Gruppen, in einer Form von Vergesellschaftung, die angesichts der sozialen und ökologischen Probleme der Welt mehr denn je obsolet ist. Eine Absage erteilt Seppmann von daher allerdings Auffassungen von der zivilisatorischen Mission des befriedeten Kapitalismus, wie sie nach dem Ende des realen Sozialismus in der DDR im Schwange waren (vgl. Wolfgang Engler: Die zivilisatorische Lücke, Frankfurt/Main 1992). Er hebt vor allem hervor, daß Rechtsextremismus und Rassismus autoritär disponierten Individuen durch ihre Interpretationsmodelle der Realität psychische Stabilität anbieten und spricht von einem "Mechanismus der autoritären Unterwerfung" (97), der dort wirke, wo "ein verständiges Weltbild den Menschen nicht zur Verfügung

steht." (109) Entscheidend bleibt auch dabei die Fixierung "auf die spontanen Organisationsprinzipien der konkurrenzdominierten Vergesellschaftung" (107). Grundlage der eigenen Selbstaufwertung ist die Verachtung von Anderen, von vermutlich Schwächeren und Hilflosen, von Minderheiten generell.

Eigentum, Konkurrenz, Sozialangst und Gewalt sind so Glieder einer Kette, die Seppmann im folgenden untersucht. Er setzt sich dabei vor allem mit der postmodernen These von der Individualisierung der Gesellschaft auseinander und weist deren Widerstandslosigkeit gegenüber sozialer Mythenbildung nach (216). Er differenziert zwischen "spontan" entstehendem Fremdenhaß und institutionalisierter Fremdenfeindlichkeit, wofür die bundesdeutsche Ausländergesetzgebung und die darauf basierende Verwaltungspraxis markante Beispiele liefern. Vor diesem Hintergrund gewinnt Rassismus aus seiner Sicht aktuelle Relevanz, d. h. auch er erwächst aus Alltagsbedingungen, insbesondere familiärer Sozialisation.

Empirisch bestätigt ist daher die Konstanz entsprechender Haltungen und ihre Verbreitung: Der Bevölkerungsanteil, der "durch autoritär-faschistische Dispositionen... geprägt ist, bewegt sich in allen Industrieländern zwischen 20 und 40 Prozent, und zwar unabhängig von aktuellen Gesellschaftstendenzen und sozialen Verunsicherungen." (163) Der "Rückfall in die Barbarei" (Horkheimer/Adorno) ist so gesehen "kein Ausbruch aus der 'Normalität', sondern eine mögliche

Konsequenz verwertungs- und konkurrenzorientierter Vergesellschaftung" (173). Medien, politische Justiz und sogenannte politische "Mitte" arbeiten hier an der Verstärkung und Begünstigung jener Faktoren, die entsprechende weltanschauliche Haltungen begünstigen. Weder ein neuer Faschismus an der Macht noch ein Verbrechen in den Dimensionen von Auschwitz können ausgeschlossen werden. Seppmann kommt zu dem Schluß, daß der "bloß 'argumentative' Antifaschismus und Antirassismus" (259) scheitern müssen. Nur ein "sozial fundierter Antirassismus" besitze die Chance, "irrationale Orientierungen durch vernunftzentrierte Sichtweisen zu ersetzen" (260). Nur eine soziale Bewegung, die über Aufklärung hinaus neue Lebensperspektiven und eine realistische Zuversicht vermittele, könne ein Bollwerk gegen den rechten Formierungsprozeß sein.

Eine solche soziale Bewegung ist derzeit nicht sichtbar. Welche Gestalt sie hat, wie sie sich einmal zusammensetzen wird, scheint derzeit kaum bestimmbar. Einige Voraussetzungen für ihr Entstehen sind in diesem Buch genannt. Mehr - das charakterisiert die Situation - ist gegenwärtig nicht machbar.

Arnold Schölzel

Globaler Kapitalismus

Joachim Hirsch, *Der Nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Edition ID-Archiv, Berlin, Amsterdam 1995, 213 S., 28 DM.*

Hirsch hat sich als theoretisch fundierter und origineller Interpret der französischen Regulationstheorie einen Namen gemacht. Dies ist vor allem seinem Begriff von der kapitalistischen Gesellschaft zuzuschreiben, der den Objektivitätsüberhang, den er auf den, einen Strukturcharakter annehmenden, Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise zurückführt, strukturell mit dem Handeln gesellschaftlicher Subjekte verknüpft.

Nach seinen Arbeiten: "Der Sicherheitsstaat, Das 'Modell Deutschland', seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen", Frankfurt 1980; "Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus" (zs. mit Roland Roth), Hamburg 1986 und "Kapitalismus ohne Alternative?", Hamburg 1990, legt Hirsch nun unter dem Titel "Der nationale Wettbewerbsstaat" einen Versuch vor, die Regulationstheorie fruchtbar auf die jüngste kapitalistische Entwicklung anzuwenden. Auf die Logik oder auf den Sachzwang Weltmarkt wird heute überall gern hingewiesen, wenn es darum geht, die interessensgeleitete herrschende Politik - je nach dem Standort im Spektrum bürgerlicher Politik - entweder als rationale realpolitische Exekution der invisible hand der als Weltgeist verkleideten politischen Ökonomie, oder als, leider übermächtige aber zu achtende, Bedingung einer heute in ex-linken Kreisen als en-vogue geltenden utopiefreien, weil "reform"-orientierten, Politik zu verkleiden. Damit wird jeder Anspruch, Politik als solche, nämlich als eine Sache öf-

fentlicher Angelegenheit einzuklagen, vor den Ansprüchen kapitalistischer Akkumulation aufgegeben. Der sogenannte Sachzwang Weltmarkt, die Logik des Kapitals, ist freilich nichts prinzipiell Neues. Karl Marx und Friedrich Engels formulierten schon in ihren ersten Schriften die über die nationalen Grenzen hinausweisende Dynamik einer politischen Ökonomie und forderten eine bewußte Politik ein, die sich nach den Interessen und Bedürfnissen der Menschen zu richten habe. Die Arbeiterbewegung konnte in jahrzehntelangen Kämpfen dem bürgerlichen Staat ein, stets umkämpftes, Minimum an klassischer Politik abtrotzen. Aber auch angesichts der vielfältigen, sich z. T. widersprechenden Interessenlagen kapitalistischer Eigentümer entwickelte sich in den kapitalistischen Industrienationen eine regulierte Produktionsweise heraus, die durch eine Struktur politischer Kräftekonstellationen, institutionalisierter Klassenkonflikte, kultureller Lebensweisen, Wertevorstellungen und Konsumtionsweisen, staatlicher Politik, eines bestimmten Lohnverhältnisses und eben eines vorherrschenden Akkumulationsregimes geprägt war. Diese kapitalistische Formation, diese "Fundsache" eines Verhältnisses von "Akkumulationsregime" und "Regulationsweise" fand im Bon-Mot Fordismus (siehe hierzu rekapitulierend: 47ff.; 75ff.) ihren mehr oder weniger gängigen Begriff. Die aus der Althusser'schen Kritik am dogmatisierenden Marxismus-Leninismus entstandene Theorie konnte den mechanisti-

schen Basis-Überbau-Determinismus, theoretische Simplifizierungen und empirische Unzulänglichkeiten der Stamokaptheorie überwinden und auch den ökonomisch blinden Fleck der "Frankfurter Schule" im Sinne einer kritischen und materialistischen Theorie ausfüllen.

Hirschs Bestreben ist es, den Strukturzusammenhang des neu entstehenden Typus des kapitalistischen Staates herauszuarbeiten. Ausgangspunkt ist für ihn die Krise des fordistischen Kapitalismus. Diese stellt sich für Hirsch auf unterschiedlichen Ebenen dar. Mit der Krise des bisherigen tayloristischen Akkumulationsregimes, die durch einen strukturellen Rückgang der Kapitalrentabilität hervorgerufen worden sei (84), setzte sich immer mehr ein neues "postfordistisches Akkumulationsmodell" durch. (88) Damit im Zusammenhang stehe der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus (91), der Funktionsverlust z. B. des Internationalen Währungsfonds als ein Element des Regulationszusammenhangs auf der internationalen Ebene (86), vor allem aber des zunehmend in eine Sackgasse geratenden gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Politikmodells auf der nationalen Ebene. (84) Diese Umbruchsituation bestimme sich nicht dadurch, daß die "Restrukturierung des Kapitalismus" nach einem Plan eines gesellschaftlichen Akteurs, etwa des Monopolkapitals, erfolge, sie sei vielmehr als Konglomerat widersprüchlicher Handlungen höchst verschiedener gesellschaftlicher Kräfte mit unterschiedlichen politi-

schen Zielsetzungen anzusehen. Daß die Krise des Fordismus in eine strukturelle Wiederherstellung der Kapitalverwertungsbedingungen mündet, liegt auch am Fehlen einer radikalen nicht-kapitalistischen Alternative. (88) Entgegen einigen älteren Annahmen und Hoffnungen erwiesen sich die Neuen Sozialen Bewegungen - die Promotoren des politischen Abgangs auf das fordistische Politikmodell - als Wegbereiter neuer hegemonialer Kräfteverhältnisse, die bestimmend für die Durchsetzung einer neuen Regulationsweise fort-dauernder kapitalistischer Produktion sind. (87f.)

Als besondere Stärke der Hirsch'schen Analyse möchte ich die Explizierung des unabdingbaren strukturellen Zusammenhangs von Nation, Nationalismus, Rassismus und Sexismus und globalem Kapitalverhältnis erwähnen. (36ff.) Die von einigen Schöngelstern fabulierten Gedankenmodelle eines vom Weltmarkt vorangetriebenen Aufgehens des Nationalen in eine globale Weltgesellschaft, im bescheideneren Rahmen der Gedanke von einem zivilgesellschaftlichen europäischen Haus, werden hier in ihre Grenzen verwiesen. Es seien vielmehr die unabdingbaren Voraussetzungen für den Kapitalismus, soziale Ungleichheit und globale Konkurrenz zu reproduzieren. Vor diesem Hintergrund treten Nationalstaaten und Weltmarkt in einen funktionslogischen Zusammenhang. Die für den Kapitalismus wesenseigene Bedingung von Marktkonkurrenz und Klassengegensatz wird dadurch weiter aufrechter-

halten. Freilich macht die soziale Ungleichheit, die Segmentierung der Individuen in Privilegierte und Unterprivilegierte, vor den nationalen Grenzen keinen Halt. Die im Fordismus tendenzielle Nivellierung sozialer Unterschiede wird zunehmend von "Abgrenzung" abgelöst. Gerade vor diesem Zusammenhang wird deutlich, daß Nationalismus, Rassismus und Sexismus nicht nur als Herrschaftsideologie zu verstehen sind, sondern als, Strukturcharakter annehmende, Phänomene, die Produkt von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sind und diese reproduzieren. "Geschichte ist grundsätzlich das Ergebnis sozialer Handlungen von Individuen, Gruppen und Klassen, die allerdings, sobald das kapitalistische Produktionsverhältnis einmal herrscht, strukturellen Zwängen unterliegen, ... [daher geht] die Hoffnung auf eine immanente zivilisatorische Tendenz in der kapitalistischen Entwicklung fehl, da Nationalismus, Rassismus und in spezifischer Weise auch der Sexismus in die soziale und politische Grundstruktur eingebettet sind ..." (43f.)

Was ist nun der "Nationale Wettbewerbsstaat"? Hirsch konstatiert tiefgreifende Veränderungen in den Prämissen staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht mehr die innere Nachfrage und den institutionalisierten Klassenkompromiß im Blickpunkt haben. Diese Veränderungen zeigen sich, so Hirsch, im Verhältnis von Staat und Kapital und in der Bedeutung des Staates im kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungspro-

zeß. (102) Die Politik konzentrierte sich darauf, einem "global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstigere Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen." (103) Auch hier verweist Hirsch darauf, daß die Globalisierung in Verschränkung mit der Regionalisierung wesentliches Antriebsmoment der Internationalisierung des Kapitals sei. Das Originelle an Hirschs Darlegungen ist der Verweis darauf, daß es sich weder bei dem Akkumulationsprozeß noch im Fall der Märkte um naturgesetzliche Phänomene handele, sondern um politisch regulierte und politisch-institutionell hergestellte Gegebenheiten. (106) Den politischen Charakter dieser Entwicklung zu durchschauen, ist aber unabdingbar dafür, die Prozesse der Entdemokratisierung vor allem als Entfunktionalisierung der politischen Institutionen des bürgerlichen Staates zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund ist das in Anlehnung an Agnoli (138) mit "Die Transformation der Demokratie" überschriebene Kapitel (136ff.) eines der lohnendsten. Hier werden der so evident erscheinende Prozeß der weltweiten Demokratisierung und die ideologische Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Demokratie einer einsichtigen Kritik unterzogen. Durch den zunehmenden Funktionsverlust des institutionellen Systems komme es zu einer funktionalen Aufwertung bürokratischer Apparate und nicht-staatlicher und "selbstorganisierter" Organisationen, zu denen Hirsch nicht, wie anzunehmen, an erster Stelle etwa Greenpeace, sondern

monopolistische Industrie-Finanzkomplexe zählt. (139) Statt repräsentativer Politik finde zunehmend ein nichtöffentlicher Aushandlungsprozeß dominanter Interessen, eine Verwaltung und ein auf wechselnde Zielgruppen gerichtetes Politikmarketing statt. (139ff.) Die Politik beschränke sich dem Inhalt nach "zunehmend auf die manipulative Vermittlung der in den bürokratisch-kapitalistischen Verhandlungskomplexen zustande gekommenen Entscheidungen zu den Betroffenen hin." (145)

Das letzte Kapitel über die politischen Perspektiven (183ff.) bleibt vor diesem Hintergrund eher konturlos. Dies kann man am wenigsten der Phantasielosigkeit des Autors zuschreiben. Dieser macht sich einige interessante Gedanken über eine notwendige Überwindung der überkommenen Gestalt des Staates und hat den Mut, vom revolutionären Charakter einer dezentralen und vielfältigen Neuformulierung von Politik zu sprechen. Doch da es dafür weder "plausible Konzepte noch zureichende Kräfte gibt" (194f.), denkt Hirsch erst einmal darüber nach, einen Prozeß der Neugestaltung und -konstituierung von Politik in Gang zu setzen. Daß dieser wohl kaum darin mündet, ein Bündnis für Arbeit zu schließen, Überlegungen über die Art und Weise des Abbaus des Sozialstaates anzustellen, Einwanderer egal welcher Herkunft zu stigmatisieren usw., dürfte sich angesichts der analytischen Ergebnisse der Hirsch'schen Arbeit von selbst verstehen. Es liegt also an den politischen Praktikern,

durch die dringend angeratene Lektüre auch dieses Buchs den politischen Perspektiven mehr Kontur zu verleihen.

Jonas Dörge-Weidemann

Betriebliches Klassenkonzept als Strukturtheorie

Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), *Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts*, Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Betriebsgeschichte, Bd. 3, Klartext Verlag, Essen 1994, 282 S., 58 DM.

In diesem Band sind Beiträge einer Tagung des "Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Betriebsgeschichte e.V." vom Oktober 1992 an der Ruhr-Universität Bochum zusammengefaßt. Hier drängt eine jüngere Generation von Sozialhistorikern in die Arena, die für eine in ihrem Verständnis "moderne Industrie- und Arbeitergeschichte" plädiert, den Anschluß an die zeitgenössischen Betriebs-, Organisations- und Managementwissenschaften offeriert und insbesondere das in der angelsächsischen Soziologie verbreitete Konzept der Mikropolitik als Innovationsgrundlage anbietet. Gewicht erhält der Band durch die Beiträge von Heiner Minsen und Thomas Welskopp, die das theoretische Konzept vorzustellen bemüht sind, freilich in jenem hochgestochenen Fachjargon, Kennzeichen akademischer Newcomer, der einer breiteren Re-

zeption eher hinderlich sein dürfte. Welskopp legt dabei sein "modernes Klassenkonzept" vor, das freilich mit jenem der marxistischen Tradition kaum etwas gemeinsam hat. Den quantitativen Hauptteil des Bandes machen Beiträge zur (praktizierten) Betriebs- und Arbeitergeschichte in Deutschland aus. Sie sind informativ, haben allerdings mit dem theoretischen Konzept kaum etwas zu tun, es sei denn, man interpretiert die verbalen "Schwänzchen" als Sympathiebrücken.

Sicher ist der Betrieb, wie die Hrsg. schreiben, eine soziale Realität sui generis. Aber sie ist durch die Funktion der Produktion und Kapitalverwertung bestimmt. Einer solchen ökonomischen Determinierung des sozialen Systems möchten die Autoren freilich nicht folgen. Ja, demgegenüber verfechten sie eine umfassende "Rekonzeptionalisierung" des Betriebes als eines komplexen Interaktions- und Beziehungssystems. Hier agierten alle Beteiligten "als handlungsfähige Subjekte; wenn auch mit asymmetrischen Machtressourcen ausgestattet, so ist doch kein Akteur gänzlich ohne handlungsbefähigende Machtressourcen und kein Akteur - auch nicht das Management - 'ungebunden' in seinen Handlungschancen und Optionen". (9) Das Problem einer solchen Sichtweise besteht darin, daß ihr die faktischen Herrschaftsverhältnisse in einer quantitativen Asymmetrie von Machtressourcen verschwinden. Das Klassenkonzept wird dann faktisch als Strukturmuster von außen dem betrieblichen Sozialsystem

aggregiert, was sich etwa daran zeigt, daß die Entwicklung der Mikropolitik bei Heiner Minssen ("Der soziale Prozeß betrieblichen Wandels") dieser Kategorien schon gar nicht mehr bedarf.

Der auf interessenunterschiedliches Akteurshandeln bezogene (Mikro-) Politikbegriff gerät hier zur überhistorischen Kategorie. Die Herstellung von Entscheidungen in der Arena Betrieb ist Gegenstand der Politik, so dann auch der Arbeitsprozeß, und er kann in einer solchen Fassung faktisch auf alle Bereiche sozialen Handelns angewandt werden. Insbesondere geht es dem Verfasser darum, den Charakter von Machtbeziehungen im Betrieb ins rechte Licht zu rücken. Er betont immer wieder: "Doch Macht auf der einen Seite korrespondiert eben nicht mit Ohnmacht auf der anderen Seite." (37) Auch die Belegschaft verfüge über "Störmacht". Dies ist sicher zutreffend, setzt Kampf doch immer die Handlungsfähigkeit beider Seiten voraus. Aber wie soll etwa erfaßt bzw. qualifiziert werden, wenn eine Konzernleitung "standortbedingt" den Betrieb schließt? Sicher, auch dann gibt es den Kampf um Bedingungen - aber in der Hauptsache ist die eine Seite zur Ohnmacht verurteilt. Gerade deshalb ist das Kapitalverhältnis nicht nur Macht- und Ausbeutungs-, sondern auch Herrschaftsverhältnis.

Hier wird das Dilemma des Antiökonomismus dieser Richtung der Soziologie deutlich. Minssen lehnt den Bezug zum Kapitalverhältnis und seinen Strukturen ab bzw. läßt diese nur als allerallgemeinste

Rahmenbedingungen zur Erklärung betrieblicher Sozialprozesse gelten. Aus dieser Optik stellt sich Rationalisierung im Betrieb als "selbstreferentiell" gestaltbar dar, entzieht sich dem Befehl-Gehorsam-Muster und kann als sozialer Prozeß gesehen werden, "dessen Verlauf und Ergebnisse auf Entscheidungen beruhen, die zwischen Akteuren ausgehandelt werden" (45). Der Versuch, die relative Autonomie des betrieblichen Sozialsystems zu erfassen, muß von diesem Ansatz her mißlingen. Die ungelöste Antinomie läßt sich im Satz fassen: Kein Betrieb ist wie der andere - ein Betrieb ist wie der andere.

Thomas Welskopp ("Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrieller Gesellschaften") vertritt Minssens Konzept, verbindet es jedoch mit einer Klassentheorie, die sich als "Synthese" von Giddens, Max Weber und - als gelegentlichem "Steinbruch" - Marx darstellt. Aus seiner Sicht ist eine Alternative zum Klassenbegriff als Strukturbegriff der Gesellschaftstheorie nicht in Sicht, aber eine "moderne Klassentheorie" müsse sich gerade auf diesen Aspekt beschränken und sich von allen geschichtsphilosophischen, teleologischen, evolutionistischen Bestandteilen und Interpretationen trennen.

Gegenstand seiner Kritik ist dementsprechend die marxistische Klassentheorie und -analyse im allgemeinen - wobei seiner Meinungsbildung allerdings kaum eine Auseinandersetzung mit originären

Lesarten, wie sie in den 70er und 80er Jahren in der BRD entwickelt und vertreten wurden, zugrunde liegt, sondern das perpetuierte Vorurteil der mainstream-Soziologie - und das "Klassenbildungskonzept" im besonderen, wie es von eher sozialdemokratisch-reformistisch orientierten Autoren der sozialen Historiographie (Kocka, Ritter, Tennfelde, Zwahr u.a.) vertreten wird. Letzteres schleppe immer noch die Schlacken marxistischer Orthodoxie mit sich, sei an der Herausbildung der Arbeiterklasse als sozial homogenem und politisch handlungsfähigem Subjekt orientiert, habe sich noch nicht vom historischen Transformationsanspruch gelöst und bewege sich im alten Dualismus von Position/Lage und Bewußtsein/Handeln. W. versteht sich also als Ritter Georg gegen den "transzendentalen Arbeiterklassen"-Begriff. Wenn er gegen die Übertragung des Formierungskonzepts sich industrialisierender Gesellschaften auf industrielle Gesellschaften des 20. Jahrhunderts polemisiert, so mag das bestimmte Publikationen treffen, kaum aber ein marxistisches Verständnis der Struktur und Dynamik dieser Klassengesellschaften.

Es bleibt natürlich zweifelhaft oder in das Belieben des jeweiligen Autors gestellt, ob mit einer pragmatisch-empiristischen Typenbildung von Beziehungsstrukturen, die von Klassenstrukturen dominiert sind, gegenüber der Interpretation nach den Leitbildern der Klassenbildung eine Öffnung zur Realität erfolgt. Vielmehr ist ja nun jener Relativismus in der Sozialge-

schichte angesagt, der Streik und Unterwerfung, IG Metall und DAF auf die gleiche Stufe der Typenbildung autonomer Interaktionskreisläufe auf jeweiligen Handlungsfeldern stellt und der Verwischung des Unterschieds von Gegenmacht- und Klassenkampforientierung auf der einen und kooperativem Integrationismus auf der anderen Seite den Weg ebnet.

Mit der Absage an den Ökonomismus werden auch reproduktionstheoretische Ansätze zur Erklärung der Zusammenhänge von Arbeits- und Lebenswelten ausgeschlossen. Statt dessen werden die Sphären (Betrieb, Lebenswelt, Organisation) als "Handlungsfelder" mit "selbständigen Beziehungsnetzwerken" und "vollständigen Interaktionskreisläufen" gefaßt, die sich als soziale Systeme selbst genügen. Damit scheint das Problem von Struktur und Prozeß, Lage und Handeln usw. aufgehoben. Es ist aber tatsächlich ja nur auf eine andere Ebene verlagert, die zur Geltung kommt, sobald man auf die Abhängigkeit und Wechselwirkung der Handlungsfelder bzw. Subsysteme gestoßen wird. Dies gilt auch für die angebliche Auflösung des Problems von Lage-Handeln-Bewußtsein, weil ja nun Bewußtsein in Erfahrung, Deutungsmustern, Kommunikationsformen etc. aufgelöst und so in Handlungskreisläufe eingebunden sei. Es ist dies also eine Präferenz für strukturalistisch interpretierte Praxis, über die sich nur noch Ablaufmechanismen registrieren und typisieren lassen, die Triebkräfte aber verloren gehen.

Klassenbeziehungen bestehen in kapitalistischen Gesellschaften, wie W. ausführt, dort, wo Produktionsmittelbesitzer Markt-, Arbeits- und Herrschaftsbeziehungen zu Arbeitskraftanbietern unterhalten. Es sind Beziehungen zwischen "Inhabern verschiedener Klassenpositionen", und sie beeinflussen auch Beziehungen, die nicht als Klassenbeziehungen aufgefaßt werden könnten. Klassenbeziehungen werden als Überformung von Interaktionsmustern, aber nicht als reale, soziale Gruppen konstituierende Verhältnisse erfaßt. Eine Belegschaft bleibt sozialer Raum, aber nicht als soziale Gruppe Teil der Arbeiterklasse. Dies ist die Konsequenz der Entsubjektivierung. Dies mag gegenwärtig als Verteidigungslinie oder gar als Rehabilitation des Klassenbegriffs interpretiert werden, aber es ist ja nichts anderes als die Reduzierung der Klassentheorie auf ein abstraktes soziologisches Strukturprinzip, das der Realität übergestülpt wird, aber freilich auch in dieser Form Grundmuster einer Klassengesellschaft anleuchtet.

Für soziologische und historische Untersuchungen betrieblicher Realität ist die Unterscheidung von Formen bzw. Ebenen der Machtbeziehungen, auf denen die Machtressourcen unterschiedlich verteilt sind, wichtig: Entscheidung über Kapitaleinsatz und Produktionsziele, Entscheidung über die technische und soziale Organisation des Betriebes, Entscheidung über die bzw. Gestaltung der innerbetrieblichen Befehl-Gehorsams-Verhältnisse (Arbeitsordnung etc.), Ent-

scheidung über Arbeitsbedingungen und Entlohnung (in Rückkopplung mit dem "Handlungsfeld" Organisation bzw. Gewerkschaften-Unternehmerverband). Der Betrieb könne nach M. Weber als Macht- und Arbeitssystem mit "dichotomischem Charakter der Klassenbeziehungen" gefaßt werden.

Das Verständnis der Sphäre der politischen Organisationen als selbstständiges Handlungsfeld impliziert, daß etwa Gewerkschaften nicht nur als Ausdruck von Basisbestrebungen und -prozessen zu interpretieren sind, sondern als eigenständige Räume. Hieraus ergibt sich die Berechtigung einer Organisations- und Gewerkschaftsgeschichte, die die innerorganisatorischen "Interaktionskreisläufe" und "Beziehungsnetze" in den Mittelpunkt rückt.

Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, in einer akademischen Konkurrenzgesellschaft die eigene Leistung in den Vordergrund zu stellen, kann bezweifelt werden, ob die "Entideologisierung" des Klassenbegriffs nach den Mustern von A. Giddens, M. Weber u.a. "zugunsten theoretischer Stringenz und eines breiteren Blicks" (105) gelungen ist. Die Eigenreklame ist hier nicht produktgedeckt. Und ob der Abgang zum Relativismus in der Arbeiter- und Betriebsgeschichtsschreibung als "nüchterne sozialtheoretische Fundierung" verstanden werden kann, wird die Praktizierung am Material der Geschichte zeigen müssen.

Bei den abgedruckten informativen historischen Studien ist eine Anwendung des vorgestellten soziolo-

gisch-methodischen Konzepts für den Leser nicht erkennbar. Klaus Weinheimer untersucht die Unfallentwicklung im Hamburger Hafen im Zusammenhang mit der Änderung der Arbeitsbedingungen 1896 - 1936. Werner Plumpe zeigt, wie sich die Chefs der Bayer-Werke in Leverkusen 1918/19 auf die damalige Situation und die Bewegung der Belegschaft einstellten - hier wäre auch der Vergleich mit BASF, Leuna, Hoechst aufschlußreich gewesen. Matthias Frese analysiert die Struktur der Belegschaftsvertretung bei Freudenberg, Weinheim, über eine Periode von fast 50 Jahren. Karl Lauschke legt eine anregende Studie über die Wechselwirkung von sich unter dem Einfluß technischer Änderungen wandelnden Kooperationsstrukturen der Belegschaft der Hoesch-Westfalenhütte, Dortmund, und ihrer Interessenvertretung vor. Rainer Karls und Johannes Bähr stellen die SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) in der SBZ/DDR vor - das Auge der Herren der Bundesarchive richtet sich also auch auf diesen Teil einstmals geeigneter Konzerngeschichte. Jörg Rösler befaßt sich mit dem "Brigadier" zwischen Meister und Plan als informeller Interessenvertretung 1950-58 in der DDR - die starke Stellung der Arbeiterklasse im Betrieb wird im durch die Staatsführung nicht abbremsbaren Lohnanstieg manifest. In der "Einführung" war als Vorzug des neuen Konzepts der Mikropolitik auch angeführt worden, daß mit ihm Analogien und Unterschiede kapitalistischer und nicht-

kapitalistischer Betriebsverhältnisse besser erfaßbar werden sollten. Dieser Vergleich steht noch aus.

Heinz Jung

Grüne Anlagen, Ethik und Rendite

Hermannus Pfeiffer, Grüne Anlagen - Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung, Papyrossa Verlag, Köln 1995, 180 Seiten, 19,80 DM.

"Was macht die Bank mit meinem Geld?", diese bittere Frage stellen sich auch viele Linke und Alternative (lieber) nicht. So landen die "linken" Milliarden bei der Postbank, der Sparkasse um die Ecke oder der Deutschen Bank. Jedoch, das Geld kann sinnvoller angelegt werden! Hilfe verspricht nun das neue Buch von Hermannus Pfeiffer. Überblick mit kritischer Distanz bietet sein Ratgeber "Grüne Anlagen - Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung".

Es ist drei Jahre her: Damals trafen sich die Spitzen von 29 Megabanken in luftiger Höhe oberhalb New Yorks. Die Herren des Geldes unterzeichneten im United Nations Main Secretariat Building eine "Erklärung zu Umwelt und langfristig tragfähiger Entwicklung"! "Wir, die Unterzeichner", heißt es darin verheißungsvoll, "sind der Überzeugung, daß Schutz der Umwelt und langfristig tragfähige Entwicklung auch zu den dringlichsten Aufgaben der Wirtschaft, einschließlich des Kreditwesens, gehören müs-

sen." Und im folgenden versprechen Deutsche Bank und Freunde: "Wir werden versuchen, unsere Geschäftspolitik auf ein solches Wachstum auszurichten." Rausgekommen sind bislang PR-Kampagnen und einige grün angestrichene Investmentfonds. Zudem finden Umweltaspekte manchmal Eingang in die Prüfung der Kreditwürdigkeit; Öko-Pleiten könnten die Rückzahlung des Kredits gefährden. Längst weiter sind da die "alternativen" Anbieter - von der Ökobank bis zur Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft, die wirtschaftliche Eigeninitiative ebenso in der "Dritten Welt" fördert - wie in den Slums der US-Metropolen.

Die Palette mit GrünAnlagen ist heute groß und farbenfroh. Allein Branchenführer Ökobank bewegt über 200 Millionen Mark. Das Angebot reicht vom Girokonto über Termingelder bis zu Wertpapieren. Auf der Palette finden sich aber auch viele Grautöne und mancher schwarze Fleck. Beispiel "Ökofonds": Sie sollen in der Regel mit gezielten Investitionen möglichst hohe Renditen erzielen. Häufig arbeiten aber selbst Umwelttechnologie-Unternehmen nicht ökologisch. Sie tragen lediglich zur Reparatur von Umweltschäden bei und begünstigen damit umweltschädliches Verhalten. So haben viele Ökofonds B.U.S.-Aktien in ihren Portefeuilles. Die Berzelius Umwelt-Service AG, ein Hersteller von Filtern und Entsorgungstechnologie, ist ein typisches End-of-pipe-Unternehmen. B.U.S.-Produkte finden wir am Ende der wirtschaftlichen Verschmutzungs-

schlange. Erst wird der Umweltschlick produziert und verkauft, um am Ende gefiltert und scheinbar entsorgt zu werden. Der umweltpolitische Sinn solcher End-of-pipe-Produkte hält sich daher in engen Grenzen.

Neben der heiklen Diskussion der ethischen Kriterien schwelt ein weiterer Streit in der GrünAnlagen-Szene, der Kampf um die Rendite. Muß ein Ethik-Plus mit einer geringeren Rendite bezahlt werden? Oder wirft ethisches Investment gar eine überdurchschnittliche Verzinsung ab, mit der seit Jahren in Gründung befindliche "Umweltbank" wirbt, aber auch der Aufmacher des Managermagazins ("Mit reinem Gewissen klotzig verdienen"). Unfug, behauptet Stephan Rotthaus von der alternativen GLS Bank bestimmt. Ein gutes Finanzgewissen gäbe es nicht zum Nulltarif.

Sinn und Unsinn von GrünAnlagen, deren Chancen und Grenzen packt Pfeiffer in einen Mix aus lockeren Geschichten, harten Fakten und polit-ökonomischer Analyse. Heraus kam ein lesbarer Ratgeber für Linke mit Kohle.

Wilfried Nahrstaedt

Raum und Ökonomie in Stadt und Land

Stefan Krätke, *Stadt, Raum, Ökonomie. Ein Lehrbuch*, Birkhäuser Verlag, Basel 1995, 262 S., 38 DM.

Manfred Kühn, *Fremdenverkehr und regionale Entwicklung. Perspektiven der Regionalisierung ländlicher Kul-*

tur durch "sanften Tourismus", *Schriftenreihe FB Stadt- und Landschaftsplanung GhK Kassel, Bd. 18 (1994), 204 S., 22 DM, Bezug: Tel. 0561-804 2306.*

Stadt, städtische (Sub-) Kultur und Ökonomie und ihre zukünftige Entwicklung sind derzeit ein Modethema, dessen Aufkommen auch mit den Transformationsprozessen in Ökonomie und Politik zu tun hat. Oftmals beherrschen aber Schlagworte wie Globalisierung oder "Global City" das Geschehen oder man/frau verliert sich in modischen "Cultural Studies", die fasziniert die bunte Welt der verschiedenen erscheinenden Lebensstile beschreiben.

Stefan Krätke versucht im Gegensatz dazu, gänzlich unaufgeregt Wirtschafts- und Sozialgeographie zu betreiben, die "die Zersplitterung raumbezogener Forschungsdisziplinen" zu überwinden sucht, und versteht sein Tun als "Bestandteil einer interdisziplinär verstandenen Gesellschaftswissenschaft". Eine "innovative" Richtung - und dieser rechnet er sich berechtigterweise zu - der Wirtschafts- und Sozialgeographie sollte "ihren Schwerpunkt auf gesellschaftsbezogene Analysen räumlicher Entwicklungen bzw. Strukturveränderungen legen und sich dabei auf sozialwissenschaftliche Konzepte stützen, die den Zusammenhang ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Prozesse in bestimmten historischen Phasen gesellschaftlicher Entwicklung thematisieren".

Als neue Themenschwerpunkte der Stadtökonomie bestimmt er die mit dem Übergang zum Postfordismus zusammenhängenden Prozesse, die Polarisierung innerhalb der Stadt und zwischen den Städten, die Herausbildung des "Städtesystems", die Internationalisierung der Ökonomie, die Expansion des Dienstleistungssektors bzw. die gesamten Umbrüche der Arbeitsmärkte, die Flexibilisierung der Produktion, die Deregulierung staatlicher Leistungen usw. Die ökonomischen Umbrüche werden zu ihrer räumlichen Dimension in Beziehung gesetzt und in verschiedenen Bereichen veranschaulicht, so etwa der Wohnungsversorgung, der sozialen Entwicklung, dem Bodenmarkt, dem zentralen Bereich der Wirtschafts-, Technologie- und Infrastrukturpolitik oder dem des Verhältnisses von Stadt und (umliegender) Region. Krätke nennt und diskutiert die einschlägigen Theorien und Ansätze, er verfolgt nahezu einen enzyklopädischen Anspruch, ohne in empirische Faktenhuberei abzugleiten.

Das Buch ist umfangreich, enthält eine Vielzahl sehr guter, auch zusammenfassender Grafiken und Tabellen; das Fehlen eines Stichwortregister macht sich sehr bitter bemerkbar, ebenso fehlt die Thematik der räumlichen Dimension von Ökologie und Stadt. Kurzum: "Stadt, Raum, Ökonomie" ist ein gutes Lehrbuch, nicht nur für die StudentInnen der betroffenen Disziplinen.

Umbrüche vielerlei Art gibt es nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Räumen. Man-

fred Kühn stammt aus der "Arbeitsgemeinschaft Ländliche Entwicklung" an der GhK Kassel, die als "think tank" der ökologisch-sozialen Agraropposition und "Land-Wissenschaft" angesehen werden kann.

Kühn untersucht in seiner Dissertation den Anteil, den Fremdenverkehr - vor allem in der speziellen Form des "sanften Tourismus" - an der "reflexiven Modernisierung" ländlicher Räume hat. Er arbeitet mit der Regulationstheorie, obwohl diese in der kritischen Landschaftsplanung und Agrarsoziologie weit weniger Verbreitung hat als in der Stadtökonomie. Kühn vermutet, daß den "Einheimischen" durch die Aneignung des "fremden Blickes" der Reisenden die Eigenarten ihrer Region bewußt und sie 'selbstbewußter' werden. Kulturelle Traditionen würden unter den Bedingungen postfordistischer Modernisierung als 'Raumbilder', als Vorstellung von der eigenen Region, neu inwertgesetzt. Tourismus führt nach Kühn zu Modernisierung und soziokulturellem Wandel, alle Formen der "Bewahrung" von vorhandener Kultur seien zum Scheitern verurteilt. Tourismus kann - und hier spielt die sanfte Variante eine besondere Rolle - aber auch traditions- und identitätsstiftend wirken, indem "die Einheimischen" die Unterscheidung zwischen Selbst- und Fremdbild ihrer Landschaft, Kultur und Arbeit lernen. Spezielles Gewicht hat die Landwirtschaft, ihre Position ist in den Mittelgebirgs- und anderen naturräumlich ungünstigen Gebieten einer Veränderung unterworfen: Sie muß sich - wenn sie weiterhin exi-

stieren will - vom fordistischen Produzenten von Nahrungsmitteln zum Anbieter der Dienstleistung "Landschaftspflege" wandeln.

Kühn diskutiert in seiner theoretischen Einleitung verschiedene Modernisierungstheorien und schildert die Entstehung und die verschiedenen Phasen des Tourismus in Deutschland. Bevor er den Modernisierungsfaktor Tourismus näher analysiert, untersucht er die sozialen und psychologischen Motive des Tourismus, die Fremdbilder der "unberührten Landschaft" und der "unberührten Geschichte", die sich die Reisenden machen. Tourismus modernisiert regionalökonomisch und kulturell. Er zerstört Identitäten, kann aber in seiner reflexiven Form auch identitätsbildend wirken. Kühn tritt für eine Modernisierung ein, die "reflexiv" ist und eine "Nachmoderne" zum Ziel hat, die bestimmte, z.B. handwerkliche oder subsistenzwirtschaftliche Traditionen der Vormoderne wieder aufgreift.

Im zweiten Teil untersucht Kühn die Öko-Vorzeigemodellregion Hindelang im Allgäu als "gelungenes Beispiel" ökologischer Regionalentwicklung, das an noch vorhandenen vormodernen Traditionen anknüpfen kann und so postfordistische und nachmoderne Muster leichter herausbilden konnte. Diese historisch gesehen "unterentwickelte" Region ist heute die prosperierendste im deutschen Tourismus. Zweites Beispiel ist Nordhessen. Diese Region hat kein "Bild von sich", und die fordistische Modernisierung ist weit fortgeschritten, die ökonomische Lage aber

schlechter als im Allgäu. Alternative Ansätze gibt es kaum, der "sanfte Tourismus" ist wenig entwickelt. Zum Schluß versucht Kühn, den Beitrag herauszuarbeiten, den ein "reflexiver" Tourismus - dem er zustimmend gegenübersteht - zur zukünftigen Entwicklung ländlicher Räume leisten könnte.

Bernd Hüttner

Gender & Environment

Irmgard Schultz, Ines Weller (Hrsg.), Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht von Frauen, IKO-Verlag Frankfurt 1995, 220 S., 35,80 DM.

Die Umweltforschung in der Bundesrepublik ist in ihrem Gros als Naturwissenschaft anzusehen und hat damit wie diese eine biologisch-technokratische, und damit auch patriarchale Strukturierung. Die sozialwissenschaftliche Forschung - wozu auch deren feministische Richtung gehört -, "vergißt" demgegenüber leicht die natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens. Dieses Dilemma wollte das 1989 gegründete Frankfurter "Institut für sozialökologische Forschung" (ISOE) überwinden, indem es die Sozialwissenschaft der "Kritischen Theorie", die - vor allem feministische - Naturwissenschafts- und Technikkritik und feministische Theorie und Kritik zusammendenken wollte. Das ISOE-Team veröffentlichte vor allem in der Zeit vor der Gründung des ISOE Texte, die diesen Fragestellungen gerecht wurden und den sozial-ökologischen und feministischen Diskurs

voranbrachten. In den letzten Jahren wurde weit weniger publiziert und die Projekte, deren Ergebnisse veröffentlicht wurden, nahmen immer mehr die Gestalt relativ gewöhnlicher, Teilbereiche betreffender Studien - z.B. zu Wasser, Abfall oder zum Energiebereich - an. Etwas aus diesem Trend sticht noch die Forschung zu "Frauen und Umwelt" heraus, die von Irmgard Schultz und Ines Weller im Projekt "Gender & Environment" betreut wird, das im Forschungsbereich "Alltagsökologie und Stoffströme" angesiedelt ist.

Ende 1993 veranstaltete das Projekt einen Workshop, der den aktuellen Diskussionsstand der feministischen Naturwissenschaftskritik und Umweltforschung und der Forschung zu "Gender & Environment" darstellen sollte. Diesen Vorhaben entspricht auch der Inhalt und die Einteilung der veröffentlichten Dokumentation, in der die Beiträge und Ergebnisse nachzulesen sind. Zentrale Thesen der neueren Forschung zu Gender und Environment sind u.a., daß es geschlechtsspezifische Wahrnehmungen der Umweltkrise und -katastrophe gibt (Beispiel: Tschernobyl) und daß zweitens Umweltpolitik meist stillschweigend oder offen auf die unbezahlte Arbeit und Mehrarbeit von Frauen vor allem im Haushalt setzt. Bestes Beispiel für die Feminisierung von Umweltverantwortung bei gleichzeitiger Entmündigung und Enteignung von tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten ist die Mülltrennung und -reinigung im privaten Haushalt, obwohl Hausmüll nur fünf Prozent

des gesamten Müllaufkommens ausmacht.

Feministische Umweltforschung versucht den sektoralen und hauptsächlich auf einen (Schad-) Stoff bezogenen Ansatz der traditionellen Umweltforschung mit einem interdisziplinären und geschlechtsspezifischen Blickwinkel zu verändern. Bislang - so einige Beiträge selbstkritisch - konnte dieser Anspruch aber noch nicht weit genug eingelöst werden. Die feministische Umweltforschung ist haushaltszentriert, läuft permanent Gefahr, die feministische Kritik durch einen betulichen bis reaktionären "weiblichen Blick", der nichts mit der Kritik von HERRschaftsverhältnissen zu tun hat, zu ersetzen und "weibliche Eigenschaften" - wie Fürsorglichkeit etc. positiv zu besetzen. Zweitens, so Ines Weller, findet die Auseinandersetzung mit der verniedlichend "Pluralisierung der Lebensstile" genannten Ausfächerung des Alltags sowie der Bedeutung von Klasse und Rasse als Kriterium zu wenig statt.

Grundsätzlich können sich die Autorinnen nicht recht entscheiden, ob sie die Umweltkrise radikal beschreiben und kritisieren oder auch Strategien anstreben sollen, die die Krise mitverwalten, wenn auch mit feministischem Anspruch. Ob z.B. die Forderung nach mehr Frauen in der Umweltforschung oder mehr Chemiprofessorinnen als fortschrittlich zu bewerten ist oder an den Grundstrukturen wenig verändert, wäre sicher eine Diskussion wert. So läßt dieses Buch die Frage unbeantwortet, "wie ... es möglich (ist), die Kategorie Geschlecht im

Denken aufzuweichen und gleichzeitig auf der Grundlage dieser Kategorie Politik zu machen". Ein Umstand, der es nicht von der linken, feministischen und internationalistischen Ökobewegung unterscheidet, da auch diese bislang mit dem Problem zu kämpfen hat, eine sozial konstruierte Kategorie nicht zu einer politischen zu machen. In der politischen Strategie und den angestrebten Forschungsvorhaben ist die Position deutlicher: Frau will mitmachen, sich einmischen, "lösungsorientiert" forschen und die Gestaltungsmacht von Frauen stärken. Der auf den ersten Blick sympathische Begriff der "Gestaltungsmacht von Frauen" bleibt aber unscharf, es wird nicht klar, ob er im Zusammenhang von "Frauen (-umwelt-)politik" oder "feministischer Politik" steht. Ferner bietet das Buch eine gute Einführung in die soziale und die kulturelle Strömung des Ökofeminismus, in die Diskussion um "Haushalt und Reproduktion" und die feministische (Natur-) Wissenschaftskritik.

Bernd Hüttner

Manifest-Studien

Das Kommunistische Manifest (Manifest der Kommunistischen Partei) von Karl Marx und Friedrich Engels. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht von Thomas Kuczynski, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 49, Trier 1995, 262 S., 38 DM.

Der vorliegenden, in der verdienstvollen grünen Reihe des Karl-Marx-Hauses Trier erschienenen,

Arbeit kommt unter den zahlreichen Publikationen über das Kommunistische Manifest fraglos ein besonderer Platz zu.

Aufgenommen hatte Thomas Kuczynski seine Manifest-Studien unmittelbar nach Erscheinen und unter dem Eindruck von Bert Andréas' "monumentaler Manifest-Bibliographie"¹, und zwar mit dem Ziel nachzuweisen, daß die im Kuczynskischen Familienbesitz befindliche 30-seitige Manifest-Ausgabe (Bu 30) und nicht - wie bislang in der wissenschaftlichen Literatur angenommen - das 23-seitige Exemplar (Bu 23) der eigentliche Erstdruck war. Fallengelassen wurde diese Hypothese erst, als von anderer Seite überzeugend belegt wurde², daß der 30-seitige Manifestdruck nicht - wie auf dessen Titelblatt vermerkt und daher jahrzehntelang auch in der Forschung behauptet - 1848 in London publiziert wurde, sondern erst an der Jahreswende 1850/51 unter der bewußt falschen Orts- und Jahresangabe illegal in Deutschland, und zwar mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Köln herauskam. Als letzten Grund für seinen Sinneswandel nennt der

Autor - für den Rezensenten allerdings nicht recht nachvollziehbar - erst die Einsichtnahme in die Kurzschrift-Exzerpte von Max Nettlau im Amsterdamer IISG. Vom Saulus zum Paulus bekehrt, hat er nun aber den Stellenwert der 23-seitigen tatsächlichen Erstausgabe noch dadurch erhöht, daß er sie zur "Basis künftiger Leseausgaben" (32) zu machen empfahl und dafür einen Vorschlag unterbreitete.

Eine ideengeschichtliche Analyse des Manifests konnte und wollte K. - wie er ausdrücklich betont - ebensowenig vorlegen wie eine Wirkungsgeschichte. Gleichwohl hat sein immerhin rund 200 Seiten umfassender und tiefotender Editionsbericht über die Manifest-Publikationen zwischen 1848 und 1895 nicht nur Neues und Weiterführendes, in manchem sicher auch Widerspruch Provozierendes und damit die weitere Forschung befruchtendes zur Editionsproblematik der wohl weitestverbreiteten Marx-Engels-Schrift beigebracht; auch die Debatte um einige spezielle Probleme der Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung wird daraus nützliche Anregungen ziehen können.

Das Buch gliedert sich in drei große Abschnitte. Einer druckfehlerbereinigten seiten- und zeilenidentischen Wiedergabe des Erstausgabe-Textes (die man sich ebenso wie die Leseausgabe freilich in einer lesbareren Schriftart angeboten gewünscht hätte) folgt der umfangreiche Editionsbericht über die Entstehung, den Druck und die Textentwicklungen der Manifest-Ausgaben bis zum Tode von Engels

¹ Bert Andréas, *Le Manifeste Communiste de Marx et Engels. Histoire et bibliographie 1848 - 1918*, Milano 1963.

² Wolfgang Meiser, *Das "Manifest der Kommunistischen Partei" vom Februar 1848. Neue Forschungsergebnisse zur Druckgeschichte und Überlieferung*, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 13, Berlin 1991, S. 117ff. Thomas Kuczynski verweist in den Vorbemerkungen zum Editionsbericht (30) ausdrücklich auf ein Gespräch mit Meiser im Frühjahr 1988, bei dem er mit dessen Auffassung über Bu 30 konfrontiert wurde.

- einschließlich der sonst kaum beachteten Selbstzitate -, um auf dieser Grundlage dann abschließend einen Textvorschlag zu unterbreiten, der nicht wie bisher von der - editionstechnisch gesehen - korrupten "Ausgabe der letzten Hand" von 1890 ausgeht, sondern die Erstausgabe von 1848 anreichert durch Varianten der Textentwicklungen in den Ausgaben bis 1895.

Besonderes Interesse darf nicht allein bei Marx-Engels-Editoren, sondern auch bei Historikern der Arbeiterbewegung der Editionsbericht beanspruchen. Hier wird die immense Kärnerarbeit offenbar, die der Autor bei seinen immer wieder unterbrochenen und erst nach seiner "Abwicklung" als Direktor des Akademieinstituts für Wirtschaftsgeschichte abgeschlossenen Studien im Laufe von drei Jahrzehnten geleistet hat. Die Resultate sind beeindruckend, reichen weit über das rein Editionstechnische hinaus und sind auch da, wo sicher noch mancher Zweifel und Widerspruch am Platze sein mag, produktiv und forschungsstimulierend.

Den breitesten Raum nimmt naturgemäß die Analyse der Genesis der Erstausgabe von 1848 ein. Überzeugend wird nachgewiesen, daß Marx, der vor der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten für das auf dem zweiten Bundeskongreß beschlossene Dokument gerade zu stehen hatte, auch die alleinige Verantwortung dafür trug, die Arbeit am Manuskript in den sechs Wochen von Mitte Dezember 1847 bis Ende Januar 1848 allerdings nur als "eine Aufgabe unter vielen" (S.

49) bewältigen mußte. Neu ist die bislang genaueste Datierung der Dauer des zweiten Bundeskongresses. Bedenkenswert schließlich die Überlegungen zur Arbeit am dritten Abschnitt des Manifests, zu dem das Marxsche Konzept aus den Vorarbeiten überliefert wurde. Doch scheint es entschieden zu kurz gegriffen, den Verzicht auf die im Planentwurf beabsichtigte Polemik gegen Cabet, Weitling, die "unmittelbare Parteiliteratur" und die "kommunistische Literatur" bei der Endfassung des Manifests allein aus dem Termindruck zu erklären, in den die Anmahnung des Zentralbehörde vom 25. Januar 1848 Marx versetzt hatte, und inhaltliche Aspekte überhaupt nicht ins Kalkül zu ziehen.

Strittig bleiben wird sicher die hier ausführlich vorgetragene These, daß der Druck des Manifests nicht schon - wie bislang allgemein angenommen - zu Beginn der letzten Februardekade, etwa zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pariser Februarrevolution, sondern erst am 1. März 1848 erfolgt sei.³ Die vom Autor vorgebrachten Argumente sind für diese Neudatierung nicht ausreichend. Zunächst läßt sich nicht recht erklären, warum die Londoner Bundesführung nach der überaus harschen Aufforderung an

³ Zur entgegengesetzten Sicht auf dieses Problem legte Wolfgang Meiser einen Aufsatz vor, der unter dem Titel "Das Manifest der Kommunistischen Partei vom Februar 1848. Zur Entstehung und Überlieferung der ersten Ausgaben" in Heft 1996/1 der von der internationalen Marx-Engels-Stiftung herausgegebenen MEGA-Studien erscheinen soll und den K. (vgl. S. 30) in einem frühen Entwurf kannte.

Marx zur auf den 1. Februar festgelegten Manuskriptablieferung es dann rund vier Wochen - und auch noch eine Woche nach Beginn der französischen Revolution - liegen ließ, um es dann in einem vorstellbaren und nicht recht glaubwürdigen Schnellverfahren von einem Tag auf den anderen setzen und nach Korrekturlesen drucken zu lassen. Aber auch der Vermerk im Protokoll des Londoner deutschen Arbeiterbildungsvereins, wonach erst am 29. Februar beschlossen wurde, Geld für den Druck des Dokuments vorzuschießen, ist als zentraler Beleg für die Hypothese selbst fragwürdig. Geld für den Druck vorzuschießen, bedeutet doch keineswegs zwingend, daß erst danach gedruckt worden sein kann; es schließt durchaus nicht aus, daß der längst erfolgte Druck zu bezahlen war, wozu man Geld auslegen mußte, bis die ersten Verkaufserlöse hereinkamen. Auch über den konkreten Druckort wird nach Ks. These, daß das Office der Bildungsgesellschaft - wie im Titel der Erstausgabe angegeben - mit dem bei der Druckerei der "Deutschen Londoner Zeitung" angestellten Burghard in der Liverpool Street in der Tat auch über eine eigene Druckerei verfügte, in der das Manifest entstand, und ein Druck bei der DLZ absolut auszuschließen sei, die Kontroverse sicherlich fort-dauern.

Keineswegs schlüssig erwiesen erscheint mir die von Bert Andréas erstmals aufgestellte⁴ und von K.

nun ausgebaute Hypothese einer Marx-Reise nach London Ende Februar 1848, wofür es nur einen einzigen recht vagen Hinweis in einem Brüsseler Polizeibericht gibt. Zurecht verwirft K. Andréas' Meinung, daß mit Marx zu diesem Zeitpunkt auch das Manifest-Manuskript erst nach London gelangt sein könnte, mit dem Argument, daß nach Ausbruch der Pariser Revolution Marx mit Sicherheit einige Passagen namentlich im Abschnitt IV nicht so stehen lassen hätte, wie wir sie heute noch lesen können.⁵ Ebensowenig erscheint aber auch die Vermutung akzeptabel, daß Marx nur deshalb nach London fuhr, um den Beschluß der Zentralbehörde durchzusetzen, ihren Sitz nach Brüssel zu verlegen. Es taucht bei dieser Version doch zumindest sofort die Frage auf, warum Marx, der ja am 29. Februar abends in London eingetroffen sein müßte, überhaupt nichts unternommen hat, um an dem - in dieser Version - noch nicht gedruckten Manifest die Veränderungen vorzunehmen, die ihm nach dem Revolutionsbeginn in Paris unabdingbar erschienen.

1848 (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 2) Trier 1978, S. 38, 109f.

⁵ In diesem Zusammenhang muß auf Engels' spätere Feststellung verwiesen werden, daß die Februarrevolution in Paris manche ihrer Vorstellungen vom Gang der europäischen Revolution, die, wie sie zunächst meinten, in Deutschland beginnen müsse, über den Haufen warf. Vgl. Friedrich Engels, Marx und die "Neue Rheinische Zeitung" 1848 - 1849, in: Marx/Engels, Werke (MEW) Bd. 21, S. 17f. Die Analyse dazu bei Herwig Förder, Marx und Engels am Vorabend der Revolution, Berlin 1960, S. 278ff, hier S. 308f.

⁴ Bert Andréas, Marx' Verhaftung und Ausweisung Brüssel Februar / März

Als nützlich und wertvoll, nicht allein unter editionswissenschaftlichen Aspekten, erweisen sich die Analysen der Nachdrucke der Erstausgabe in Zeitungen und Zeitschriften wie der Selbstzitate von Marx und die Zusammenstellung der Aussagen über frühe Übersetzungen, wie auch die späteren Selbstzitate verdienstvollerweise stets in die Untersuchungen einbezogen wurden. Neu und zu weiteren Nachforschungen auffordernd ist der Hinweis auf einen möglichen Londoner Nachdruck vom Sommer 1850 (Druck x), der wohl vor allem vom Sonderbund vertrieben wurde. Unzutreffend ist indes die Annahme, daß Sozialdemokratie und Kommunismus für Marx und Engels 1850 identische Begriffe gewesen seien (166, Anm. 350). Die Passagen in Marx' "Klassenkämpfen in Frankreich 1848 - 1850" über die französische Sozialdemokratie sagen etwas anderes aus.

Verständlicherweise ist K. der illegalen dreißigseitigen Zweitausgabe in Deutschland von der Jahreswende 1850/51, die ja Auslöser seiner Recherchen war, besonders nachgegangen. Dieser Nachdruck hat die DDR-Forschung seit den sechziger Jahren immer wieder beschäftigt, bis ihn Wolfgang Meiser in den achtziger Jahren erstmals expressis verbis als mit der Zweitausgabe identisch erklärte, die bislang als bereits 1848 erschienen angenommen wurde. K. akzeptiert diese Einordnung bis zum "Beweis des Gegenteils", mit der Einschränkung, daß es dafür weder einen absolut stichhaltigen Beweis noch einen Gegenbeleg gäbe. Immerhin

ist auffallend und für mich ein überzeugender Beweis, daß keiner der zahlreichen Nachdrucke bis 1851 Bu 30 zur Grundlage hatte. Erst der erste legale Nachdruck, den Wermuth und Stieber in ihrem für Polizeizwecke veranstalteten Machwerk über die Communisten-Verschörungen des neunzehnten Jahrhunderts von 1853 vornahmen, beruhte auf Bu 30. "Daß somit der erste legale Nachdruck des *Manifests* in Deutschland ausgerechnet in einem Polizeihandbuch erschien, gehört wohl auch zum 'eigenen Lebensweg', den es gehabt hat. Ebenso vielleicht die Tatsache, daß dieser Nachdruck 15 Jahre später von den 'Communisten-Verschörern' selbst als Vorlage für einen weiteren Fortsetzungsabdruck genutzt worden ist." (171)

Die Untersuchung der folgenden Ausgaben (Hirschfeld 1861, Meyer 1866, Liebknecht 1872 bis hin zur 1890er Londoner "Ausgabe letzter Hand" und ihren Nachfolgern) macht auf wichtige, bislang wenig beachtete editionshistorische Zusammenhänge und Probleme aufmerksam und bringt teilweise auch die Beziehungen zum Entwicklungsgang der Arbeiterbewegung zur Geltung. Für die Manifest-Editions-geschichte sind vor allem drei Erkenntnisse K.s festzuhalten. *Erstens*: Marx und Engels haben nie ein Exemplar der illegal herausgegebenen dreißigseitigen Zweitausgabe von 1850/51 besessen. *Zweitens*: Zur Textgrundlage für alle später autorisierten deutschen Ausgaben wurde die Ausgabe Meyer von 1866, deren Druck Marx genehmigt hatte, die indes lediglich

auf einer handschriftlichen Abschrift eines Exemplars von Bu 30 beruhte. *Drittens*: Die von Liebknecht veranstaltete erste autorisierte Ausgabe von 1872, zu der Marx und Engels das Vorwort lieferten, hat Engels ebensowenig wie die darauf folgenden Ausgaben einer historisch-kritischen Sichtung unterzogen, sondern nur "freihändig korrigiert", sodaß "im Sinne einer historisch-kritischen Edition ... von einer Ausgabe letzter Hand nicht die Rede sein" kann (211).

Daraus zog K. den verständlichen Schluß, "sich auf das gefährliche Glatteis einer synthetischen bzw. Bastard-Ausgabe" zu begeben (213) und eine Leseausgabe herzustellen, die auf die Textgrundlage der Erstausgabe von 1848 zurückgeht und zugleich alle späteren Textvarianten historisch-kritisch einarbeitet. Mit einer solchen Text-Kontamination werden sich Editoren wahrscheinlich nicht recht anfreunden wollen. Ihr Wert und die damit verbundenen Probleme aber werden sich sicher erst bei der Herausgabe einer kommentierten Leseausgabe erweisen, die allen Frohlockungen des Zeitgeistes über ein angebliches erneutes Ende des Marxismus zum Trotz nach wie vor ein echtes Bedürfnis ist und in Angriff genommen werden sollte.

Wir haben es hier mit einer Schrift zu tun, die Andréas' historisch-kritische Manifest-Bibliographie zwar nicht ersetzen kann noch will, aber sie doch wesentlich weiterführt, in manchem korrigiert und ausbaut. Sie darf als eine wichtige Vorarbeit für die historisch-kritische Veröffentlichung des Manifests in Bd.

1/6 der MEGA angesehen werden. Für Marx-Forscher wie für Historiker der Arbeiterbewegung wird sie fortan unverzichtbar sein.

Walter Schmidt

Eine Biographie, die hält, was sie verspricht.

Annelies Laschitzka, *Im Lebensrausch, trotz alledem - Rosa Luxemburg - eine Biographie, Aufbau Verlag, Berlin 1996, 687 S., 58 DM.*

Es ist nicht die erste Biographie über Rosa Luxemburg, auch Annelies Laschitzka hat zusammen mit Günter Radczun bereits 1971 eine solche geschrieben. Schon damals ging es unter anderem darum, Theorie und revolutionäre Praxis der Mitbegründerin der KPD gegen die pauschalisierende Kritik Stalins am sogenannten Luxemburgismus zu verteidigen, ihre wirklichen Auffassungen und ihre Leistungen für die deutsche Arbeiterbewegung darzustellen.

Diese umfassendste Kenntnis kommt der Biographie zugute. Alle Facetten des Lebens der wohl bedeutendsten Frauengestalt der revolutionären Arbeiterbewegung werden sichtbar: revolutionäre Begeisterung und Ungeduld, grenzenloses Vertrauen in die Lernfähigkeit der Massen und tiefe Enttäuschung, Ehrgeiz, Lust auf streitbare Diskussionen, scharfer Verstand und zugleich ein Mensch, der Gefühle zeigt und in Briefen deutlich macht, Musik, Theater und Literatur kritisch genießt, als Malerin Begabung zeigt, die Natur liebt,

an ihre Lebensgefährten und Freunde hohe Ansprüche stellt, oft die Einsamkeit sucht und Depressionen erlebt. Die wegweisende Revolutionärin und Internationalistin Rosa Luxemburg gewinnt durch die Allseitigkeit der Darstellung ihres Lebens, sie macht ihr Handeln dem Leser nachvollziehbar. Dazu gehört auch, daß es der Autorin gelingt, mit knappen Umrissen das geschichtliche Umfeld in seinen Veränderungen darzustellen.

Schon am Ende ihrer Schulzeit in Warschau kam Rosa Luxemburg mit der sich in unterschiedlichen Stömungen entwickelnden sozialistischen Bewegung Russisch-Polens in Kontakt, schließt sich ihrem internationalistischen Flügel an, aus dem später die Sozialdemokratie des Königreichs Polen entsteht. Drohende Verfolgung war der Grund ihrer illegalen Ausreise. Wie vielen ihrer Landsleute wird die Schweiz zu ihrem Exil. Hier kann sie studieren, was Frauen in ihrem Heimatland noch nicht möglich war, und 1897 mit einer Arbeit über "die industrielle Entwicklung Polens" promovieren. In der Schweiz trifft sie auch ihre große Liebe, Leo Jogiches. Er hat großen Einfluß auf ihre theoretische und politische Entwicklung, akzeptiert, was gar nicht zeitgemäß war, die Selbständigkeit seiner Partnerin. Ihre große Liebe offenbart sich in gefühlvollen Briefen Rosa Luxemburgs, in denen sie die aus politischen und beruflichen Gründen erforderliche oftmalige Trennung beklagt. Die Liebesbeziehung wird 1906 von Rosa Luxemburg beendet, als sie ihre Zuneigung zu Kostja

Zetkin entdeckt. Politisch aber bleiben Jogiches und Luxemburg aufs engste verbunden bis zur Gründung des Spartakus-Bundes und der KPD, und auch ihr Schicksal ist gleich, Leo Jogiches wird nur zwei Monate später als Rosa Luxemburg in Berlin ermordet.

In der Schweiz erfolgt auch der Einstand in die internationale Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg wird Redakteurin der illegalen Zeitung der SDKP. Sie lernte bedeutende Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung kennen wie Axelrod, Plechanow, Guesde, stand mit anderen, wie Karl Kautsky und Wilhelm Liebknecht, in Briefwechsel. 1898 gelang ihr durch eine Scheinehe die Übersiedlung nach Deutschland, sie wurde Mitglied der SPD. Nach einer kurzen Zeit als Chefredakteurin der Sächsischen Arbeiterzeitung wurde sie durch ihre Streitschrift gegen Bernsteins Revisionismus "Sozialreform oder Revolution" zur bekanntesten Theoretikerin der revolutionären Linken. Als Vertreterin der SDKP wurde sie Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros und nahm seit 1893 an allen Kongressen der Internationale teil. 1907 in Stuttgart setzte sie mit Martow und Lenin den berühmten Zusatz zur Bebel'schen Friedensresolution durch.

1905 begrüßt sie begeistert die russische Revolution, fordert in der SPD, Lehren aus deren Kämpfen zu ziehen. Sie propagiert auf den Parteitag den politischen Massenstreik. Schließlich geht sie nach Warschau, um dort direkt in der Revolution zu wirken, wird verhaf-

tet, kann aber mit Hilfe ihrer Familie schließlich nach Deutschland zurückkommen. Dafür wird sie 1906 von einem deutschen Gericht wegen ihrer aufrührerischen Reden auf dem Jenaer Parteitag der SPD verurteilt.

Rosa Luxemburg erweist sich in den folgenden theoretischen und politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie als eigenständige Denkerin, die ihre Position kämpferisch vertritt. Seit 1907 ist sie Lehrerin an der Parteischule der SPD, was ihr zum ersten Mal auch ein regelmäßiges Einkommen sichert. Für längere Zeit gehört sie zur Redaktion des Vorwärts. In den Massenstreikaktionen des Jahres 1910 ist sie eine vielgefragte Rednerin, was ihre Kräfte arg strapaziert. Umso enttäuscht ist sie über den Abbruch der Kämpfe. Im Gefolge gerät sie in immer schärferen Widerspruch zu Kautsky, der sie anfänglich in Deutschland gefördert hatte und mit dem sie gemeinsam gegen den Revisionismus aufgetreten war. Seiner Ermattungsstrategie stellte sie die Forderung nach Massenmobilisierung gegenüber.

Annelies Laschitzka gelingt es sehr präzise, die inhaltlichen Differenzen sowohl zu Kautsky als auch zu Lenin herauszuarbeiten. Von Kautsky trennt sie die Auffassung von einem Zusammenbruch des Kapitalismus, sie ist überzeugt von der Notwendigkeit einer wegweisenden Rolle der Sozialdemokratie, die die Massen in den Kampf und damit zu eigenen Erkenntnissen führen muß. Zu Lenins Partei- und Revolutionskonzeption hat sie den

Vorbehalt, daß eine zentralistisch geführte, allen Entscheidungen der Führung folgende, Vorhutpartei ohne genügende Wechselwirkung zu den Massen die Revolution vorantreiben und sich verselbständigen würde. Für Rosa Luxemburg ist eine Revolution ohne vorhergehende Überzeugung der Massen undenkbar. Die Autorin zeigt für diese Auffassungen Rosa Luxemburgs Sympathie, gerade angesichts der Erfahrungen mit Fehlentwicklungen des Sozialismus. Sie zeigt allerdings auch, daß die großen Erwartungen an die Lern- und Aktionsfähigkeit der Massen, die Rosa Luxemburgs Denken bestimmten, sich ebenfalls als Irrtum erwiesen. Durch nichts begründet ist, aus der Position Rosa Luxemburgs, eine Unterschätzung der Partei und eine Anbetung der Spontaneität zu unterstellen.

In der Biographie werden die großen theoretischen Bemühungen Rosa Luxemburgs deutlich, die neuen Erscheinungen im Kapitalismus nach der Jahrhundertwende zu erfassen. Bis an ihr Lebensende arbeitet sie an einer zusammenfassenden Darstellung der Nationalökonomie, die unvollendet bleibt. Im Unterschied zu Lenin, der im Monopol das Wesen des Imperialismus sieht, bedeutet der Begriff bei R. Luxemburg die andauernde Expansion des Kapitalismus bis zur weltweiten Ausdehnung. Dabei kommt sie zu der falschen Schlussfolgerung, das Kapital könne den Mehrwert nicht ohne territoriale Expansion, nicht ohne immer neue Einbeziehung noch vorkapitalistischer Bereiche realisieren.

Unterschiede zu Lenin gibt es auch in der Frage, ob im Zeitalter des Imperialismus die nationale Frage noch eine positive Rolle spielen könne. Aus ihren Studien der polnischen Entwicklung ist sie davon überzeugt, daß die kapitalistische Wirtschaft Polens so eng mit der Rußlands verbunden ist, daß eine Abtrennung schädlich für die Entwicklung ist. Sie bekämpft deshalb die Erscheinungen des Nationalismus in der polnischen Arbeiterbewegung, fordert den gemeinsamen Kampf der Arbeiter, unabhängig von ihrer Nationalität. Das heißt aber nicht, daß sie nationale Rechte mißachtet, sieht ihre Lösung jedoch in der internationalistischen sozialistischen Revolution. Als Rednerin der SPD in Oberschlesien und Posen wirkt sie mit Erfolg für sozialistische Ideen unter der polnischen Bevölkerung Preußens.

Rosa Luxemburg setzte ihre ganze Überzeugungskraft gegen den drohenden Weltkrieg ein. Angesichts der Haltung der SPD-Führung, die schon vor Kriegsbeginn erstmals einem Wehretat zustimmte, aber Massenaktionen bremste, schwankte sie in ihren Hoffnungen. Der 4. August mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, machte die Kräfteverhältnisse in der SPD deutlich. Am Abend dieses Tages trafen sich Gleichgesinnte in Rosa Luxemburgs Wohnung. Ihr Versuch, mit 300 Telegrammen an bekannte Funktionäre im Land Protest zu organisieren, fand nur ein klägliches Echo. Auch Linke waren der Kriegspropaganda erlegen. Langsam fand sich die Gruppe Inter-

nationale als Kern der Linken, aus der sich im Verlauf des Krieges die Spartakusgruppe bildete. Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre wurde zu einer ersten Verständigungsschrift der Linken in der SPD.

Rosa Luxemburg wurde bald nach Kriegsausbruch verhaftet und mußte zunächst eine einjährige Gefängnisstrafe absitzen, zu der sie 1913 verurteilt worden war. Nach kurzer Freiheit wurde sie von 1916 bis 1918 in Festungshaft genommen. Als eine der letzten politischen Gefangenen kehrte sie nach der Novemberrevolution nach Berlin zurück.

Auch im Gefängnis blieb Rosa Luxemburg geistige Führerin der deutschen Linken. Über Briefe und Besuche hielt sie Kontakt. Ihre vielen Freundschaften bewährten sich, gaben ihr Mut. Ihre Briefe zeugen von der Teilnahme am Weltgeschehen, vom regen Gedankenaustausch mit Freundinnen und Freunden wie Sophie Liebknecht, Clara und Kostja Zetkin, Mathilde Jacob, Luise Kautsky, Franz Mehring, Paul Levi, Hans Diefenbach u.a.m., aber auch von ihrer Beschäftigung mit Literatur, Malerei und Pflanzenkunde. Begeistert begrüßte sie die russische Revolution, kritisierte in ihrer vielzitierten Gefängnisarbeit allerdings auch nach ihrer Auffassung schädliche und undemokratische Mittel, die die Revolution gefährdeten. Vor allem aber fürchtete sie, daß die russische Revolution allein gelassen würde, forderte sie revolutionäres Handeln in Deutschland.

Die durch die Novemberrevolution erlangte Freiheit stellte sofort höchste Anforderungen. Rosa Luxemburg übernahm die Redaktion der Roten Fahne, schrieb das Programm des Spartakusbundes, stimmte schließlich nach weiteren Enttäuschungen über die USPD der Einberufung einer Konferenz zu, die am Jahresende 1918 die KPD gründete, zu einem Zeitpunkt, als bereits nicht mehr die Revolution, sondern die Konterrevolution marschierte. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, nach Gefangennahme durch die Noske-Truppen brutal ermordet, gehörten zu ihren ersten Opfern.

Annelies Laschitzka hat es geschafft, die schwierigen theoretischen und politischen Themen, die mit dem Leben Rosa Luxemburgs verbunden sind, anschaulich, lesenswert aufzubereiten. Zumeist läßt sie dabei Rosa Luxemburg selbst zu Wort kommen. Für den einen kann diese Biographie Anregung sein, sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zu beschäftigen, doch auch der, der schon manches kennt, wird Neues in oft unbekanntem Zusammenhang kennenlernen.

Günter Judick

Reichskonferenz der KPD - März 1946

Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 4, Protokoll der Reichskonferenz der KPD - 2./3. März 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim

Krusch, K.G. Saur, München, New Providence, London, Paris 1996, 769 S., 380 DM.

Dieser Band setzt die Dokumentation über die KPD unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus und in der Aufbauphase Deutschlands 1945/46 fort. Es handelt sich konkret um das Protokoll der Reichskonferenz der KPD.

Die Herausgeber skizzieren in ihrer Vorbemerkung zunächst die zeitlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Durchführung der Reichskonferenz - die Wegstrecke, die zu ihr führte. Denn nur in diesem Zusammenhang sind die einzelnen Ausführungen (Reden, Diskussionbeiträge, Resolutionen, Zuschriften etc.) zu erfassen. Schon am 9. Juni 1945, so Benser/Krusch, "als die Führung der KPD in Moskau ihren Beschluß über 'Nächste zentrale Aufgaben der Parteiführung' faßte, war unter Punkt 4 festgelegt worden: 'Vorbereitung der Parteikonferenz für die Wahl des ZKs (und Programmdiskussion - F.K.). Der Verwirklichung dieses Vorhabens stellten sich mannigfache Schwierigkeiten entgegen..." (IX).

Hier verweisen Benser/Krusch vor allem auf die relativ späte Zulassung der politischen Parteien in den Westzonen (Jahresende 1945/46) und den damit verzögerten Aufbau von Strukturen. Die Vorbereitung der KPD-Reichskonferenz "vollzog sich (...) gewissermaßen stufenweise" (ebd.), vor allem auf der Ebene des ZK-Sekretariats und in Abstimmung mit der KPdSU durch W. Ulbricht (28.1. bis 6.2.1946) in

Moskau. "Bei diesen Gesprächen scheinen allerdings bereits die Vereinigung von KPD und SPD sowie die Programmatik der SED eine wichtige Rolle gespielt zu haben als die Vorbereitung der Parteikonferenz der KPD" (X).

Die KPD-Führungsspitze einigte sich dann auf ihrer Sekretariatssitzung am 7.2.1946 als "wichtigste Festlegung" darauf: "Am 2. und 3. März (1946) eine Parteikonferenz abzuhalten (ebd.). Dazu traf sie konkrete organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen wie die Veröffentlichung des Entwurf der Resolution der Reichskonferenz am 16.2.1946 in der Deutschen Volkszeitung unter dem Titel "Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands" (XI) u.a.m.

Die Reichskonferenz der KPD fand wie beschlossen am 2./3. März 1946 in Berlin im Theater am Schiffbauerdamm statt. Es nahmen nach Angaben der Hrsg. rund 400 Kommunisten aus allen Besatzungszonen und Vertreter des Zentrallausschusses der SPD sowie andere Gäste teil - "eine Liste der Konferenzteilnehmer ist bislang nicht aufgefunden worden" (ebd.). Doch ist der genaue Stand der Mitgliederzahl der KPD und die Aufschlüsselung der Delegierten nach Bezirken im Anhang (697) und in der Rede von W. Ulbricht ersichtlich. Nach W. Ulbricht gab es damals auf der Grundlage der abgerechneten Mitgliedsbeiträge 671 000 KPD-Mitglieder (376).

Auf der Tagesordnung der Konferenz standen: Probleme der Verei-

nigung von SPD und KPD - Referent Wilhelm Pieck; Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront - Referent Walter Ulbricht. Zur Diskussion und Abstimmung standen zum anderen eine Resolution zur Vereinigung von SPD/KPD und "Die nächsten Aufgaben beim Neuaufbau Deutschlands".

Nach Angaben von Benser/Krusch beteiligten sich 39 Redner an der Diskussion, davon 18 aus den Westzonen, in der Mehrzahl erfahrene und geschulte Funktionäre. Die Rednerliste ist auch im Anhang (756) vorhanden. Dort ist u.a. "Krüger, Paul (?)" bzw. "Kobler siehe Krüger, Paul" angeführt. Nach dem Stand meiner Kenntnisse hielt den Diskussionsbeitrag Kobler, Wiesbaden - wie im Protokollband auf Seite 76 als nächster Redner von W. Pieck aufgerufen.

Leider überlassen Benser/Krusch dem Leser die inhaltliche Wertung der Reichskonferenz. Hier verweisen sie in der Anmerkung 36 auf eine "Analyse der Stellung und Resultate der Reichskonferenz sowie eine Einschätzung ihres historischen Platzes" durch Hans-Jochim Krusch - vorgesehen in der Zeitschrift Marxistische Blätter. Doch steht für sie fest: Diese Konferenz war ein herausragendes Ereignis. Deshalb wäre m. E. ein knappe Darstellung bzw. Wertung des zeitgeschichtlichen Rahmens aus der Sicht von heute durchaus angebracht gewesen.

Die KPD diskutierte in der Hauptsache auf dieser Konferenz den Weg zum Neuaufbau Deutschlands,

und zwar auf der Grundlage ihrer Erfahrung aus der Weimarer Republik und vor allem der Nazi-Diktatur sowie dem Zusammenbruch des Faschismus. Das geschah im Einklang mit den Beschlüssen der Siegermächte, hier insbesondere dem Potsdamer Abkommen Mitte 1945, aber auch ihrer sogenannten Brüsseler (1935) und Berner (1939) Konferenzen. Das geschieht selbstkritisch - wenn auch vielleicht zu selbstbewußt.

Die Protokolle des Bandes (Referate, Resolution, Diskussionsbeiträge u.a. Materialien) konfrontieren den Leser mit den wichtigsten politischen Problemen dieser Zeit. Da stand vor allem die Vereinigung von SPD/KPD zur SED (Vereinigungsparteitag - 19./20.4. 1946 in Berlin) auf der Tagesordnung, ein Ereignis, das aus Anlaß des 50. Jahrestages gerade auch in unseren Tagen in der öffentlichen Diskussion eine gewisse Rolle spielt. Dabei dominiert nach wie vor die von der bürgerlichen und auch sozialdemokratischen Geschichtsschreibung in die Welt gesetzte Behauptung der "Zwangsvereinigung von SPD/KPD zur SED". Hier wird als Beweis auf den Druck der sowjetischen Besatzungsmacht verwiesen. Tatsächlich unterstützte die SMAD in ihrer Zone die Vereinigungsbestrebungen von SPD und KPD als notwendige Voraussetzung für die Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands. Hans-Jochim Krusch stellt in seinem Aufsatz "Zur Vereinigung von KPD und SPD" in Z (Nr. 25, S. 144) diese Problematik dar.

Die hier veröffentlichten Beiträge - vor allem aus den Westzonen - widerspiegeln den Stand der damaligen Diskussion in SPD und KPD. Sie widerlegen m. E. beweiskräftig die These von einer "Zwangsvereinigung". Denn es gab nach dem Kriegsende die Einigungsbestrebungen in allen Besatzungszonen. Doch, und darauf verweisen die Redner aus den Westzonen durchgängig, stieß diese Entwicklung auf den Widerstand der westlichen Besatzungsmächte, die wie in Bremen direkte Verbote aussprachen (348ff.), und der Schumacher-Gruppierung innerhalb der SPD. Dr. Kurt Schumacher drohte damit, "daß alle Sozialdemokraten, die unserer Einladung (des Zentrallausschusses der SPD/Berlin - F.K.) zur Teilnahme an unserem Parteitag in Berlin folgen wollen, damit aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen sind" (50). Man kann hier durchaus von einer "Zwangsverhinderung" der Einheit von SPD/KPD in den Westzonen sprechen. Der Zentrallausschuß der SPD, das drückte Otto Grotewohl auf der Reichskonferenz klar aus, war aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen für die Vereinigung von SPD/KPD. Grotewohl führte dazu aus: "Die Dinge liegen doch für uns ganz klar. Wir wollen einfach nicht mehr das erleben, was wir 1933 bis 1945 gehabt haben. Wir wollen nicht wieder gemeinsam auf die Schafotte steigen und in die Zuchthäuser gehen. Wir wollen gemeinsam miteinander arbeiten" (52).

Und in diesem Zusammenhang wurde die Diskussion um die näch-

sten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront geführt. Das Referat dazu hielt Walter Ulbricht. Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es eine Resolution. Sie enthielt folgende Programmatik: 1. Der Kampf um die endgültige Liquidierung von Faschismus und Reaktion. 2. Die demokratische Initiative des Volkes ist die Grundlage und der Hebel des Neuaufbaus. Hier wiederholt die KPD ihre Aussage vom 11. Juni 1945 mit der Feststellung: "Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland". Dazu heißt es weiter: "Das deutsche Volk muß bei dem demokratischen Neuaufbau von den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland ausgehen und darf sich dabei nur von seinen demokratischen Interessen leiten lassen, die gleichbedeutend sind mit den Interessen der deutschen Nation" (385). 3. Die Erfahrungen der Aktionseinheit und die Vereinigung von SPD und KPD. 4. Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront. Das vorgelegte Programm zum Neuaufbau der Wirtschaft und das Wohnungsprogramm der KPD ergänzen diese Resolution.

Der Leser erhält durch die Vielfalt der Auffassungen und Meinungen einen guten Einblick in die Problematik der ersten Nachkriegszeit - zum Beispiel auch zu der Frage, wie es die Kommunisten mit den ehemaligen Nazis halten. Hier gab

es eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen und Zuschriften - wie aus dem umfangreichen Anhang des Bandes zu ersehen ist. Anmerkungen erleichtern durch ihre präzisen Angaben dem Leser die Durchsicht bzw. -arbeitung der Protokolle und anderer Materialien. Die abgedruckten Quellen entstammen, wie die Hrsg. hervorheben, fast ausnahmslos dem Zentralen Parteiarchiv der SED, das sich heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv befindet.

Dieser Band 4 ist m. E. ein wichtiger Baustein in der Reihe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland - 1945/46. Und er sollte einen breiten Leserkreis finden.

Fritz Krause

Vorgeschichte des 1. Weltkrieges

Ruth Henig, *Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. Aus dem Englischen von Theodor Bergmann. Decaton-Verlag, Grundwissen Geschichte, Bd.3, Mainz 1995, 65 S., DM 9,80.*

Ein kurzes Buch über die Vorgeschichte des 1. Weltkriegs, welches "für den 'normalen' Leser (...) fast eine ganze Bibliothek ersetzt", ist überfällig. W. Abendroth qualifizierte so E. Carlebachs 150-Seiten-Buch über Hitlers Machteinsetzung. Der Rezensent gesteht gern, daß er in Bezug auf das vorliegende Bändchen Ähnliches erwartete, obgleich er Henig nicht, aber Berg-

mann (aus Veröffentlichungen) kennt.

Der Decaton-Verlag will mit seiner Reihe Grundwissen Geschichte "kurzgefaßte Darstellungen" "auf dem neuesten Forschungsstand" bieten und "das Nachdenken über die Gesamtinterpretation des behandelten Gegenstandes" anregen. Diese Absicht ist löblich, auch wenn die eingangs zitierte Qualität nicht erreicht wird, und verdient Beachtung, da sich hier für das historisch interessierte Publikum eine Alternative zu den zwei 22- und 30-bändigen (Taschenbuch-)Reihen über Deutsche Geschichte des dtv bzw. zur über 30-bändigen Fischer Weltgeschichte ergeben könnte. Deren Autoren der Bände über Imperialismus/1. Weltkrieg sind der Anti-Fritz-Fischer-Linie in der (west-)deutschen Geschichtsschreibung zuzurechnen.

Henigs Buch besteht aus zwei etwa gleich großen Teilen, aus der "Vorgeschichte des Krieges" und der "Geschichtsdebatte".

Die Vorgeschichte beginnt mit der stark durch Bismarck geprägten Politik des Deutschen Reiches zur Konsolidierung und Sicherung der Expansionsbedingungen nach seiner Gründung 1871 (a).

Weitere Unterabschnitte befassen sich mit dem ökonomisch-politischen Aufstieg des deutschen Imperialismus und den meistens durch ihn initiierten Krisen zwischen imperialistischen Hauptmächten (b), der Lage auf dem Balkan (c) und der Juli-Krise 1914 (d).

Henig versucht hier einen Überblick zu geben, indem sie die Er-

eignis-Geschichte entlang eines je Abschnitt verschiedenen "roten Fadens" darstellt. Diese "roten Fäden" sind Bismarcks Diplomatie (a), die zunehmende Aggressivität in den deutschen Hegemoniebestrebungen (b), die "Sorgen" (28) der habsburger Monarchie mit dem Panlawismus (c) und die Zwänge und (Miß-)Erfolge der Diplomatie der Großmächte (d).

Daß Henigs Darstellung nicht auf marxistischer Grundlage erfolgt, wird schnell klar, u.a. kommt sie ohne Imperialismusbegriff aus. Dabei geht es selbstverständlich nicht um das Auftauchen eines Begriffs, sondern um die Entwicklung ökonomischer Rivalitäten, Expansionsgelüste, Aufrüstung, Kriegsvorbereitungen usw. aus der Dynamik des damaligen Herrschaftssystems, insbesondere durch die Offenlegung der Interessen der herrschenden Klasse(n), ihrer strategischen Hauptorientierungen und Form(en), in denen diese in die Regierungspolitik eingehen bzw. in ihr dominieren.

Gewiß erfordert die Vermittlung von "Grundwissen" eine knappgehaltene Darstellung, was allerdings nicht zu Verkürzungen, wenn nicht falschen Akzentuierungen des Zusammenhangs von Ereignis-Geschichte, Politiker-Motiven und Diplomatie führen sollte. Zwei Beispiele seien hierzu angegeben.

Henig (23) stellt den sogenannten Panthersprung nach Agadir 1911 als Drohgebärde der Reichsregierung gegen England dar und rückt ihn in einen Zusammenhang mit der Flottenrüstung. Bei einem

Kollegen der von ihr im 2. Teil (47) kritisierten "ostdeutschen" Historiker, W. Gutsche, findet man in seinem Buch von 1986 "Monopole, Staat und Expansion vor 1914" (239ff.) den Nachweis, daß es sich bei dieser Marokko-Krise um "'Interessenpolitik' der Reichsregierung par excellence" für die deutsche Schwerindustrie und Banken handelte. Diese "Interessenpolitik" war hauptsächlich gegen französische Konkurrenten um die Bodenschätze Marokkos und um andere Projekte gerichtet, wobei es auch um die Umkehrung des Kräfteverhältnisses in von französischen und deutschen Monopolen/Banken gemeinsam gebildeten Gesellschaften ging.

Das "Mitteleuropa-Konzept" ist bei Henig (25) eine Anregung (!) einiger (!) deutscher Industrieller zu einer mitteleuropäischen Zollunion. In der Kriegszieldenkschrift W. Rathenaus vom September 1914 liest man über die Mittel, diese zu erzwingen (!): Krieg, und über die Ziele: freie Fahrt für Waren und Kapital der deutschen Industrie und Banken. Dieses strategische Expansionskonzept der damals neueren Industrien im Elektro- und Chemiebereich fand Eingang in die Kriegsziele der Reichsregierung ("September-Programm"), und Fritz Fischer u.a. wiesen darauf hin, daß der Reichskanzler Bethmann Hollweg unter dem Einfluß Rathenaus spätestens seit 1911 Anhänger dieser "Anregung" war.

Den wichtigsten methodischen Kritikpunkt sehe ich darin, daß Henig die Legitimations- und Mobilisierungsbzw. Integrationsideologien

vor allem der deutschen Regierung weder herausstellt noch die aus der Forschung bekannten Ergebnisse zu ihrem Wirklichkeitsgehalt und ihrer Funktion referiert. Es sind dies die Einkreisungs-, die Präventivkriegs-, die Lokalisierungs- und die Überfall-These. Sie kommen im Text fast ausschließlich als Motive führender (Reichs-)Politiker vor. Fischer nennt letztere eine "Inszenierung", mit der zum einen die Reichsführung sich der Weltöffentlichkeit als den eigentlich Überfallenen darzustellen versuchte, und mit der zum anderen die deutsche Sozialdemokratie mit großem Erfolg für den Burgfrieden gewonnen wurde.

Im zweiten Teil gibt die Autorin einen lesenswerten Überblick zur internationalen Debatte um die Kriegsschuldfrage seit 1918. In dieser lassen sich grob drei Argumentationsrichtungen ausmachen.

Erstens: Der Weltkrieg brach aus wegen der Geheimdiplomatie (Wilson), dem Versagen der "Staatskunst" in einer Krise des euro-päischen Bündnissystems (Gerhard Ritter), "die Nationen (seien) 1914 hinein(schlittert (...))" (Lloyd George).

Zweitens: Der Krieg war ein imperialistischer, der notwendig aus dem Innern des kapitalistischen Konkurrenzkampfes der Monopole um neue Märkte resultierte (Lenin).

Drittens: Deutschlands "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) war nicht der einzige, aber der wesentliche Grund für den Kriegsausbruch.

Zurecht hebt die Autorin Fritz Fischers Bücher "Griff nach der Weltmacht" (1. Aufl. 1961) und "Krieg der Illusionen" (1. Aufl. 1969) hervor, in welchen zum ersten Mal ein bürgerlicher Historiker die expansiven Kriegsziele des deutschen Imperialismus vorstellte, zutreffend analysierte und dessen initiale Rolle für den Kriegsausbruch nachwies. Fischer mußte sich fast 20 Jahre gegen die Anfeindungen der westdeutschen Historikergunft (Ritter, Rothfels, Erdmann, Zechlin u.a.) wehren. Bekannt ist diese Auseinandersetzung unter dem Namen "Fischer-Kontroverse". Sie wurde von seiten der Zunft im nationalen Interesse deshalb so hartnäckig geführt, weil es, wenn die von Fischer in Konsequenz seiner Forschungsergebnisse behauptete (imperialistische!) Kontinuität der 1914er Ziele bis zu Hitlers Eroberungsprogramm stimmte, keine positive, zur nationalen Identifikation taugende Tradition vor Hitler mehr gäbe.

Wenn Henig allerdings behauptet (57, 60), Fischers Positionen seien allgemein akzeptiert, so braucht sie nur in die Bücher der in ihrer Literaturliste genannten Autoren M. Fröhlich (dtv 1994) und Kanzler-Kohl-Berater M. Stürmer (dtv 1984) zu sehen, um sich ein realistischeres Bild zu machen. In der renommierten dtv-Reihe Gebhardt-Handbuch der Deutschen Geschichte erschienen mehrere Auflagen (zuletzt 1995) des über 20 Jahre alten, überarbeiteten, aber in seiner Diktion ("hineingeschlittert") unveränderten Bd. 18 von K.D. Erdmann. Die Anti-Fischer-Rich-

tung hat sowohl ihre Ignoranten-Position als auch ihre aggressive Phase hinter sich gebracht und Zugeständnisse gemacht: Einzelergebnisse Fischers werden integriert - z.B. der sog. "Kriegsrat" von 1912 - und so eingepaßt, daß die grundsätzliche Linie (in den Krieg, den keiner wollte, hineingeschlittert) erhalten bleibt.

Henig verwendet einigen Raum zur Diskussion der marxistischen Imperialismustheorie, beginnend mit Lenin, und kritisiert deren Allgemeinheitsgrad u.a. mit dem fehlenden Argument: "Weder Serbien noch Österreich-Ungarn konnten ernsthaft als hochentwickelte kapitalistische Staaten von der Sorte angesehen werden, über die Lenin schrieb" (47); fehlgehend, weil diesen beiden Ländern trotz allem Säbelgerassel und einiger Balkan-Krisen nicht die Initiatoren-Rolle für einen Weltkrieg zukam. Obgleich die Donau-Monarchie als Großmacht galt, war ihre Rolle doch eher vergleichbar mit dem Hasen bei Weltrekordversuchen der 5000-Meter-Läufer.

Die Leistungen der DDR-Historiker/innen erscheinen ihr als orthodoxes Wiederkaufen Leninscher Thesen. Dem ist aber nicht so, denn zu den Kriegszielen des deutschen Imperialismus wurde in der DDR eigenständig geforscht, mit Ergebnissen, die teils mit denen Fischers kompatibel sind, teils dessen und G.W.F. Hallgartens Arbeiten einbezogen. Mehrere Quellenbände wurden herausgegeben, darunter "Weltherrschaft im Visier" (1975) - eine Art Vorläufer der von Reinhard Opitz 1977 herausgege-

benen Quellen zu den "Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945". Namentlich genannte DDR-Autor/innen kommen in Henigs Buch nicht vor, was auf Unkenntnis z.B. der Arbeiten von W. Gutsche (1986) u.a. schließen läßt.

Am Rande sei bemerkt, daß an einigen Stellen mehr Sorgfalt walten sollte: Z.B. fehlen in der vorangestellten Zeittafel der Schlieffenplan und der "Kriegsrat" (beide im Text 26); die Bedeutung der Riezler-Tagebücher (57) wird recht eigenwillig dargestellt. Henig enthält ihrem Lesepublikum die eigenartigen Umstände ihrer Edition durch K.D. Erdmann vor und verschweigt, daß die Authentizität derselben hinsichtlich der Juli-Krise widerlegt bzw. derart umstritten ist, daß F. Fischer schon 1983 vom "Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher" sprach.

Insgesamt muß gesagt werden, daß einige positive Seiten dieses Büchleins einhergehen mit den hier aufgezeigten Defiziten. Eine Alternative zu den dtv-Reihen-Bänden und anderen "Standard-Werken" ist dieses Buch (nicht wegen seiner Kürze!) nur bedingt.

Handelnde Subjekte scheint die Autorin nur in der herrschenden Politik zu sehen. Diese beeinflussende Interessenverbände wie die "Alldeutschen" kommen gar nicht vor, Antikriegsbewegung und Arbeiterbewegung werden nebenbei in jeweils einem (!) Satz genannt (55, 59, 61, 63). Dabei ist auf Seiten der Antikriegskräfte und Arbeiterbewegung der Burgfrieden doch jene Erfahrung dieses Jahr-

hunderts, welche deren Spaltung einschließt. Sollte dieses für ihre eingangs in der Danksagung erwähnten sozialdemokratischen Freunde aus Rendsburg kein Thema sein?

Klaus-Jürgen Hügel

Wer ist wer unter den "Who's who"?

Bernd-Rainer Barth/Christoph Links/Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs, *Wer war Wer in der DDR - Ein biographisches Handbuch*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1995, 874 Seiten, Paperback, 29,80 DM.

Da in der DDR kein eigenes "Who's who" erschien, bildete ab 1973 in Ost und West der grüne Band "Namen und Daten/Biographien wichtiger Personen der DDR" (bearbeitet von Günther Buch, herausgebracht vom Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bad Godesberg) das einzige umfassende, sachlich und verlässlich informierende Nachschlagewerk über "die DDR-Prominenz". Der grüne Band, der mehrere Auflagen erlebte und auch innerhalb der DDR verbreitet war, bot 2295 Kurzbiographien im normalen Lexikonstil.

Auf den grünen Band stützte sich der aus der DDR stammende Historiker Jochen Cerny, als er im Herbst 1992 "Wer war wer - DDR/Ein biographisches Lexikon" (1510 Personen) herausgab - im Christoph Links Verlag Berlin, den man ein verlegerisches Wende-Wunder nennen könnte. Der Ab-

satz dieses "Who's who", gleichsam noch "Made in G.D.R.", war nicht schlecht. Altbundesdeutsche Medien beispielsweise fanden in Cernys Band die für journalistische Arbeit unerlässlichen Lebensdaten der "staatstragenden Prominenz" der ehemaligen DDR wie auch die der "Wende-Prominenten". Doch schnelllebig waren die Zeiten und launisch die "Götter der Begünstigten". Man denke nur an "Wende-Prominente" wie Ibrahim Böhme und Wolfgang Schnur.

So erschien im November 1994 bei Rowohlt ein neues "Who's who" von "wichtigen Leuten" aus der Ex-DDR: "So funktionierte die DDR/Band 3/Lexikon der Funktionäre", zusammengestellt von den aus der DDR stammenden Historikern Andreas Herbst und Jürgen Winkler sowie dem ehemaligen Westberliner Publizisten Winfried Ranke (415 Seiten). In einem "Lexikon der Funktionäre" hatten DDR-Oppositionelle, Wende-Akteure und Nach-Wende-Prominente per Definition nichts zu suchen. Das Rowohlt-Lexikon war deshalb eine Art aktualisierter "Neuaufgabe" des grünen Bandes von 1973, auch hinsichtlich der lexikalischen Sachlichkeit und Informationsdichte.

Den bisherigen Höhepunkt lexikographischer Bemühungen um jene "lieben Landsleute", die als Ex-DDR-prominent gelten können, bildet das hier zu besprechende "biographische Handbuch" aus dem Fischer Taschenbuch Verlag, das in der Tagespresse des seit über fünf Jahren wiedervereinigten Landes ein durchaus unterschiedliches Echo fand. Das "Handbuch" ist um-

stritten. Und dafür gibt es mehrere Gründe.

Zunächst einmal versteht sich "Wer war Wer in der DDR" als eine "Weiterentwicklung" des Cerny-Lexikons von 1992. Doch Cerny selbst taucht in der "Weiterentwicklung" noch nicht einmal im langen Verzeichnis der Mitarbeiter auf. Dafür ist sein Verleger von 1992 (Christoph Links) nun zum Mitherausgeber geworden und hat seine Verleger-Rechte offenbar abgegeben - an den Fischer Taschenbuch Verlag. Über die Hintergründe dieser Verleger-Herausgeber-Rochade kann man nur spekulieren. Jochen Cerny war ehemals DDR-Bürger. Im "Quartett" der Herausgeber der "Weiterentwicklung" ist nur Christoph Links ein Ehemaliger; die drei anderen Herausgeber stammen "aus dem Westen". Der Politologe Müller-Enbergs kam von der Dahlemer FU zur Gauck-Behörde; Barth arbeitet noch an der FU; und Wielgohs (mehrfacher Koautor von Müller-Enbergs) wird als "wiss. Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft" vorgestellt. Könnte es sein, daß Cerny das "weiterentwickelte" Lexikonkonzept nicht mittragen wollte und daß Links deshalb zum Ost-Feigenblatt-Mitherausgeber mutierte?

Das gravierende neue Element (der "Weiterentwicklung") wird im "Editorischen Vorwort" (9) eher beiläufig charakterisiert: "Verzeichnet sind zudem strafrechtliche Verurteilungen sowie nachgewiesene und bereits öffentlich bekannt gewordene Tätigkeiten für das MfS. Dabei konnte es nicht Anliegen des Lexikons sein, neue Enthüllungen

zu präsentieren, sondern lediglich bereits Bekanntes zu dokumentieren."

Der schöne Doppelsinn des Wortes "verzeichnen"! Dazu die "liebenswürdige" Koppelung von "strafrechtlicher Verurteilung" und "nachgewiesener" MfS-Tätigkeit! Ist Mitarbeit beim MfS eo ipso und post festum strafrechtlich zu ahnden? Und wie wurden die im "Who's who" "verzeichneten" "MfS-Tätigkeiten" "nachgewiesen"? Juristisch? Kriminalpolizeilich? Oder "nur" von der Gauck-Behörde? Oder gar nur von bestimmten Medien? Mit oder ohne definitives Recht auf Gegendarstellung? Soll der "Nachweis" vielleicht darin bestehen, daß die mutmaßliche MfS-Tätigkeit "öffentlich bekannt geworden" ist?

Der Rezensent gehört bekanntlich *nicht* zu den Zeitgenossen, die für eine Schließung der Gauck-MfS-Akten eintreten. Vielmehr hält er die überkommenen MfS-Akten für einen unverzichtbaren zeitgeschichtlichen Quellenfundus, so man beispielsweise wissenschaftlich herausfinden will, warum der Realsozialismus Moskauer Provenienz scheiterte. Doch zu solch einer System- und Struktur-Analyse, zu solcher radikaler Gesellschaftskritik ist die pauschale Stigmatisierung offizieller und inoffizieller MfS-Mitarbeiter nicht erforderlich. Im Gegenteil: Die Stigmatisierung blockiert eher die Analyse. Wichtige Zeitzeugen haben das Schweigen gelernt. Und ob der damit verbundene Einschüchterungseffekt der Demokratie in Deutschland

förderlich ist, wird erst die Zukunft zeigen.

Amerikanische Besatzungsbehörden haben 1945 von ihnen erbeutete Karteien mit Namen von Gestapo-V-Leuten unter Verschluss gehalten. Damit waren solche V-Leute erpreß- und instrumentalisierbar. Andere Besatzungsmächte verfahren damals ähnlich. Man kennt heute genügend Fälle, die eine Übernahme von NS-Tätern in NKWD/KGB-Dienste belegen. Solche Geheimdienst-"Geheimniskrämerei" ist gewiß *nicht* nachahmenswert. Ob aber eine "IM-Hatz" das geeignete Mittel zur Vermeidung von Erpreßbarkeit ist, bleibt zweifelhaft. Jedenfalls ist der Bevölkerung der alten Bundesrepublik ein "Who's who" mit Prangerfunktion bislang erspart geblieben. Soweit der Rezensent sieht, ist "Wer war Wer in der DDR" überhaupt das erste veröffentlichte "biographische Handbuch", in dem die "Nähe" zu einem Geheimdienst zu einem "Persönlichkeitsmerkmal" avancierte. Diese Einmaligkeit hätten die Herausgeber im Vorwort durchaus selbst problematisieren dürfen.

Die Weltneuheit aus dem Fischer Taschenbuch Verlag hat in mehrfacher Hinsicht eine vertrackte Logik. Dafür wenigstens drei Beispiele:

Erstens wird es ein Redakteur in Hamburg oder Frankfurt/Main (meist ganz pragmatisch) begrüßen, in "Wer war Wer in der DDR" auch die "bekannt gewordenen" IM-Tarnnamen zu finden und nicht jedesmal im (elektronischen oder gar altertümlichen) Redaktionsarchiv

herumsuchen zu müssen. Doch im Archiv würde er vermutlich auch auf Gegendarstellungen der Betroffenen stoßen, die im "biographischen Handbuch" zwangsläufig fehlen. Und im Unterschied zu einem Redakteur, der die lexikalischen IM-Vermerke vor allem zu polemischen Zwecken nutzt, wird das Handbuch "Wer war Wer in der DDR" auf dem Schreibtisch eines Rentenbemessungsbeauftragten schon zu einem existentiell relevanten "Vehikel von Befangtheit".

Zweitens schließt ja der IM-Eintrag bei dem *einen* den IM-Verdacht bei *anderen* nicht aus. Bei Hermann Kant etwa sind dessen vermutete Kontakte zum MfS sowie der Tarnname "IM Martin" im Lexikon verzeichnet (natürlich ohne Kants eigene Einlassungen zu der mutmaßlichen "Verstrickung"); bei der Schriftstellerin Elfriede Brüning gibt es *keinen* IM-Eintrag; doch *ausgeschlossen* ist damit eine eventuelle geheimdienstliche Anbindung der ehrenwerten älteren Dame logischerweise nicht. Es gehört zum Wesen dieser Art von Lexikon, zahlreiche ehemalige DDR-Bewohner zu *belasten*, ohne die nicht ausdrücklich Belasteten definitiv zu *entlasten*.

Drittens ist allgemein bekannt, daß im geteilten Land zu Zeiten des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation mehrere Geheimapparate ein bevorzugtes Betätigungsfeld gefunden hatten, von denen das KGB-inspirierte und KGB-instruierte MfS zweifellos nicht der wichtigste war. Indem das vorliegende "biographische Handbuch"

(von wenigen Ausnahmen abgesehen) MfS-Verstrickungen "verzeichnet", aber beispielsweise KGB-Anbindungen von ehemaligen DDR-Bürgern bis heute nicht "verzeichnen" *kann*, entsteht eine "schräge Optik" - sowohl hinsichtlich des historiographischen Aussageswertes des Nachschlagewerkes als auch bezüglich der im "Who's who" aufgeführten Personen. Darüber können sich zwar bestimmte "Dienste", kaum aber die Zeitgeschichte und erst recht nicht die im staatlich wiedervereinigten Land für Spionageabwehr zuständigen Behörden "freuen".

Wer "Wer war Wer in der DDR" zur Hand nimmt, sollte sich der Problematik des Handbuches bewußt sein. Und die Herausgeber des ansonsten lexiographisch ordentlich und verläßlich zusammengestellten Nachschlagewerkes könnten sich immer noch (etwa auf einem Beiblatt) zu der spezifischen Sensibilität äußern, die vom Nutzer des Fischer-Geschichte-Taschenbuches gefordert werden muß.

Harald Wessel

Rußlands Gesichter

Christian Neef, *Rußland - Gesichter eines zerrissenen Landes*, Aufbau-Verlag, Berlin 1995, Ktn, 232 Seiten, 39,90 DM.

Dies ist das Buch eines Mannes vor Ort, das, zusätzlich zu politischen und sozialtheoretischen Abhandlungen und Analysen gelesen, etwas von konkreter Realität und Atmosphäre des geplagten Landes zu

vermitteln vermag. Es steht weit über dem Niveau der die Szene beherrschenden TV-gestykten Rußlandexperten und zwar sowohl in Bezug auf Kenntnisse als auch literarische Qualitäten des Verfassers. Dieser, 1952 geboren, Absolvent der Leipziger Journalistenschule, ging 1983 als DDR-Korrespondent in die UdSSR. Seit 1991 ist er Rußland-Korrespondent des "Spiegel".

Christian Neef stellt in 17 Porträtskizzen Menschen im Nachfolgegebiet der Sowjetunion dar, face-to-face, in bester Egon-Erwin-Kisch-Tradition. Die "Gesichter", ihr Ausdruck, ihre Geschichte und Situation sind der Zugang zur Befindlichkeit des Landes und seiner Menschen. Entsprechende Fotos sorgen für die naturalistische Rückkopplung der Leseindrücke.

Neef hat "seine" Menschen auf Reisen und Besuchen in der Zeit nach der Zerschlagung der UdSSR Ende 1991 bis Mitte 1995 kennen gelernt. Darunter sind Politiker und Wundertäter, Unternehmer und orthodoxe Priester, Einbalsamierer und Totengräber, Künstler und Offiziere, Bordellbetreiber und Rentnerinnen, Gläubige und Ungläubige, Patrioten und "Demokraten", Neureiche und Arme, Hoffende und Zyniker, Betrüger und Betrogene. Wir lernen S. Schigirinski kennen, Bauunternehmer und einer der reichsten Männer Moskaus, von dem man aber nicht weiß, ob ihn eine jüdische Finanzgruppe oder die Mafia steuert. Porträtiert wird der (inzwischen umgekommene) tschitschenische Sezessionsführer Dudajew - freilich erfährt

man nichts über die Interessen und die ausländischen Paten -, und der derzeitige Moskauer Bürgermeister Luschkow, strammer Gefolgsmann von Jelzin und Symbol für den neu-russisch-amerikanischen Populismus. Man erfährt von dem Präsidenten von Kalmückien, K. Iljuschinow, der seinen Untertanen 100 Dollar und den Schafhirten unter ihnen einen Handy, den praktischen Kommunismus, verspricht, der sich als Multimillionär mit Auslandskonten darstellt und mit einem schwarzen Lincoln über die Steppenpisten kurvt. Mit der Schilderung seines Persönlichkeitsprofils als geradliniger und unbestechlicher Truppenkommandeur und Patriot und seiner Lebensgeschichte rückt uns Alexander Lebed näher. Und es rührt uns das Moskauer Rentnerhepar Ronsin in seiner Einzimmerwohnung. Trotz Armut und schwerem Schicksal nicht ohne Hoffnung: "Auch in Rußland wird es wieder aufwärts gehen. Irgendwann, wenn dieses Irrenhaus einmal zu Ende ist. Daß wir es nicht mehr erleben werden, ist nicht so schlimm."

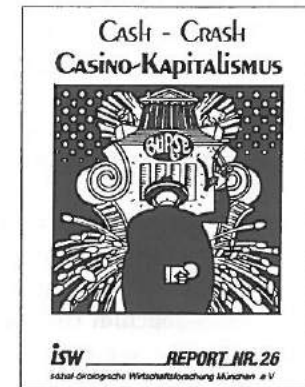
Neef erlebt ein Rußland im Rausch seiner neukapitalistischen Gründerjahre, obwohl es fraglich ist, ob die Sumpfbüthe des Parasitentums eine solche Optik rechtfertigt. Aber wie auch immer, Banditentum und Raffgier, die Herrschaft der "grünen Kröten" und Massenverelendung gehören dazu. Jelzin hat offenkundig nicht seine Sympathie. Interessiert hätte, wie die Perestroika und ihre Protagonisten heute gesehen werden bzw. welche

Spuren sie im Gedächtnis der Russen hinterlassen haben.

Neef registriert, daß Jelzin auf schwankendem Boden steht. Niemand "weiß, was aus Rußland nach dieser Zeit der Wirren wird. Die meisten ahnen, daß zwischen Kommunismus und Demokratie noch etwas anderes kommt, eine Art autoritäre Revolution. Was sie den Russen bringen wird? Eine Zeit nationalpatriotischer Neuorientierung und neue Unsicherheit." Zur Zeit, als Neef sein Manuskript abschloß, war General Lebed als Nationalpatriot hoch im Kurs. Die Wahlen einige Monate später hatten dann Sjuganows Kommunisten in Front gesehen. Man hätte natürlich auch gern erfahren, was sie dazu denken. Aber sie tauchen nicht unter Neefs Gesichtern Rußlands auf. Schade.

Heinz Jung

ISW sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente



Analysen des isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report

(erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Sackgasse Neoliberalismus
(Nr. 20, August 1994)

Markt, Umweltschutz, Energiesteuer
(Nr. 21, Oktober 1994)

MedienMultis + MultiMedia
(Nr. 22, Januar 1995)

Kerneuropa - Keim zur Weltmacht
(Nr. 23, April 1995)

Arbeit ohne Zukunft? - Ref. 4. isw-forum
(Nr. 24, Juli 1995)

5 Jahre neue Bundesländer
(Nr. 25, Oktober 1995)

Cash - Crash - Casino-Kapitalismus
(Nr. 26, Januar 1996)

isw-spezial

Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand

**Strategische Waffenbrüderschaft
Deutschland-Türkei**
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Standort D (2. überarbeitete Auflage)
(Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand

Lohn, Preis, Profit '95
Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) 4,- + Versand

Ausbildung & Übernahme
(Nr. 23, September 1995) 4,- + Versand

Bestellungen, Prospekte, Infos bei isw e.V.,
Georg-Wopfnar-Str. 46, 80939 München,
Tel. u. Fax 089-323 17 80 (notfalls Fax: 168 94 15)

Autorinnen und Autoren

Dr. Johannes M. Becker - Marburg/L., Politikwissenschaftler, Privatdozent

Prof. Dr. Helmut Bleiber - Berlin, Historiker

Henning Böke - Frankfurt/M., Doktorand der Philosophie

Prof. Dr. Dieter Boris - Marburg, Sozialwissenschaftler, Redaktionsbeirat von Z

Hans Peter Brenner - Bonn, Dipl. Psychologe, Lehrer

Prof. Dr. Frank Deppe - Marburg/L., Politikwissenschaftler, Redaktionsbeirat von Z

Jonas Dörge-Weidemann - Kassel, Doktorand der Politikwissenschaft

Prof. Dr. Erich Hahn - Berlin, Philosoph

Prof. Dr. Sebastian Herkommer - Berlin, Soziologe

Prof. Dr. Hans-Joachim Höhme - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Jörg Huffschmid - Bremen, Wirtschaftswissenschaftler, Redaktionsbeirat von Z

Klaus-Jürgen Hügel - Berlin, Lehrer

Bernd Hüttner - Bremen, Dipl.-Politikwissenschaftler

Günter Judick - Velbert, Historiker

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Sabine Kebir - Berlin, Philosophin

Dr. Uwe Kremer - Dortmund, Politikwissenschaftler

Choon-Kweon Koo - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaft

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker

Prof. Dr. Thomas Metscher - Bremen, Literaturwissenschaftler

Prof. Dr. Werner Müller - Berlin, Historiker

Dr. Wilfried Nahrstaedt - Hamburg, Wirtschaftswissenschaftler

Werner Ruhoff - Köln, Angestellter

Dr. Heinz Schäfer - Griesheim b. Darmstadt, Wirtschaftswissenschaftler, Journalist

Dr. Peter Scherer - Frankfurt/M., Leiter der Zentralbibliothek beim Vorstand der IG Metall

Prof. Dr. Walter Schmidt - Berlin, Historiker

Dr. Arnold Schölzel - Berlin, Philosoph

Prof. Dr. Waltraud Seidel-Höppner - Berlin, Historikerin

Dr. Johannes Steffen - Bremen, Sozialpolitikreferent bei der Arbeiterkammer Bremen

Heinz Stehr - Essen, Vorsitzender der DKP

Michael Wendl - München, Stellv. Vors. des ÖTV-Bezirks Bayern

Dr. Harald Wessel - Berlin, Journalist

AUSEINANDERSETZUNGEN MIT NATIONALSOZIALISMUS UND FREMDENHASS IN

psychosozial



56
Neue Werte für böse Kinder?

Richter: Zum Unbehagen in der Kulturen der Gewalt
Rost: Autoritäre und antiautoritäre Erziehung
Bohleber: Sind die 68er schuld am Rechtsextremismus?

Eisenberg: moralisches Ozonloch

ISBN 3-930096-28-5

32,- DM



40
Feindbilder
(Hg.: Iring Fetscher)
Sommer: Feindbilder und politisches Bewußtsein
Richter: Neues Denken.
Flitner: Friedenserziehung.
Wirth: Skinheads.
Eisenberg: Fremdenhaß, Hesse: Feindbilder im Kindesalter,

ISBN 3-930096-11-0

10,- DM



36
Die Vergangenheit ist gegenwärtig

(Hg.: W. Dierking u. H.-J. Wirth)

Westernhagen: Kinder der Täter
Wirth: Fall Jenninger
Brocke: Jüdische Überlebende, ihre Kinder und Enkel
Bauriedl: Vergangenheitsbewältigung in Psychotherapie und Politik
Becker u. Becker: Legende von der Bewältigung des Unerträglichen
Fetscher: Dünkel der Betroffenenheit

ISBN 3-930096-07-2

10,- DM



28
Erinnern hilft Vorbeugen
(Hg.: A. Overbeck u. H.-J. Wirth)
Gespräch mit Peter Brückner
Eisenberg: Unterirdische Geschichte des Faschismus
Platta: Psychoanalyse im Nationalsozialismus
Eucker: Kinderzeit/Nazizeit
Massing u. Beushausen: Nationalsozialismus in Familien

ISBN 3-930096-00-5 10,- DM

Bestell Coupon:

Psychosozial Verlag, Dr. Hans-Jürgen Wirth, Friedrichstr. 35
35392 Gießen, Tel: 0641/77819, Fax: 0641/390716

Hiermit bestelle ich

- ab Heft _____ ein Abonnement: jährlich 4 Hefte zum Preis von DM 98 zzgl. Versand
 ab Heft _____ ein Studentenabo: jährlich 4 Hefte zum Preis von DM 49 zzgl. Versand
 Folgende Einzelhefte 28 36 40 56
 Alle 4 Hefte zum Kennenlernen für DM 48 zzgl. Versand

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift: